Zeitschrift: Verhandlungen des Grossen Rathes der Republik Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1838)

Rubrik: Ordentliche Wintersitzung : zweite Hälfte, 1838

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verhandlungen

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Winterstung. Zweite Sälfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Areisschreiben an fammtliche Mitglieder des Großen Rathes.

Bur Fortsetzung der ordentlichen Wintersitzung des Großen Rathes ift von Tit. Herrn Landammann festgesetzt worden Montag der 19. Februar nächstfünftig. Alle Mitglieder werden daher eingeladen, fich an biefem Tage bes Morgens um 9 Uhr im Sigungsfaale einzufinden.

Die ju behandelnden Gegenstände find folgende:

I. Gefetesentwürfe und Vorträge.

A. Bom Regierungsrathe.

- 1) Vortrag über das Entlassungsgesuch des Herrn Majors Rüpfer von der Stelle eines Landidgerkommundanten.
- 2) Vortrag betreffend die einstweilige Nichtbesetzung der Stelle eines Landjägerkommandanten.

B. Von Departementen.

Diplomatisches Departement.

3) Vortrag über die der revidirten Verfassung des Kantons Thurgau ju ertheilende eidgenöffische Garantie.

Departement des Innern.

4) Vortrag über die Reklamation des Christen Barthlome, von Walkringen, betreffend feinen Verluft in dem Gelds= tage des verstorbenen herrn Professors Tribolet, wegen der im Jahre 1832 in die Choleraspitäler gelieferten Lein= mand.

5) Vortrag über das Unterstützungsbegehren des Peter Groß-

mann, Bildhauers in Rom.

6) Vortrag über die Abtretung des alten Schlosses zu Pruntrut an die Gemeinden dieses Amtsbezirks und über ben Staatsbeitrag ju Errichtung einer dortigen Armenanstalt.

Bustiz= und Polizeidepartement.

a. Juftigfeftion.

7) Vortrag über die Beseitung der Stelle eines Adjunkten des Staatsanwaldes.

Vortrag über die wegen Wiederverhaftung des Herrn alt= Rathsherrn Ludwig Zeerleder bei dem Großen Rathe ein= gereichte Beschwerde.

9) Gutachten über den Freizügigkeitsvertrag zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Fürstenthümern Hohenzollern = Sigmaringen und Hohenzollern = Hechingen.

10) Vorträge über mehrere Chehindernifdispensationsbegehren.

b. Polizeisektion.

11) Vortrag über die Abanderung einer Vorschrift im Fremdengesetze zu Erzielung besserer Ordnung im Pagwesen.

- 12) Vortrag über das Villardspielen des Vormittags an Wochen-
- 13) Vorträge über mehrere Naturalisationsbegehren.

Finanzdepartement.

14) Staatsbüdget für das Jahr 1838.

15) Gesetzesvorschlag über die Einführung einer Berbrauchs steuer statt der bisherigen Jölle. Bortrag über den Berkauf der Mühle zu Wiedlisbach.

- 17) Vortrag über das Ansuchen des Burgerraths von Bern um Bewilligung eines Zolles für die neu zu erbauende Brücke beim untern Thore.
- 18) Vortrag über die einstweilige Nichtbesetzung der Münzmeisterstelle.

Erziehungsdepartement.

19) Gutachten über die Anträge des Herrn Fellenberg in hinsicht auf die Abtretung der Hoswyleranstalten an den Staat.

Baudepartement.

- 20) Vortrag über Schwellenbauten an der Aare bei der Mühlau oberhalb Aarberg.
- 21) Vortrag über Unterhaltungs = und Korrektionsbauten an der Nave zwischen dem Schützenfahr und der Elfenau.
- Von Spezialkommissionen des Großen Rathes.

a. Dotationskommission.

- 22) Vortrag betreffend die ausländischen Schuldtitel.
 - b. Kommission zu Untersuchung des Verwaltungsberichtes.
- 23) Rapport über den Staatsverwaltungsbericht für die Jahre 1834 und 1835.

II. Wahlen.

1) Wahl eines Sechszehners an die Stelle des in den Regierungsrath beförderten Herrn Kasthofer.

2) Entlassungsgefuch des herrn Amtschreibers Brötie aus dem Juftig= und Polizeidepartemt, und im Gemährungs= falle Wiederbesetzung der Stelle.

3) Wahlen zweier Mitglieder der Justizsektion an Plat der zu andern Stellen beförderten Herren Profuratoren Manuel und Rernen.

- 4) Wahl eines Mitgliedes des Erziehungsdepartementes an die Stelle des herrn Professors Luk, welcher die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat.
- Entlassungsgesuch des herrn Rathsschreibers Stapfer aus dem Erziehungedepartemente, und im Gewährungsfalle Wiederbesetzung der Stelle.
- Wahlvorschläge zu Ernennung verschiedener Stabsoffiziers.

Wahl eines Hochbauinspektors, wegen vollendeter Amtsdauer des gegenwärtigen Beamteten.

Die Tagesordnung für die erste Sitzung am 19. Februar ift durch den herrn Landammann auf folgende Beise bestimmt worden:

1) Beeidigung der wieder erwählten und der neu eintretenden Mitglieder des Großen Rathes.

2) Vortrag über die Garantie der Verfassung des Kantons Thurgau.

3) Rapport über den Staatsverwaltungsbericht von 1834 und 1835.

4) Vorträge über das Entlassungsbegehren des Herrn Majors Rüpfer und über die einstweilige Nichtbesetzung der Stelle eines Landjägerkommandanten.

5) Vortrag über die Abanderung des Fremdengesetses.

In den zunächst folgenden Sitzungen wird das Staats- budget zur Berathung vorgelegt werden.

Mit Hochachtung!

Bern, den 6. Februar 1838.

Aus Auftrag des Tit. Herrn Landammanns, der Staatsschreiber:

Hünerwadel.

Erste Sitzung.

Montag den 19. Februar 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe zeigt der Herr Landammann an, daß herr Großrath Schläppi, als unter peinlicher Untersuchung liegend, nicht zu der Sitzung einberufen worden fei.

Der herr Landammann eröffnet die Sitzung mit folgender Rede:

Ihr schäftbares Zutrauen hat mir die unverdiente Ehre zugedacht, ben Sitzungen des Großen Rathes im Laufe des Jahres 1838 vorzustehen.

Mit widerstrebenden Gefühlen folge ich dem ehrenvollen Rufe einzig im Drange der Pflicht, Ihnen, Tit., und der guten Sache, welche zu fördern Sie berufen sind, überall nach

Rraften zu bienen, wo sich Gelegenheit dazu bietet.

Sollte es mir gelingen, Sit., in meiner Stellung eines Landammannes den Anforderungen derjenigen zu entsprechen, welche mich an diese Stelle berufen haben, fo ware dieses der einzige Preis, um welchen es mich nicht gereuen follte, einem Rufe gefolgt zu fein, den ich gewiß lieber und vielleicht auch weislicher abgelehnt hätte.

Erlauben Gie jest, Tit., daß ich Ihnen, bei dem geeignet fcbeinenden Unlaffe einer Eröffnung ber biegiahrigen Situngen bes Großen Rathes, mit wenigen Worten ben Standpunkt ju bezeichnen suche, auf dem sich bas Bernersche Volk in feiner

politischen Entwickelung befindet. Bereits find feche Sahre abgelaufen, feit bas Bernervolk fich selbst eine Verfassung gegeben hat. An diese fechs Sahre tnüpft die Verfassung den Zeitpunkt an, nach welchem erft ein reifes Urtheil über diefelbe gefällt und ihm durch die gefet-

gebende Behörde Folge gegeben werden darf.

Un Urtheilen über unsern politischen Bustand fehlt es nicht, Tit., und eben fo wenig an Wünschen für deffen Abanderung. Ob aber Diese Urtheile gegründet und jene Wünsche Ihrer Berücksichtigung werth seien, bas Sit., ift eine Frage, beren richtige Beantwortung nur aus einer ruhigen Prüfung unferes Zustandes hervorgeben fann.

Erlauben Gie daber, bag ich Ihre Aufmertfamkeit einen

Augenblick für diese Prüfung in Anspruch nehme.

Wer an der politischen Bewegung Theil genommen bat,

von welcher das Bernersche Volk im Sahr 1830 ergriffen worden ift, kann sich nicht verhehlen, daß eine innere vorbereitende und eine außere veranlassende Urfache zugleich die Wirkungen hervorgebracht haben, deren Folge unser gegenwärtige Zustand ist.

Die Staatsveränderungen in Frankreich und in mehreren Kantonen der Schweiz haben, vereint mit dem Gefühle unsers Bolles, seiner Bevormundung entwachsen ju fein, die Ber-

fassung hervorgerufen, unter welcher wir leben. Wer glaubt, daß in dem Augenblicke, wo jenes Gefühl bei dem regern Theile des Volkes jum klaven Bewußtsein geworden und die Gelegenheit erschienen war, seine Befreiung zu verwirklichen, — noch andere Absichten im Hintergrunde geslegen haben möchten, kennt unser Bolk nicht und thut ihm Unrecht.

Erft nachdem der Sieg der freisinnigen Grundfage entschieden, die Berfassung vollendet und angenommen war, wuchsen mit jedem Tage die Ungeduld und die Lüsternheit - nicht der= jenigen, welche die Verfassung als das glückliche Endresultat einer immerhin gefährlichen Staatsumwälzung anfaben, - fondern derjenigen, welche mit dem allgemeinen Gewinn nicht zu= frieden, die Revolution als ein Glücksrad fo lange im Schwunge erhalten möchten, bis alle ihre hoffnungen erfüllt find.

Es fragt fich, Tit., können wir unfere Verfassung als die gedeihliche Saat ansehen, von deren zeitgemäßer Entwickelung wir alles dasjenige hoffen und erwarten dürfen, was ein freies Bolt hoffen und erwarten darf? Oder muffen wir, an bem Gedeihen diefer Saat zweifelnd, nochmals in den rubigen Gang unferes burgerlichen Lebens eingreifen, um ben Endzweck jeder Staatsveranderung, eine vernünftige Freiheit und das aus ihr nothwendig hervorgehende größtmögliche Wohlsein des gangen Volkes zu erreichen?

Werfen wir zuerst einen Blick auf die Grundlagen unserer Verfassung, und untersuchen wir nachher, wohin uns ihre Entwickelung führen muß, und wie weit fie uns in der turgen Zeit

von feche Jahren bereits geführt hat.

Unsere Verfassung enthält alle Grundbedingungen eines freien, volksthumlichen Gemeinwesens. Das Bolk ift sein eigener herr; es mahlt frei diejenigen aus feinen Burgern, denen es die Besorgung der gemeinsamen Angelegenheiten übertragen will, und fann dieselben nach furger Zeit erseben, wenn sie sein Zurrauen nicht mehr genießen, d. h. wenn sie nicht in feinem Sinne und Beifte verwalten.

Das Urtheil über die Beforgung der gemeinsamen Angelegenheiten ift in Wort und Schrift ebenso unverkummert, als

die Verwaltung selbst öffentlich ist.

Ein gemeinschaftliches Glaubensband vereinigt und zu einer driftlichen Brüdergemeine.

Reiner unserer Mitburger barf, insofern dieg von Menschen abhängig ist, in seiner Geistesbildung so weit zurückbleiben, daß er sich der unschätzbaren Wohlthaten des Christenthums nicht theilhaftig machen könnte. Wir alle find in Rechten und Pflichten vor dem Gesetze gleich.

Wer, Tit., in diesen wenigen Grundlagen nicht die Quelle jeder wünschbaren und jeder möglichen Freiheit erblickt, der täuscht sich wahrlich selber, indem er sich nicht sowohl nach einer Freiheit sehnt, die er schon genießt, als vielmehr nach der thätigen Ausübung einer Macht, die nur im gangen Belfe rubt.

Daß Einzelne im Bolte nach folcher Macht gelüstet, ift eben natürlich als wahr; ob aber das Bolt felbst dabin strebe, bleibt nicht weniger zweifelhaft, als es ungewiß ift, ob die Befriedigung eines folchen Strebens für dasfelbe eine Wohlthat ware.

Unser Volk ist ein stilles, bescheidenes Volk, welches sein Glück weit mehr in dem unverkümmerten und unbeachteten Gedeihen seines innern kleinen Haushaltes sucht, als in dem ge-

räuschvollen Gleiße öffentlicher Wirksamkeit.

Eine getreue Berwaltung, die ihm gewissenhaft seine Rechte wahre und weislich seinen Pfenning spare, ift, was das Bernervolk von jeher gewünscht und im Sahre 1830 zu verwirk-Wenigstens war bieg ber Ginn berjenigen lichen gesucht hat. im Volke, welche sich offen für eine zeitgemäße Aenderung unferer bürgerlichen Verhaltniffe ausgesprochen haben, und die, weit entfernt, fich jum Regieren berufen zu glauben, por der Möglichkeit erzittert baben, baburch ihrem fillen Berufsleben entriffen zu werben.

1

Den Beweis hiefür liefern die im Sahre 1831 getroffenen Wahlen. Wenn und jetzt andere Leute glauben machen wollen, das Bernervolk sei mit den in feiner Verfassung enthaltenen Rechten und Freiheiten noch nicht zufrieden, sondern verlange deren Erweiterung und Ausdehnung, so kann man sich des Gestankens nicht erwehren, jene Leute kennen entweder den Geist unsers Volkes nicht, oder sie verwechseln ihn mit ihren eigenen An= und Absichten. Oder setzt es nicht die vollkommenste Un= kenntniß des Zustandes voraus, aus welchem wir in unsere gegenwärtigen Verhältniffe hinübergetreten find, um behaupten zu dürfen, wir seien denselben bereits entwachsen? Wahrlich die Behauptung des Gegentheils, wir seien dafür noch nicht reif, fame mir weit weniger ungereimt bor.

Wenn auch bis auf den heutigen Tag nicht alle Früchte zur Reife gediehen sind, deren Keime in unserer Verfassung schlummern, so liegt die Schuld bavon feineswegs an ihr, wie Viele zu glauben scheinen, sondern sie liegt an der Rurze der Zeit, welche ihrer Entwickelung vergönnt war. Denn was find feche Jahre im Leben eines Volkes? Ein Augenblick, mahrend dessen es kaum gewahr wird, was mit ihm vorgegangen ist!

Darf man sich wundern, wenn ein Bolk, das Jahrhunderte lang unter Vormundschaft gestanden, nicht schon im Augenblicke feiner ausgesprochenen Mündigkeit alle Anstände und Schwierigfeiten der eigenen Geschäftsführung überwunden hat?

Darf man vernünftiger Weise annehmen, daß, so wie sich dasselbe für eine freisinnige Verfassung ausgesprochen, es zugleich auch eine hinlängliche Anzahl geeigneter Bollstrecker seines Willens darbieten werde — dieses Bolt, das bekanntlich weder fehr unterrichtet, noch in der Kunst zu regieren besonders ge= übt war, und bem Diejenigen, welche die größten Ansprüche auf jene Borzüge machten, anstatt mit ihrer Erfahrung zu helfen, jett feindfelig entgegentvaten?

Oder stellt man sich vielleicht vor, die Folgen des ver= besserten Unterrichtes sollten bereits an unserer Jugend bemerkbar und die Lehrzeit von fechs Jahren an den Erwachsenen so frucht=

bar gewesen sein, daß wir und mit dem Bestehenden nicht mehr begnügen können? Wer die Menschen und ihre Geschichte kennt, läst sich folches nicht zu Sinne steigen; er kennt den langfamen Gang der Kultur zu wohl, als daß er ihre Schritte nach Tagen messen wollte, und weiß zu gut, daß wenn er sicher gehen will, er langfam gehen musse, wie die Natur, die ihm lehrreich vorangeht, und nie, weder im Physischen, noch im Moralischen, weder im Einzelnen, noch im Ganzen ohne Noth und ohne Gefahr einen Sprung thut.

Besonnene Bürger haben dieses beherziget, als es um eine Veränderung ihrer bürgerlichen Verhältnisse zu thun war, und weil sie nicht für sich und das jetzige Geschlecht allein, sondern hauptsächlich für die kommenden zu wirken gedachten, so haben sie es weniger auf eine frühe reife Saat, als auf eine sichere

Erndte abgesehen.

Freilich konnten sie sich babei nicht bergen, daß sie von Seite der Ungeduldigen und Genuffüchtigen auf jenen Wider= ftand gefaßt fein mußten, den, fo lange es Gemeinwesen gege-ben bat, Eigennuß und Unverstand dem allgemeinen Wohle bereitet haben.

Sie wundern fich deswegen nicht über eine Lehre, die feit einiger Zeit in unserem gesegneten Vaterlande, von fremden und einheimischen Politikern so emst gverbreitet, als eindringlich empfohlen wird und im Wefentlichen darin besteht, unser Bolf glauben zu machen, es sei weder frei noch glücklich, sondern ihm fehle eben das, was zur vollständigen Zufriedenheit eines wahrhaft freien und glücklichen Volkes gehöre.

Ich gestehe Ihnen aufrichtig, Tit., ich hatte mich des schwärzesten Undankes gegen die göttliche Vorsehung schuldig ju machen geglaubt, wenn ich je dem Gedanken Raum gegeben hätte, wir gehörten nicht zu den gesegnetsten Bolkern des Erd= bodens, und und bleibe etwas anderes zu wünschen übrig, als

der Bestand unseres unverdienten Glückes.

Es versteht sich von selbst, daß ich damit nicht gesagt haben will, wir seien, was wir sein follten! Ich bin im Gegentheil von diesem Glauben weiter entfernt, als irgend Jemand! Aber das behaupte ich, daß, mas dermal noch unserem vollkom= menen Glücke abgeht, und feine veränderte Verfassung, fein

Geschrei der Fortschrittsmänner, und keine Ungeduld noch Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustande zu gewähren vermögen; fondern daß diefes einzig in der Selbsterkenntniß eines jeden von und liegt, und in feinem aufrichtigen Bestreben zu werden, wozu er von feinem Schöpfer berufen und durch unfere Verfassung befähigt ist, — ein tugendhafter Mensch und ein guter Bürger.

Diese Aufgabe bedarf zu ihrer Lösung weit wenigerer Einsicht, als der Entwurf eines befriedigenden Bundesvertrages; aber sie bedarf mehr Kraft und guten Willen, und darnach ringt man leider nicht, weil es zu viele Mühe kostet und zu

wenig Ehre bringt.

Nicht die Form eines neuen Bundes ist das Ziel, nach bem wir zu streben haben, fondern der Geift, durch ben erft ein besserer Bund möglich wird; der Geift des gegenseitigen Bertrauens, der brüderlichen Duldsamkeit und gemeinnützigen Aufopferung. Tugend läßt sich nicht gebieten; sie kann nur mühsam errungen und durch eigenes Beispiel gepflanzt werden.

Nicht die unmittelbaren Wahlen sind es, welche die Freiheit eines Volkes sichern; sondern derjenige Grad politischer Aufklärung bei einem Volke, der auch den geringsten feiner Burger vor Verführung und Bestechung sichert; wessen wir uns dermal schwerlich rühmen dürften, sondern es erst noch von der Zeit erwarten muffen.

Nicht das direfte Steuersuftem ift es, was die Staatskaften füllt und die Beitragenden befriedigt, sondern die Ueberzeugung im Bolfe, daß wir dafür da feien, das gemeine Gut ju äufnen, und nicht daffelbe zu verzehren.

Während sich der Fleißige abmüht, einen Theil feines Erwerbes für das Allgemeine zu erübrigen, freut sich deffen der Träge, in der süßen Hoffnung, um so leichter aus einer Kasse schöpfen ju konnen, die Anderer Fleiß und Sparsamkeit gefüllt haben.

Helfe man zuerst der Trägheit und der Genufsucht ab, und gewöhne die Bürger an Genügsamkeit, so wird man nicht nöthig haben, den Besitzenden die Früchte langiähriger Entbehrungen abzujagen, um diejenigen zu befriedigen, die sich's lieber nicht fauer werden liegen, fondern für bequemer erachten, den Staat für ihre Bedürfnisse sorgen zu lassen.

Man wird nicht nöthig haben, bei einem Vermögenszustande, um den und alle Welt beneidet, und einem Steuersysteme, über das nur diesenigen flagen, welche dazu nichts hergeben, denr Lande eine Wohlthat zu erweisen, welche alle Völker, die sie erfahren haben, als die drückendste Plage verwünschen.

Rein, Tit., wir wollen die fostbare Zeit, die uns jum Wirfen vergönnt ist, nicht in einem nuglofen Kampfe um leere Kormen verschwenden, in einem Kampfe, der uns nur schwächen

fann, indem er unfere Feinde stärft.

Mach dem Geiste wollen wir ringen, der unsere Vorfahren belebte, als sie noch klein und doch so groß waren! Rach dem Geiste der Einfachheit, der Bescheidenheit, der Mäßigkeit, der Wahrheit und des Rechts!

Diesem Streben steht in unserer Verfassung nichts entgegen; fie fordert und im Gegentheil überall und dringend bagu auf. Und stehen wir auch noch weit vom Ziele, so wollen wir um so rüftiger dabin wirken, woher und erst das Glück erwachsen muß, nach dessen Besitz wir und nur zu voreilig und allzu wohlfeilen Raufes fehnen.

Nicht politische Bedeutung macht uns stark; — Unschuld und Recht werden und jeder Zeit besser schützen als 100,000 Bajonette, benen man 200,000 andere und geubtere entgegen stellen kann.

Nicht Reichthum macht und zufrieden. Wer sich nichts versagen kann, wird nichts erwerben, und wer sich nichts zu

erwerben vermag, wird nie zufrieden sein.

Auch nicht die Menge gelehrter Bürger macht und glücklich! Republiken haben von jeher mehr auf dem gesunden Ver= stande und dem geraden Sinne ihrer Bürger beruhet, als auf einer todten Gelehrsamkeit, die nicht felten die Röpfe verdreht und die Herzen lähmt; und dem Christenthume haben wir es ju danken, daß wir nicht gelehrt zu werden brauchen, um gut zu senn.

Spiegeln wir uns boch in unserer eigenen Geschichte! Wann waren wir einig, ftark, groß, geachtet, gesucht?

Alls wir noch nicht durch den Uebermuth lange genossener Freiheit, durch das Gefühl erlangter Stärke, durch den Stolz errungener Würden und das Verderben gewonnenen Ueberflusses in alle jene Fehler versunken waren, die heute noch wie damals

das Grab aller Freiheit find.

Werfen wir schließlich noch einen vergleichenden Blick auf die Verhältnisse anderer Kantone, so sinden wir die nemlichen Bestrebungen achtbarer Männer, den Geist der Resorm auf dem Wege des besonnenen Fortschrittes zu erhalten, und das einmal Gewonnene nicht durch unbesonnene Ueberstürzung zu gefährden, wie bei uns — nur mit dem Unterschiede, daß dort die Räthe wohlmeinender Bürger besser beherziget wurden, und der wühlerische Eigennuß, der die Begiersichkeit der Armuth gegen den Besitz zu reizen bemühet ist, bei der vorgerücktern Volksbildung keinen so guten Boden fand.

Dort gelang es nicht, diejenigen, welche gegen das gesetzlose Treiben verkappter Sakobiner ankämpften, in den Geruch der Geldaristokratie zu bringen, obgleich sie so gut wie hier den Zehnten für eine Schuld erklärten und sich mit Erfolg einer

entschädigungslosen Aufhebung desselben widersetzten.

Niemanden kam es in Sinn, die St. Gallischen Staatsmänner der Avistokratie zu bezüchtigen, welche eine Verfassungsrevision zu hintertreiben suchten, sondern man hielt es für einen Sieg der guten Sache, gegenüber dem Pfaffenthum, als die Hintertreibung gelang.

Im Thurgau widersprachen die freisinnigsten Bürger einer Berfassungerevision, ohne daß man sie für Stabilitätsmänner

ausschrie.

Im Großen Rathe von Zürich wurden diesenigen, welche der Pöbelherrschaft den Krieg erklärten und den indirekten Wahlen das Wort redeten, allgemein gebilligt.

In keinem Kantone ist davon die Rede gewesen, Sondergüter in eine gemeinsame Armenkasse zusammenzuwersen, und doch werden diesenigen, welche bei uns solcher Unbill in Weg

treten, der Engherzigkeit beschuldigt.

Nur uns Bernern hat man vorgeworfen, in Betreff eines neuen Bundes auf einen Schweizerischen Verfassungsrath angestragen zu haben, weil wir dessen Unmöglichkeit vorausgesehen hätten; der Vorwurf ist so ungegründet, als die übrigen; aber er zeigt deutlicher den Zweck und die Quelle der ganzen Versleumdungstaftik.

Es ist unzweifelhaft, daß nach vergeblichen Versuchen, in andern, Theilen der Schweiz den Umsturz des Bestehenden hersbeizuführen, die Umsturzpartei ihre zersprengte Schaar in unserem schönen, glücklichen Kantone zusammenziehen wollte, um da Haber und Zwiespalt, als das sicherste Auslösungsmittel, zu pflanzen.

Wie weit sie es in ihren Bestrebungen gebracht hat, ift

uns allen befannt.

An uns ist es, diesem immer weiter um sich greisenden Unheil Einhalt zu thun, an uns, der überhandnehmenden Zwietracht zu steuern. Wir können es, wenn wir wollen! Bersehen wir uns zurück in jene Zeit des Vertrauens und der gegenseitigen Achtung. Verschließen wir von nun an Ohr und Herz aller fremden Zwischenträgerei, und erfrischen in uns lebendig das Andenken an jene Tage, wo ein und dasselbe Bedürsniß, ein und dieselbe Wahrheit uns verband. Lassen wir den Hader, und glauben wir als redliche und aufgeklärte Vürger sest und unerschütterlich an einander, so werden wir uns überzeugen, daß kein Bau auf der Welt einer sesten Grundlage bedarf, als die politische Resorm, die nichts Anderes sein darf, als der lebendige Ausdruck des allgemein erstannten Bedürsnisses, und durch nichts so sehr gefördert wird, als durch gegenseitige Ausbruck des allgemein erstannten Bedürsnisses, und durch nichts so sehr gefördert wird, als durch gegenseitige Ausbruck des allgemein erstannten Bedürsnisses zunser Staatswesen an mannigsaltigen Gebrechen leidet! Wo ist der rechtschaffene Vaterlandssreund, der nicht auf Abhülfe derselben dächte?

Geben wir daher, Sit., zuerst das schöne Beispiel einer getreuen, fräftigen, verständigen und gerechten Berwaltung, insem wir unsere Berfassung pflicht- und zeitgemäß verwirklichen und ihren vielen nicht genug gewürdigten Bortheilen, die wir bereits genießen, noch diesenigen beissügen, welche als natürliche und nothwendige Folge ihrer serneren Entwicklung die Aufgabe unserer künftigen Sitzungen ausmachen mussen; so werden uns

alle Rechtlichen im Volke Dank wissen; unsere Verbündeten uns besser kennen lernen, und unsere mächtigen Nachbarn sich scheuen, in das harmlose Leben eines zwar kleinen, aber durch seine Unschuld und sein Recht starken, Volkes einzugreisen.

Und follte es im Buche des Schickfals gefchrieben stehen, daß Tugend und Freiheit bei uns eine Zeit lang untergehen muffen, so können wir uns mit dem Bewußtsein erfüllter Pflicht, und mit dem Gedanken trösten, daß sie später wieder erstehen und gewiß einmal, wenn auch über unsern Gräbern, den Sieg davon tragen werden.

Das Traktandencirkular hat Ihnen, Sit., angezeigt, welche Geschäfte Ihrer Behandlung junächst unterliegen, und namentlich womit wir heute beginnen, und somit erkläre ich Ihre

Situngen eröffnet.

Zagedorbnung.

Die wieder erwählten so wie die neu eintretenden Mitglieder des Großen Rathes, wovon nur wenige abwesend find, leisten den Eid.

Seit Erlaffung des Traktandencirculars eingegangene Bor- trage:

- 1) Vortrag des Baudepartementes über Unterstützung des Stragenvereines von Sumiswald.
 - 2) Bortrag des Departementes des Innern, in Betreff eines Nachlasses der Erziehungskosten des Andreas Flükiger.
 - 3) Vortrag des Justizdepartementes über Bestätigung eines zu Gunsten des Bürgerspitals zu Bern gemachten Vermächtnisses.
 - 4) Vortrag der Polizeisektion über das Strafnachlaßbes gehren des F. R. Güdel.
 - 5) Vortrag des Erzichungsdepartementes über das Entlassungsbegehren des Herrn Professors Ihro aus der großen Schultommission.

Un die Bittschriftenkommission werden eine Anzahl eingelangter Vorstellungen und Bittschriften überwiesen.

Behufs einer vorzunehmenden Sechszehnermahl wird das Verzeichniß der wahlfähigen Mitglieder des Großen Rathes abgelesen und zum Drucke überwiesen.

Auf den Antrag des Diplomatischen Departementes wird der revidirten Verkaffung des Kantons Thurgau die verlangte Garantie einstimmig und ohne Diskusion ertheilt.

Rapport der zu Untersuchung des Verwaltungsberichtes für das Jahr 1834 und 1835 niedergesetzen Spezialkommission.

Nach einer kurzen Diskussion wird auf den Antrag des Herrn Oberrichters Jaggi, welchem die Herren Schultheiß Tscharner und Regierungsrath Kasthofer beipflichten, mit 82 gegen 62 Stimmen beschlossen, die Behandlung dieses Gegenstandes für heute zu verschieben, und mit 94 gegen 52 Stimmen beschlossen, den Rapport Behufs der Vertheilung des Großen Rathes dem Drucke zu übergeben. Die Herren Karl Schnell, Regierungsrath, und v. Grafenried halten den Druck für überslüssig.

Vortrag des Regierungsrathes über das Entlassungsgesuch des Herrn Majors Küpfer, von der Stelle eines Landjägerkommandanten.

Dem herrn Küpfer wird die Entlaffung in der üblichen Form burchs handmehr ertheilt.

Vortrag bes Regierungsrathes betreffend bie einste weilige Nichtbefegung ber Stelle eines Landjägerfomman-banten.

Diesem in Erwartung der bevorstehenden Revision des Landjägerreglementes gestellten Antrage wird ohne Diskussion durchs handmehr beigepslichtet.

Vortrag des Finanzdepartementes und des Regierungsrathes über die einstweilige Nichtbesetzung der Münzmeisterstelle.

Das Finanzdepartement möchte sowohl die Münzmeisterstelle auscheben, als auch überhaupt das Institut einer eigenen Münzstätte abschaffen, während der Regierungsrath dagegen war die Münzmeisterstelle einstweisen nicht zu besetzen, hinzgegen über die Münzstätte noch keinen Beschluß zu fassen vorschlägt, indem eine vielleicht bald vorzunehmende Revision des schweizerischen Münzwesens das Vorhandensein der Münzstätte wünschhar machen könnte.

Dem Antrage des Regierungsrathes wird ohne Diskussion durch's Handmehr beigepflichtet.

Vortrag des Militärdepartements und des Regierungsrathes über Ertheilung des Majorranges an den Herrn-Instruktionsadjutanten Hauptmann Brugger.

Der herr Landammann spricht sein Bedauern aus, daß kein einziges Mitglied des Militärdeparmentes anwesend sei, um siber den Vortrag zu rapportiven.

Dem Antrage wird durch's Handmehr besgepflichtet und zugleich ni 55 gegen 52 Stimmen beschlossen, die Besoldung des Herrn Brugger nach dem Antrage des Militärdepartementes auf 4 Fr. täglich festzusehen, während dagegen der Regierungszath auf eine sie jährliche Besoldung von 1200 Fr. angetragen batte.

Auf baherige Vorträge ber Polizeifektion wird folgenben Naturalisationsbegehren entsprochen:

- 1) Des herrn Ingenieur Jankowky aus Polen, welchem bas Bürgerrecht ber Gemeinde Bözingen zugesichert ist, mit 102 gegen 27 Stimmen.
- 2) Des herrn Ingenieur Baczinski, welchem das Bürgerrecht der Gemeinde Mettemberg, Amtsbezirks Delsberg, zugesichert ist, mit 103 gegen 20 Stimmen.
- 3) Des Herrn Professors Demme aus Altenburg, welchem das Bürgerrecht der Gemeinde Unterseen zugesichert ist, mit 124 gegen 5 Stimmen.
- 4) Des herrn Fidel held aus Dillendorf, mit der Bürgerrechtszusicherung von Scheulte (f. Nr. 37 der vorjährigen Verhandlungen), mit 87 gegen 29 Stimmen.
- 5) Des herrn Louis Baradez aus Frankreich, mit der Bürgerrechtszusicherung von Pleujouse (siehe Nr. 37 der vorjährigen Berhandlungen), mit 83 gegen 23 Stimmen.

(Schluß der Sitzung um 11/4 Uhr.)

Verhandlungen

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Mintersitung. Zweite Halfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Zweite Sikuma.

Dienstag ben 20.

(Morgens ... or.)

Prasident: herr La 🚉 tann S. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung bes

Protofolls leiften einige neu eintretende Mitglieder ben Gid.

Eine eingelangte Bittschrift wird an die Bittschriftenkommission gewiesen, und ein Anzug des herrn von Morlot, gefetliche Magregeln gegen Thierqualereien begehrend, auf ben Kangleitisch gelegt.

Berlesen werden zwei Buschriften der herren Zehnder zu Aekenmatt und Oberftlieutenant Wäber von Bern, wodurch ersterer die Niederlegung seiner Stelle als Großrath, letterer zugleich die Riederlegung aller feiner übrigen öffentlichen Stellen erflärt.

Zagesorbnun-g.

Wahl eines Sechszehners an die Stelle des zu einem Mitgliede des Regierungsrathes beförderten herrn Kasthofer.

Von 160 Stimmen erhalten:

		im 1. Gfr.	im 2. Gfr.	im 3. Sft.	im 4. Gfr.
Þr.	Fr. Knechten	hofer 6	33	45	62
23	Morel	23	40	42	54
,,	Quiquerez	18	36	30	~
,,	v. Tillier	7	29		
,,	3. Seiler	6			
"	Rohli	5			
*	Mai	5			
,,	Belrichard	5			
2)	Blumenstein	5			
	11 6 111				

Ernannt ift somit durch relatives Stimmenmehr herr Fr. Anechtenhofer in Thun.

hierauf leisten sammtliche anwesende Sechszehner für bas Jahr 1838 den Eid.

Geschesvorschlag des Finanzdepartementes über die Einführung einer Verbrauchssteuer anstatt der bisherigen Bölle.

Der Entwurf wird, da er gedruckt ift, nicht verlesen.

v. Jenner, Regierungsrath. Der Projekt eines neuen Bollgesetzes, welchen bas Finangdepartement auf Ihren Befehl,

Tit., heute hier vorzulegen die Ehre hat, ist zwar der erste, der hieher gebracht wird, aber nicht der erste, welchen das Departement gemacht hat. Die gegenwärtig vorhandenen Bolle find, mit wenigen Ausnahmen, Lokalzölle, und Sie, Tit., haben bei verschiedenen Anlässen ausgesprochen, daß das bisherige Jollssyltem, wenn man es so nennen darf, Ihnen nicht konvenire, sondern daß ein allgemeines und gleichförmiges Jollsystem eins geführt werden möchte. Diejenigen zwar, welche im Falle find, Boll zu bezahlen, wurde es vielleicht am meiften freuen, wenn man die Bolle gang abschaffen wollte; aber da unser Budget einen Ausfall von Fr. 88,000 darbieten wird, so möchte es wohl nicht zweckmäßig sein, eine ungefähr Fr. 150,000 betragende Einnahme abzuschaffen. Wollen Sie also ein Zollsystem, so fragt es sich jest: welches? Zuerst hat das Finanzbepartement einen Gesetzesentwurf nach dem Grundsate des Grenzzollspstems bearbeitet und dem Regierungsrathe vorgelegt, nicht weil es dasselbe anvathen konnte, sondern weil man es verlangt hatte. Diesem Systeme zufolge würden die innern Zölle sämmtlich aufgehoben, wogegen die Grenzzölle bedeutend erhöht werden müßten, damit nicht ein alzugroßer Ausfall in ben Staatseinnahmen entstehe. Ein auf dem Grenggollfinsteme beruhendes Zollgeseth mußte aber der Zagsatzung zur Geneh= migung vorgelegt werden. Wir haben aber zur Genüge erfah= ren, daß wir von der Tagsakung immer die schönsten Worte bekommen, wo der Stand Bern Opfer bringen soll; wo Bern irgend etwas für sich wünscht, ist man in der Tagsakung nicht daheim. Erst letzthin hat uns die Tagsakung auf den Untrag eines Standes, der fonft in der Eidgenoffenschaft nicht den besten Geruch hatte, die Leberbergischen Jölle aberkannt, während andere Kantone ungestört ihre Weggelder beziehen, und während wir, wenn wir durch das Gebiet jenes reklami-renden Standes, nämlich Neuenburgs, hindurchfahren, gar schön bezahlen müssen. Das, Tit., ift der Maßstab, womit man und an ber Tagfatung jumift, und fo konnen Gie feben, welchen Unklang wir dort finden würden. Aus diefen und andern Gründen wies damals der Regierungsrath den auf das Grenzzollsystem gebauten Entwurf zurück. Hierauf brachte das Finanz-departement einen auf das Weggeldsystem gegründeten Ent-wurf vor den Regierungsrath. Das Weggeldsystem, wonach man im Verhältnisse der durchlaufenen Straßenlängen zahlen muß, würde zwar bei der Eidgenoffenschaft mehr Anklang finden, aber hier im gangen Lande wird daffelbe gewiß am wenigsten ge= wünfcht, und bei diefem Sufteme wurden die innern Bolle nicht nur nicht wegfallen, sondern allerwärts müßten neue Zollstätten errichtet werden. Zu einem solchen Systeme möchte ich nicht stimmen, und der Regierungsrath fand selbst, daß das Weggeldsystem noch weniger ausführbar sei, als bas Grenzzollsystem. Run blieb noch das dritte Sollsystem übrig — denn ein viertes giebt es nicht — das Douanenfustem, welches alle von außen tommenden Waaren im Verhältniffe ihres Werthes mit einem Einfuhrzolle belegt. Der vorliegende Gesetzesentwurf ift auf bieses Sustem basirt. Davin sind alle Transitzölle aufgehoben, indem diese einem Lande nicht frommen. Auch die Ausfuhr=

jölle find aufgehoben. Die Ginfuhrzölle dagegen find nach dem frangönichen Müngfuße berechnet, damit, wenn derfelbe hier je eingeführt werden follte, man dann nicht allzuviel am Gesetze andern muffe. Wir haben und babei fehr gehütet, in allzuviele Details einzugehen. Wie viel wird diefes Jollfuftem eintragen? ungefähr die nämliche Gumme wie die gegenwärtigen Bolle. Man hat uns indessen vorgeworfen, dieses sei ein fiskalisches Gesetz, und man verlangte, daß alle Ansätze desselben heruntersgesetzt werden. Allein, Sit., wenn ein Zollgesetz etwas werth fein foll, fo muß es etwas eintragen, denn ein jedes Bollgefet, die Anfane mögen noch fo gering fein, bringt Befchwerden mit fich. Wenn nun ein Zollgesetz alle damit nothwendig verbundenen Plackereien mit sich bringt und doch nichts einträgt, so bat es eben alle Fehler und keinen Vortheil. Hüten Sie sich alfo, Tit., ein Bollgesetz zu machen, wobei nichts herauskommt. Der Handelsstand wünscht überhaupt nicht, mit indirekten Absgaben belästigt zu werden. Das Finanzdepartement glaubte, für die inländische Fabrikation das Möglichste zu thun, aber es fand es auf der andern Seite nicht billig, daß alle Lasten nur auf den Landbau geworfen werden follen. Der Handelsstand kann hiebei um so weniger leer ausgehen, als gerade-für ihn jahr= lich fo große Summen auf Straffen ic. verwendet werden. Man hat verlangt, das neue Zollgesetz solle vornehmlich die innere Fabrifation in Schutz nehmen, und die Zölle sollen blos Schutzölle zu Gunsten derselben fein. Wenn aber eine Industrie sich nicht anders erhalten kann, als dadurch, daß die Regierung durch verschiedene Zwangsmaßregeln das ganze Land den Kabrikanten abgabenpflichtig macht; so wird diese Industrie nie febr blühen, und es ift fein Bortheil für bas Land, wenn es feine Bedürfniffe von den inländischen Fabrifanten theurer kaufen muß, als es sie von Außen beziehen konnte. Man hat diesem Projekte vorgeworfen, daß es gerade die Nachtheile der preußischen und französischen Zollsusteme an sich trage. Ich bemerke jedoch, daß zwischen 35 Bh. pr. Centner und zwischen 180 Gulden pr. Centner ein Unterschied ift, und daß ein Bollfustem von 180 Gulden pr. Centner Nachtheile hat, welche ein System von 35 Big. pr. Centner nicht hat. Man macht den Einwurf, das könne bei uns nicht exequirt werden. An der-gleichen Ummöglichkeiten glaube ich nicht so leicht. Daß die Sache ausführbar ist, zeigt das Beispiel des Kantons Waadt, desse ungliche ift, zeigt ein Seitzele von Kuntons Wundlagen hat, wie der vorliegende Entwurf. In die einzelnen Anfähre des Vorsschlages will ich nicht eintreten. Ausfuhrgebühren sind einzig und allein für holz, Kohlen und Rinden vorgeschlagen und war darum, weil man von vielen Seiten her sich über die ungehinderte Holzaussuhr beklagt. Ich will nicht weitläufiger fein, fondern die Bemerkungen, welche fallen mögen, abwarten.

Robler, Regierungsrath. Alls Mitglied des Finangdepar= fementes muß ich eine entgegengesetzte Unsicht entwickeln. Dieses Gefet ift unrepublikanisch und unnational. Gefete, welche in Monarchien sehr gut sein mögen, sind nicht immer gut für Republiken. Sie werden fagen, Tit.: warum bringt benn bas Finanzdepartement ein solches Gesetz vor den Großen Rath? Der herr Präsident des Finanzdepartementes hat bereits gesagt, daß der Regierungsrath schon zwei von dem Finanzdepartement bearbeitete Entwürfe von der Sand gewiesen, und mit dem porliegenden Entwurfe würde es gerade jo gegangen fein, wenn nicht einige Mitglieder des Regierungerathes, worunter auch ich, verlangt hatten, daß man die Sache vor Großen Rath bringe, damit dieser endlich einmal ausspreche, ob er überhaupt einen Zoll wolle und nach welchem der drei Syfteme. Das vorliegende Gesets ist schon darum verwerflich, weil es zu komplicirt ift. Es enthält 50 §§., welche überdieß sehr leicht miß= verstanden werden können, wie sich das im Regierungsrath ge= zeigt hat. Weit mehr würde dieß geschehen bei den verschiedenen Zollbeamten, welche nicht eben immer Professoren find. Es kann und nicht entgehen, daß durch dieses Gesetz das Doua-nensystem etablirt werden soll. Jedermann weiß, welche großen, namentlich moralischen, Rachtheile mit einem folchen Susteme befonders in Bezug auf die Grenzbewohner verknüpft find. Zedes folches Gefeis provozirt den Schleichhandel, der auch durch die allerstrengsten Anstalten nicht verhindert werden fann,

und diefer ift ein unmoralischer Erwerb. Daß ferner die Bureaus an den Gränzen vervielfacht werden mußten, ift flar; ebenso müßte man sämmtliche Zollposten mit Landiagern ver= stärken und müßte namentlich an allen diesen Orten Waagen errichten. Alfo müßten dort die Waaren abgeladen und zugleich jedes einzelne Colli nicht nur gewogen, sondern geöffnet und untersucht werden. Alles dieses müßte nothwendig zu häufigen Uebertretungen und Bestrafungen führen und wäre ein System, das weniger in eine Republik paßte, als irgend ein anderes. Setzt fragt es sich, was man will, da schwerlich jemand die Sache auf dem bisherigen Fuße wird bestehen lassen wollen. Wollen Sie überhaupt einen Zoll? und nach welchem Systeme wollen Sie ihn? Außer dem vorgeschlagenen Susteme bleiben nur noch die des Grenzolles und des Weggeldes; für das erstere könnte ich nicht stimmen, weil dasselbe für die Grenzbewohner fehr lästig ist. Namentlich der nördliche Kantonstheil müßte sehr darunter leiden. Die Zölle sollen eigentlich nichts anderes sein, als eine Entschädigung für den Gebrauch der Strafen, alsbann muß man aber vom Grenzzolle abstrahiren, denn es können Waaren vielleicht nur eine Stunde weit überdie Granze hereinfommen, und wenn denn diese gleichviel bezahlen müßten, wie folche Baaren, die viele Stunden weit ins Land hereinkommen, so wäre das keine Retribution für die Benutzung der Strafe. Noch andere Nachtheile find mit dem Gränzollsusteme verknüpft, in die ich mich aber jeht nicht einlassen will. Wenn Sie, Tit., einen Zoll wollen, so ist das einzig wahre und richtige System das Weggeldsuftem. Diefes eriftirt in mehreren Staaten, und wenn dort schon eine Menge Plackereien damit verbunden find, fo gehören diese nicht wesentlich dazu. Man kann es 3. B. ohne Schlagbäume und ohne Einlösung von Karten bei jeder Bollstätte machen. Nach dem Weggeldsystem würden zwar alle Bollstätten, wie sie sind, bleiben, während nach dem vorliegen= den Projekt etliche zwanzig Zollstätten im Innern aufgehoben würden, jedoch nur die allerunbedeutenosten. Vortheil des Weggeldinstems dagegen wäre, daß jetzt jeder Transport, abgesehen von seinem Gegenstand, da ein Centner Seide gleich schwer drückt, wie ein Centner Seife, bloß nach dem Gewichte eine Metribution an den Staat für den Gebrauch der von diesem übernommenen Strafen nach einem billigen Mafftabe bezahlen würde. Diese Retribution würde an dem Orte, von wo der Wagen abfährt, für die ganze zu durchlaufende Straffenstrecke bezahlt, so daß sich dann der Wagen unterwegs kein einziges Mal des Zolles wegen aufzuhalten brauchte. Wir mögen ein Bollinstem annehmen, welches wir wollen, so wird basselbe bei der Tagsatzung immer Schwierigkeiten finden, während ein bloßes Weggeldspitem sehr gerne von ihr genehmigt werden würde. Auch würde das ein gar nicht langes Gesetz geben, höchstens 20 §§., weil die Hauptgrundlagen davon sehr einfach sind. Spricht fich ber Große Rath für biefen Grundfat aus, fo wird ihm sehr bald ein neuer Entwurf vorgelegt werden können. Wollen Sie, Tit., gar keinen Joll, so muß das daraus entstehende Desicit im Büdget auf andere Weise gedeckt werden. Das ließe sich in 2 §§. thun, indem man fagen würde: Alle Bolle sind auf den ersten April aufgehoben, und an deren Plat soll das Ohmgeld soweit erhöht werden, daß es den bisherigen Ertrag der Zolle ersetze. Bu diesem Zwecke wurde eine Erhö-hung des Ohmgeldes von 5 Rppn. auf 8 genügen; für die gebrannten Wasser könnte man noch weit höher gehen. Man wird einwenden, daß die Waadtlander schon gegen das gegen-wärtige Ohmgeld Einwendungen gemacht haben; ein paar Rappen mehr oder weniger haben aber auf die Begründetheit oder Unbegrundetheit jener Einwendungen feinen Ginfluß, und fo lange die Waadtländer und jährlich 5 Millionen Maag Wein verfaufen, haben fie fich über unfer Ohnigelb nicht zu beklagen. Man wird dann einwenden, daß hiedurch unfer feelandische Wein noch mehr begünstigt werde als bisher; allein es werden fich immer Mittelwege finden, um unfere Reben irgendwie zu tariren. Ich wollte übrigens mit diefer Bemerkung bloß zeigen, daß man den Boll aufheben kann, wenn es fein muß. 3ch trage barauf an, daß in den vorliegenden Entwurf nicht eingetreten, und daß dem Regierungsrathe aufgetragen werde, dem Großen Rathe in der kunftigen Commersigung einen auf dem Weggeldfustem beruhenden Entwurf vorzulegen.

Stockmar, Regierungsrath. Als Mitglied des Finangdepartements will ich der so eben gefallenen Meinung noch eis nige Bemerkungen beifügen. Der vorige Redner hat meine Ansicht über den vorliegenden Entwurf beinahe ganz erschöpft. Alls es sich im Regierungsrathe darum handelte, zu wissen, welches von den schon angeführten Zollspstemen man annehmen folle, so zeigte sich eine große Verschiedenheit der Meinungen. Ein jedes der drei Systeme fand seine Vertheidiger. Endlich entschied sich der Regierungsrath für das Ihnen heute vorge= schlagene, mit andern Worten, für das Verbrauchssteuersystem. Es schien ihm daffelbe das vernünftigste, gerechteste und den wahren Grundfäten in diefer Materie am angemessensten. Auch ich habe damals für diese Ansicht gestimmt; der Regierungsrath nahm das Suftem befinitiv an und beauftragte das Finangdepartement ihm ein in diefem Sinne bearbeitetes Projekt ju bringen. Ich habe viel an diesem Projette gearbeitet, ich darf fagene, daß ich im guten Glauben war, und erst nachdem ich die Sach ins Nähere hin und her bedacht und verarbeitet hatte, lernte ich einsehen, daß ich vorher im Irrthum war und daß das System, mit dem ich mich abgeben sollte, obwohl für größe Staaten, wie Frankreich, Preußen u. f. w. paffend, für ein kleines, von Gränzen zu fehr eingeengtes Land, wie das Unfrige, nichts tauge. Für uns wäre das nur eine Quelle von Unannehmlichkeiten, von Reibungen aller Art und würde ohne Zweifel den Handel fehr hemmen. Letteres ift Ihnen schon von dem vorigen Redner gezeigt worden. Daher kann ich nicht glauben, daß Sie in den Entwurf eintreten, und noch weniger, daß sie denselben annehmen werden. Allein, wenn man den Entwurf berwirft, zu was soll man greisen? Ein Solle min jeden Preis abgeschafft werden. Ueber die Wahl eines Syland wuß sich nur der Erest Velle auflen. stems muß sich nun der Große Nath erklären. Wenn weder die jetzigen Bölle, noch die Verbrauchssteuer beliebt sind, so bliebe allenfalls noch das Weggeldspstem. Für die Annahme deffelben ist von dem letzten Redner gesprochen worden. Ich meines Theils könnte demfelben nicht beiftimmen. Man fagt: es ware daffelbe in der Eretution fehr leicht. Ein einziges Beispiel soll das Gegentheil davon beweisen. Nehmen wir 3. B. die Straße von Bafel nach Bern an. Mit dem Weggeldspstem müßten Sie Büreau's haben in Grellingen, in Lauffen, in Delsberg, vielleicht in Sophieres, in Dachsfelden, wegen der Straße nach Bellelan, in Sonceboz, wegen der Straße nach Chaupde-fonds, in Biel, wegen der Straße nach Solothurn, in Nidau, wegen dem See, in Narberg und endlich in Bern. Das sind acht bis zehn Büreau's. Man könnte mir entgegnen, es follten die Büreau's nur an der Granze aufgestellt fein, und dort mußte die Waare für die ganze zu durchlaufende Wegstrecke auf einmal bezahlen! Allein, was würde geschehen? Es kamen Waaren mit der Bestimmung bis Lauffen herein, dieselben bezahlen die Abgabe bis Lauffen und dort angekommen und vielleicht abgeladen, würden diefelben gang einfach wieder aufsgeladen und ohne Abgabe weiter spediert. Daher konnte ich unmöglich für das Weggeldsystem stimmen, obwohl ich zugebe, daß seine Einführung, besser als jede andere, zu bewerkstelligen ware. - Es bliebe noch ein viertes Syftem, auch eine Art von Verbrauchssteuersystem. Dieß könnte folgendermaßen ein-geführt werden. Un der Gränze würde von allen, für den Berbrauch bestimmten Waaren eine fire Abgabe, wie z. B. 7 Baten, gefordert. Diese Abgabe wäre unveränderlich. Ausnahmen, die etwa eintreten müßten, beträfen die Urstoffe und die für die Fabrifen bestimmten Gegenstände. Solche Artitel würden nur 1 bis 2 Bahen Eintrittsgeld zahlen muffen. Eine andere Ausnahme würde für Gegenstände ftatt finden, die jum täglichen Gebrauch dienen; diesen würde nichts abgefodert; darunter gehört 3. B. die Hafnererde für die Fabriken, Gußeisen und überhaupt alle Gegenstände von geringem Werthe, welche in den Fabriken zur Verarheitung gebraucht werden; auch Getreide, Korn, Bieh, Kalk, Steine, kurz Alles, was auch im Kanton zu haben ist. Sch will nicht weiter in dieses System eintreten, allein Sie sehen, daß es einsach wäre; es wären nur drei Klassen von Gegenständen zu berücksichtigen, iene welche 7 Baten, welche weniger, und welche gar nichts bezahlen mußten. Allein auch biefes System finde ich unpasfend. Obschon mit weit weniger Schwierigkeiten, als die an-

bern verbunden, bietet es derfelben noch immer ju viele. Bu welchem Suftem follen wir und benn wenden? Unfere Bölle tragen jährlich eine Summe von 150,000 Fr. ein. Ift diese Summe denn so groß, daß sie durch keine andere Abgabe erschwungen werden könnte? Der vorige Redner hat schon darauf ausmerksam gemacht. Allerdings wäre jene Summe zu ersetzen und zwar durch eine Vermehrung des Ohmgelds. Wirklich wirft das Ohmgeld per Sahr 300,000 Fr. ab, diese Summe könnten wir leicht verdoppeln. Ich will annehmen, daß wegen dem Schleichhandel, der unfehlbar eintreten wurde, die Summe nicht um das Doppelte erhöht würde, fo würden wir immerhin noch eine schöne Summe erhalten, wohl im Stande, die Bolle ju erfeten. Wir haben nicht einmal nöthig, die Abgabe des Ohmgelds zu verdoppeln, statt die Maaß mit 10 Rappen zu beschlagen, fodern wir 71/2 bis 8 Rappen. Bringen Sie nun zur der Summe, welche dabei herauskommen wird, die Bonifkation in Anschlag, die aus dem Unterschied zwischen dem neuen und alten Maasse entspringt, so kommen Sie der verlangten Summe nah. Endlich könnten und follten Sie die Abgabe auf den Weingeist verdoppeln. Es sind Ihnen die vielen Reklamationen gegen das Ueberhandnehmen des Gebrauchs der geistigen Getranke in unserem Ranton bekannt. Sie würden demnach diesen Wünschen gang entsprechen, wenn Sie das Ohmgeld erhöhten und fo den Abfat Diefer Getranke verminderten.

Was nun den Entwurf anbetrifft, so glaube ich, daß der Große Rath denselben verwersen wird, allein ich hoffe zugleich, daß diese hohe Behörde sich für irgend ein System aufs Bestimmteste aussprechen wird, da sonst der Regierungsrath wieserum einen Entwurf vorlegen könnte, der nicht belieben würde.

Tscharner, Regierungsrath. Worüber beklagte man sich bisher so sehr? über die großen Sperrungen, welche Handel und Verkehr durch den altherkömmlichen Perceptionsmodus erlitten, und über die Ungleichheit der Bolle in den einzelnen Landestheilen. Darum wünschte man, daß jene hemmungen entfernt, und daß ein gleichförmiger Perceptionsmodus etablirt werde. Nach meiner Ueberzeugung nun vervielfältigt das vorliegende Projekt die Uebelstände des bisherigen Zollwesens. Wenn die angrenzenden Kantone ein folches System aufstellen wollten, wenn auf der Route von Konstanz nach Genf 6 bis 7 verschiedene Mauthschsteme waren, wo man alle 4 bis 5 Stunden angehalten würde, - was für hemmungen, was für Beit= verfäumniffe, was fur Schaden an den Waaren entstände nicht baraus? Man fagt, ein Bollfustem folle Geld in die Staatskaffe liefern; aber wird ein folches System viel Geld eintragen, wenn ein großer Theil des Lettern bloß für die Perceptions= kosten verloren geht? Die beschwerlichsten Abgaben sind ohne Iweisel die, welche mit großen Perceptionskosten verbunden sind, indem der Bürger weit mehr bezahlt, als dem Staate zu Gute kommt. Das beste System ist dasjenige, welches die wenigsten Perceptionskosten hat. Dieß ist aber bei dem Mauth systeme nicht der Fall, und befonders wo viele Grenzen sind, verfehlt ein solches System den Zweck. Aus diesem Grunde hat auch die Kommission für Handel und Industrie davon abgerathen. Ich stimme am afferersten zu der Ansicht des Herrn Regierungsrathes Stockmar. Die Perceptionskosten wären ungeachtet einer Erhöhung des Ohmgeldes ungefähr dieselben, so daß eine Erhöhung von 3 Rp. zu viel sein möchte. Wenn das Ohmgeld zu 5 Rp. Fr. 300,000 abwirft, so thut es das nach Abzug der Perceptionskosten, so daß also eine Erhöhung um 2 Rp. genügen würde, um den Ausfall auf dem Zolle zu decken. Zudem scheint man geneigt, das Ohmgeld für die gebrannten Wasser noch höher zu bestimmen. Wenn wir dann, wie Herr Regierungsrath Kohler andeutet, den inländischen Wein einer ähnlichen Gebühr unterwerfen, so werden dann die daherigen Zerwürfnisse mit den andern Kantonen wohl wegfallen. 3ch stimme, in den vorliegenden Entwurf nicht einzutreten, und dem Regierungsrath aufzutragen, daß er innerhalb einer gegebenen Frist dem Großen Rathe Mittel und Wege vorschlage, wie der durch Aufhebung der bisherigen Zölle entstehende Ausfall gedeckt werden könne; nur nicht auf dem Wege des Mauthstystems. Rleine Staaten befinden fich nur wohl bei möglichster Entfernung aller hemmnisse von handel und Berfehr, und machen einzig badurch die Mauthsysteme ber großen Staaten möglichst unwirksam.

v. Grafenried. Wenn ich den Gang der Deliberation richtig aufgefaßt habe, so handelt es sich einzig darum, ob man in den vorliegenden Entwurf eintreten will. Bündig und klar sind die Gründe auseinander gesetzt worden, welche gegen das Eintreten walten; ich für mich stimme ebenfalls gegen das Eintreten, will aber hiebei stehen bleiben. Wenn daher einige Tit. Präopinanten noch um einen Schritt weiter gegangen sind, so möchte ich mich darauf beschränken, das Weitere zu fernerer Begutachtung dem Regierungsrathe und dem Finanzdepartemente zuzusschieden.

Stettler. Auch ich will nicht in den Entwurf eintreten, aber ich möchte doch etwas weiter gehen, damit der Regierungs= rath oder bas Finanzdepartement wissen, was der Große Rath will. Wir haben bereits vernommen, daß schon alle bie verschiedenen Systeme zur Sprache gekommen sind, daß aber fein Sustem die Mehrheit erhalten hat. Der Regierungsrath und das Finanzdepartement sollen daher froh sein, hier die Unsichten des Großen Rathes darüber zu vernehmen. Leicht ist es, zu verwerfen, aber schwer, etwas aufzubauen. Daher nehme ich die Freiheit, auch Ansichten zu äußern für eine neue Grundslage. Man hat alle innern Jölle angekauft, um nachher das Zollwesen einmal gehörig zu regeln. Das Finanzdepartement war demnach genöthigt, etwas zu bringen, wodurch dieser wich= tige Zweig geregelt würde. Hiefür boten sich zwei Hauptspfteme dar. Das erste System besteht darin, daß man alle innern Bölle aufhebe und auf die Grenze verlege, wodurch alle von außen hereinkommenden Waaren mit einer Gebühr belegt wer= den, welche demnach eine Konsumogebühr auf die eingeführten Waaren ist. Das scheint anfänglich sehr gut und praktisch, aber in der Nähe betrachtet, ist es für unsern Freistaat ver-werslich. Vorerst kann man gegen dieses System einwenden, daß es auf keiner Grundlage beruhe. Eine Grundlage wäre, fo und so viel bezahlen zu muffen, weil man die Strafe in dem und dem Maße braucht. Nun schreibt dieses Geset vor, man folle nach der Qualität der Waare zollen. Wodurch wer-den aber die Straßen beschädigt? Nicht durch die Qualität der Waare, sondern durch ihre Quantität, durch ihr Gewicht. Warum soll ein Centner Seide mehr bezahlen, als ein Centner Blei? Man will also eine Konsumogebühr. Aber alsdann muß man konseguenter Weise die Verbrauchsteuer auf den ganzen Ranton legen, und nicht nur auf das, was in denselben einge-führt wird. Allerdings haben andere Staaten auch bedeutende Bolle auf den Grenzen; aber diese Bolle find dann nicht Kon= sumogebühren, sondern sie sind da zur Beschützung der innern Industrie. Das ist doch wenigstens ein Princip, aber auch dieses ist hier nicht der Fall. Die Tarisansätze des vorgeschlagenen Gesches sind zu niedrig, wenn sie die inländische Fabri-tation begünstigen sollen. Bewahre uns der Himmel vor Zöllen zum Schutze der innern Fabrikation. Der schweizerische Handel kann sich nur durch die Freiheit souteniren, — das ist von inländischen und ausländischen Kaufleuten anerkannt. Handelssperre zum Schute der schweizerischen Fabrikation wäre ihr Tod. Man fagt, 35 Bh. pr. Centner seien nicht zu ver-gleichen mit 150 Gulden. Das ist Schein, nur Schein. Wenn man 3. B. zu Lindau für den Centner 150 Gulden bezahlt hat, so ift dann der Berkehr von dort bis Berlin und bis an die äußerste deutsche Grenze ganz frei; aber und nun in der Schweiz? Wenn auf der handelsstraße von St. Gallen bis Genf jeder Kanton das hier vorgeschlagene System aufstellen wollte, und man dann durch 10 verschiedene Zolllinien passiren müßte, so wäre man weit übler daran, als bei der preußischen Zollunion. Und in welchem Augenblicke wollen wir ein folches System einführen? Im Momente, wo in ganz Europa sich der Verkehr ungeheuer erleichtert hat durch die Eisenbahnen, wo man in wenig Sahren von Zürich nach Basel, von Basel nach Mannheim, von Mannheim über Zürich nach Triest auf der Eisenbahn wird fahren können. Aus allen diesen Gründen mußte man durchaus von einem folchen Systeme abgehen. Man fagt, wenn Waadt dieses System einführen konnte, so werden wir es auch konnen. Aber erstens hat Waadt ein weit kleineres Straßengebiet als Bern, und zweitens ist der waadtländische Tarif viel geringer

und macht Unterscheidungen zwischen den schweizerischen und ben fremden Waaren ju Gunften ber erfteren. Daber wird das vorgeschlagene Zollgesetz bei der Eidgenossenschaft auf keinen Fall durchgehen, und wir sollten ihr dafür dankbar sein. Das zweite Suftem ift bas Weggeldsuftem. Es eriftirt in Zurich und St. Gallen. Diese beiden Kantone find die industriereich ften; alfo foll man glauben, daß fie ihre Intereffen tennen. Das Weggelbinftem in Burich beruht auf dem Grundfate, daß wer die Straße braucht, dafür im Verhältnisse zu der Wegstrecke, die er braucht, bezahlt. Außer der Wegstrecke wird zugleich nach dem Gewichte bezahlt, aber um dieses auszumitteln werden keine Waagen angewendet, sondern das Gewicht wird lediglich nach der Zahl der Pferde berechnet, und vom Pferde werden pr. Stunde 5 Rp. bezahlt. An der Tagsahung haben wir vorigen Sahres den leberbergischen Boll verfechten muffen. welcher ein bloßer Grenzzoll ist, und ich habe ihn verfochten, so gut ich konnte. Nach dem leberbergischen Zolltavife nun bezahlt ein mit 60 Centnern beladener Wagen Fr. 12 Eingangszoll; nach dem zürcherischen Tarife bezahlt der gleiche Wagen Fr. 3. Nach dem leberbergischen Tarife mussen jene 60 Centner Fr. 12 bezahlen, selbst wenn der Wagen nur eine Stunde weit hereinfährt; im Kanton Zürich bezahlt er für die Stunde nur 3 Baten. Das, Tit., ist der Unterschied. Freilich ift bas Weggelosystem etwas hindernd für den innern Berfehr, indessen lassen sich die daherigen Nachtheile ziemlich ver-meiden. 3. B. würde das Weggeld nur auf den Hauptstraßen bezahlt, und alle biejenigen wären davon zu entheben, welche bloß ihre Produkte zu Markte bringen. Wir können also immer= hin das Prinzip aussprechen, daß wir von dem vorgelegten Entwurfe abstrahiren wollen, und daß der Regierungsrath und das Finanzdepartement einen Entwurf nach dem Weggeldsusteme bearbeiten sollen, aber mit möglichster Vermeidung der Nachtheile für den innern Verfehr. Wenn wir schon das vorliegende Projekt annehmen, an der Tagsatzung geht es nicht durch. Man wird sich vielleicht verwundern, daß ich hier eine andere Sprache führe, als im vorigen Sommer an der Tagfatzung. Damals habe ich mich in Bezug auf unsere leberbergischen Jölle namentlich gegen Zürich erhoben, aber ich habe es nach meiner Instruktion gethan. Ein Anderes übrigens ist es, wenn man den Kanton Bern zwingen will, sein System nach demienigen anberer Orte zu modeln, und ein Anderes, wenn er von freien Stücken sein Joliwesen andern und sich dem Systeme z. B. von Zürich im Wesentlichen nähern will. Un der Tagsatzung wird hoffentlich eine allgemeine Zollrevision endlich einmal ju Stande kommen; dieß ist fehr zu wunschen und ist in diesem Beitpunkte dringender als je. Nun werden wir, weiß Gott, in der Schweiz von jedem Douanenspsteme abstrahiren, wie wohl sich vielleicht Einzelne ein allgemeines schweizerisches Douanenfuftem träumen mogen. Wenn andere Staaten uns qualen, fo ift die Freiheit unfer einziges Panier. Der bekannte Englander Bowring hat das fehr wohl eingefehen, daß der schweizerische Sandel ungeache tet aller Beschränkungen sich nur durch die Freiheit ausbilden kann. Es ist also vorauszusehen, daß wenn eine schweizerische Zollrevision je zu Stande kommt, diese eher nach dem Systeme des Weggeldes, als nach irgend einem andern ju Stande fommen wird. Man hat gesagt, man könne Alles auf bas Ohmgeld legen. Ja, Tit., wenn wir darin gang frei maren; aber diefes Ohmgeld wird bei andern Kantonen bedeutende Unstände erregen. wie wir das schon vor ein paar Jahren gesehen haben. Sch stimme daher dazu, in den Entwurf nicht einzutreten und dagegen den Regierungsrath mit der Bearbeitung eines auf bas Weggeld gegründeten Entwurfes zu beauftragen, nach dem Vorbilde von Zurich und St. Gallen, aber mit möglichster Ber-meidung der dort vorhandenen Benachtheiligungen des innern Verfehrs.

Romang, Regierungsstatthalter. Der Billigkeit nach ist kaum etwas billiger als das Weggeld, aber es bietet ungeheuere Schwierigkeiten dar. Jedermann wäre damit geplagt, wäherend bei einem andern Systeme doch nur der Handelstand geplagt ist. Man würde daher ein solches Gesetz auf dem Lande nicht günstig aufnehmen. Was das Ohmgeld betrifft, so kann ich immer dazu helsen, die Getränke zu belegen, und zwar um so mehr, als man bereits die verschiedenen Lokalohmgelder abge-

than, und andererseits die Maas heruntergesetht hat. Das Seeland möchte ich deswegen nicht belegen; sie haben dort genug Plagen mit ihren Ueberschwemmungen u. s. w. Ich schließe mich demnach denen an, welche in den Entwurf nicht eintreten, und eine Erhöhung des Ohmgeldes auf geistige Gestränke an Play der bisherigen Zölle setzen wollen.

Belvich ard. Ich will mir eine einzige Vemerkung über den Entwurf erlauben. Auch ich verwerfe denselben oder weise ihn an die Behörde zurück. Allein es wurde darauf angetragen, die Jölle durch eine Vermehrung des Ohmgelds auf die geistigen Getränke bei ihrem Eintritt zu ersehen. Ich halte dieses Spetem für unaussührbar und scheue mich vor den Klagen der andern Kantone. Es wäre zweckmässiger, man würde sestehen, daß kein Verbrauch von geistigen Getränken in den Häufern geschehen dürste, wo dieselben fabrizirt werden. — Hingegen kann ich nicht glauben, daß das Weggeldssystem so viele Büreau's ersodere, als man anzugeben beliebt hat. Nehmen wir ebenfalls den Weg von Vasel nach Vern an. Könnte man nicht verfügen, daß sede Waare per Centner schre eine Stunde gleich viel, wie für 10 Stunden zu bezahlen hätte! So wäre den Mittelbüreau's ausgewichen. Damit will ich endigen und unterstüße die Bemerkungen des Hrn. Stettlers.

Seiler, Sohann. Sch kann auch zur Zurückweisung stimmen, aber nicht zum Weggelbe, denn sonst werden die oberständischen Gegenden dadurch verhindert, Industrie bei sich einzusühren, indem alle Fabrikation sich auf den Gränzen etabliren würde.

Weber, Oberrichter. Vor allem aus stimme ich zur Verwerfung des Antrages und bin gar sehr gegen jedes Douanensystem, weil es im Allgemeinen nichts ist, als eine Auflage auf die Aermern zu Gunsten der Reichern, indem es die Fabrikation begünstigt und die Konsumenten in Nachtheil versetzt. Was denn das Weggeld betrifft, so möchte ich gar sehr die geäußerte Ansicht noch darum unterstützen, weil der Staat durch Uebernahme der Straßen mehr oder weniger berechtigt ist, diese Retribution der vermehrten daherigen Ausgaben zu sordern. Dieß ist das einzig rechte System, und ich stimme daher wie herr Stettler.

Neukom. Fast jedesmal, wenn Gesetzesvorschläge über Theile des Finanzwesens hieherkamen, war man in großer Verstegenheit, weil man immer suchen muß, solche einzelne Vorschläge in das allgemeine Finanzsystem einzupassen, welches selbst nicht mehr in die Zeit paßt. Daher hat der Regierungsrath seiner Zeit eine Kommission zu Vorschlägen für eine Finanzersorm niedergesetzt; diese Vorschläge sind durch den Druck öffentlich bekannt gemacht worden, aber seither hat man nichts mehr davon gehört. Das Einfachste würde daher jetzt wohl sein, in den heutigen Entwurf ganz einfach nicht einzutreten, sondern zu erwarten, daß das Werk der Revision des gesammten Finanzwesens einmal vorgenommen werde.

Kernen von Münsigen. Man vermengt die Begriffe sonberdar, wenn man das Weggeld darum billig sindet, weil der Staat die Straßen übernommen habe. Aus welchem Gelde unterhält dann der Staat die Straßen? gerade aus dem Gelde derer, welche im Falle wären, nachher nech obendrein das Weggeld zu bezahlen. Ich könnte nie zu einem Systeme stimmen, das den Verschr im Innern beschlägt. Wenn wir seden Prievaten mit Straßengeld belegen, so erregen wir dadurch allgemeine Unzufriedenheit. Auf dem Lande sieht man gar gerne Erleichterungen, aber neue Auflagen würden nicht befriedigen. Davor möchte ich also warnen. Man hat schon oft im Großen Nathe große Ausgaben beschlossen, wie z. B. voriges Jahr für die Schulmeister, ohne zu bedenken, wie schwierig es dann sein werde, den Ausfall zu beken. Ich möchte heute nicht über das System selbst einen Beschluß kassen, sondern die Sache einsach zurückweisen und dem Regierungsrath und dem Finanzdepartement austragen, wo irgend möglich etwas Besriedigendes zu bringen.

Schnyder=Düfresne. Ich stimme zur Abstimmung und gegen bas Projekt; aber damit später der Große Rath nicht wiederum stundenlang aufgehalten werde mit unsinnigen Pro-

iekten, ich sage unsinnigen, weil sie nicht ausführbar sind, so wünsche ich, daß die Versammlung sich heute über das anzunehmende System ausspreche.

Ryser. Indem ich mich der Meinung des herrn Stettler anschließe, wünsche ich, daß in der nächsten Sitzung ein neuer Entwurf gebracht werde. Die Wünsche von 1830 sind genugsam bekannt; jest sind wir im Jahr 1838 noch am gleichen Orte wie damals.

Joneli. Allerdings ist es dringend, daß statt des bissberigen ein anderes System komme, weil die bisberigen Zölle ziemlich verhaßt sind. Allein wenn das Publikum aus der heutigen Berhandlung die Schwierigkeit ersieht, worauf man nothwendigerweise bei dieser Sache stößt, so wird es sich desto williger eine Zeit lang gedulden, besonders jeht, wo die Zölle zu Handen des Staates und nicht mehr wie früher zu Handen einzelner Ortschaften erhoben werden. Hinsichtlich der Erhöbung des Ohngeldes könnte ich es doch nicht billig sinden, daß ein einziges Produkt Alles zahlen soll. Ich unterstütze demnach die Meinung, zwar nicht einzutreten, aber daß man es dem Regierungsrath überlasse, sobald als möglich etwas Anderes zu bringen, und daß man unterdessen beim bisherigen Systeme bleibe.

Kasthofer, Regierungsrath. Wenn Sie, Tit., über-haupt keine Dougnen und keine Beschwerungen des Transits und des innern Berkehrs wollen, fo befriedigen Sie damit bas gange Land und gehen ber gangen Gidgenoffenschaft mit cinem vortrefflichen Beispiele voran. Alsbann werden die an-dern Kantone bald nachfolgen, und die ganze Schweiz wird die außerordentlichen Vortheile davon zu genießen haben. Es wäre nun darum zu thun, heute in den vorliegenden Entwurf nicht einzutreten. Ich trete nicht ein; aber was ist an den Plas des bisherigen Systems zu setzen? Einem neuen Finanzsysteme ist gerusen worden; aber bis dasselbe kömmt, können wir zu Hebung unseres Volkswohlstandes noch manche heilsame Vorkehren treffen. Nun hat man vorgeschlagen, entweder ein Weggeld oder Erhöhung des Ohmgeldes. Ich kann mir die Einführung des Weggeldes nicht vorstellen, ohne eine Menge Plakereien und Unbilligkeiten. Die Erhöhung des Ohmgeldes trifft zwar blos diejenigen, welche Wein und geistige Getrante trinfen, aber in eines jeden Sand fieht es, fich diesem Ohmgelde zu entziehen. Ich würde also dieser Magregel ben Vor jug geben. Man hat zwar von dem Widerspruche der Kantone geredet; aber wie sehr werden nicht diese andern Kantone begünstigt, wenn wir dagegen alle Bölle aufheben! Alfo wird der Widerstand gegen die Erhöhung des Ohmgeldes von Seiten der Kantone nicht fehr groß fein. Wenn man nun heute in den vorliegenden Entwurf nicht eintreten will, so ware dem Regierungsrath aufzutragen, auf der Grundlage der Abschaffung des Zollfustems einen Projekt entweder ju Ginführung des Ohmgeldes oder zu Erhebung des Weggeldes vorzulegen.

v. Jenner, Regierungsrath. Der Entwurf ist von allen Seiten angegriffen worden, so daß sein Schiekfal ziemlich zum voraus anzunehmen ist, und es wird Ihnen, Tit., lieber sein, wenn ich mir nicht gar zu viele Mühe gebe, ihn zu vertheistigen. Einiges jedoch muß ich sagen. Vor allem aus seben Sie, Tit., was für eine angenehme Aufgabe es ist, ohne ir gend einen Fingerzeig über die Grundlagen erhalten zu haben, einen Projekt Jollgesetzs hieher bringen zu müssen, und Sie sehen zugleich, was ein neuer Projekt abermals für ein Schicksalt haben wird, sogar im Finanzdepartement selbst, indem drei Mitglieder desselben hier geredet, und alle Drei etwas Anderes gesagt haben. Ich weiß nun nicht, wie diese drei Meinungen in dem Finanzdepartement unter einen Hut zu bringen sind. Wir haben jetzt drei verschiedene Projekte, einen nach dem andern, vor den Regierungsrath gedracht, und jedesmal schien gerade der vorgelegte der statalste von allen zu sein. Auch der heute vorliegende Projekt hat dem Regierungsrath nicht gesalen, aber man wollte ihn hierher bringen, damit man doch nicht sage, wir bringen nichts. Nun wollte ich gerne, das Sie, Tit., uns sagen würden, was wir bringen sollen. Das Weggeldhüsem ist vom Regierungsrath bereits verworfen worden, und Sie, Tit., wenn wir es hier vorlegen müssen, werden, werden, und Sie, Tit., wenn wir es hier vorlegen müssen, werden, werden, und Sie, Tit., wenn wir es hier vorlegen müssen, den gese den stie, wenn wir es hier vorlegen müssen, den gerne, den es ebenfalls einstimmig verwerfen. Es ist bereits ausge-

arbeitet; man kann es also vorlegen, wann man will, aber ich will es dann nicht vertheidigen. Die vorliegende Arbeit habe ich redigirt; die Ansähe zwar habe ich nicht gemacht, aber die Redaktion und die meisten Erekutionsideen kommen von mir her. Solches ist freilich eine und ankbareund ziemlich schwierige Arbeit; allein Sie, Tit., haben es besohlen, nur sagen Sie ieht, was wir machen solken. Man will das Jollwesen nicht. Ich wüste ein Mittel, welches alle gerügten Inkonvenienzen nicht hätte; aber das gerade will man am allerwenigsten. Das einfachste Mittel wäre, daß wenn Sie die Fr. 150,000 auch aus den Ausgaben streichen. Allein man will immer Ausgaben und ist dann für die Einnahmen in Verlegenheit. Sie werden sehen, Tit., wohin Sie mit der Finanzresorm kommen werden; da werden sich die Schwierigkeiten erst produciren. Die vorgeschlagene Finanzresorm geht auf Jehnten, Voermögenssteuer, und die Vermögenssteuer ist das Einzige darin, was auss Einnehmen geht. Ich habe eine ungeheure Scheu vor neuen Ausgaben, und Sie, Tit., werden bei Ihrer Nückstehr nach Hause wenig Ehre ernten, wenn Sie hier immersort neue Ausgaben machen. Ein guter Hausvater reglirt die Aussaben nach den Einnahmen, und Seder sindet das zwecknäßig. Machen Sie es auch so, Tit. Wenn Sie diese und zene Einnahmen nicht wollen, so schassen Sie diese und im Werlegenheit, welche Sie abschaffen wollen? Ich wollte Ihnen bald eine Menge nennen, wodurch große Summen erspart würden.

Man hat dem Entwurfe vorgeworfen, ein folches Geset würde die Freiheit des Handels vernichten. Das glaube ich bei der Geringheit der vorgeschlagenen Anfätze nicht. Bedenken Sie nur, was man bisher bezahlen mußte, und doch hat dieß den Handel nicht verdorben. Von Frankreich über Pruntrut nach Bern zahlt man pr. Centner 21 Kreuzer, von Gümminen nach Bern 13 Kreuzer, von der Zihlbücke nach Bern 16 Kr., von Murgenthal nach Bern 16 Kreuzer, von Dürrmühle nach Bern 13 und 14 Kreuzer, von Grellingen nach Bern 27 Kr. Da habe ich, wie Sie sehen, Tit., viele Kreuzer zum Vorscheine gebracht, und wenn Sie diese mit dem vorgeschlagenen Tarife vergleichen, fo werden Sie finden, daß das Vorgefchlagene nicht so lästig sein mürde, als es scheinen mag. Man hat gesagt, im waadtländischen Gesetze seien für schweizerische Waaren gar bedeutende Vortheile gewährt. Bei welchen Waaren ift bieß der Fall? Nur bei denen, Sit., welche von den Waadtlandern begehrt werden, bei den andern nicht. (Der Redner weist dieß aus dem waadtländischen Tarife nach.) Daß Sie das Vorge= schlagene nicht wollen, sehe ich wohl; ich will mich daher nicht länger dabei aufhalten. Man hat nun dagegen das Weggeldinftem vorgeschlagen. Gott bewahre uns bavor! Sie murden dann bald fehen, was es ift. Herr Regierungsrath Stockmar hat Ihnen bereits gefagt, was es dazu braucht. Wenn man gleich nur an einem Orte zahlen muß, so muß man sich doch an mehreren Orten kontrolliren lassen, Wenn z. B. ein Wa= gen von hier nach Bafel mit 40 Centnern abfährt, und er ladet in Narberg noch 20 Centner auf, so muß er doch unterwegs irgendwo kontrollirt werden, denn sonsk würden die 20 Centner von Aarberg bis an die Grenze gratis mitgehen. Wenn ferner Waaren von Goldbach nach Höchstetten transportirt werden, bei welcher Zollstätte kämen die vorbei? bei keiner; also müßte man an allen Orten Zollstätten errichten. Was die Ohmgeldser= höhung betrifft, so würde diese die Sache allerdings äußerst einfach machen, und die Staatstaffe wurde feinen großen Ausfall erleiden. Es fragt fich aber: fann man die Sache erequiren? Es ist ein allgemeiner Grundsatz in Zollsachen, daß keine folche Abgabe 10 % des Werhes übersteigen foll, wenn man nicht will, daß

auf jede Weise versucht werde, die Zolllinien zu umgehen. In Frankreich ift man z. B. ungeachtet zweier und dreier Boll= linien nicht im Stande, die Kontrebande zu verhindern. Muß nun die Maaß Wein, welche 5 Bt. werth ift, 5 Rp. Ohmgeld bezahlen, so ist dieß gerade der zehnte Theil des Werthes; for= dert man aber 8 Rp., so fordert man eben zu viel und pro-vocirt dadurch den Schleichhandel. Daß ich das nicht aus der Luft gegriffen, habe ich schon früher bewiesen. Als es sich vor bald 5 Jahren darum handelte, das Ohmgeld auf dem Branntwein von 3 Bh. auf 1 Bh. herunterzusehen, behauptete ich, das Ohmgeld werde ungeachtet dieser Herabsetzung den näm= lichen Ertrag gewähren, nicht weil defiwegen mehr murde eins geführt werden, aber weil dann weniger Kontrebande statt finde. Damals legte ich Ihnen die Berechnung vor von dem, was die Branntweine auswärts gekostet, und wie sie hier verkauft wurden. Die Differenz betrug ungeachtet des Ohmgeldes von 3 Bk. doch nur 1 Bk., was klar beweist, daß damals die große Masse des eingeführten Branntweins nicht verohmgeldet worden ift. Aus unseren Rechnungen nun ergiebt sich, daß das Branntweinohmgeld feither gleich viel eingetragen hat wie früher, wenn gleich jett nur ein Drittheil des Vorigen gefordert wird. Gie feben, Tit., daß in Abgabenfachen 2 mal 2 nicht immer 4 giebt. Wenn wir übrigens das Ohmgeld bedeutend erhöhen, fo müffen wir dann das Ohmgeld auf den innern Wein ebenfalls, wie es früher war, herstellen, wenn wir nicht bei der Tagfatung allzugroße Schwierigleiten antressen wollen. Das wäre nun aber nicht vortheihaft für das Land und würde nicht gut aufsenommen werden. Von Erhöhung des Branntweinohmgeldes hat man schon oft geredet, aber noch nie hat man auf höhere Belegung des im Lande fabrizirten Branntweins angetragen. Je mehr man nun blos den fremden Branntwein verhindert, desto mehr wird im Lande selbst gebrannt werden. Ist nun das der Zweck? Wollen Sie das Brennen aus eigenen Probukten ebenfalls belegen, so will ich gerne dazu stimmen, aber hier wird das schwerlich durchgehen. Dieß ungefähr die wenis gen Bemerkungen, welche ich vorlegen zu sollen glaubte. Sch bin Freund der Handelsfreiheit, und ich habe nicht geglaubt, sie zu beeinträchtigen. Auch ich bin der Ueberzeugung, daß das Glück des Landes davon abhängt, und daß es nur durch die Handelsfreiheit möglich wird, den großen Douanenspstemen entgegenzutreten.

Wie wohl ich das Schickfal dieses Entwurfes voraussehe, so trage ich als Rapporteur des Finanzdepartements auf Ein-

treten an.

(Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.)

Verhandlungen

bes

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Hälfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Dritte Situng.

Mittwoch den 21. Februar 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann 3. Schnell.

Namensaufruf und Genehmigung des Protofolls.

Zagedorbnung.

Vortrag des Erziehungsdepartementes über die Unsträge des herrn Fellenberg in Betreff der hofmylansftalten.

Da herr Fellenberg wegen Krankheit abwesend ist, so wird auf den Antrag des herrn Regierungsraths Neuhaus, welchem herr alt-Schultheiß von Tavel beipflichtet, beschlossen, die Behandlung dieses Gegenstandes an einem der spätern Sitzungstage vorzunehmen.

Vortrag des Baudepartementes über Schwellenbauten an der Nave bei der Mühlau oberhalb Narberg.

Koch, Regierungsrath, durchgeht als Präsident des Baudepartementes den schriftlichen Vortrag, woraus sich ergiebt,
daß die vorzunehmenden Arbeiten einen Kredit von Fr. 13,000
ersordern. Der daherige Plan und Devis sei schon voriges
Sahr gemacht worden; da aber die Aare bei der Mühlau seither neuen Schaden angerichtet habe, so könne man nicht mit
Bestimmtheit versichern, daß die Arbeiten genau nach dem aufgenommenen Plane und um die gesorderte Summe gemacht
werden können. Der Herr Rapporteur trägt daher, in Betracht,
daß die Arbeiten selbst außerordentlich dringend seien, darauf
an, daß der Große Rath die verlangte Summe bewillige, damit sie auf die den Umständen und Bedürsnissen angemessenste

Der Herr Landammann fetzt in Umfrage, ob man nicht unter so bewandten Umständen die Sache als nicht zur Berathung reif, zurückschießen, oder ob man dem Antrage des Herrn Rapporteurs beipflichten wolle.

Nachdem der Antrag des Baudepartementes durch die Herren Blum enstein, v. Graffenried und Schultheiß Tscharner unterstützt worden, fügt herr Regierungsrath Koch bei, daß das Baudepartement sein Möglichstes thun werde, um die dortigen Arbeiten noch während der günstigen Zeit zu beginnen, daß ihm aber hiefür nur ein einziger Ingenieur zu Gebote stehe, welcher diesen Augenblick mit äußerst dringenden ähnlichen Arbeiten an der Aare zwischen Bern und Thun beschäftigt sei.

Herr Blumenstein erwiedert hierauf, daß sich in Aarberg felbst ein hiezu tüchtiger Mann vorfinde.

Abstimmung.

Den Vortrag als unreif zurückzuweisen Für den Antrag des Baudepartements Miemand.

Der herr Landammann spricht sein Bedauern darüber aus, daß die für heute festgesetzt gewesene Tagesordnung durch die Verschiebung der Fellenbergischen Anträge gestört worden sei, indem in solchen Fällen oft Gegenstände vorgenommen werden müssen, auf welche die Versammlung sich vielleicht nicht gehörig vorbereitet sinde.

Vortrag des Departementes des Innern über die wiederholte Reklamation des Christian Barthlome von Walkzingen, betreffend seinen Verlust in dem Geldstage des verstorbenen Herrn Prosessor Tribolet, wegen der im Jahre 1832 in die Choleraspitäler gelieferten Leinwand.

Da der Petent bereits im Jahre 1836 vom Großen Rathe mit seiner damaligen, die gleiche Sache betreffenden Reklamation abgewiesen worden, so verweisen wir hinsichtlich des Thatbestandes auf Nr. 57 der Berhandlungen von 1836. Die Mehrheit des Departements, welcher der Regierungsrath beistimmt, glaubt, die Gründe, welche den Großen Rath damals zur Abweisung bestimmt haben, seien noch jetzt die nämlichen, und trägt daher auf abermalige Abweisung an. Die Minderheit dagegen will dem Petenten mit einer Meinung die schon früher verabreichte Entschädigung von Fr. 160 nochmals geben, mit der andern Meinung ihm den ganzen Betrag seiner Reklamation, nach Abzug der bereits erhaltenen Fr. 160, zukommen lassen.

In der Diskussion, woran viele Redner Theil nehmen, machen namentlich die Herren Obrecht und Alt-Landammann v. Tillier, gegenüber denjenigen Rednern, welche schon der Konsequenz wegen beim frühern Beschlusse bleiben wollen, darauf ausmerksam, daß damals der Petent mit einer förmlichen Beschwerde gegen den Regierungsrath ausgetreten sei, während er sich hingegen heute bittweise an den Großen Rath wende.

Abstimmung.

 1)	Für Abweifung	des	Antra	ges					Stimmen.
	Für Willfahr	•	•	•		•	•	101))
2)	Ganz zu entschä	diger	t .	•	,	•	•	97	,,
	Nur theilweise	•	•	•		•	•	33	23

Vortrag des Departements des Innern über das Unterflützungsbegehren des Peter Großmann, Bildhauers in Rom.

Der Vortrag geht, da der Petent bereits 7 bis 8 Sahre lang behufs der Erlernung seiner Kunst unterstützt worden sei und den Staat auf diese Weise über Fr. 4000 gekostet habe, so wie aus andern Gründen mehr, auf Abweisung.

Nach einer kurzen, Talent, Fleiß und bisherige Leistungen des Petenten betreffenden Erörterung wird dem Untrage des Departements beigepflichtet.

Vortrag des Departements des Innern über Nachlaß der zur Erziehung des Landsassen Andreas Flükiger von Seite des Staates verwandten Erziehungskosten.

Dem auf Abweisung gehenden Antrage wird ohne Disfussion beigepflichtet.

Vortrag des Baudepartements betreffend das Gesuch des Strafenvereines von Sumismald, nebst darauf bezüglicher Zuschrift der Ausgeschossenen des Straßenvereines an den Großen Rath.

Roch, Regierungsrath. Das Dorf Sumiswald war durch zwei dieffeits und jenfeits deffelben befindliche fehr fteile Stute von der Kommunikation beinahe abgeschnitten. Um diesem Nebelstande abzuhelfen, that sich ein Berein von sehr achtbaren und gemeinnützigen Männern zusammen und suchte durch Aftien die Rosten für die Korrettion dieser Stütze jusammen= zubringen. Die hiefige hohe Versammlung begünstigte bas Unter= nehmen und gab eine Unterstützung von etwas mehr als Fr. 3700 dazu her, indem die Aftien des Bereines Fr. 4000 und einige Hundert betrugen. Mit dieser Summe hoffte der Verein den Imed erreichen zu können. Allein beim Beginne der Arbeit zeigten sich unerwartete Schwierigkeiten, technische sowohl als ökonomische, so daß man bald sah, daß die anfänglich devisirte Summe bedeutend überschritten werden musse. Sätte der Berein dieses damals dem Großen Rathe sogleich vorgetragen, fo würde ihm diefer ohne Zweifel einen vermehrten Beitrag ge= währt haben. Allein der Verein unterließ diefen Schritt und rückte mit dem Baue auf eigene Gefahr und Roften vorwärts. Nun gab sich am Ende ein Ercedent von circa 6000 Franken. Jeht ist der Verein in Verlegenheit und wünscht, der Große Rath möchte diesen Ercedent auf sich nehmen und bezahlen. Das Baudepartement hat die Arbeit untersuchen lassen, und es ergiebt fich aus den daherigen Berichten, daß die Arbeit gut und zweckmäßig ausgeführt ist. Ihr Nutzen ist ebenfalls unsweifelhaft selbst für den Staat, indem gegenwärtig alle Tage zweimal die Luzernerpost durch Sumiswald fährt, was bei der frühern Beschaffenheit der dortigen Straße nur mit großer Beschwerde hätte geschehen können. Da der Staat die Straßen übernommen hat, so müßte er daher, wenn die Korreftion nicht bereits gemacht wäre, sie von sich aus ohne anders vornehmen. Also hat der Staat einen direkten Nugen von dem Unternehmen des Straßenvereines von Sumiswald, welcher übrigens bloß das ausgegebene Geld in Anschlag bringt, nicht aber die geleisteten Fuhrungen u. f. w. Aus diesen Gründen haben der Regierungsvath und das Baudepartement gefunden, es fei das Gesuch des Straßenvereins dem Großen Rathe zu empfehlen. Da es aber dem Regierungsrathe und dem Baudepartemente nicht zukömmt, aus der Staatskasse mit vollen Händen Geld auszustreuen, so wird Ihnen, Tit., hier angestragen, nochmals 3000 Fr. als Beisteuer an das entstandene Desicit beizutragen. In der verlesenen Zuschrift des Straßens vereines wünscht derfelbe Vergütung des ganzen Deficits. Als Rapporteur des Baudepartements bin ich nicht im Falle, von dem Antrage deffelben abzuweichen ; wenn Sie, Tit., ju einem Mehreren sich bewogen finden follten, so werden die vorberathenden Behörden nicht viel dagegen einwenden, u. f. w.

Anechtenhofer, Oberstlieutenant, unterstützt das Ansuchen des Straßenvereines, welcher unverschuldet zu einer folchen Mehrausgabe gekommen fei, dahin, daß das ganze Deficit vom Großen Rathe gedeckt werde.

Romang, Regierungsstatthalter, unterstützt diese Unsicht ebenfalls.

Mühlemann, Regierungsstatthalter, ift nicht dieser Mei. nung. Ich gehe von dem Grundsatze aus, daß, wenn der Staat solche Straßen macht, er sie machen soll, daß sie dem Allgemeinen frommen, und nicht Zedem Häuschen zu liebe über Hügel und Berge gehen. Nun scheinen einige Privaten von Sumiswald

eingesehen zu haben, daß, wenn der Staat diese Korrektion maschen mußte, er die Straße dann nicht durch das Dorf Sumiss wald führen würde. Da nun diese Privaten gut gefunden ha= ben, die Korrektion auf eigene Rechnung zu machen, und da sie feiner Zeit vom Staate hiefür unterstützt worden sind, so hätten sie, als sie sahen, daß die erhaltene Unterstützung nicht genüge, sich fogleich an ben Großen Rath wenden follen, wel-cher bann die Sache würde haben untersuchen lassen. Aber cher dann die Sache würde haben untersuchen lassen. von sich aus, ungeachtet sie wußten, daß ihre Sülfsmittel nicht ausreichen würden, in der Sache fortzufahren und dann nachher dem Großen Rathe zuzumuthen, er folle jest alles gut heißen und das Deficit auf sich nehmen, -— das scheint mir ein wenig zu stark. Sch kann mich wohl dazu verstehen, die vom Baudepartement beantragte Unterstützung zu bewilligen, aber ein Mehreres möchte ich nicht geben, indem die Arbeit dem allgemeinen Beften nicht fo entspricht, wie es der Fall fein wurde, wenn der Staat fie gemacht hatte.

hungifer. Es muß durchaus im Interesse unseres Straffenwesens liegen, daß man dergleichen Unternehmen von Privaten begünstige, namentlich in einem Augenblicke, wo so viele Wünsche in Absicht auf das Straffenwesen hieher kom-Wenn man die Sache richtig auffaßt und anerkennt, was die betreffenden Privaten von Sumiswald in gemeinnutigem Sinne geleistet haben, so wird diese hohe Bersammlung gerne die zufälliger Weise stattgehabten Mehrausgaben bestrei= ten. - Der Redner unterstütt den Antrag des hrn. Oberstlieutenants Anechtenhofer.

Die Sh. Roth von Wangen und Willi pflichten dieser

Unficht ebenfalls bei.

Tscharner, Schultheiß. Die Bemerkung des Hrn. Mühle= mann ist im Allgemeinen richtig; allein zu der Zeit, wo der Straffenverein von Sumiswald sich bei der Regierung um Unterstühung meldet, war das Unternehmen desselben um so löb= licher, da das neue System noch nicht aufgestellt war. Als nun damals die Regierung eine Beisteuer von beinahe 4000 Fr. bewilligte, glaubte fie die halfte an den Gefammtkoften beizu-tragen. Run gieng es aber den Leuten von Sumiswald gerade, wie andern ehrlichen Leuten auch, nämlich die Kosten stiegen nachher von 8000 Fr. auf 13,000 Fr., ohne zu rechnen, was die Gesellschaft mit personlichen Opfern beischießen mußte. Setzt ist die Korrektion gemacht, und sie ist sehr gut ausgefallen. Ift es nun der Fall, daß die Regierung jetzt mehr als die zuerst bewilligten 4000 Fr. beitrage? Gewöhnlich unternimmt die Regierung solche Straßenbauten, und die betreffenden Ortschaften bieten dann der Regierung Beiträge an. Hier hingegen haben Privaten die Sache unternommen und die Re= gierung hat einen Beitrag dazu gegeben. Da nun jetzt die Straffenforreftion nicht blog von Sumiswald benutt wird, sondern dem Allgemeinen dient, so bleibt das Opfer von 4000 Fr., welches die Privaten von Sumiswald gebracht haben, immer noch fehr ehrenwerth, wenn schon der Staat den Rest über= nimmt. Wenn alle Ortschaften im nämlichen Verhältnisse zu den Straßenbauten des Staates beitragen wollten, so ware das gewiß sehr erwünscht. Ich trage also darauf an, den Wün= schen des Strafenvereins von Sumiswald zu entsprechen.

Abstimmung.

Für den Antrag des Baudepartements . 9 Stimmen. Für Deckung des ganzen Deficits Mehrheit.

Auf den Antrag der Polizeisektion wird dem Grn. Amtschreiber Brötie die verlangte Entlassung aus dem Justigund Polizeidepartemente in der üblichen Form ertheilt.

Auf den Antrag des Militärdepartements wird Sr. Hauptmann und Aidemajor Sybold zu einem Major des Scharfschützenkorps ernannt.

(Beschluß folgt.)

Verhandlungen

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Halfte, 1838.

(Nicht offiziell.)

(Schluß der 3. Sitzung Mittwoch den 21. Februar 1838.)

Ergänzungswahl für die Staatswirthschafts=Rom= miffion.

Bu ernennen ift ein Mitglied aus dem Regierungsrathe. Von 134 Simmen erhalt herr Regierungsrath Jaggi im ersten Strutinium 70 und ift fomit ernannt.

Auf daherigen Vortrag des Militärdepartements werden durchs Handmehr ernannt:

1) Bu einem Oberftlieutenant des 7ten Bataillons,

Hr. Major A. Kohler von Büren.
2) Zu einem Major des 5ten Bataillons, Hr. Haupt=

mann J. Probst zu Ins. Zu einem Major des Sten Bataillons, hr. hauptmann I. Regez von Erlenbach.

Bu einem Major des 7ten Bataillons, Sr. hauptmann

R. Schärz von Aleschi.
5) Zu einem Major des 8ten Bataillons, Hr. Haupt-mann Chiffele von Neuenstadt.

Auf daherige Vorträge der Justigsektion wird folgenden Chehindernisdispensationsbegehren entsprochen:
1) Des J. Bürfi mit 109 gegen 6 Stimmen.
2) Des J. Stucki mit 100 gegen 3 Stimmen.

Abgewiesen wird das Begehren des I. H. Kramer, instem für Willfahr sich bloß 62 gegen 43 Stimmen ergaben, während zur Willfahr 3/3 der Stimmen erforderlich sind.

Schluß der Sitzung um 11/2 Uhr.

Vierte Sikung.

Donnerstag den 22. Februar 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protofolls leiften einige zum ersten Male anwesende Mit= glieder den Eid.

hierauf werden verlesen:

ein Unjug der Herren Willi über Fahrbarmachung der

eine Mahnung bes herrn Rufener und Stauffer über Beförderung des Strafenbaues zwischen Müntschemier und Revzerz.

Zagesorbnung.

Staatsbüdget für bas Jahr 1838.

. Verlefen wird über diefen Gegenstand ein Vortrag der Staatswirthschaftskommission, worin dieselbe sich beschwert, daß sie sich erst gestern Nachmittag mit dem Budget habe bekannt machen können, weßhalb sie nicht im Stande sei, einen einläßlichen Rapport darüber zu machen. Zugleich bemerkt die Kommission, daß einige Ansake, namentlich unter anderm die-ienigen des Baudepartementes, sehr groß seien, und daß es zu wünschen ware, wenn der Regierungerath in Zukunft überhaupt das Budget früher, und zwar möglichst vor Beginn des betreffenden Rechnungsjahres vorlegen würde.

Manuel, Berichterstatter der Staatswirthschaftskommission. Sie haben gefehen, daß unfer Bericht uneinläßlich ift, und ich glaube, wir haben gute, fehr gute Gründe für diese Unein-läflichkeit. Herr Schultheiß von Tavel hat im Jahr 1836 bei der Berathung des Budgets höchst treffend bemerkt: Die Staats= wirthschaftskommission sei eine ganz unschuldige Kommission. Wirthschaftstommission sei eine ganz unschuldige Kommission. Von dieser Unschuld habe ich mich gestern auch überzeugt, und in der That, etwas harmloseres kann es auf der ganzen Welt nicht geben. Man sollte es zwar nicht glauben, wenn man die SS. liest, welche die Zusammensetzung, die Vefugnisse und Attribute dieser Kommission bestimmen. Da heist es voreerst mit großem Pathos, kein Mitglied des Finanzdepartementse dieser in der Commission sie kein mitglied des Finanzdepartementsen. dürfe in der Kommission sitten, wahrscheinlich damit die Kon-trolle desto unbefangener ausfalle, und nicht eine Hand die andere wasche. — Ferner liest man: "Die Staatswirthschafts= fommission foll ben Gang ber Staatshaushaltung beobachten, das jährliche Büdget untersuchen und vorberathen, bevor dasfelbe dem Großen Rath vorgelegt wird; die Staatsrechnung genau untersuchen und vor der Anerkennung derselben über ihre Vollständigkeit und Richtigkeit, über die Fragen, ob die durch das Büdget bewilligten Summen zu der Bestimmung verwendet worden, zu welchen fie bewilligt, getreuen Bericht abstatten" u. f. w. Alls ich diese §§. zuerst las, dachte ich, das muß eine imposante, eine mächtige Kommission sein; ich träumte mich bereits in die erhabenen Gefühle eines obersten Cenfors der Finanzverwaltung hinein. Allein am gestrigen Tage find alle meine Illusionen auf eine graufame Weise zerftort worden. Denn, Sit., wenn nun Diese majestätische, diese furchtbare Rommission, die wie eine drohende Gewitterwolke über dem Finanzministerium hangen sollte, ins Feld rückt, wenn sie von Leder ziehen soll, und man von ihr ein wohlunterhaltenes Nottenfeuer gegen das Büdget, erwarten könnte, da findet es sich, daß man ihr nur blinde Patronen und hölzerne Feuersteine ausgetheilt, und so hat mit dem besten Willen alles Schießen ein Ende. -- Wie gieng es gestern? Um 11 Uhr Morgens wurde den Mitgliedern der Ent-wurf des Büdgets ausgetheilt, um halb 12 Uhr wird ein Mitglied des Regierungsrathes in die Kommission gewählt, das also über volle drei Stunden Zeit hat, um sich auf diesen wichtigen Cenfurakt vorzubereiten; um 3/4 auf 12 wird geboten, und um 3 Uhr Nachmittags kommt man zusammen. Es fehlte nur noch,

daß man uns eine Sanduhr auf den Tisch gestellt, und uns zugerufen hätte: Ehe diefe Sanduhr abgelaufen ift, follt ihr bas Büdget artifelweise berathen, jeden Zweig besselben mit den triftigsten, fritischen Bemerkungen bespickt haben, und es dann fo appretirt dem Großen Rathe fervieren. Ich frage Sie, Tit., gefeht, man kame mit den kriegsluftigsten Absichten in die Kommission; geseht, man hätte die löblichsten Vorsätze gesaßt, zu streichen, zu eliminiren, dazu und davon zu thun, kurz dem Finanzministerium, wie man fagt, Händel zu suchen, man könnte es nicht, keine Rede davon, der Riegel ist gestoßen. Wir haben keinen Boden unter und; statt auf einem prächtigen Gerüste von Zahlen, von Daten, von statistischen Notizen, von mündlichen Erläuterungen und Rechtfertigungen zu sitzen, sitzen wir auf einer dünnen, durchsichtigen Wolke, wie man die Götter der Fabel abmalt, aber — ohne Szepter und ohne Donnerkeil! Wenn die Staatswirthschaftskommission, Tit., etwas mehr sein soll, als ein Kollegium von Spediteurs des Büdgets, wenn sie eine Wahrheit werden soll, so müssen ganz andere Einrichtungen getroffen werden. Vor allem aus muß das Büdget vor dem Eintritt des neuen Rechnungsjahres, also vor dem Neujahr, berathen werden; hiedurch erhält man den Vortheil, daß die alte Staatswirthschaftskommission, die das Sahr hindurch den Staats= haushalt beobachtet hat oder hat beobachten follen, das Refultat diefer Beobachtungen in ihre Berathung über das Büdget niederlegen kann, und nicht eine Kommiffion, die erft niedergefett worden, und noch wenig Erfahrung haben kann, berathen muß. Ferner muß das Büdget den Mitgliedern frühe genug zukommen, um dasselbe mit Muße prüfen zu können. Auch muß die Kommission mündliche Erläuterungen über die vorgeschlagenen Ansätze ver= langen konnen. Go fame fie ju derjenigen Bedeutung, die fie nach der Verfassung haben foll. Will man aber das nicht, foll sie, wie bisher, eine leere Formlichkeit fein, so ware es bann weit zweckmäßiger, jene pompösen §§. zu streichen, und ganz einfach die Bestimmung an den Platz zu setzen: Der Zweck der Staatswirthschaftskommission fei derjenige, das Budget, größern Unstandes halber, dem Großen Rathe auf einem roth fammtenen Kissen zu prasentiren, eine Feierlichkeit, die man dann allenfalls mit einer angemessenen approbativen Panto-mimit begleiten könnte. Uebrigens muß man unserm Büdget nachreden, daß dasselbe bei weitem nicht denselben Stoff zu Eifersucht und Angriffen darbietet, wie die Büdgets großer monarchischer Staaten, z. B. das Englische und Französische. Es ist ganz frei von jenen Luxusartikeln, die die gewöhnliche Zierde jener großen Büdgets find. Es ist frei vom größten aller Luxus= artifel, von Hof und König und was daran hängt. Wir haben gottlob keinen Due d'Orleans zu dotieren, und keinen Due de Nemours zu apanagieren, unsere Feldmarschälle werden selten erschoffen, so daß man hier nicht um hohe Wittwengehalte zu markten hat. Unfere Erzbischöfe und unsere westindischen Pro= vinzen geben auch nicht Anlaß zu heftigen Debatten, und überhaupt giebt es in unserm Büdget wenig Gegenstände, an denen sich patriotische Phantasien sehr erhigen könnten, so daß bei und vielleicht weniger Kautelen nöthig find. Indeffen ift Miß= trauen nur gut, Mißtrauen ist auch in Freistaaten die Mutter der Sicherheit, und will man eine wahre Finanzeensur haben, fo mache man dieselbe auch wirksam und gebe der Staatswirthschaftskommission die Mittel an die Sand, ihr Pensum zu erfüllen. Dieß kann nur geschehen, (und darauf muß die Kommission nachdrücklich infistiren) wenn das Büdget vor dem Eintritt des Rechnungsjahres berathen wird, weil es sonst kein Vor anschlag, sondern ein Nachanschlag ist, und wenn der Kommission größere Muße gegeben wird, zu prüfen, und größere Kompetenz, sich Erläuterungen geben zu lassen. — Dieß sind die Gründe, Tit., die uns bewogen, uneinläßlich zu berichten. Im Allgemeinen wurden noch einige Bemerkungen gemacht, die jedoch aus eben den Gründen nicht als Anträge gestellt wurden. Man verscheuchte unter anderm vor dem Defizit von 88000 Franken. Man bemerkte ferner, daß der Grundsatz immer beliebter werde, Ausgeben sei seliger denn Einnehmen. — Man sprach den frommen Bunfch aus, daß einige Departemente, 3. B. das Erziehungsdepartement, seine gouts dépensiers in etwas bezähmen, daß ferner das Baudepartement, das seit ein paar Sahren ein so schönes Beispiel von wohlgeordneter Dekonomie gegeben hat, auf etwas wohlfeilern Pfaden wandeln möchte.

Ferner wünschte man, daß der Verkauf derjenigen Staatsdomänen begünstigt werde, die den gehörigen Zins nicht abwerfen. — Aber wie gesagt, es sind nur fromme Wünsche und Seufzer, die wahrscheinlich ungehört und unerhört gen himmel steigen werden.

Und so entlassen wir denn nothgedrungen das Büdget, ungefaut und unverdaut, aus unsern Händen, und überlassen es seinem Schickfal. Es bleibt uns nichts übrig, als dasselbe mit unsern Segenswünschen auf die mistliche Fahrt zu begleiten, die ihm bevorsteht. Ich wünsche herzlich, daß sein Pilot dasselbe glücklich durch Alippen und Sandbänke, durch Wirdel und Strudel, durch Stürme und Korsaren hindurchsteuern, und daß sie mit einander glücklich in den erwünschten und sichern Hafen gesangen mögen.

v. Jenner, Regierungsrath, als Rapporteur des Finanz-departements. Sie sehen, Tit., daß die Staatswirthschafts-kommission das Büdget bestens empfiehlt, und daß also das Finanzdepartement seine Taktik versteht, wenn es das Büdget nicht allzu früh vor die Kommission bringt, indem dadurch die Sache offenbar viel einfacher und leichter wird. Es thut mir leid, Tit., daß das Budget nicht vor Eintritt des Rechnungs= jahres kömmt; aber das Finanzdepartement erhielt die Büdgets ber meisten Departemente erst im Laufe des Januars und Februars, so daß es dem Finanzdepartemente damit ungefähr erging, wie es g.ftern der Staatswirthschaftstommission gegan= gen ist. Gerade im Januar sind wir auf dem Finanzdeparte-mente ohnehin am allermeisten beschäftigt, so daß ihm nichts übrig blieb, als nur hurtig das Büdget drucken zu lassen. Was ist eigentlich in dieser Beziehung die Aufgabe des Finanzdepartementes? Es fing mehrere Male an, fich ungefähr in die Lage einer Staatswirthsschafeskommission zu feten und dief und bas, was ihm überfluffig schien, vom Budget zu streichen. Allein bas pflegte man ihm jedes Mal übel zu nehmen, und schon oft haben Sie, Tit., Ausgaben, welche das Finangdepartement vom Büdget gestrichen hatte, wiederum darauf gesetzt. So glaubte daher das Finangdepartement fich von nun an die Sache etwas leichter machen ju konnen. Auf der andern Seite ift für Die einzelnen Departemente auch etwas zu fagen; sie können gar oft vor Ende des Jahres ihre künftigen Ausgaben nicht bestimmen, und erst noch in der Wintersitzung des Großen Rathes wird oft gar Manches befohlen, was dann auf das Büdget den größten Ginfluß hat. Go haben Gie, Tit., erft geftern eine Ausgabe von Fr. 13,000 erkannt, wodurch das am Ende des Büdgets sich ergebende muthmaßliche Deficit von Fr. 88,000 bereits auf Fr. 103,000 ansteigen wird. Der herr Präsident des Baudepartementes wird überdieß noch mit andern Ausgaben aufrücken, welche so ziemlich in die hunderttausende geben werben. Mit einem folchen Büdget konnten wir mahrhaftig nicht vor das Land treten. Sie werden übrigens bemerken, Tit., daß unsere Büdgets je langer je richtiger werden, indem früher Die Departementente gar manche Ausgabe hineinsetzten, von welcher sie wohl wußten, daß sie im laufender Jahre nicht werde gemacht werden, deren Erscheinen im Budg ; aber guten Effekt machen follte. Ohne für jeht ins Einzelne einzugehen, trage ich davauf an, daß Sie abschnittsweise in das vorliegende Büdget eintreten möchten.

Kasthofer, Regierungsrath. Der Herr Rapporteur der Staatswirthschaftskommission hat mit so viel Geist und Wahrsheit über die Schale des Büdgets geredet, daß wir Alle wünsschen müssen, ihn auch über den Kern reden zu hören. Diese hohe Versammlung ist berechtigt, einen gründlichen Bericht von der Staatswirthschaftskommission über das Büdget zu verlansgen. Ein solcher war nun aus Gründen nicht möglich; ich trage also darauf an, das Büdget nicht jest, sondern erst in der künstigen Sommerskung zu berathen, und unterdessen die Staatswirthschaftskommission zu beauftragen, dasselbe genau zu prüsen und einen gründlichen Bericht zu machen. Man wird steilich sagen, Tit., der Staatshaushalt komme so in Unordnung. Allein eben so gut als der Staatshaushalt vom Neuzjahre die ziet ohne Büdget besorgt werden konnte, kann dieß auch noch zwei Monate länger geschehen. Das Büdget kann und soll nicht leichtsertig behandelt werden. In welcher Stellung würden wir uns gegen unsere Kommittenten besinden, wenn wir

über so große Summen verfügen würden, ohne gründliche Untersuchung? Diese Verantwortlichkeit möchte ich nicht übernehmen.

Tich arner, Schultheiß. Diefem letten Untrage fonnte ich nicht wohl beipflichten. Sch bedaure ebenfalls, daß das Budget nicht früher hat zu Stande fommen tonnen; an Aufforderungen von Seite des Präsidiums des Regierungsrathes hat es nicht gefehlt. Auch das Finanzdepartement ist nicht im Fehler. Es konnte die Rechnungen der verschiedenen Departemente und ihrer Kommissionen nicht mit Gewalt herbeibringen, fo daß das eine Folge von Umständen ift, die nicht zu vermei= den find. Indessen würde ich dem Untrage des herrn Kast= hofer beiflichten, wenn es um die Standesrechnung zu thun ware; allein wir haben es mit dem Büdget zu thun. Was ift das Büdget, Sit.? Es ift eine ungefähre Ueberficht deffen, was der Staat in Folge bestehender Gesetzen u. f. w. ju beziehen hat, und eine ungefähre Uebersicht sowohl der wirklich bekannten als der muthmaklichen Ausgaben. Was nun die lettern betrifft, fo ist es nicht gesagt, daß dann eine einzige davon wirklich gemacht werde; denn bevor dieß geschieht, muß eine solche Auszgabe vom Großen Rathe geprüft und genehmigt sein. Das ist namentlich der Fall bei den Ausgaben des Baudepartementes. Das Baudepartement fagt z. B.: die und die Ausgaben sind durch Beschluß des Großen Rathes bereits erkannt; also werden fie auf das Büdget gesett. Dagegen sagt das Baudepartement: neben diesen schon dekretirten Ausgaben werden mahrscheinlich noch andere jum Borfcheine fommen, aber mit diefen werden wir dann zuerst vor den Großen Rath treten. Man fagt immer, die Ausgaben nehmen alle Sahre zu und wachsen uns zulest über den Kopf. Ja, Tit., Ausgaben, welche alle Jahre wieder= fommen, - über diese muß man sich zweimal besinnen, denn diese sind es, welche das Büdget wahrhaft belasten. Dahin gehören z. B. die Ausgaben für Militärsachen. Aber im Bau-wesen ist das nicht ganz dasselbe; es giebt da Ausgaben für öffentliche Arbeiten, welche schon vor 40 und 50 Sahren hatten gemacht werden sollen, die man aber aus Mangel an Einsicht ihres Nutzens aufgeschoben hat bis jest, wo man nicht nur in der Aufklärung weiter fortgerückt ist, sondern wo auch die Fortschritte der Nachbarlander uns geradezu zwingen. Go handelt es sich gegenwärtig ja freilich um die Konstruttion neuer Heerstraßen, die nicht mehr über Berg und Thal geben. Golche Straßen mangeln uns, und man hätte Unrecht, wenn man die Ausgaben für folche Arbeiten als für unsere Staatsökonomie zu belästigend ansehen wollte. Solche Arbeiten find anzusehen als ein einmaliges Opfer, das dann nicht wiederkömmt, aber reiche Binsen tragen wird. Und wenn schon solche Arbeiten während einiger Sahre einen Ausfall in unfern Ginkunften bewirken, fo febe ich das bloß für einen Vorschuß auf fünftige Sahre an, der sich bald restituiren wird. Ich für meinen Theil müßte also, ohne die gehogten Besorgnisse zu theilen, indem unsere Rechnungen noch immer einen Ueberschuß der Einnahmen gezeigt haben, jum Gintreten ftimmen.

Hunziker. Ich begreife sehr wohl, Sit., daß die hohe Versammlung in Vezug auf den vorliegenden Gegenstand Beschleunigung wünschen muß; indessen hat die Sache in meinen Augen eine Wichtigkeit, die der Große Rath nicht übergehen kann. Es fragt sich in welchem Verhältnisse der Große Rath zum Büdget sieht. Wenn es daher auffallen kann, daß ich mir die Freiheit nehme, auch noch einige Vemerkungen beizufügen; so mag auf der andern Seite der Umstand ebenfalls Verücksichtigung verdienen, daß die Sache heute auf eine Weise beschleunigt werden soll, wie es nicht im Interesse des Gegenstandes selbst, und nicht in der Würde des Großen Rathes liegt. Ueber mehrere Vemerkungen ist bereits der Rapporteur der Staatswirthschaftskommission eingetreten, so daß ich meines Theils seht darüber weggehen kann. Der Punkt indessen, den ich ins Auge fassen möchte, ist der, daß nut der Große Rath die Verantwortlichseit für das in Absücht auf das Büdget zu Veschließende auf sich nehmen soll. Wir stehen hier als Stellvertreter des Volkes, und es wäre, wie ein Herr Präopinant bereits gesagt hat, etwas leichtsertig gehandelt, wenn der Große Rath diese Verantwortlichseit auf sich nähme, ohne genau zu wissen, was dieselbe involvirt. Der §. 50 der

Verfassung setzt im 7. Artikel fest, daß der Große Rath als unübertragbar zu behandeln und zu entscheiden habe die Bestimmung des jährlichen Voranschlages über die muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben des Staats. Jest, was fest diefe Uebernahme voraus? daß der Große Rath ein klares Bewußtfein habe, was er bewilligen foll. Können wir uns nun das Zeugnif geben, daß wir heute mit Klarheit und Bewuftfein in das Büdget eintreten können? Ohne mich über den Detail ju ergießen, will ich blos an den einen Theil des Büdgets, an die Einnahmen erinnern. Unter den Einnahmen muß fogleich die erste auffallen, nämlich der Saldo einer noch nicht passir= ten Rechnung. Dieser Gegenstand ware doch noch mehrerer Erdaurung würdig. Die Einnahmen find die Gulfsquellen zu Bestreitung der Ausgaben. Sind diese Hülfsquellen mit Si-cherheit bekannt? Ift der Ertrag der Staatsdomänen genau ausgemittelt? Zeigt sich nicht bei Vergleichung der frühern Budgets, wie verschieden diese Unfage immer sind? Wenn wir nun über dieses alles mit folcher Leichtfertigkeit weggehen, was wird das Land dazu fagen? Sch will Thre Aufmerksamkeit nicht länger in Anspruch nehmen; ich habe genugsam darge-than, daß über die verschiedenen Ansätze nicht die Klarheit herrscht, welche nöthig ist, damit der Große Rath eintreten könne. Nur will ich noch bemerken, daß sich diese hohe Verfammlung gegenwärtig über die Frage der Finanzreform in zwei Parteien trennt, wovon die eine in die Reform eintreten will, die andere nicht. Hier ist jett nicht der Anlaß, auf diese Frage selbst einzugehen; aber in einem Zeitpunkte, wo diese Frage an Wichtigkeit für beide Parteien bedeutend gewinnen muß, da follten sich beide Parteien um so mehr eine klare Einsicht in unsre Finanzverwaltung aneignen. Wenn wir nun dieses Mal das Büdget nicht näher prüfen, so wüßte ich nicht, was denn den Großen Rath ein anderes Mal bestimmen könnte, dieß nach aufhabender Pflicht zu thun. Aus allen diesen Gründen mußte ich ehrerbietig darauf antragen, daß in gegenwärtige Berhandlung nicht eingetreten, sondern daß ein Tag der fünftigen Woche ju Berathung des Budgets bezeichnet werde, damit die Staatswirthschaftskommission Frist habe, die nothige Einsicht in die Sache felbst zu gewinnen.

Jaggi, Regierungsrath. Auch in der Staatswirthschafts= fommission ift es gestern zur Sprache gefommen, ob es nicht möglich ware, die Behandlung des Budgets zu verschieben; allein Sr. Landammann Schnell hat und die Gründe entwickelt, weßhalb das nicht wohl möglich fei. Man fann allerdings verschieben wenn man will; aber unterdessen ift dann das Büdget, so wie es da ift, faktisch angenommen. Die bon der Staatswirthschaftskommission aufgezählten Schwierigkeiten werden von felbst dahin fallen, wenn die Berathung des Biidgets jeweilen vor dem Neujahr statt sinden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß die Untersuchung der Rechnung die Hauptsache sei. Ein guter Hausvater foll nicht bloß auf das sehen, mas er bereits ausgegeben hat, sondern auch auf das, was er ersparen kann. Daher halte ich das Büdget für eine der wichtigsten Sachen und bedaure darum, dag wir Mitglieder der Staatswirthschaftsfommission und mit dem Budget beschäftigen mußten, während wir noch nicht den Gang der Staats= verwaltung mährend eines Jahres zu beobachten Gelegenheit gehabt hatten. Ware das Budget vor dem Neujahr an die Damalige Staatswirthschaftskommission gewiesen worden, so batte auch dieser Uebelstand nicht statt gehabt. Ich muß daher wünschen, daß der Große Rath dem Regierungsrath den bestimmsten Befehl gebe, in Zukunft das Büdget jeweisen vor dem Reujahre vorzulegen. Ich für meine Person hatte zwar aller-bings Gelegenheit, nicht nur mich mit dem Budget befannt zu machen, fondern auch den Staatshaushalt zu beobachten; aber ich dochte dabei nicht daran, daß ich gestern würde in die Staatswirthschaftskommission gewählt werden. Go wie es diegmal gegangen, war die Staatswirthschaftskommission völlig außer Stande, eine gründliche Kritif ju machen; denn wir hatter, außer dem bereits Angebrachten, gar keine dazu gehö-rigen Akten vor uns, und nicht einmal der Hr. Standesbuch-halter war da, um Auskunft zu geben. Wenn wir nun die Berathung des Büdgets heute verschieben, so nehmen wir dadurch entweder das Büdget faktisch für eine gewisse Zeit lang an, oder aber wir verbieten dem Regierungsrathe, irgend etwas auszugeben. Dann, Tit., steht alles still. Da nun dieses nicht wohl möglich ist, und man annehemen kann, daß die verschiedenen Departemente ihre Büdgetanfähe reislich untersucht haben werden; so muß ich sehr wünschen, daß man heute eintrete. Was das Descit des Büdgets betrifft, so erschreckt mich das nicht, indem das nur zegt, daß man die Einnahmen in der Wirslichkeit so hoch als möglich zu bringen suchen nuß. Uedrigens tröstet mich das Beispiel des Büdgets für 1835. Dasselbe zeigte ein muthmaßliches Descit von 37,000 Franken, und nun ergiebt sich aus der Rechnung von 1835 eine Aktiverstanz von beinahe 300,000 Fr. Das beweißt, daß einerseits die in einem Büdget angesehten Summen nicht alle Mal versbraucht werden, und daß andererseits die Einnahmen in der Wirklichkeit höher steigen können, als sie im Vüdget derechnet waren, So erscheint z. B. im vorliegenden Büdget der muthmaßliche Postenertrag geringer als früher, weil bekanntlich das vorige Jahr der Wirtterung und anderer Umstände wegen den Posten nicht sehr günstig war. Es ist zu hossen, daß dieses Jahr in diesen Zweize eine größere Einnahme zu erwarten, als das Büdget angiebt.

Stettler. Ich muß mich vor Allem aus über den Rap= port der Staatswirthschaftskommission verwundern. Derselbe enthält nichts, als einige oberflächliche Bemerkungen, und der mündliche Rapport ihres Berichterstatters war vom Anfang bis zu Ende nichts als eine Persifflage. Allein la critique est aisée mais l'art est dissicile. Die Staatswirthschaftstommis sion stült sich unter anderm darauf, daß man das Budget erst gestern ausgetheilt habe. Wenn aber die Staatswirthschafts-tommission gewollt hätte, so konnte sie dennoch einen viel vollständigern Rapport bringen. Das vorgelegte Budget ift fast danvigern Rapport veingen. Das vorgeiegte Duoget if fast das nämliche, das seit der neuen Ordnung der Dinge all-jährlich vorgelegt worden ist. Wäre es also diesen Herren darum zu thun gewesen, dem in sie gesetzten Zutrauen zu entsprechen; so hätten sie sich vorläufig mit den frühern Büdzgets und dadurch mit der Finanzverwaltung selbst bekannt mazietes und das selbst bekannt maximus der State der chen können. Seit übrigens das Büdget alle Jahre im Drucke erscheint, kann sich überhaupt jedermann sehr leicht mit diesen Sachen vertraut machen. Der Hr. Rapporteur der Kommission beklagt sich , daß diese da sitze wie ein Donnergott auf einer Wolfe, aber ohne Donnerfeil. Soviel mir von der alten Göttergeschichte bekannt ist, hat dem Jupiter nie-mand den Donnerkeil in die Hand gegeben, er hat sich ihn felbst genommen. Wenn also die Staatswirthschaftskommission des Donnerfeils entbehrt, so beweißt das eben nur, daß fein Jupiter darin sitt. Da ich feinen Vortheil beim Verschieben, fondern nur Nachtheile davon febe, so stimme ich zum Ein= treten.

v. Graffenried. So viel an mir könnte ich die Staatswirthschaftskommission nicht so strenge beurtheilen. Entweder
ist die Kommission etwas oder sie ist nichts. Im erstern Falle
ist ihr Antrag ganz an der Zeit, und ich stimme fürs erste dahin, das der Antrag der Kommission ermehret und erhebtich
erklärt werde, nämlich, den Regierungsrath einzuladen, dassür zu sorgen, daß in's Künstige die Untersuchung des Büdgets,
welche gestern ummöglich war, srüser statt haben könne. Man
hat der Kommission vorgeworfen, daß sie nicht einstweilen die früheren Büdgets untersucht habe. Es handelte sich aber jetz nicht um die frühern, sondern um das gegenwärtige Büdget,
und überdieß ist ein Mitglied derselben erst gestern ernannt worden. Zum Verschieben könnte ich nicht stimmen, dem die Sache ist nicht thunlich. Verschiebt man bis zur Sommersitzung, so werden unterdessen sowohl die Einnahmen als die Ausgaben ihren Weg gehen müssen, und verschiebt man bloß auf die künstige Woche, so wird die dahin doch nur eine oberslächliche Untersuchung möglich sein. Sch stimme also zum Eintreten, mit Vorbehalt des oben erwähnten Antrages der Staatswirthschaftskommission.

Mai. Was so eben in Rücksicht auf die Zukunft gesagt worden ist, daß nämlich das Büdget allemal am Ende des Jahres abgefaßt werde, dem muß ich beipflichten; aber nicht beipflichten

fann ich über das, was man für dießmal so eben angetragen hat. Bielmehr mußte ich mich denjenigen Anträgen anschließen, welche auf verschieben gehen. Ich verwundere mich überhaupt, daß die Behandlung des Büdgets auf heute angesetzt worden ist, da es ja bei dem Herrn Landammann, welcher zugleich Präsident der Staatswirthschaftskommission ist, stand, die Behandlung etwas weiter hinauszuschieben. Die Kommission sagt, siehabe zur Untersuchung nicht Zeit gehabt. Ja, Tit., weil sie nicht wollte. Sie hätte eben so gut 8 Tage darauf verwenden fönnen, als sie 2-3 Stunden darauf verwendet hat. Man fagt, es fei ein Mitglied diefer Kommission erft gestern ernannt worden. Allein, Tit., Diefes Mitglied hat fo eben gezeigt, daß es gang au fait mit dem Büdget ift, mehr, als die beiden an= dern Mitglieder. Es ist nun durchaus nicht gleichgültig für die Mitglieder des Großen Rathes, ob sie nur ein gedrucktes heft in die hand bekommen, oder ob zugleich die Grundlagen, worauf das Büdget basirt ist, doch wenigstens einige Tage in der Kanzlei zur Einsicht liegen. Das wird ja selbst bei wenisger wichtigen Sachen immer gefordert, also kann der Große Rath dieß auch hier verlangen. So viel im Allgemeinen. Was dann die Sache felbst betrifft, so finden wir da einige auffallende Summen. Go ist da eine Aktivrestanz ins Einnehmen getragen, welche sich auf die nächstens vorzulegende Rechnung des Sahres 1835 gründet. Allein, Sit., seit dem Jahre 1835 sind 2 Jahre verstossen, und ich weiß nicht, ob man sehr gut auf eine folche Aftivrestang gablen fann, während in den zwei seit= herigen Sahren gewiß bedeutende Ausgaben statt gefunden haben. Mun fragt es sich um so mehr, ob man über diefe Sachen mit folcher Leichtfertigkeit weggehen dürfe, da ungeachtet der schönen im Eingange des Büdgets stehenden Aspekte sich dennoch am Ende ein Ueberschuß von Ausgaben, Fr. 88,000 betragend, ergiebt. Ueberhaupt lag es im Pensum der Staatswirthschafts= kommission, zu untersuchen, ob und in wie fern die Ausgaben vermindert, die Einnahmen vermehrt werden fonnten. will mich nicht aufs Einzelne einlassen, und mich auch nicht in poetischen Ausschmückungen ergehen, indem wir und da auf einem sehr prosaischen Boden befinden. Dur sei es mir er= laubt, einen ziemlich wichtigen Umstand noch anzuführen. Man hat Ihnen gesagt, Tit., daß es Ausgaben gebe, welche man aus den jährlichen Einnahmen nicht bestreiten könne, und wo es also im Interesse des Landes liege, vom Kapital etwas darauf zu verwenden. Ich gebe das zu, aber wenn es darum zu thun ist, das Kapital anzugreisen, so sollen wir wissen, wo wir stehen. Entweder ist von demjenigen Kapital die Rede, welches man von der frühern Regierung übernommen, oder es sind feitherige Ersparnisse. Ift von den letztern die Rede, fo kann man darüber verfügen; wenn aber von den erstgenannten Kapitalien die Rede ist, so muß ich da etwas in Anregung bringen, was ich schon oft dieser hohen Versammlung ans Herz zu legen die Ehre hatte. In der Versassung, welche von einem großen Theile von uns erst vor wenigen Tagen neuerdings beschen Theile von uns erst vor wenigen Versassungs beschen Theile von uns erst vor wenigen Versassungs beschen Versassungs von uns erst von Versassungs von Unstanzen von Versassungs von Versassung schworen worden, steht im §. 24 eine Borschrift, welche fagt, daß das gegenwärtige Kapitalvermögen des Staates, dessen Betrag der Große Rath bestimmen werde, nicht angegriffen werden foll, als auf einen Beschluß des Großen Rathes mit zwei Drittel sämmtlicher Stimmen. Nun ist schon durch eine Menge von Mahnungen begehrt worden, daß einmal diesem S. Folge geleistet, und daß das von der frühern Regierung über-nommene Staatsvermögen bestimmt werde. Zuerst entschuldigte man sich damit, daß man den Werth der Domänen noch nicht kenne, nachher damit, man kenne die Wälderschatzungen nicht; zuletzt sagte man, es sei überhaupt nicht nöthig, da ja am Ende jeder Nechnung eine Uebersicht des Staatsvermögens stehe. Ich will annehmen, Tit., das Letztere verhalte sich so, aber wenn der Vorschrift der Verfassung entsprochen werden foll, so muß uns ein ausdrücklicher Bericht erstattet werden, daß das und das der wirkliche Bestand des Vermögens von 1831 sei, und dieser Etat muß dann vom Großen Rathe durch einen förmlichen Beschluß sanktionnirt werden. Wenn nun der Umstand, daß das Büdget nicht gehörig vorgearbeitet ift, aller= dings einen Grund abgiebt, um heute nicht einzutreten; so liegt für mich noch ein anderer Grund davin, daß der Etat des Vermögens nicht beiliegt. Wo stehen wir bei Behandlung bes Budgets? Ich nehme an, alle Einnahmen seien richtig angefest; aber wir finden Ausgaben, welche wir nicht reduciren können, dieweil sie dringend nothwendig sind, und wir haben zugleich die Ueberzeugung, daß diese nicht aus den gewöhnlichen Einnahmen bestritten werden können. In diesem Falle, Zit., müssen wir also dom Kapitale einen Theil verwenden. Sch din nun nicht dagegen, daß das überhaupt nicht statt sinden könne; aber man nuß es doch wenigstens auf die versassungsmäßige Art erkennen. Da nun dieser Fall laut dem Büdget im Laufe dieses Jahres möglicher Weise eintreten kann, so soll die Beshandlung heute nicht weiter sortgeseht werden. Mein Antrag geht demnach dahin, die weitere Verathung für 8—10 Zage aufzuschieben, damit unterdessen einerseits das Büdget sorgsältig geprüft, und andererseits der Etat des Staatsvermögens nach seinem Bestande von 1831 hieher gebracht werde, wodurch man nach 6 Jahren endlich dieser Vorschrift der Versassung ein Genüge leisten wird.

Stockmar, Regierungsrath. So oft das Büdget ge-bracht wird, so hat es das Schickfal, vielseitigen Angriffen ausgesetzt zu fein. Daffelbe würde ihm widerfahren, wenn man dasselbe zurückschickte und wiederbrächte. Ich verdanke bem herrn Berichterstatter der Staatswirthschaftsfommission seine Bemerkungen, obschon die Kommission eigentlich nicht in den Stand gesetzt wurde, die verschiedenen Zweige der Finanzverwaltung in so kurzer Zeit zu untersuchen. Der Herre Berichterstatter wird auch den Vemerkungen des Herrn Großraths Stettler gehörige Rechnung tragen. Es ist dieß wieder ein neues Beispiel der Unzweckmäßigkeit der Art und Weise der Aufstellung unserer Kommiffionen gegeben. Wir haben zwei fehr wichtige Großrathskommissionen: die Bittschriftenkommission und die Staatswirthschaftskommission. Weder die eine noch die andere wird in den Stand gefest, gehörig zu wirken. Schon zu wiederholten Malen und erst in letzterer Zeit haben wir sehen können, daß der Wirkungsfreis der erstern sehr mangelhaft ift. Eben fo fteht es mit der andern. Es ift nothig, daß hinficht= lich beider ein Gutachten über ihre Umschaffung vom Regierungs= rathe verlangt werde. Er follte eingeladen werden, sowohl die Staatswirtschaftskommission anders umzugestalten, als das Büdget im November vorzulegen, was sich gar wohl thun ließe. Dann würden die jedes Mal vorgebrachten Vorwürfe aufhören. Allein das Büdget zurück- und zu nochmaliger Untersuchung zu verweisen; das wäre noch schlimmer. Ich hoffe, Sie werden es nicht thun, fondern in dasselbe eintreten. Ein Redner hat vorhin die Zurückweisung des Büdgets verlangt, aus dem Grunde, weil die Summe des Staatsgutes noch nicht ausgemittelt fei, fo wie es gesetzlich sein follte. Diese Summe ist leicht zu fin-den. Ich wünsche ebenfalls, daß die Ausmittlung statt habe, und hierin bin ich mit dem Redner einig; hingegen bin ich es nicht in dem Sinne, daß er das Staatsvermögen vermehrt wiffen möchte, während ich eine folche Bermehrung nicht gern fähe. Allerdings zeigt bas dießjährige Büdget ein Deficit. Ein Deficit, das ift immer ein Tummelplat für jede Opposition ge= wefen; allein unfer Deficit flößt mir durchaus feine Furcht ein, ia, ich behaupte, es existive gar nicht. Dieß werde ich zeigen. Man hat uns vorgeworfen, als Art. 1 in unserm Büdget die Rechnungsrestanz von 1835 angesetzt zu haben. Allein diese Summe konnte an keinem andern Orte figuriren, irgendwohin mußte sie doch gesetzt werden. Es sei absurd, heißt es, diese Summe in einem Büdget als Aftives erscheinen ju laffen, während die Rechnungen von 1835 noch nicht paffirt sei. Allein diese Summe steht da als Vorsichtssumme, sie ist even= tuell, so wie alle andern nicht firen Anfätze des Büdgets. Allein ich behaupte, sie sei noch sicherer und gewisser, weil die Rechnung von 1835 vom Finanzdepartemente schon gut geheißen worden ist. Ich wiederhole es, diefes Deficit von Fr. 88,000 erschrectt mich nicht. Ich erinnere mich noch gar wohl, daß das Büdget von 1835 ein Desicit von Fr. 37,000 zeigte. Zusgleich wurde, in derselben Sitzung, vom Großen Rathe dem Baudepartemente ein Kredit von Fr. 150,000 erössnet, was das Desicit auf Fr. 187,000 erhob. Was geschah? Die Rechsung von 1835 munde absolutiossen und die Vanschaften nung von 1835 wurde abgeschlossen und die Vorandeutungen trafen nicht ein. So wird es auch mit dem dießiährigen Büdget gehen. Bielleicht wird man behaupten, es muffe vom Einneh= men die gange erste Summe oder der Ueberschuß, laut Standes=

rechnung 1835, gestrichen werden. Allein dieses auch angenons men, tonnen wir nichtsdestoweniger ruhig fein. Wir befiten nämlich nicht nur den Ueberschuß von 1835, fondern auch zwei Guthaben von 1836 und 1837, die auf eine nicht mindere Summe als Fr. 400,000 ansteigen werden. Was ich anführe, sind That-fachen; an Geld fehlt es in den öffentlichen Kassen nicht. Die Bank ift in letterer Zeit mit Fr. 200,000 neuerdings verfeben worden; eine nicht unbeträchtliche Summe foll balb nachsommen. Woher ist diese Summe von Fr. 200,000 gekommen? Von dem Staatsvermögen, für welches der Abgeordnete der Stadt Bern so besorgt ift. Ich meines Orts möchte auf das Bübget einen Theil der Restanzen der Rechnungen von 1836 und 1837 bringen. Dieß läßt sich sehr wohl machen, seitbem die neue Rechnungsart eingeführt ist. Am Ende des Jahres 1838 wersten wir Ihnen die Rechnungen für 1836 und 1837 liefern können. Wir hätten dann zwei beträchtliche Verwendungssumschaft men, und das beste Mittel, denen zu entgegnen, welche im Lande Allarm schlagen möchten, wäre, auf das Büdget von 1838 auch das Guthaben von den Rechnungsrestanzen auf Fr. 400,000 ju feten; benn biefes Geld eriftirt in der That in flingender Münze, ein Theil davon liegt, wie gefagt, in der Bank. Demnach foll uns der Anblick des Budgets nicht erschvecken, denn wir finden in demfelben Auslagen angerechnet, die wir vielleicht gar nicht haben werden. Auch figuriren unter dem Kapitel des Baudepartementes Fr. 400,000 für außerordentliche Ausgaben, Die nicht wieder erscheinen werden. Wir können also getroft und ohne Furcht vorwärts. Auch die Summen für das Erziehungsbepartement sind groß, allein ich wenigstens möchte vielmehr die daherigen Ausgaben vermehrt sehen. Was würde wohl in andern Ländern geschehen, wenn man große Auslagen zu bestreiten hätte? Man würde sogleich Hand ans Staatsvermögen legen; und was thun wir? Wir bestreiten Alles mit den ordentlichen Einnahmen. Wenn unsere ordentlichen Ausgaben sich vergrößern sollten, dann müßten wir an andern Summen abziehen. So unter andern könnte man die Auss gaben des Militärdepartementes verringern. Es wird hierfeits ein Mehr von Fr. 40,000 verlangt, als im vorigen Jahre; da ließe fich etwas wegschneiden. Aus diesen Gründen glaube ich, daß wir fiber das Deficit von 1838 nicht erschrecken sollen. Ich weiß, daß ein Desieit in der hand des Feindes jur Waffe wird, allein bei uns liegt es, demfelben die Waffe aus der hand ju winden. Wir brauchen nur unfer Budget zu modificiven, den Unfat für Ueberfchuf aus bem Staatsvermögen um Fr. 100,000 zu vermehren und die erste Nummer zu Fr. 400,000 anzusetzen. Entgegnet man, ed fei bieg nur eine fiftive, eventuelle Ginnahme, so geben wir es zu, allein eben so eventuell, außerordentlich und vorübergehend sind die verschiedenen Posten für Ausgaben, die im Budget stehen. Auf keinen Fall konnte ich für Die Burückweifung des Büdgets ftimmen.

Schneiber, Regierungsrath, von Nydau. Eben aus den von Srn. Stockmar angebrachten Gründen möchte ich nicht eintreten, weil das gedruckte Büdget unmöglich dem Großen Rathe eine bestimmte Ginficht in bas Ginnehmen und Ausgeben giebt. Es fällt mir übrigens höchst auf, wie man über biefen wichtigen Gegenstand so weggalloppiren will; schon im Regierungsrathe ist man ziemlich flüchtig darüber weggegangen. Daß das Büdget über die muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben keinen Begriff giebt, zeigt sich schon aus dem, was der Regierungsrath an Ausgaben daraus gestrichen hat, — so z. B. 6800 Fr. für die Forstschuse und Forstbibliothek, 50,000 Fr. für Tieferlegung des Brienzerfee's, 40,000 Fr. für die Strafe über Zollikofen, 246,000 Fr. für verschiedene vom Baudepartemente als nöthig erachtete, aber vom Großen Rathe erft noch zu bewilligende Arbeiten. Dieß sind doch meist Ausgaben, zu bewilligende Arbeiten. Dieß sind doch meist Ausgaben, welche vom Großen Rathe bereits erkannt waren, so daß sich also das eigentliche Desicit des Büdgets auf ungefähr 384,000 Fr. belaufen wurde. Auch die Einnahmen find viel zu niedrig Wenn sich aus den Rechnungen von 1836 und anaesett. 1837, welche wohl bald vorgelegt werden können, ein Ueberschuß ergiebt, so soll dieser Ueberschuß als Aftivrestanz so gut in das Einnehmen fommen, wie der Ueberschuß des Sahres 1835. Daburch würden sich die Einnahmen und Ausgaben ausgleichen. Uebrigens, wenn sich auch einmal in einem Jahre ein wirkliches Deficit ergäbe, wird das die Republik Bern nicht über den Haufen werfen, und ein Deficit auf dem Büdget hat übrigens erst nicht viel zu bedeuten. Das Büdget soll enthalten die muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben und zugleich eine Uebersicht geben, von den bereits beschlossenen und den muthmaßlich noch zu beschließenden Sachen. So weiß dann der Große Rath, woran er ist. Uebrigens geht aus dem Berichte des Hen. Regierungsstatthalters Manuel hervor, dan die Rommission keine Zeit hatte, das Büdget zu untersuchen, so daß man also gestz und ordnungswidrig handeln würde, wenn man jest einträte. Ich trag daher ebenfalls darauf an, diese Sache um etwa 8 Tage aufzuschieben, und zu genauerer Prüfung an die Staatswirthschaftskommission zurückzuweisen.

Röthlisberger. Ich muß bekennen, Tik., daß es mir sehr aufgefallen ist, daß gerade gestern in meiner Abwesenheit die Staatswirthschaftskommission versammelt wurde. Wahrshaftig, als ich die Bestimmungen der Versassung und des Großrathreglements in Betresf dieser Kommission bedachte, bin ich gestern Abend fast auf den Kopf gesallen, als man mir bei meiner Rückfunft sagte, es sei Staatswirthschaftskommission gewesen. Ich dachte, ob denn die Kommission bloß so ein Spielball sei. Die Staatswirthschaftskommission soll die Kickstigkeit und Iweckmäßigkeit der Vädgetsanträge prüsen. Ob mun das gestern möglich gewesen, mögen Sie, Sit., entscheisen. Dieser Projekt beruht durchaus nicht auf richtigen Grundslagen, und darum muß ich den Antrag, welcher auf Versschieben geht, unterstützen.

Obrecht. Es bleibt niemals ganz beim Büdget, weil es umwöglich ist, jedes Jahr genau voraus zu sehen, wie's etwa gehen wird. Denken Sie nur an die Wasserbeschädigungen vom vorigen Jahre! Ich habe aber schon mehrere Male, wenn es um große Ausgaben zu thun war, gewarnt, daß man nicht Alles auf einmal mache. Ich bin gar wohl damit zusseiehen, daß man da einen Kronleuchter angeseht hat, um die Republik zu erleuchten, ich meine nämlich das Schulwesen, ich möchte aber außer der Hochschule und den Primarschulen auch noch Sekundarschulen. Das verursacht immer Ausgaben; aber kann man die in's Büdget setzen, bevor man sie weiß? Das Büdget kann uns nie so genau binden, es mag sein, wie es will. Zum Erempel, ein Hausdater hat einen schönen Hos, und er läßt viele Verbesserungen daran machen, welche zwar Geld kosten, aber der Hos gewinnt dadurch an Werth. So ist es hier Punktum das Gleiche. Es können Ausgaben Statt kinden, welche für das Allgemeine höchst einträglich sind, die man aber nicht voraussehen kann. Ob man daher jetzt sogleich eintrete, oder ob man 8 Tage verschiebe, das ist mir gleichzüsser

Mühlemann, Regierungsstatthalter. Der angebrachte Grund, man solle zuerst das Kapitalvermögen bestimmen, ist durchaus unerheblich, indem eine ganze Menge unserer Staats-waldungen noch nicht bereinigt sind, und indem bekanntlich noch Millionen an einem andern Orte im Streit liegen. Das Alles kann wohl noch 6 Jahre gehen, bis es im Klaven sein wird. Ich stimme zum Eintreten, damit wir nicht nochmals einen ganzen Worgen lang leeres Stroh dreschen müssen.

Neukom. Ich hingegen möchte verschieben und zwar noch aus folgenden zwei Motiven: Erstens glaube ich, nach der jetzt statt gehabten Diskussion werde es im Lande nicht sehr großes Zutrauen zum Großen Rathe erwecken, wenn derfelbe, ungeachtet aller gefallenen Bemerkungen, sogleich heute die muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben erkennt. Zweistens haben die Mitglieder aus dem Jura keine Uebersehung des Büdgets, und doch ist es wesentlich, daß sie sich mit demsselben ebenfalls genau bekannt machen können.

Schneiber, Regierungsrath, von Langnan. Un und für sich ist es mir vollkommen gleichgültig, ob man heute, oder ob man später eintritt; nur soll ich glauben, die Geschäfte seien nicht in so großer Zahl vorhanden, daß wir länger als diese Woche daran haben würden, wenn man das Büdget nicht behandelt. Ich zweiste nun sehr daran, daß der Große Rath sich am Samstage werde vertagen wollen, um in acht Tagen

wieder zu kommen. Wollte man aber bis zur Maistung die Sache verschieben, so gebe ich zu bedenken, daß es dem Regierungsrathe bereits seit 2 Monaten überlassen war, die Ausgaben nach seinem Belieben zu bestimmen. Wenn Sie nun noch 2 Monate warten, so hätte dann der Regierungsrath einen Drittheil des ganzen Jahres in Verress des Finanzwesens regiert, ohne Autorisation des Großen Rathes. Daher müßte ich darauf antragen, daß diese Angelegenheit nicht verschoben werde.

v. Sinner. Der einzig gültige Grund gegen das Eintreten wäre der Mangel einer französischen Uebersetzung; nun habe ich aber von Seite der französischen Hebersetzung; nun habe ich aber von Seite der französischen Hebersetzung des Büdgets betrifft, so wird das immer ein frommer Wunsch bleiben. Wenn man übrigens nicht Zeit hat, solche Sachen gehörig zu untersuchen, wie die Staatswirthschaftstommission sich darüber beklagt, so behält man sie für sich und bringt sie nicht vor. Ich stimme zum Eintreten.

v. Tillier, Alt-Landammann. Ich gestehe freimuthig, Tit., daß ich diesen Sag durchaus nicht bereue; wir haben schon manchen Morgen weniger nütlich zugebracht, und wir haben, 3. B. bei Wahlen, oft nicht nur Stroh gedroschen, sondern noch obendrein Spreu gerönnlet. Das Ergebniß über die Frage, ob wir heute eintreten oder nicht, halte ich für weit weniger wichtig, als das Ergebniß unserer Berathung in Absicht auf die Zukunft. Es zeigt sich, daß die bisherige Behandlungsweise des Büdgets durch die Staatswirthschaftskommission durchaus nicht zweckmäßig ift, indem die Kommission bisher ihr Pensum nicht erfüllen konnte. Daher werden Sie, Tit., gewiß wünschen, daß dem in Zukunft anders sei. Das Wichtigfte ift demnach, den Gang der daherigen Geschäfte ju andern. 3ch febe nicht, warum das Büdget nicht jeweilen in der Dezemberfitung follte behandelt werden können. Die Einnahmen find ja immer ungefahr die gleichen, und die Ausgaben theilen fich in ebenfalls alljährlich wiederkehrende und in außerordentliche. Die jährlich Wiederkehrenden können von den Behörden aus den frühern Büdgets ziemlich im Voraus berechnet werden, und warum könnte man die außerordentlichen Ausgaben im Dezember nicht ebenfogut voraussehen als im Januar? Diese außerordentlichen Ausgaben betreffen meistens Bauarbeiten; allein die Zeit, in welcher man solche außerordentlichen Arbeiten macht, ist in der Regel nicht der Winter, so dag wir im Dezember dieselbe ebensogut wie im Januar voraussehen können. Ich müßte dem= nach ehrerbietig dahin schließen, daß man dem Regierungsrath den Wunsch des Großen Rathes überweise; daß die Vorlegung des Budgets in Bukunft beschleunigt werde, damit der Große Rath dann mit voller Sachkenntnig dasselbe behandeln könne. hingegen hatte ich fein großes Bedenken, die gegenwärtige Behandlung um acht Tage zurückzuweisen, indem wir alsdann wohl noch versammelt sein werden.

Manuel, von herrn Landammann um einen allfälligen Schlußbericht angefragt, trägt lediglich nach dem Antrage des herrn hunziker auf eine Berschiebung von 8 Sagen an.

v. Jenner, Regierungsrath. Es ist gefordert worden, Tit., daß man die Berathung entweder bis zur Sommerstung oder aber auf acht Tage verschiebe. Wenn es um einen Verschub bis zur Sommerstung zu thun ist, so will ich Ihnen zeigen, was dabei herauskömmt. Ein Theil unserer Ausgaben muß gemacht werden, weil diese durch bestimmte Gesetze als sire Ausgaben bestimmt sind. Der Regierungsrath ist mit Vollziehung der Gesetze beaustragt; er muß also die Summen herbeischaffen und anweisen, welche dazu nöthig sind. Hiemit wird er also hiesur die nöthigen Summen anweisen, Sie, Tit., mögen es nun besehlen oder nicht. Hingegen sür die nicht siren Ausgaben, die bereits beschlossen oder auch noch nicht beschlossen sind, aber verschoben werden kömnen, für diese wird der Regierungsrath entweder gar nichts anweisen und warten, die der Große Rath darüber statuirt haben wird. In diesem Falle wird für das Finanzdepartement gewiß die allerösonomischste Verwaltung eintreten, indem dann alles lediglich verschoben wird. Oder aber, der Regierungsrath statuirt von sich aus, welche on diesen Ausgaben am zweckmäßigsten oder dringendsten seien,

d. h., der Regierungsrath wird an Ihrer Stelle, Sit., das Büdget beschließen. Das das Resultat eines solchen Verschubs. Was die Verschiebung um acht Tage betrifft, so können Sie befehlen, Tit., aber ich habe nie gerne einen gangen Vormittag verloren, um alles heute Angehörte das fünftige Mal wiederum anhören zu muffen, und zwar dann noch gehörig cum annotationibus variorum ausgeschmückt, — nein, Tit., darnach trage ich fein großes Berlangen; es find heute 115 Mitglieder vom Lande anwesend, also kostet die heutige Sitzung den Staat bereits Fr. 230. Ich finde es also nicht ökonomisch, diese Ausgabe für den nämlichen Gegenstand zu wiederholen. Man hat die Verschieden. schiebung darauf gestütt, daß der Vermögensetat noch nicht da fei. Ich verwunderte mich, daß das betreffende Mitglied dann doch nur auf acht Tage antrug. Uebrigens negive ich es geradezu, daß der Bermögensetat noch nicht gemacht fei. Alle Sahre haben Sie, Tit., in der Standesrechnung zugleich den Vermögensetat vom ganzen beweglichen Staatsvermögen erhalten, mit Ausnahme freilich derjenigen Gegenstände, welche nicht darauf gehören, weil sie zur täglichen Verwendung dienen. Das Vermögen an Domanen ift durch einen Beschluß des Großen Rathes bestimmt worden, und durch einen zweiten Beschluß haben Sie das Bermögen an freien Staatswäldern festgesett, wo dann zugleich eine Uebersicht der Rechtsamewälder, die man nicht taxiren kann, vorgelegt wurde. Ferner lagen vor die Zehnten und Vodenzinse. Was fehlt nun noch? Das, was Herr Mühlemann angedeutet hat, nämlich der Inseldotationsfond, dessen Zurückziehung zwar von Ihnen, Tit., bes scholsen, aber nie exequiret worden ist. Ich glaube nicht, das der angerufene S. der Verfassung je eine große Erekution bekommen werde, denn bei unvorhergesehenen, dringenden Umständen wird man sich schwerlich so genau daran halten können, und in gefährlichen Zeiten wird man Ihnen immer die gleichen Sachen sagen. Man fordert, das Budget folle in Zukunft früher vorgelegt werden. Allein, Tit., das Finanzdepartement muß fich nach den übrigen Departementen richten, und von einem derselben ist das Büdget erst am 14. Februar eingereicht worden. Was die Ersparnisse der vorigen Jahre andetrifft, so werden diese jeweilen von einem Jahr auf das andere gebracht. Hier finden Sie im Büdget einen Ueberschuß, der sich auf der Rechnung des Sahres 1835 findet. Was sich von den Sahren 1836 und 1837 an Aftivesstanz erzeigen mag, wird dann in die folgenden Büdgets übergeben. Wollte man diese Aftivrestanzen schon alle auf das dießiährige Büdget nehmen, so bekämen wir drei Restanzen in einem Büdget zusammen, und hätten dann für das folgende Jahr nichts. Dazu könnte ich nicht Was denn das Defizit des vorliegenden Büdgets be= trifft, so fagt man freilich, es seien viel ertraordinare Aus-gaben, die sich in funftigen Sahren nicht wiederholen werden. Sch weiß nicht, inwiefern es dem also sein wird; wenigstens bisher, wenn kaum die einen Ausgaben fertig waren, kamen andere fogleich nach. Es schieft da an allen Orten eine Burzel, ein Bäumchen nach dem andern hervor, und es zeigt sich da eine Triebkraft und eine Arbeitsamkeit, die mich hin und wieder desperat macht. Sm Allgemeinen hätte ich lieber geschen sehen, wenn man den Grundsatz aufgestellt haben würde, daß die ordentlichen Ausgaben mit den ordentlichen Einnahmen und die außerordentlichen Ausgaben mit denjenigen Ginnahmen bestritten werden muffen, welche als Ueberschuß der frühern Sahre in der Kasse geblieben. Das würde mir ein richtiger Maßstab scheinen. Bei diesem Anlasse sei mir erlaubt, mit einigen Worten die Rolle des Finanzdepartementes und der Staatswirthschaftskommission zu berühren. Nach meiner Ansicht wäre eigentlich das Finanzdepartement die geeignetste Behörde, um bas Staatswirthsichaftliche bes Budgets zu prufen, indem basfelbe die gange Finangverwaltung beständig im Auge haben muß, und bas damit die Erfahrung der frühern Sahre verknüpft. In dieser hinficht hatte bas Finangdepartement einzig bas In= konvenient, daß es unter dem Regierungsrathe steht und also in der Regel nichts direkt an den Großen Rath rapportiren fann. Allein hierüber brauchten Sie, Tit., lediglich zu befehlen. hingegen die Staatswirthschaftstommiffion befummert fich in der Regel um die Verwaltung erft, wenn es um Prufung der Rechnung oder des Büdgets ju thun ift. Endlich muß ich mir noch über das Büdget felbst eine Bemerkung erlauben.

Ich höre fast alle Mal bei Anlag des Büdgets fämmtliche Theile der Staatsverwaltung angreifen, indem man gewöhnlich glaubt, hier fei der geeignete Anlaß, um alle möglichen Berbefferungen, Wünsche u. f. w. in Anregung zu bringen. Allein, Sit., das ift gerade der ungeeignetste Moment dazu. In Staaten, wo die öffentliche Gewalt unter drei verschiedene Behörden vertheilt ift, wo die Kammern ohne den Fürsten nichts können, ba ift gang richtig der Zeitpunft des Budgets auch derjenige, wo die Rammern ihre Bunfche hinsichtlich ber Staatsverwaltung laut werden laffen, indem fie bei diefem Anlasse, wo sie es in Sanben haben, das von der Regierung verlangte Geld zu bewilligen oder nicht, gar manches erzwingen können. Aber hier ist das nicht der Fall. Sie, Tit, haben ja alle Gewalt in ihren handen, jedem Einzelnen von Ihnen steht es frei, über dieses oder jenes Anzüge zu bringen, und diese werden ja fast immer erheblich erklärt. Also ist es nicht nöthig, daß bei Anlaß des Budgets hier im Großen Rathe alle Theile ber Berwaltung jum Gegenstand einer Diskussion gemach tw erden. Werist der Rapporteur über das Büdget? Der Prasident des Finanzdepartementes. Wie foll nun diefer im Falle fein, über alle Zweige der Verwaltung gründlich zu berichten und auf alle Ein-würfe und Fragen hier zu antworten, da er ja nicht vorher wissen fann, was für Bemerkungen fommen werden? 3ch will nicht weitläufiger sein. Da ein Aufschub bis in die Sommer-figung geradezu nicht möglich ift, und da mit einem Berschube von acht Tagen auch nichts gewonnen wird, so möchte ich auf fofortiges Eintreten angetragen haben.

Sr. Landammann. Ebe und bevor wir abstimmen, ist es meine Pflicht, Einiges jur Aufhellung gewisser Bemer-tungen und Vorwürfe anzubringen, welche gewiß fehr unbegründet und unpaffend gemacht worden find. Bas zuerft die Bemerfungen in Betreff der Traftanden und des Budgets anbelangt, foll ich erinnern, daß wir uns eigentlich in der fortgesetzten Wintersitzung des vorigen Jahres befinden. Also ist es sich nicht ju verwundern, wenn wir und erft jest mit dem Budget für das laufende Jahr beschäftigen, da in der ersten Sälfte un-möglich alle Geschäfte hätten abgethan werden können. Auch jest würde ich das Büdget in Betracht der obwaltenden Umftande noch weiter hinausgeschoben haben, wenn andere Ge-schäfte da gewesen waren. Allein wir find mit unseren Geschiften schon so zu sagen sertig, so daß, wenn wir das Büdget nicht hätten vornehmen wollen, uns nichts übrig blieb, als entweder heim zu gehen, oder hier ein paar Tage unnüß zuzuwarten. Ich glaube nicht, daß dem größten Theile der anwefenden Bolksrepräsentanten das gar behaglich wäre, vielleicht war Einigen, aber der Mehrheit nicht. Darum mache ich es mir auch zur Pflicht, mit den Geschäften so geschwinde als möglich aufzuräumen. Was begegnet nun aber? ein Vericht, welcher dem Traktandencirkular gemäß sogeich am ersten Tage vorkommen sollte, über den Berwaltungsbericht von zwei längst hinter uns liegenden Jahren, wurde von seinen Urhebern so wichtig erachtet, daß man ihn vor seiner Behandlung drucken und in alle Welt verbreiten zu müssen glaubte. Was begegnet ferner? Als man den Antrag des Hrn. Fellenberg hinsichtlich der Hofiwylanstalten berathen will, findet man das, wegen der Abwesenheit des hrn. Fellenberg, unschicklich. Konnte das der Landammann voraus wissen, und wenn er es auch gewußt hätte, follte er auf die personlichen Gründe des Hrn. Fellenberg mehr Rücksicht nehmen, als auf Ihre Gesammtheit, Tit.? Das soll Ihnen zeigen, das es weit leichter ist, Gegenstände, die auf die Tagesordnung gesetzt waren, zu verschieben, als die so zu ordnen, daß es der Gesammtheit konvenire. Nun noch ein Wort über das, was gegen die Versammlung ber Staatswirthschaftstommission gesagt worden ift. Dieselbe war allerdings gestern blog in der Zahl von drei Mitgliedern beisammen. Dag die Zusammenberufung derfelben nicht alle ihre Mitglieder erreicht hat, thut mir leid. Ich mußte aber Staatswirthschaftskommission halten, damit das Büdget heute vorgelegt werden könne. Sollte ich also darum, weil Hr. Röthlisberger für gut gefunden hat, fich für den geftrigen Tag von hier zu entfernen, die Kommission nicht einberufen, und also heute das Büdget nicht vorlegen? Ja, Tit., so weit geht meine Liberalität nicht; ich muß an alle Mitglieder denken. Noch eine andere Bemerkung möge hier Platz finden. Die Staatswirthschaftskommission hat selbst gefunden, sie sei eine unschuldige Kommission, nicht bloß, weil ihre Mitglieder, mit Ausnahme des Hrn. Regierungsraths Jaggi, durchaus mit der Materie des Büdgets unbekannt waren; sondern wir sind überhaupt keine Financiers. Daher haben wir in unser Bescheibenheit gefunden, es bleibe uns nichts übrig, als uns zu entschuldigen, ohne deßhalb irgend jemanden zu tadeln. In diesem Sinne kamen wir hieher und müssen nun — was vernehmen? daß wir unser Pensum nicht pflichtgemäß vollendet und uns benommen haben, als wäre uns gar nichts daran gelegen gewesen. Diese Eensur ist etwas stark und ist von einer Seite hergekommen, wo ich geglaubt hätte, daß man die Sache befer verstehen und würdigen würde.

Cinnehmen.

(Die Summe bes fämmtlichen muthmaklichen Einnehmens ift auf 2,739,213 angefest.)

I. Aftivrestang ber dem Großen Rathe nächstens vorzulegenden Stande grechnung pro 1835: 294,185 Fr.

Jenner, Regierungsrath, hat dem schon oben über dies fen Gegenstand Angebrachten nichts beizufügen.

Stockmar, Regierungsrath. Ich wiederhole meinen vorigen Antrag und verlange, daß die disponible Summe aus den Rechnungsrestanzen wenigstens auf Fr. 400,000 erhoben werde. Damit will ich nicht sagen, daß die Restanzen von 1836 und 1837 ganz aufgenommen werden, obwohl sie doch einmal irgendwo auf dem Vädget siguriren müssen. Wenn wir jest nicht mit einer geringen Summe ansangen, so müssen wir auf das Vädget, das mit dem Rechnungsschlusse der zurückstehenden Jahre zussenmentressen wird, Fr. 400,000 auf einmal setzen. Ich hinzgegen möchte in diesem Augenblicke von dieser Summe nur Fr. 106,000 (um zu einer runden Summe zu gesangen) nehmen, und also die zur Verwendung disponible Summe auf Fr. 400,000 erhöhen.

Hunzifer stellt den entgegengesetzten Antrag, nämlich biefen ganzen Passus zu streichen, indem die Rechnung von 1835 noch nicht passut fei.

Mai unterstützt den Antrag des Herrn Regierungsraths Stockmar, indem ja das ganze Büdget nur auf muthmaßlichen Summen beruhe, und indem ein Mitglied des Finanzdepartements bestimmt versichert habe, daß auch von den Sahren 1836 und 1837 eine bedeutende Aktivrestanz sich ergebe.

v. Tillier, Alt-Landammann, kann diese Meinung nicht theilen und pflichtet berjenigen des Herrn Hunzifer bei, indem ein Büdget durchaus formgemäß sein musse und nur Wahrheit enthalten dürfe. Wohl aber sei es wünschenswerth, daß ins

Rünftige die Jahresrechnung stets vor dem Budget zur Passation vorgelegt werde, damit man dann mit Sicherheit wife, was fur eine Restanz aufs Budget zu bringen sei.

Schneiber, Regierungsrath, von Langnau, warnt vor ber von Herrn Regierungsrath Stockmar beantragten Aufnahme allfälliger Aftivrestanzen von 1836 und 1837, indem man diefelben in den Jahren 1839 und 1840 auch werde brauchen können. Wenn sich auch am Ende des Büdgets ein Desicit ergiebt, so wird das noch keine Revolution verursachen.

Saggi, Regierungsrath, ift ber nämlichen Unsicht. Diefer Unfat ift ber schönfte und beste im ganzen Budget, aber wenn wir von den spätern Rechnungen etwas dazu nehmen, so könnte es uns dann gehen wie denjenigen Oberländern, welche ihren Kas, noch während er jung ist, aufessen.

v. Graffenried ftimmt wie herr hungiter.

v. Jenner, Regierungsrath. Bisber hatten wir den Grundfat, daß man jeweilen das Resultat der letzt passirten Rechnung auf das neue Büdget übertrage; nun follte man doch konsequent bleiben; denn wenn die Rechnung von 1835 auch noch nicht paffirt ift, fo wird fie doch fehr bald vorgelegt werden, und ich darf zuversichtlich erwarten, daß Sie sich nicht bewogen finden werden, diefelbe nicht, wie sie ist, zu passiven. Die Ersparnisse von 1836 und 1837 hingegen werden wir später auch noch sehr gut brauchen können, und ich möchte nicht auf Rech-nungen vorgreifen, deren Resultat Ihnen, Tit., noch nicht be-kannt sein kann. Bei diesem Anlasse kann ich anzeigen, daß nur noch die Rechnung vom Jahre 1836 nicht abgeschlossen ift, indem und noch jetzt Rechnungen von 1836 nicht eingegangen find. Die neue Buchhaltung hat mit bem 1. Sanuar vorigen Sahres angefangen, in Folge welcher von Monat zu Monat die Uebersicht von allen Berhandlungen des ganzen Staatshaus-haltes rubrikenweise gegeben werden kann. Sobald die Rechnung des Sahres 1836 abgeschlossen ift, werden dann alle Bücher völlig à jour sein, so daß dann ieweilen mit Vorlegen des Büdgets auch zugleich die Rechnung des verstoffenen Sahres hieher gebracht werden fann. Allein die Ginführung der neuen Buchhaltung und was damit zusammenhing, zog ungemein große Beitverfäumniß nach sich. Schlieglich kann ich Ihnen, Tit., Die völlige Beruhigung geben, daß die Rechnungen der Jahre 1836 und 1837 feinerlei Ausfall zeigen werden.

Ab ft i m m u n g. Der Abschnitt wird unverändert mit Mehrheit angenommen.

(Schluß folgt.)

Verhandlungen

bes

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersigung. Zweite Salfte, 1838.

(Micht offiziell.)

(Schluß der 4. Sitzung Donnerstags den 22. Februar 1838.)

II. Eigenthümliche Einkünfte. (Zusammen Fr. 1,201,278.)

- A. Von Staatsdomanen. (Zusammen Fr. 269,815.)
 - 1) Von den Waldungen. (Zusammen Fr. 144,619.)

Hunziker fragt, ob es nicht zweckmäßig wäre, die hier in Abzug gebrachten Ausgaben für Besoldungen u. s. w. in den zweiten Theil des Büdgets, in die Ausgaben und zwar des Departements des Innern, zu verseben.

Schöni ergreift diesen Anlaß, um sich zu beschweren, daß ungeachtet der großen Summen, welche der Jura jährlich zu den Staatslasten beitrage, man denselben doch immer sowohl z. B. bei den Armenunterstüßungen, als namentlich auch bei Wahlen hier im Großen Rathe im Verhältnisse zum deutschen Kantonstheile stiefmütterlich behandle.

- v. Sinner findet, daß die Verwaltungskoften zweckmäßig ba stehen, indem man dann fogleich sehe, welchen Reinertrag bie Waldungen dem Staate gewähren.
- v. Jenner, Regierungsrath. Da wir den Artikel über die Waldungen behandeln, so scheint es eben nicht der Ort zu sein, Parallelen zu ziehen zwischen demjenigen, was der neue Kantonstheil gegenüber dem alten beiträgt und erhält. Gewiß will Niemand von Ihnen, Sit., irgend einen Landestheil stief-mütterlich behandeln, aber eben so wenig werden Sie wollen, daß uns jede Gegend und jeder Ort die Rechnung mache. Das nur im Vorbeigang. Ob man das Einnehmen und Ausgeben brutto oder aber netto verrechnen solle, darüber wurde unter der vorigen und unter der gegenwärtigen Regierung mehrmals gestritten. So viel ist richtig, daß die Nettoverrechnung eine viel besser und sicherere Uebersscht gewährt, während man bei der andern Manier gar leicht hinters Licht geführt werden kann. Daß dann das Forstwesen unter das Departement des Innern gehöre, ist ein Irrthum. Nach unserm Departementalgesetz gehört zwar wohl das Forstwesen im Allgemeinen, die Forstspolizei, unter das Departement des Innern; hingegen alles, was die Vewirthschaftung der Staatswälder ins Vesondere setrist, gehört unter pas Finanzdepartement, so daß die Forststommission unter zwei Departementen steht.

hierauf wird der Abschnitt unverändert angenommen.

2) Von Pachtzinsen und Ertrag der übrigen Liegenschaften. (Zusammen Fr. 125,196.)

Schneider, Regierungsrath, von Nydau. Es dürfte von einigem Interesse sein, hier zu untersuchen, in wie sern diese Liegenschaften dem Staate von Nugen sind. Diese Liegenschaften sind geschätzt zu Fr. 7,056,800, was eine niedrige Schatzung ist. Würden nun dieselben 4 pCt. abtragen, so müste ihr Ertrag hier im Büdget mit Fr. 280,000 figuriren. Nun stehen

aber bloß Fr. 125,000 da. Dazu kömmt auf S. 20 des Büdgets ein Artikel, welcher die gewöhnlichen Unterhaltungskosten der Gebäude zu Franken 99,000 angiebt. Also hätten wir bloß Fr. 26,000 Reinertrag von etwas, dessen Kapitalwerth in niedriger Schatzung mehr als 7 Millionen beträgt. Demnach müßte ich wünschen, daß der Regierungsrath und das Finanzbepartement beauftragt werden, dassie zu sorgen, daß entweder diese Liegenschaften mehr eintragen, oder aber, daß sie verkauft werden.

huggler unterstützt diese Ansicht ebenfalls, indem er wünscht, daß die aus dem Berkaufe der Liegenschaften gelösten Kapitalien auf gute inländische Titel angelegt werden möchten.

Hunziker ist ebenfalls hiemit einverstanden, wünscht aber, daß konsequenter Weise die Unterhaltungskosten hier ebenfalls in Ibzug gebracht werden, damit auch da der Nettoertrag sichtbar sei.

- v. Sinner pflichtet diesem bei, glaubt aber, daß wenn die Unterhaltungskosten beinahe den Einnahmen gleichkommen, der Fehler zum Theil daran liege, daß die Einnahmen von einem andern Departemente besorgt werden, als die Ausgaben.
- v. Senner, Regierungsrath. Ich habe hier den Etat fämmtlicher Domanen vor mir, darunter finde ich Civilgebäude für die Summe von Fr. 3,154,935. Diefe Gebaude tragen fammtlich nichts ein, wenigstens erscheint nichts in den Rechnungen, also ist das schon ein bedeutender Abzug von den 7 Millionen. Ferner finde ich an Pfarrgebäuden die Summe von Fr. 1,375,951. Auch davon erscheint fein Ertrag in allen Rechnungen. Es kommt aber darauf an, wie man rechnet. Die Geistlichkeit kostet den Staat nicht bloß das Geld, was sie bezieht, sondern eben auch die Unterhaltung und den Zins für die Pfarrgebäude. Man könnte also eigentlich diesen Zins einerfeits ins Einnehmen fetgen, aber dann andverfeits bei den Roften für die Geistlichkeit wieder ins Ausgeben bringen. Da nun das eine ganz unnütze Komplifation der Komptabilität wäre, so thut man es nicht. Achnlich verhält es sich mit den Civilgebauden. Go finden wir z. B. blog in der Stadt Bern Staatsgebaude, deren Schatzungswerth zusammen Fr. 1,476,000 beträgt. Wollen Sie jest nun etwa das Rathhaus, die Stift, das Juchthaus, das Zeughaus u. f. w. u. f. w. berkaufen? Oder wollen Sie die Pfrundhäuser verkaufen? Ich mag es wohl leiden, aber dann schafft den Pfarrern Wohnungen, und biefe werden nicht wenig koften, denn der Staat miethet nie gar wohlfeil. Sie feben alfo, Tit., daß man im Grunde Unrecht hat, zu sagen: die Staatsgebäude tragen nichts ein, wenn schon der Ertrag nicht in den Rechnungen erscheinen kann. Man hat gesagt, diese Gebäude seien so gar niedrig geschäft. Wir wollen sehen. Frutigen liegt doch ziemlich nebenaus, besonders das Schloß. Wie hat man uns das geschätzt? Für Fr. 28,400. Das scheint mir doch keine geringe Schatzung. Wahrhaftig, wenn man alle biefe Schatzungen da durchgeht, fo kann man es dem Finanzdepartemente nicht verübeln, wenn

es glaubte, bas neue Gefet über die Brandaffekurang habe da etwas gewirft, und man habe da dem Staate einen etwelchen Wheil zukommen laffen wollen. Diefe Gebaude find alle ungeheuer geschäht, so daß es keine Art hat. Man kann sagen, wir wollen doch wenigstens die Schlofgebäude verkaufen, weil Diefelben wirklich viel Unterhalt foften. Es läßt fich etwas dafür fagen; aber es war einmal um den Berkauf des Schloffes ju Thun ju thun, und das Baudepartement war febr bafur ; bas Finanzdepartement wandte dagegen bloß ein, daß man vorerft genau untersuchen möchte, was die Errichtung anderer Lotale für den Gebrauch des Regierungsstatthalters, des Gerichts-prafidenten, für Gefangenschaften u. f. w. u. f. w. tosten wurden. Der Regierungsrath hat das sehr zweckmäßig gefunden, und der Berkauf unterblieb. Wenn ferner ein neuer Gerichtspräsident oder Regierungsstatthalter an einen Ort kömmt, so ist gar häusig fein erftes Dichten und Trachten, daß der Staat ihm Wohnung anweise, weil er keine ju miethen finde. Wo follen 3. B. ju Fraubrunnen die Regierungsbeamten wohnen? Wir haben dort Das gange Schlof voll obrigfeitlicher Beamten, fie mögen faft nicht hinein. Uebrigens, Tit., muffen Sie ben Ertrag ber Liegenschaften nicht mit der gegenwärtigen Schahung, sondern mit dem ursprünglichen Untaufdpreise vergleichen und sich die Sache so vorstellen, wie wenn der Staat ursprünglich Zinsfchriften anstatt der Liegenschaften erworben hätte. Alsdann kömmt das Resultat auch ganz anders heraus. Denn eine Menge dieser Liegenschaften trägt nicht 4 pCt., wohl aber 6 und 7 pCt. bom urspränglichen Ankaufspreise ein, wozu sich überdieß ihr Kapitalwerth selbst im gleichen Berhältnisse gesteigert hat. So 3. B. hatte ber Staat das Defanatgebaude an der Junkerngaffe vor ungefähr 25 Sahren angekauft. Bor einem Sahre nun wollten wir es verkaufen, und wir hatten Fr. 10,000 bis 12,000 mehr gelöst, als es uns getoftet hat; allein der Regierungs= rath willigte nicht ein, weil er noch mehr haben wollte. Das Kinanzdepartement ift wahrhaftig nicht dagegen, Liegenschaften ju verkaufen, welche dem Staate nachtheilig find. Dur begehren Sie nicht, Tit., daß man Alles auf ein Mal auf die Gant bringe. Wenn das Finanzdepartement Ihnen mit einem folchen Vortrage kame, Sie wurden es sammt dem Vors trage zur Thüre hinausschicken. Man sagt, man solle die aus den Staatsdomänen zu lösenden Kapitalien dann zinsbar an-legen. Wie sollen wir das anstellen, Tit.? Sollen wir Zinsschriften im Inlande ankaufen? Da mußte man vorerft ein Gefet machen, welches die Regierung berechtigen würde, die Privaten zu Ueberlaffung ihrer Zinsschriften zu zwingen. Oder wollen Sie diefe Summen im Auslande anlegen? Aber man dringt ja immer darauf, daß man die bereits im Auslande angelegten Kapitalien wieder zurückziehe. Wie sollen wir es denn machen? Sollen wir das Geld in die Kantonalbank legen? Dort können wir allerdings einige Summen brauchen; indessen muß man nicht vergessen, daß der hiefige Plat fein Sandels-plat ift. Wir können da nicht über eine gewisse Summe binaus brauchen u. f. w. - Sinsichtlich der Bemerkung des herrn hungifer bestätigt der herr Rapporteur, daß die fammtlichen Baukosten nicht unter dem Finanzdepartemente, sondern unter dem Baudepartemente stehen, und daß ersteres schon mehrere Male begehrt habe, daß man ihm die Reparaturen u. f. w. der Staatsgebäude übergebe.

Suggler erklärt berichtigungsweife, daß er nicht die Pfrundgäter und von den Civilgütern nur die für den Staat nachtheiligen im Auge habe.

A b ft i m m u n g. Der Abschnitt wird unverändert angenommen.

(Schluß der Sitzung um 2 Uhr.)

Fünfte Situng.

Freitag ben 23. Februar 1838.

(Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protofolls leistet ein zum ersten Male anwesendes Mitglied den Eid.

Zagesorbnung.

Fortsetzung des Staatsbüdgets für das Jahr 1838.

B. Bon Lehengefällen und Zehnten. (Zusammen Fr. 295,687.)

von Jenner, Regierungsrath. Diese Rubrik ist nach ben frühern Durchschnitten berechnet, und zwar ist der Zehntertrag hier wahrscheinlich zu hoch angesetzt, wiewohl er ebenfalls nach dem Durchschnittsertrage der letzten vier Jahre berechnet ist. Er betrug:

Im Jahre 1834 Fr. 210,000.

, 1835 , 181,000. , 1836 , 176,000. , 1837 , 169,000.

Der für dieses Sahr angesehte Durchschnittsertrag beträgt bemnach Fr. 184,000; allein Sie sehen, Tit., daß der Zehnten alle Sahre heruntergeht.

Schneider, Regierungsrath, von Nydau. Nach dem Büdget von 1833 war der Reinertrag des Zehntens auf Fr. 240,000 angesett. Nun schlägt man ihn heute zu Fr. 184,000 an. Zwar ist seit 1833 für ungefähr Fr. 25,000 Zehnten abgelöst worden; aber wenn diese Verminderung des Zehntertrags, die jährlich ungefähr Fr. 10,000 beträgt, so fortgeht, so wird sich der Zehnten in 18 Jahren ganz verloren haben. Es dürfte nun interessant sein, zu vernehmen, was für Ursachen diese Verminderung veranlassen. Man sieht offenbar, daß die Lehengefälle und Zehnten an einer Alterstrankheit leiden; sogar scheintodt waren sie während der Helvetst, und es ist bekannt, daß wer scheintodt gewesen, nicht mehr lange lebt.

Hungiker municht in Betreff der Chrichate, welche im Jahr 1833 auf Fr. 7594 angegeben waren, jetzt aber nur noch Fr. 3000 betragen follen, ebenfalls Auskunft.

von Jenner, Regierungsrath. Die Verminderung des Zehntertrages kömmt ganz vornehmlich von den schlechten Schatzungen her. Früher hatte man doch ein Korrektiv in den Zehntsteigerungen; nun aber ist man ganz in den Händen einiger Schätzer. Hinsichtlich der Ehrschätze ist es eine ähnliche Sache, fast allenthalben wird, wenn man irgendwo einen Ehrschatz fordert, Recht dargeschlagen, woraus Prozesse entstehen, während welcher die Ehrschätze vorläufig zurückbleiben.

Der Abschnitt wird unverändert durch's handmehr angenommen.

C. Grundfteuer im Leberberge. (Zusammen Fr. 154,611.)

Diefer Abschnitt wird unverändert durch's handmehr angenommen.

D. Fischereizinse. (Zusammen Fr. 2500.)

E. Sagdpatente. (Zusammen Fr. 11,000.) F. Kapitalzinse. (Zusammen Fr. 458,665.)

G. Losung von verkauften Effekten. (Zusammen Fr. 1000.)

H. Erstattungen von Gefangenschafts. und Zudizialkoften (Zusammen Fr. 8000.)

von Jenner, Regierungsrath. Die Fischerei wird vom Finanzdepartement nicht eigentlich als eine Quelle von Einnahmen angesehen, sondern man sucht dabei nur das Versöden der Fischereien zu verhindern. Auch hat das Finanzdepartement bereits einen Antrag an den Regierungsrath ge-

stellt zu Revision der Fischereiordnung, damit doch noch wo möglich einige Fische übrig bleiben, während gegenwärtig fast alle Bäche veröden. Was die Sagdpatente betrifft, so wünsche ich, daß ihr Ertrag immer auf dem gleichen Fuße bleiben möge, aber Hafen sieht man nicht mehr viele. Was nun die Kapitalzinse betrifft, so höre ich immer gar viel dagegen reden; aber das Resultat ist doch recht schön, daß wir da eine Summe bekommen, wozu kein Mensch einen Kreuzer beizutragen hat. Das sehe ich sür menne Person als ein Glück an, wenn es gleich von anderer Seite als ein Unglück angesehen wird. Im übrigen muß ich bloß bemerken, daß gegenwärtig die Domänenkasse der allgemeinen Finanzverwaltung einverleibt worden ist. Die Kantonalbank macht ziemlich erfreuliche Kortschritte, wie das der angesehte muthmaßliche Gewinn von Kr. 50,500 zeigt. Dieses sind wir größtentheils der geschickten Verwaltung des Herrn Vankbirektors schuldig.

Rafthofer, Regierungsrath. 3ch bitte um Verzeihung, Tit., daß ich Sie oft mit den gleichen Sachen aufhalte. Ich danke dem Finanzdepartement fur die gute und kluge Verwaltung des ausländischen Zinsrodels; dieselbe ist unendlich besser, als der Grundsat selbst es ift. Als es letthin um die Strafe pon Lyf und um den Rasernenbau ju thun war, hörte ich von den herren Schultheißen die nämlichen Meußerungen, die auch ich in Ihrer Mitte schon oft vorgebracht habe, nämlich daß die Anwendung der Kapitalien der Republif im Auslande nicht zu den soliden gehöre. Warum, Tit.? weil wir da immer mehr oder weniger vom Auslande abhängen. Wir haben zwar wohl eine moralische Garantie für diese Kapitalien darin, daß dieselben unter dem Namen von verehrten Magistraten angewendet werden. Diefe Garantie weiß ich gar wohl zu schäken, und in Privatverhältnissen munschte ich keine andere. Allein diefe Garantie gilt nicht für die politischen Berhaltniffe. Wenn wir allmälig die Rapitalien vom Auslande zurückziehen für Anwenbungen in der Schweiz, mas folgt daraus? Es ift schon oft gesagt worden, daß man in der größten Berlegenheit sein würde, diese Kapitalien anzuwenden, und daß der Zinssuß dadurch würde berabgedrückt werden. Ich glaube, diese Kapitalien ließen sich zur Unterstützung der Industrie u. f. w. recht gut anwenden, und wenn auch der Zinsfuß herabgedrückt würde, so wäre das nicht nur kein Unglück, fondern vielmehr ein Glück für alle diejenigen, welche sich mit Handelsunternehmungen, mit Verbesserungen des Landbaues u. f. w. abgeben. So viel mir befannt, ist in allen despotischen Staaten der Zinsfuß boch, und das sind nicht die glücklichen Staaten. Hingegen wo ein lebhafter Verkehr ift, da ist der Zinssuß niedrig. Wir finden den Zinssuß in despotischen Staaten zu 10—20 %, in Holland dagegen zu 2, höchstens 2½ und 3 %. Gar viele Gegenden unseres Landes find und bleiben arm, weil wenige Rapitalien dort in Umlauf kommen. Bon einer Berminderung des Staats-vermögens kann deshalb nicht die Rede fein; denn eine Berwendung der Kapitalien zu nützlichen Unternehmungen ist bloß eine Verfetzung, eine andere Anwendung jener, feine Vermin-berung. Die Hauptfache ift, daß die kleinen einzelnen Schatz-kammern in den Tafchen und Schränken der Bürger sich häufen. Eine geschickte und gewandte Finanzverwaltung wird diese Schatzkammern dann schon zu finden und die Schröpftöpfe anzusetzen wissen. Die Anwendung der ausländischen Kapitalien 3. B. auf Entsumpfung des Seelandes, auf Tieferlegung des Brienzersees, auf Vervollkommnung bes Strafensystemes, wodurch ber unermefliche Handel von Norden nach Süden durch die Schweiz geleitet würde, ware gewiß ein vorzügliches Mittel, um unfre Schahkammern zu füllen. Ich frage, Tit., wenn durch dergleichen Arbeiten der Wohlstand ber Bürger auf's Doppelte steigt, würde dann nicht eine Bermögenssteuer, wenn fie je nöthig werden follte, auch das Doppelte abtragen? Aus allen diesen Gründen munsche ich, daß der Grundsatz anerkannt werde, unsere ausländischen Kapitalien sollen nach und nach in unserer Republik oder in der Schweiz überhaupt angelegt, und zwar allerdings auch zu großen, gemeinnütigen, frucht-bringenden, den Wohlstand der Republik fördernden Unternehmungen verwendet werden.

Stettler. Ich finde da im inländischen Zinsrodel mehrere Kapitalien entweder zinslos oder zu 1 % angelegt. Ich

wünsche, daß diese Kapitalien möglichst fruchtbar gemacht, und baber 3. B. in der Kantonalbank angelegt werden.

von Sinner. Was herr Regierungsrath Kasthofer sagt, ist Sache eines besondern Anzuges; hier handelt es sich bloß darum, daß die Zinse der angelegten Kapitalien richtig angesetzt seien.

v. Jenner, Regierungerath. Der Prafident des Finangdepartements ift immer in fehr fatalar Stellung, indem er die Einwürfe und Bemerkungen nicht vorher feben, und sich daber nicht darauf vorbereiten fann. Was zuerst den ausländischen Bindrodel betrifft, so muß ich zweifeln, ob diese Summen je in unserer inländischen Industrie angelegt werden können. Begenwärtig find gar feine Begehren diefer Art vorhanden, als allfällig zu fehr niedrigen Zinsen, und ohne irgend eine genügende Garantie. Die Summen übrigens, welche der Staat bisher in handelsunternehmungen gab, haben nicht immer gang gut reuffirt, ja fie giengen zuweilen zu Grunde. Es ift gar nicht eine leichte Sache, eine neue Industrie in einem Lande zu etabliren. Sehr häufig, ich dürfte sagen meistens, gieng der Erste, welcher eine solche Industrie etablirte, darob zu Grunde; der Zweite profitirte nichts, und erft der Dritte findet feine Rechnung dabei. Die Aftionars der Spinnereianstalt ju Biel sollen es sagen, wie viel sie aus diesem Etablissement ziehen. Ich weiß es, Sit., denn der Staat ist felbst Aktionar. Es sind schon dergleichen Aktien mit dreiviertel Verlust verfauft worden. Das ift feine gang schöne Anwendung. Wir haben noch eine ähnliche andere Fabrike in unferm Lande, wo Baumwolle gesponnen und gewoben wird, nämlich bei St. Ursit. Ich weiß nicht, ob allenfalls Aftionars hier anwesend find, aber das weiß ich, daß fie mit fehr bedeutendem Verlufte bilan= girt, ich weiß fogar, daß einzelne Regierungsglieder viel dabei verloren haben. Wir hatten auch Bergwerke, 3. B. im Mühlethal. Wenn Sie die daherigen Rechnungen lefen, fo wird Sie das eben nicht sehr zu dergleichen Unternehmungen engagiren. Auch im Auslande, wo feit ein paar Jahren ein unermeflicher Trieb für industrielle Unternehmungen ift, gelingen diese nicht immer. 3ch befomme die Kurfe davon regelmäßig, und man. sieht da eine Menge sans affaires, eine Menge pertes, zwar auch einige benefices, aber diese meist nur bei Zeitungs =, bei Theaterunternehmen u. dgl. Indessen ist damit nicht gesagt, daß man darum den industriellen Etablissements nicht hold sein könne. Ich felbst habe mehrere Male zu Beförderung dergleichen Eta-blissements gestimmt, so z. B. war ich sehr dafür, als es darum zu thun war, zur Einführung der Uhrenmacherei im Leberberge einige Summen anzuwenden. Diefe Einführung ift zwar gelungen, aber nicht durch die vom Staate dazu bergegebenen Summen, obgleich wir nicht darauf verloren haben. Sie dürfen überhaupt darauf zählen, Tit., daß wo es irgend mög-lich sein wird, Industriezweige im Lande einzuführen, der Präsident des Finangdepartements immer der erfte dazu helfen wird. Man hat uns gefagt, wenn wir die ausländischen Rapitalien im Inlande auf Zinsschriften u. s. w. anwenden, so werde dadurch der Zinssuß herabgedrückt. Ob dieß wirklich ein solches Resultat haben wurde, weiß ich nicht, mochte es auch nicht behaupten. Seit einer Reihe von Sahren fieht man die Tendenz, die Privatkapitalien außerhalb des Landes anzuwenden, und diejenigen, welche im Lande bleiben, sind großentheils Pupillengelder. Dieß rührt daher, weil man im Auslande höhere Zinsen bezieht. Unsere dort angelegten Kapitalien tragen gegenwärtig beinahe 5 % und ungefähr 6 % des Ankaufspreises. Alls die Regierung diese Kapitalien übernahm, war ihr Werth bereits um Fr. 330,000 höher gestiegen als der Ankaufspreis, und gegenwärtig stehen sie alle bedeutend höher, so daß, wenn wir sie jeht verkaufen wollten, der Staat noch einmal so viel bekäme und unterdessen 6 % Zins erhalten hätte. Wenn Sie von diesen 6 % nur 4 zu Ausgaben verwendet und die 2 übrigen als Rapitalerfat angesehen und wieder fapitalisirt hatten, wie dieß früher üblich war, so wurden Sie einen großen Theil der im Auslande angelegten Kapitalien bereits wieder zurückbekom= men haben. Sie sehen demnach, daß diese Kapitalien uns gegen-wärtig sehr wenig kosten. Uebrigens ist es rein unmöglich, solche Sunnnen im Inlande anzuwenden; denn wir haben schon beträchtliche Summen verschiedener abgesonderter Kassen hier

nicht anwenden können. Wenn übrigens auch der Binsfuß auf 3 % herabgebrückt würde, so dürste es sich erst noch fragen, ob das ein Vortheil für den Landbau wäre. Zur Zeit der Napoleon'schen Kriege war der Preis unserer Rafe auf 18 Kronen gestiegen, und in ähnlichem Verhältnisse stieg dann auch der Werth unserer Berge. Nun wurden natürlich bei Erbschaften oder Käufen diese Berge nach ihrem damaligen Ertrage gewerthet, verkauft oder übergeben. Als nun die Veranlassung des hohen Ertrags der Berge später wegsel, und der Preis der Käse wiederum auf 8 und 10 Kronen herabsank, siel natür-lich auch der Werth der Verge, und so war das Resultat da-von das, daß alle diesenigen, welche unterdessen ihre Verge verfauft hatten, bedeutend gewonnen, die aber, welche die Berge übernommen hatten, eben fo viel verloren. Go, Tit., geht es in einem Lande, wo der Zinsfuß durch vorübergehende Berhalt= nisse auf ein Mal gedrückt wird. Ein gedrückter Binsfuß steigert den Kapitalwerth der Liegenschaften, und wenn dann diese Verhältnisse vorübergehen, so besinden sich alle die im Verluste, welche die Liegenschaften im höhern Werthe gekauft hatten. So verhält es sich mit den Schutzsöllen in vielen Staaten. Wenn durch folche die Industrie für einen Augen-blick gehoben wird, so werfen die Rapitalisten ihr Geld dahin, und wenn dann die Schutzölle wegfallen, fo find jene ruinirt. Das ist immer die Folge von fünstlichen Einwirkungen von Seite der Regierungen auf die Industrie, denn alle folche fünstlich herbeigeführte Verhältniffe find nur vorübergebend. Wenn man denn fagt, der Binsfuß sei in Republiken niedriger als in monarchischen Staaten, so wünschte ich nur, der betreffende Hr. Präopinant wäre in Nordamerika gewesen. Das ist doch ein gar sehr republikanischer Staat, und dort werden ganz unge-heure Zinsen bezahlt, 16, 18 % und noch mehr. Hat man von solchem in unserm Europa einen Begriff? Darauf kam freilich die furchtbare Sandelskriffs, wo fast alle Sandelshäuser bankerott gemacht haben; und was hat diese ungeheure debacle herbeigeführt? Eben das unmäßige Eingreifen der Staats= gewalt in die Industrie. Wir wollen also nicht davon reden, daß in monarchischen Staaten der Zinsfuß höher fei. Nehmen Sie Gudamerifa; wie steht cs da mit den beständigen Staats= bankerotten in allen-Ecken und wie hoch sind da nicht die Zinfen! Nehmen Gie dagegen England mit feinen 3 oder 4 %, auch Frankreich; denn wenn da schon der Zinsfuß etwas höher ift als bei uns, so ist er doch lange nicht so boch, wie in den republikanischen Staaten von Nord- und Südamerika. Man hat von Verwendung der ausländischen Kapitalien für Vervoll= komminung des Strafensystemes und Erbauung von Gifenbahnen geredet. Die Gifenbahn von Zurich nach Bafel halte ich für möglich, aber nicht für möglich halte ich es, eine Eisenbahn durch unsern Kanton zu bringen, weil bis jest wenigstens in England der Grundsatz galt, daß keine Eisenbahn mit mehr als 1% Steigung bestehen könne. Wie wollten Sie eine solche Bahn durch unsern Kanton führen? Was denn die Entsumpfung des Seelandes betrifft, so giebt dieselbe vor der hand noch keinen Anlaß zu Rapitalanwendungen, weil das noch im weiten Felde ift. Denn, um nur vom Finanziellen zu reden, es müßte porher eine Werthung der zu entfumpfenden Liegenschaften, die Ausmittelung des Eigenthümers oder des Nutnießers vorgenom= men werden, und die dortigen Gemeinden könnten namentlich über den letzten Punkt vielleicht nicht der gleichen Ansicht sein, wie das Finangdepartement. Auch muß vorher untersucht werden, wer denn nach der Entsumpfung den Vortheil haben foll zc.; und da könnte es sich am Ende ergeben, das dieses Unternehmen, finanziell betrachtet, keine gar gute Spekulation wäre. Auch die Vermögenöskeuer ist in transitu berührt worden. Ich bin nicht Freund davon, weil fie noch niegends gelungen ift, und ich bin nicht Freund von einer Abgabe, wo derjenige, welcher bezahlen soll, sich selbst den Konto machen kann. Die Redlichen werden die Sache angeben, wie sie ist, die Unvedlichen, wie sie wollen. Unter den Lettern find dann wieder zwei Klaffen; die Einen werden weniger angeben, als sie haben, die Andern, die Klasse der Ruinirten, werden recht viel angeben, um sich so Rredit ju machen, und dann haben es ihre Kreditoren am Ende au bugen. Die Bermögenssteuern haben noch den Rachtheil, daß fie am allerwenigsten den Kapitalisten erreichen. Der Rapitalift ift wie ein Bogel in der Luft, ben erwischt man mit

direften Steuern nicht, wenn er nicht will. Wir haben bier in der Stadt eine direfte Steuer, das Laternengeld. Wer begahlt das? Etwa der Rapitalift und Hauseigenthumer? feineswegs! fondern die Miethsleute. Wie ist es gegangen, als man eine Kriegssteuer von 2 % auf die Kapitalisten legte? Weit aus der größere Theil bezahlte diefe Steuer nicht, fondern überband sie den Schuldnern, indem man zu diesen fagte: entweder übernehmt ihr die Steuer oder ihr mußt höhere Zinsen bezahlen. Gebe man sich also nur auf diesem Wege mit den Rapitalisten nicht Mühe. Mit den indireften Steuern erwischt man fie hingegen gang, wenn man nämlich gerade die Sachen damit belegt, welche vorzüglich jum Gebrauche und Genusse biefer Klasse dienen. Da können sie nicht entrinnen. Wir haben übrigens auch fchon Rapitalien in der Schweiz angewendet, j. B. in Bafellandschaft. Man hat das feither oft getadelt; allein Basellandschaft hat und keinerlei Anlaß zu Zweifeln und Mistrauen gegeben, indem die dortige Regierung ihre uns zu leistenden Zahlungen seither sehr fleißig bezahlt hat. Sch habe es daher sehr bedauert, daß man so häufig Zweisel und Mistrauen gegen die Regierung von Basellandschaft an den Tag legte, und zwar fogar an der Tagfatzung felbst. Sie sehen daraus, Tit., daß wir nie gegen dergleichen Geldanwendungen find, wenn man fich an und wendet und und die nöthigen Garantien giebt. Ich bin auch nicht der Meinung, daß das Rapital-vermögen des Staates niemals dürfe angegriffen werden; aber man foll doch fo lange als möglich in allen Theilen dazu Gorge tragen. Go wie über einzelne Menschen zu Zeiten Ungluck hereinbricht, fo ift es nicht denkbar, daß irgend ein Staat fei, über welchen nicht irgend ein Mal Unglück von innen oder von außen kömmt. Für solche Zeiten des Unglücks nun foll unser erspartes Bermögen dienen. Haben wir es in den Zeiten des Glücks gebraucht, was haben wir dann im Unglücke? Was nun fchließlich die nicht zinstragenden Kapitalien des inländischen Zinsrodels betrifft, so sind dieselben meistens schon unter der alten Regierung zur Beförderung gemeinnütziger Unternehmungen hingegeben worden, fo g. B. für den Bruckenbau und die Stragenforrektion bei Burgdorf ein Kapital von Fr. 40,000. 3ch will übrigens die daberige Rechnung auf den Rangleitisch legen, damit Sedermann Ginficht davon nehmen fann.

Sämmtliche Anfähe werden unverändert durchs handmehr angenommen.

III. Regalien (Zusammen Fr. 671,300).

A. Salzhandlung (Zusammen Fr. 322,000).

B. Pulverhandlung (Zusammen Fr. 8000).

hunziker. Der Reinertrag des Salzes betrug im Jahre 1833 Fr. 313,833;

" " 1834 " 326,233; " " 1835 " 344,627;

nun möchte ich den Herrn Präsidenten des Finanzbepartementes fragen, warum für das Jahr 1838 nicht mehr als Fr. 322,000 angesetzt werden. Wenn ich nicht genügenden Aufschluß bekäme, so müßte ich auf eine Erhöhung dieser Summe auf wenigstens Fr. 340,000 antragen.

Par'rat. Der Salzverlauf giebt uns einen jährlichen reinen Gewinn von Fr. 322,000. Das ist ein schöner Gewinn; er bildet, mit Ausnahme der Zinse unserer im Auslande angelegten Kapitalien, die beste Zierde unserer Staatseinkünste. Diese Summe möchte ich jedoch um Fr. 1500 reduzieren, welche den auf Fr. 690,500 berechneten Auslagen beizufügen wären, so daß der reine Ertrag des Salzverlaufs auf Fr. 320,500 statt auf 322,000 herabgesetzt wäre. Dazu brauchte es nur unter die litt. seine litt. g unter dem Titel: Wechsel, zu setzen Ausstehe Weise litt. feine litt. g unter dem Titel: Wechsel, zu setzen Lusstehe Weise Weise allen, die Fünstrantenstücke zu 35 Bz. zu nehmen. Es wäre eine Bezünstigung, welche allen, die diese Abgade zu zahlen im Falle sind, zu gut käme. Der alte Kantonstheil würde, wegen des Käshandels, noch mehr dabei gewinnen, als der Leberberg. Einestheils würde der arme Handwerker, wenn er französisches Geld für den Ankauf des Salzes hergiebt, nicht am Wechsel verlieren, anderstheils würde der Staat, statt der Rollen mit

Grunfpan überzogener Bagen, mehr gutes frangofisches Geld befommen.

- v. Sinner. Wenn es darum ju thun fein follte, überhaupt die Fünffrankenstücke auf 35 Baten zu rufen, so könnte ich dazu helfen, nicht aber dazu, diefe Alenderung nur in einem einzelnen Verwaltungszweige einzuführen.
- v. Jenner, Regierungsrath. Tit., wenn der Ertrag eines Verwaltungszweiges einige Sahre lang immerfort steigt, so ist es defiwegen nicht gesagt, daß es immer so fortgeht. Sede Sache hat ihren Kulminationspunkt, fo namentlich jetzt die Posten, das Salz. Diese Einkunfte lassen sich nicht über einen gewiffen Punkt hinauf treiben. Nur hatte auf unfern Galg= verbrauch bisher einen fehr bedeutenden Einfluß die Contrebande nach Frankreich und Freiburg. Was Freiburg betrifft, so kostet bort bas Salz einen Baten, bei uns kostet es nur drei Kreuzer; es ist baber gar begreiflich, bag die Freiburger viel Salz bei uns fauften. Allein da nun die Regierung von Freiburg bem nicht abzuhelfen vermochte, wurde das Gerücht verbreitet, unfer Salz sei vergiftet, und das glaubten die Leute und kauften eine Zeit lang kein Salz mehr bei und. In Frankreich hat das Salz gerade den doppelten Preis des unsrigen, weswegen an der französischen Grenze eine so bedeutende Contrebande mit Salz stattfand. Nun aber war zwar von Anfang an die Aufsicht von Seite Frankreichs sehr genau, allein jest ist dieselbe noch bedeutend verschärft worden, so daß gegenwärtig einige tausend Centner weniger verkauft werden als früher. Die Hauptdifferenz des gegenwärtigen Anfatzes beruht auf dem neuen Gewichte. Die 21/7 % Differenz find keine unbedeutende Sache, sondern das bringt auf die ganze Masse Fr. 21,750. Diese Summe, Tit., ist also abzurechnen. Wir haben den Verkauf für das Sahr 1838 berechnet auf 135,000 Centner, was nach dem alten Gewichte 137,893 Centner betragen würde. Diese Differenz fällt natürlich en perte. Die Bemerkung bes herrn Parrat beruht auf einem Rechnungsfehler. Die Differenz des Fünffrankenthalers zu Bh. $34\frac{1}{2}$ gegen Bh. 35 beträgt $1\frac{1}{2}\frac{9}{0}$. Nun muß man aber diese $1\frac{1}{2}\frac{9}{0}$ vom ganzen Verkaufspreise und nicht bloß vom reinen Ertrage rechnen. Der ganze Ver-kaufspreis von 135,000 Centnern, zu drei Kreuzer das Pfund, macht Fr. 1,012,500. Auf diese Summe bringen 1½ % Fr. 15,187, also nicht blog Fr. 1500, wie man uns gefagt hat. Das Tit., ist feine mäßige Summe, sondern eine bedeutende, und ich frage: ift jetzt der halbe Baten, welcher sich auf die Einzelnen vertheilt in Anschlag zu bringen gegen den Verluft der Staatskasse? Uebrigens ist es nicht die arme Klasse, welche ihr Salz Fünffrankenstückweise kauft, sondern sie wartet uns reichlich mit Münze auf. Es geht über alles Bohnenlied, was da für Münze sliest. So wohlgemeint daher dieser Antrag war, so können wir ihn hier unmöglich aufnehmen.

Abstimmung.

Für die Anfațe, wie sie sind 96 Stimmen. Für etwas anderes . . 2

C. Postverwaltung. (Zusammen Fr. 180,000.) D. Bergwerke. (Zusammen En. 2700.)

Bergwerke. (Jusammen Fr. 2700.) Bölle, Strafen=, Brüden= und Lizenzgelder. (Zusammen Fr. 158,600.)

v. Jenner, Regierungsrath. Im Sahr 1836 haben die Posten Fr. 196,000 eingetragen. Im Sahr 1837 kamen sie nicht so boch, weil wir das Inkonvenient hatten, daß die Witterung die Reifenden allzulange abhielt. Für das Sahr 1838 dürfte der Ertrag vielleicht noch unter der büdgetirten Summe viele ver Errag vieleicht noch unter der diogetrien Summe bleiben, indem wir eine ganze Reihe neuer Postablagen und Bürcaus, und eine ganze Menge Fußboten etabliren mußten. Wir werden bald so viele Postablagen haben als ganz Frank-reich, so daß im Interesse des Publikums gewiß äußerst viel geschehen ist. Sie begreisen aber, Tit., daß das ziemlich viel kostet, — an manchen Orten mehr, als es einträgt. Im Laufe bieses Jahres wird uns eine große Ausgabe bevorstehen sie reue Nostwagen. Diese Wagen kosten rasend viel und geben neue Postwagen. Diese Wagen kosten rasend viel und geben schleunig zu Grunde. Erft letzthin hat der Regierungsrath hierfür große Summen bewilligt und wird noch mehr geben

muffen, indem wir auf dem Punkte fteben, mehrere neue Rurfe nussen, indem wir auf dem Puntte stehen, mehrere neue Kurfe zu etabliren. Was die Vergwerfe betrifft, so sucht man namentlich die Schieferausbeutung mehr im Interesse des Landes als aber ställich zu behandeln, so daß davon kein großer Gewinn in die Staatskasse fließt. Indessen, Tit., sehen Sie, daß diese Schieferausbeutung, welche 80—90 Personen Tag für Tag beschäftigt, ihren Jins abwirft und noch ein kleines Benesce dazit. Kür den muthmaßlich anzusellenden Berahaus Benefice dazu. Für den muthmaßlich anzustellenden Bergbausinspektor sind Fr. 1000 angesetzt, als die Hälfte der Befoldung, indem wir denselben kaum bor Ablauf der ersten Hälfte des Sahres anstellen werden. Hinsichtlich der Zölle hat uns zwar die Tagfatzung den leberbergischen Joll aberkannt, allein um so etwas abzuerkennen, braucht es die Zustimmung beider Partheien.

Die Unfane werden unverändert durch's handmehr ange-

nommen.

IV. Staatsabgaben. (Zusammen Fr. 572,450.)

- A. Kangleiemolumente. (Zusammen Fr. 12,000.)
- Stempeltage. (Zusammen Fr. 61,400.")

Dhmgeld. (316,900.)

- Wirthschaftsabgaben und Gewerbspatente. (Fr. 93,650.)
- Militärdispensationegebühren. (Fr. 6700.)

F.

- Gerichtsgebühren. (Fr. 13,800.) Sandanderungsgebühren. (Fr. 61,000.)
- H. Bugen und Ronfistationen. (Fr. 7000.)

Alle diese Anfähe werden unverändert durch's handmehr angenommen.

Ansgeben.

(Die ganze Summe der muthmaßlichen Ausgaben ift berechnet auf Fr. 2,828,082.)

- I. Beiträge zur eidgenöffischen Bundeskaffa. (Fr. 18,868.)
- 11. Der Große Rath. (Fr. 24,000.)

Stettler. Nach dem Beschlusse des Großen Rathes vom Sahr 1833 foll die Besoldung des Landammanns, wenn der-selbe nicht hier in Bern wohnt, Fr. 4000 betragen. Ich finde aber hier nur Fr. 2000 angesett.

v. Jenner, Regierungsrath. Allerdings ist dem also, indem das Reglement sagt, daß der Landammann zu Bern oder in seiner Umgebung wohnen soll. Da Sie, Tit., jedoch früherhin durch einen Beschluß erkannt haben, daß Thun in der Nähe von Bern liege; haben wir gefunden, Burgdorf sei noch eine Stunde näher, und haben demnach die Besoldung auf Fr. 2000 gefett.

Die Anfähe werden durch's Handmehr angenommen.

- III. Verwaltungsbehörden. (Fr. 2,645,009.)
- Regierungsrath. (Fr. 133,040.)
- B. Berwaltungsbehörden auf den Memtern.
- (Fr. 105,711.) Diplomatisches Departement. (Fr. 2000.)

Diefe Anfähe werden fämmtlich ohne Diskuffion durch's Sandmehr angenommen.

D. Departement des Innern. (Fr. 204,046.)

In der furgen Diskussion über diesen Abschnitt lobt herr Dr. v. Morlot gar fehr die wohlthätigen Wirkungen der durch Beschluß des Großen Raths im Sabre 1835 in verschiedenen Landesgegenden errichteten Nothfallstuben, und dankt Namens der ganzen Klasse von Staatsbürgern, welche von diesen Anstalten hauptsächlich Gebrauch zu machen im Falle ist, dem Großen Rathe für jenen Beschluß, spricht aber zugleich ben Bunsch aus, daß recht bald diese Wohlthat dem Lande in noch größerem Maße zu Theil werden möchte.

Die herren Belrichard und Parrat verlangen Streichung einer als Zuschuß für Einrichtung einer Armenanstalt ju Prun-

trut angesetzten Summe von Fr. 5000, indem der auf Errichtung dieser Armenanstalt bezügliche Vortrag vom Großen Rathe noch nicht fanktionirt sei.

v. Jenner, Regierungsrath, erwiedert, der Bortrag sei so, daß der Große Rathe ihn gewiß ohne Zweisel annehmen werde, indem derselbe in Abweichung des frühern lediglich auf Abtretung des Schlosses Pruntrut und auf einen einmaligen Beischuß von Fr. 10,000 für die Einrichtungskosten antrage, von welchem für das Jahr 1838 nur die Hälfte erforderlich sein werde.

Abstimmung.

Für die Anfätze, wie sie sind . . . Mehrheit. Etwas Anderes 5 Stimmen.

- E. Juftig= und Polizeidepartement. (Fr. 265,854.) Durche handmehr angenommen.
- F. Finanzdepartement. (Fr. 62,550.) Durch's handmehr angenommen.
- G. Erziehungsbepartement. (Fr. 837,281.)

v. Jenner, Regierungsrath. Ach, Tit., ich weiß nicht, ob es für das Finanzdepartement nicht besser ist, sich nicht an diesem Sanktuarium zu reiben. Wenn unsere Gelehrsamkeit Schritt hält mit den Ausgaben dafür, so werden wir ohne Zweisel ein — ich weiß nicht, ob kleines oder großes — Athen werden.

Stettler. Ich sehe da für Beiträge an 15 bestehende Sekundarschulen Fr. 16,000, und für noch zu errichtende Sekundarschulen Fr. 12,000. Es scheint demnach, daß das Erziehungsdepartement, nachdem das früher von ihm vorgelegte Sekundarschulgesetz verworsen worden, nun vorzieht, die Willkührlichseit walten zu lassen, anstatt ein neues Gesetz zu bringen. So viel Butrauen ich nun auch in das Erziehungsdepartement sehe, so sollte uns dennoch ein Projekt Sekundarschulgesehzes vorgelegt werden. Eine zweite Bemerkung betrifft den Artikel; Beischüsse an Schulmeisterbesoldungen theils urbaristrt theils nach alter Uebung Fr. 1340. Ich bätte geglaubt, diese besondere Art von Beischüssen würde wegsallen und in den Fr. 150,000, welche der Große Rath für Juschüsse an die Lehrerbesoldungen beschlossen hat, begriffen sein. Es kann nicht der Wille des Großen Rathes sein, daß einzelne Schullehrer zweierlei Zuschüsse vom Staate erhalten.

Neukom unterflüßt den Antrag des Herrn Stettler, daß nämlich das Erziehungsdepartement eingeladen werde, ein Sestundarschulgesetz vorzulegen.

Neuhaus, Reg. Rath. Ich will mit ein Paar Worten auf die gefallenen Bemerkungen antworten. Was den von Hrn. Stettler geäußerten Wunsch anbetrifft, so habe ich die Ehre, demselben anzuzeigen, daß bereits das alte Projekt für die Gründung von Sekundarschulen, so wie ein Neues, mit Bemerkungen begleitet, unter den Mitgliedern des Erziehungsdepartements eirkuliven, und daß das neue Projekt in der künstigen Maiskung der Verathung des Großen Nathö unterworfen werden wird. Was die zweite Bemerkung desselben Redners in Betreff der Fr. 1340 für Beischüsse an Schulmeisterbefoldungen anbelangt, so muß ich darauf antworten, daß das Erziehungsdepartement mit dies ser Summe nichts zu schassen hat; die Mitglieder des Departements glaubten alle, diese Summe falle unter im vorigen Zahre votirten Fr. 150,000 für Juschüsse; allein da wurde vom Finanzdepartement geantwortet, diese Summen beruhen auf unantastbaren Titeln.

von Sinner munfcht, daß man einen der bereits an der Hochschule vorhandenen Lehrstühle zu einem Lehrstuhle für technische Fächer umwandle, ohne jedoch die Zahl der Professoren zu vermehren.

Obrecht. Als es sich um die Fr. 150,000 für Juschüsse an die Lehrerbesoldungen handelte, habe ich dazu gestimint, aber

ich verlangte zugleich einen Zusahartikel, wonach man jedem Lehrer, der sich dem Schnapstrinken, Rauchen u. s. w. ergiebt, Fr. 50 abziehe. Das haben mir sehr viele Lehrer übel genommen; allein ich bin deswegen nicht abgeschreckt. Aus diesem Abzuge hätte sich viel Gutes für das Schulwesen machen lassen.

von Morlot. Ich finde da für die Hochschule mit ihren Subsidiaranstalten Fr. 83,652. Das, Tit., sind jest von denen Ausgaben, welche alle Jahre wiedersommen, und welche das Büdget belästigen. Wenn Zürich nicht eine Hochschule errichtet gehabt hätte, so würde man sich vielleicht hier auch mit etwas Minderem begnügt baben, und diese — ich kann wohl sagen — Nachässung kostet uns viel, Tit. Auf jeden unserer Prosessoren, deren 40 und einige sind, fallen circa 3 Studenten. Also muß man doch endlich ein Wort darüber sallen lassen. Ich bin nicht der einzige, welcher über das Fortbestehen dieser ungesbeuern Kosten Vedenken trägt. Ich sebe, das unsere jungen Leute nichts destoweniger anderwärts gehen. Väter vom Lande schiesen ihre Söhne, welche studiren sollen, eber nach Göttingen u. s. w. als hieher, indem es dort wohlseiler zu leben ist. Für unser Bedürsniß hätte die frühere Alsdemie mit einigen wenigen Verbesserungen hingereicht. Ich möchte also die Freiheit nehmen, ein Bedenken zu äußern über dieses Fortbestehen der Universität. Man nehme mir das nicht übel.

von Tillier, alt-Landammann. Ich möchte Semanden vertheidigen, den noch Niemand vertheidigt hat, das ist die Zeit. Die Aufgabe des Büdgets kann nicht sein, die ganze Staatsverwaltung abzuändern, sondern es fragt sich hier bloß: beruhen die Ansähe genau auf den betreffenden Gesehen und Beschlüssen? Wer anderweitige Anträge machen zu sollen glaubt, muß dieses durch besondere Anzüge thun. Kaum werden wir jeht in transitu die Hochschule abschaffen wollen. Ich muß also im Interesse der kostbaren Zeit bitten, bei der Aufgabe zu bleiben.

von Senner, Regierungsrath. Das Finanzdepartement wurde ohne Zweifel bei diesem Abschnitte sein Messer gar ordent lich geschliffen haben; aber an dieses Fach sich zu wagen, ist ein Unterfangen, das bisher nicht geglückt hat. Ich will mich jett auch nicht auf dieses Bodelein laffen. Bas die Fr. 1340 betrifft, fo fann man fie diefes Mal nicht ftreichen; das Finanzdepartement wird jedoch suchen, diese Summe in Zukunft in die Fr. 150,000 einzuschließen. Hingegen möchte ich bestens bitten, der Bemerkung in Vetreff des Sekundarschulgesetzes keine weitere Folge ju geben. Sch habe mit Schrecken gehört, daß das Erziehungsdepartement ein folches Gefetz in der Arbeit hat. Alls noch fein Gefet über die Primarschulen existirte, und darin Zufall und Willführ herrschte, hatten wir Fr. 40,000 für die Primarschulen auf dem Büdget. Sett wo die Sache reglirt ift, kosten uns diese Schulen Fr. 211,000 (ohne die Normalanstalten u. f. m.) So stehen jest Fr. 28,000 für Gefundarschulen auf dem Büdget. Wenn wir nun darüber auch ein Gesetz aufstellen und das Sekundarschulwesen regliren, so kosten uns diese Schulen, wenn es im obigen Verhältnisse fortgeht, wenigstens Fr. 140,000. Nach bergleichen Regulirungen bin ich nicht gar begierig. Sch sinde ohnehin, das Erziebungsdepartement habe einen Eiser, einen Fleiß und eine Geschäftigfeit, daß ich ihm lieber etwas Opium verordnen möchte, damit es nur nicht so viel arbeite. Ich stimme daher jum Budget, damit nicht noch etwas Schlimmeres herauskomme.

Abstimmung.

Die Anfähe werden durch's Handmehr angenommen. Der Antrag des Hrn. von Sinner wird mit Mehrheit nicht erheblich erklärt.

H. Militarbepartement. (Fr. 340,390.)

von Jenner, Regierungsrath. Es ist mir bekannt, Tit., daß einige Mitglieder die Intention haben, bei Anlaß des Büdzgets die Militärorganisation anzugreisen. Damit nun nicht unnütz Zeit verloren werde, soll ich bitten, das allenfalls durch einen Anzug zu thun, indem bei Anlaß des Büdgets man nicht in gegebene Gesche eintreten kann. Zweitens dürste vielleicht auffallen, daß keine Summen für Gewehranschaffungen angesetzt sind. Der Grund davon liegt darin, daß im gegenwärtigen

Momente, wo man sich noch um die Einführung der Perkufsionsflinten streitet, es nicht wohlgethan wäre, Flinten nach bem gegenwärtigen Systeme versertigen zu lassen.

Kasthofer, Regierungsrath. Da die Staatswirthschaftskommission keine Bemerkungen zu den Ansichten des Büdgets gemacht hat, so ist das schon eine ziemliche Zeitersparnis; und wenn diese letztere bei der Berathung des Büdgets die Hauptsache ist, so braucht man in Zukunft nur gleich Ansangs, wenn man das Büdget vornimmt, zu erklären, daß man es in globo behandeln wolle.

Der Abschnitt wird durch's Handmehr genehmigt.

J. Baudepartement. (Fr. 694,137)

v. Jenner, Regierungsrath. Ich vernahm so eben, daß der zweite Sekretär des Baudepartementes nicht ernannt sei und wahrscheinlich nicht werde ernannt werden, so daß man da Kr. 1000 ausstreichen kann. Hingegen sind hier die Kr. 13,000 für die Wasserbauten bei der Mühlau, welche sofort verwendet werden müssen, nachzutragen. Im Uedrigen soll ich die Ansähe empfehlen, obgleich das Finanzdepartement gewünscht hätte, daß man für sämmtliche Neubauten eine sire Summe aussehe und so stelle, daß am Ende das Vüdget leichter bilanzire. Der Regierungsrath hat aber vorgezogen, jede einzelne im Jahre 1838 muthmaßlich vorzunehmende Neubaute zu spezistzien.

Wehren verlangt die Aufnahme von Fr. 17,000 für die im Sahr 1835 erkannte Straße von Müntschemier nach Kerzerz, deren endliche Ausführung höchst nothwendig und von den betreffenden Gemeinden dringend verlangt worden sei.

Hungiker verlangt die Aufnahme von Fr. 150,000 für die im Sahre 1834 beschlossene Tieferlegung des Brienzerses, indem man ja jetzt eben dafür da sei, zu untersuchen, ob die Büdgetansätze mit den Beschlüssen des Großen Rathes übereintimmen.

v. Graffenried. Zwei Mitglieder haben so eben auf Vervollständigung der Anfähe des Baudepartementes angetragen. Sch bestreite die Richtiaseit ihrer Ansichten nicht, daß nämlich diese beiden Arbeiten in Ausführung gebracht werden müssen. Aber wenn wir so fortsahren, so werden wir ein Desizit von mehreren Hunderttausenden bekommen. So, Tit., ist für das Veste des Landes nicht gesorgt. Da nun der Abschnitt vom Bauwesen der einzige ist, worauf noch Abzüge gemacht werden können, indem alle frühern Ansähe auf Gesehen und Veschlüssen beruhen; so ist also kier der Ort, der Dekonomie das Wort zu reden. Es ist also keinerwegs meine Abschaft, künstigen Verbessensen einen Hemmschuh unterzulegen, wenn ich mir den Antrag erlaube, daß man das Baudepartement ersuche, in diesem Antrag erlaube, daß man das Baudepartement ersuche, in diesem Jahre von den angetragenen Neubauten nur diesenigen zu machen, welche im wachsenden Schaden sind. Sie, Tit., werden im Sahre 1839 auch noch da sein. Wenn wir zuwiel auf einmal unternehmen, wo wir mit den neulich bewilligten Fr. 13,000 für die Mühlau bereits ein Desizit von mehr als Fr. 100,000 haben; so weiß ich nicht, ob wir das verantworten können. Sch möchte demnach antragen, daß man die daherigen Ansähe des Baudepartementes um volle Fr. 100,000 beschränke.

Soneli stimmt, ungeachtet er gar sehr gewünscht hätte, daß es möglich gewesen wäre, die Straße von Zweissmmen nach Saanen in diesem Sahre zu vollenden, dennoch in Betracht der Umstände dazu, daß das Baudepartement nur diejenigen Straßenbauten mache, welche absolut nöthig sind.

Schneider, Regierungsrath, von Nydau. Ein Defizit von einigen Fr. 100,000 auf dem Büdget macht mir keine Angst. Im Sahre 1834 zeigte das Büdget zwar einen Ueberschuß von Fr. 27,427; aber man gab dem Baudepartement nachher noch einen außerordentlichen Kredit von Fr. 150,000, so daß sich immer noch ein Defizit von ungefähr Fr. 113,000 ergeben hatte. Nun aber zeigte die Rechnung für 1834 eine Mehreinnahme von Fr. 251,137, so daß die Differenz zwischen der Standeszrechnung und dem Büdget beinahe einer halben Million gleichstam. Wenn übrigens auch das Vaudepartement im Laufe dieses

Sahres die von ihm angesetzen Summen und noch mehr dazu braucht, sowerden dagegen andere Departemente weniger brauchen, als sie angesetzt haben, so namentlich das Departement des Innern. Vom Großen Rathe beschlossene Ausgaben gehören durchaus auf das Büdget. Indem ich daher den beiden vorhin angetragenen Vervollständigungen beipstichte, wünsche ich, daß die durch Veschluß des Großen Rathes vom Jahre 1832 beschlossenen Wasserieten an der Aare zwischen Ausberg und Meienried endlich beendigt, und daß der Rest des damals hiefür bewilligten Kredites, nämlich Fr. 7000, ebenfalls ins Vüdget aufgenommen werden.

Stettler. Schon vor einem Jahre ist vom Großen Rathe ein Unzug zu Bewerkstelligung einer Straße über den Brünig erheblich erklärt worden. Mir ist es nun hekannt, daß mit dem Kanton Unterwalden Unterhandlungen getrossen worden sind, und daß Unterwalden sehr geneigt dazu ist. Ich nehme also die Freiheit, anzutragen, daß auch diese Straße auß Büdzget komme.

Trachsel. Das Büdget soll eine Uebersicht darstellen der muthmaßlichen Einnahmen und Ausgaben für das betreffende Jahr. Nun aber können unter den beantragten oder bereits beschlossenen Neubauten einige warten. Daher möchte ich die Ansicht des Finanzdepartementes aufnehmen und antragen, daß dem Baudepartement für Neubauten überhaupt eine runde Summe angewiesen werde, welche aber so zu bestimmen wäre, daß dann kein Desizit stattsinde.

Parrat. Ich sehe, daß für Straßenbauten Fr. 92,000 auf den französischen Theil des Kantons verwendet werden. Es ist eine ordentliche Summe, nur möchte ich, daß dieselbe anders vertheilt würde, und daß von den auf die Bielerstraße verwenzbeten Fr. 80,000, Fr. 5000 zu Gunsten der Straße von Courstemaiche nach Grandcourt abgezogen würden.

Huggler. Es kömmt mir wunderbar vor, Tit., daß wenn Plan und Devise zu einer Straße schon vor 2 bis 3 Zahren vom Großen Rathe angenommen worden sind, man nachber stäts neue Bauten den früher beschlossenen vorzieht. So liegt zu Haste im Grund das Baumaterial für eine neue Rirche seit Jahr und Tag auf dem Plaße, und nichts wird gemacht. Für die Grimsels und Susenpässe siehen auch alle Jahre Summen auf dem Vädzet, ohne daß etwas geschieht. Die Wasserbauten an der Nare im Oberhasse werden zwar ziemlich thätig betrieben, aber ich hätte erwartet, man würde dießmal wenigstens eine Korrestion der Vrienzerseestraße auf das Vädzet bringen. Zedes Amt sollte doch eine gangdare Straße prätendiren können. Ich weiß gewiß, wenn der Große Rath und der Regierungsrath und das Baudepartement letzten Somstag hätten beim Vrienzerse mit Sack und Pack auf der prächtigen Promenadenstraße vordeimarschiren sollen, wie wir es thun mußten, nachdem wir wegen des schlechten Wetters alle Augenblicke zu landen und endlich zu Fuße zu gehen genöthigt worden waren, so würden wir bald ein brauchbares Sträßlein daselbst bekommen. Sehen so sollte man mit der Tieferlegung des Vrienzerses ein wenig nachrücken und nicht immer Neues dem Aeltern vorziehen. Sch sage das für die Zusunft, denn ich weiß wohl, daß für dieses Mal nicht viel zu machen ist.

Belvichard. Ich sehe da im Büdget einen Posten unter dem Titel: Bielerseestraße mit Verbindungsstraße mit Nydau über den Paskart zu Fr. 80,000. Allein ich kann mich durchaus nicht erinnern, daß je hier von einer Verbindungsstraße mit Nydau über den Paskart die Rede gewesen ist. Was ich davon gehört habe, war bloß ein frommer Wunsch, allein gewiß ist's, daß man diesen Bau hier nie zugegeben hat. Ich meines Theils könnte nicht dassu hier nie zugegeben hat. Ich meines Theils könnte nicht dassu sier Rassung nicht stimmen. Man sollte doch wissen, wie hoch die Kosten dieser Verbindungsstraße anstaufen werden, denn das ist das einzige Mittel, zu wissen, ob dieselben in einem richtigen Verhältniß mit dem zu gewährenden Nußen sind. Ich glaube es nicht, denn eine Kommunikation ist schon da, und durch die neue gewinnt man kaum 8 bis 10 Minuten Abkürzung. Da es sich darum handelt, mit den Staatögeldern sparsam zu haushalten, so sollte hier gestrichen

werden. Ich wünsche daher, daß, bevor wir einen Heller für diese Kommunikation zugeben, und ein Entwurf vorgelegt werde, welcher unsere Zustimmung erhält; bis dahin verlange ich, daß das Quotum dieser Verbindungsstraße von der Totalsumme für die Vielerseestraße abgezogen werde.

Koch, Regierungsrath. Tit., bei Baufachen sind zwei Gegenstände unerläßlich; erstens Geld und zweitens Leute, die sich auf das Bauen verstehen. Für den Hochbau finden sich etwa allenthalben Architefte, aber beim Strafen= und Waffer= bau zeigen fich in diefer Beziehung unermestliche Inkonvenienzen, fo daß es da weit besser ist, gar nicht zu bauen, als unzweck-mäßig zu bauen. Gegenwärtig fehlen dem Baudepartemente zwei Oberingenieurs für den Straffen- und Wafferbau, alfo gerade zwei Hauptpersonen. Was nun das Geld betrifft, fo mache ich mir da feine Illusionen, und was Gie, Tit., befeh-Ien, wird das Baudepartement vollziehen. Mein individuelles Syftem aber ift, nicht mehr zu unternehmen, als man leiften kann, benn fonft fommt eine unermefliche Konfusion in Alles. Dekonomie ift in meinen Augen nicht, nichts auszugeben, wohl aber, nichts unnut und unzweckmäßig auszugeben, sondern, bevor man große Ausgaben erkennt, sich zu versichern, daß man sie gehörig erequiren könne. Gegenwärtig sind große und viele Arbeiten unterhands, welche das Baudepartement fo ungeheuer beschäftigen, daß wenn Sie noch viele neue Arbeiten beschließen, es geradezu unmöglich ift, ihm vorzustehen, und daß dann leicht eine ähnliche Konfusion, wie sie leider bei der Bieler= Strafe eingetreten, auch anderwärts eintreten muß. Es ift natürlich, daß allemal bei Behandlung des Büdgets des Baubepartements der Landsturm auf den Staatsschatz losbricht, denn viele Arbeiten sind nöthig, aber nur nicht zu viele auf ein Mal. Rom ist auch nicht in Einem Tage erbaut worden, fagt ein triviales Sprichwort. Wenn wir mit gehöriger Ueber= legung eine Arbeit nach der andern machen, fo wird ber Staat mit den halben Koften jum gleichen Zwecke gelangen. Man fagt: erschreckt doch nicht vor einem Ercedent oder Defizit. Tit., man foll vor gar nichts erschrecken, aber man foll die Gefahren ausweichen. Früher glaubten wir auch, auf dem Budget Ercedente zu feben, und hatten dann nachher auf den Rech= nungen einen Ueberschuß von Einnahmen; allein der Bert Präsident des Finanzdepartementes hat ganz richtig bemerkt, daß jetzt, nach einer Erfahrung von 6 Jahren, die Büdgets richtiger gestellt werden als anfongs. In der Schlußbemerkung, welche dem Budget bes Baudepartementes angehängt ift, beißt es, daß außer den specificirten bereits bewilligten Neubauten. fich wahrscheinlich im Laufe des Sahres noch andere als nöthig erzeigen werden, namentlich die Aufführung mehrerer Brücken im Emmenthale und so weiter, und daß dem Großen Rathe seiner Zeit specielle Antrage darüber werden vorgelegt werden. Diese Bauten, Tit., würden über Fr. 200,000 erfordern, und sie sind wenigstens so nöthig, als die im Büdget specificirten. Nicht um unsern Gegnern Waffen in die Hände zu geben, aber um dem Großen Rathe Treue und Wahrheit zu leiften und uns felbft mit Klugheit auszuruften, foll ich Ihnen, Tit., fagen, wie die finanzielle Lage bes Staates ift. Was ben Antrag betrifft, daß es ber Berfammlung belieben möchte, im Allge= meinen auf bem Büdget bes Baudepartementes eine Deduction von Fr. 100,000 ju machen; so ist das nicht möglich, oder Sie, Tit., muffen die Artifel namentlich bezeichnen, welche unter diese Deduktion fallen sollen. Der Regierungsrath kann diese Verantwortlichkeit unmöglich auf sich nehmen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen gehe ich nun zu den Besondern über. Einen II. Se kretär werden wir allerdings, wenn es nicht dringendes Bedürsniß ist, in diesem Jahre nicht anstellen, und ich kann hier öffentlich dem gegenwärtigen einzigen Sekretär des Baudepartementes bezeugen, daß er eine solche Gewandtheit in seinen Arbeiten besitzt, daß er einen zweiten Sekretär nicht einnal verlangt. Wir haben aber den Ansah von Fr. 1000 stehen gelassen, damit wir auf seden Fall freie Hand haben, weil Fr. 1000 mehr oder weniger bei dem Baudepartemente geradezu nichts sind. Bezüglich auf die Kirche und das Helfereigebäude zu Hable im Grund, hat das Baudepartement nicht gewußt, daß das Material bereits an Ort und Stelle ist und vielleicht zum Theil schon verdirbt. Uebrigens ist die Summe für den

Bau büdgetirt. Wir werden überhaupt im Hochbau das Mögliche thun. Es ist noch an andern Orten mit ähnlichen Bauten nicht gegangen, wie es hätte gehen follen, aber zur Entschuldigung des Baubeamten ist zu sagen, daß er ungeheuer mit Geschäften überladen ift. Unter den Artikeln, welche da stehen, ließe sich vielleicht ein einziger streichen oder beträchtlich vermindern, nämlich die Fr. 10,000 fur Abtragung der Schangen in Bern. Die Schanzenruine kann freilich noch ein Jahr da stehen, aber es wäre doch ein großer Uebelstand. Indessen haben wir den Befchl vom Regierungsrathe erhalten, mit den dießjährigen Arbeiten zu beginnen. Aber wie foll man diese Ab-tragung vollenden? Es ist noch gar nicht entschieden, was man aus dem Schanzenterrain machen will. Je nachdem man aber etwas daraus machen will, muß man tiefer abgraben oder aber weniger tief, und bevor das entschieden werden kann, muß man wissen, ob man Wasser da hinaufbringen fann oder nicht. Kann man es nicht, so ift nicht daran zu denken, dort ein Stadtquartier zu bauen, mahrend, wenn man Wasser haben kann, der Staat das Doppelte aus dem Terrain lösen wird. Sie feben alfo, Tit., daß ohne die geringste Regligenz boch an allen Orten hemmungen sind. Für die Strafe von Courtemaiche nach Grandcourt beschäftigt man sich mit den nöthigen Borarbeiten; allein wir können nicht allzuviel einem einzigen Ingenieur aufladen. Denn in dem nämlichen Bezirfe haben wir die Verbindungen mit der Pichourstraße zu machen, welche an ihren beiden Endpunkten nicht mit der übrigen Welt verbunden ift, was man unmöglich so lassen kann. Ferner hat sich unsere Gefandtschaft an der letten Tagfatung anheischig gemacht, daß in diesem Sahre die Straße von Eremine nach St. Joseph fahrbar gemacht werden foll, und wir haben dieforts vom Bororte bereits Monitorien befommen. Diese Arbeit fostet wenigstens Fr. 10,000, wobon noch nichts auf dem Büdget steht. Ferner fällt in den nämlichen Bezirk die Bielerfeeftrafe, welche auch noch nicht ausgemacht ist. Wie follte nun der nämliche Ingenieur ju gleicher Zeit an allen Orten fein können? züglich auf die Brünigstraße, wenn ich nach meinen An-sichten handeln könnte, so wäre das gerade die erste Straße, welche ich bauen würde, zwar nicht wegen ihres merkantilischen Interesses. Aber so lange keine Straße über den Brunig eriftirt, ift auch feine Vertheidigung der Schweiz möglich. Diefer Gesichtspunkt ist noch viel zu wenig aufgefaßt worden. Das Centrum einer jeden ftrategischen Defension muß Riedwalden fein, und die Armee muß sich jederzeit auf diesen Centralpunkt von allen Seiten her zurückziehen, oder dort ihre nöthigen Pro-visionen erhalten können. Aurz, ich behaupte, eine Verthei-digung der Schweiz im Großen ist nicht möglich ohne die Brünigstraße. Allein es nützt nichts, diefelbe für dieses Jahr auf das Büdget zu setzen, indem die Vorarbeiten noch nicht gemacht sind, so daß wir in diesem Jahre auf keinen Fall damit anfangen können. Man hat sich beschwert, daß für die Grin selund Suftenpäffe nichts geschehe; allein, Tit., ich will fragen, wie viel man mit Fr. 5000 für folche Paffe ausrichten kann. Indessen giebt es immer hier und dort eine kleine Brücke u. dgl. zu repariren. Daß die Straße von Kerzers nach Müntschemir gemacht werde, ware gewiß sehr wünschenswerth, und wenn Sie, Tit., nachdem ich gezeigt, was noch zu thun ift, befehlen, daß wir diese Straßen im Laufe dieses Jahres machen, so geschehe Dero Wille. Man hat angetragen, von den für Beendigung der Bielerfeestraße ungesetzten Fr. 80,000 bie Summe von Fr. 5000 abzuziehen. Wie Sie wollen, Sit.; aber auch mit Fr. 80,000 ift die Sache noch nicht auszumachen. Es wurden vom Baudepartemente nur Fr. 75,000 für Diefe Straße vorgeschlagen. Der Regierungsrath fügte Fr. 5000 bei, um die Verbindungsstraße von Nydau über den Paskart damit zu machen. Dieses Stück ist jedoch auf Fr. 16,000 devisirt, so daß man mit den vom Regierungsrathe beigefügten Fr. 5000 nicht weit fommen wird. Unmöglich könnte ich von den Fr. 80,000 abgehen, indem, wie gefagt, felbst diese Summe jur Beendigung der Bielerfeestraße nicht hinreichen wird. Ueber= dieß muffen Sie bedenken, daß aus diefer Summe Vieles, das bereits gemacht ift, nachträglich bezahlt werden muß. Fr. 50,000 find gefordert worden für die Tieferlegung des Brienzersees. Allerdings ist diese Arbeit sehr wünschbar; allein der Brienzersee war schon lange so, wie er jest ist. Wenn man ihn aber so

senken soll, daß es nütt, so muß man ihn so senken, daß das bisher unter Wasser gelegene Erdreich dann nicht ein Sumpf wird, sondern trocknen kann. Gewöhnlich fängt man bei folchen Arbeiten unten an, d. h. man muß dem Wasser Ablauf geben. Mun fann man den Gee nicht mehr fenten, als bis auf das Niveau des Thunersees. Aber ist das genug? Dieß ist zu untersuchen. Man kann den Thunersee bequem um 3 Fuß tieser legen, und es ist sogar wünschenswerth. Würde man nun später auch den Thunersee senken, so wäre die weiter oben gemachte Arbeit nicht mehr im Zusammenhange. Daher muß ich warnen, daß man nicht eine solche Arbeit, bevor sie durch und durch studirt ist, unternehme. Im Laufe dieses Jahres kann auf keinen Fall zur Tieferlegung des Brienzerses geschritten werden, warum wollte man also eine Summe daschierten Werden, für aufs Büdget setzen? Es ist gar leicht möglich, daß die eine oder andere der im Büdget bereits specificirten Arbeiten im Laufe dieses Sahres nicht ganz ausgeführt werden kann; was man aber da nicht braucht, wird feinen Weg an einem andern Orte finden. Rämlich die oben angeführte Unmerkung redet unter anderm namentlich von neu zu bauenden Brücken. Sie wissen, Sit., daß im Emmenthale das Wasser drei große Brücken weggerissen hat, die Haslebrücke, die Zollbrücke und die Schüppachbrücke. Sede der beiden erstgenannten wird auf eirea Fr. 40,000 bis 50,000 und die Schüppachbrücke auf Fr. 30,000 ju stehen kommen. Ferner find in der Stadt Thun die Sinnibrucke und die außere Ruhbrucke durchaus baufällig. Die St. Johannsenbrucke ferner befindet sich in solchem Bustande, daß man mit großen Lasten nicht mehr darüber fahren darf. Ueberdieß ist eine Petition von Unterseen angelangt, daß man bei der Weißenau anstatt der Schiffbrude eine feste Brude machen möchte. Ferner ift die Rothachenbrücke vom Waffer weggenommen worden, deren Herstellung Fr. 12,000 erfordern wird. Auch die Korreftion der Gwattbrücke bei Blankenburg, deren Kosten auf Fr. 5000 berechnet sind, ist höchst nothwendig. Dazu soll ich bemerken, daß ein großer Theil des Emmenthales durch die letztiährige Wasserzöße so surchtbar verheert worden ist, und zwar insonderheit die Straßen, daß die betreffenden Gemeinden nicht im Stande find, diefelben aus eigenen Kräften herzustellen. Die Regierung wird also auch hier helfen muffen. Außer der oben erwähnten Straße von Eremine auf St. Joseph, welche mit Fr. 10,000 gewiß nicht zu machen ist, befinden fich überdieß noch auf unserm Gundenregister: die Straße zwischen G'watt und Spiezwyler, als Fortsetzung der Thunersee-straße, welche eine neue Brücke über die Kander erfordert und wenigstens Fr. 40,000 kosten wird; ferner die Straße zwischen der Wimmis= und Spiezwylerbrücke; die Straße von Eggiwyl nach Röthenbach und von Schüppach nach Eggiwyl; ferner die Strafe von Pruntrut nach Boncoust und von da nach Grandcourt, nach welcher man gewaltig Zetter schreit u. a. m. Ich komme nun auf die Korrektion der Aare zwischen Thun und Bern. Auf diese Arbeit hat die abgetretene Regierung bereits verwendet Fr. 311,000, und unter der neuen Ordnung der Dinge find bafür gebraucht worden Fr. 104,000. Wäre zweckmäßig gebaut worden, fo hatte mit diefer Summe die gange Korrettion vollendet werden können; allein die Person, welche diese Bauten leitete, hat höchst unzweckmäßig gebaut, so daß beim Baudepartement für Wasserschaden vom letzten Sahre für Fr. 15,000 Landentschädigungsbegehren eingereicht worden sind. Lassen wir die Sache in diesem Zustande, so werden wir für das laufende Sahr wenigstens einen gleichen Konto bekommen. Ich foll hiebei förmlich erklären, daß das Baudepartement an allen den fehlerhaft gemachten Arbeiten durchaus unschuldig ift, indem irrige Rapporte gemacht worden sind, welche wiederum auf irriger Ansicht des betreffenden Baumeisters beruhten, so daß auf jeden Fall kein böser Wille da gewaltet hat. Zu diesen Arbeiten werden für das laufende Sahr aufs allerwenigste Fr. 45,000 nöthig fein, welche Ausgabe schlechterdings nicht verschoben werden kann, es fei denn, daß man diefe Gegend ihrem Schicksale überlassen wolle. Eine andere Korrektion ist nöthig am Buchrain im Eggiwyl u. f. w. Endlich foll ich der Ar-beiten erwähnen, welche nöthig werden bei der Schlucht am Laubeckstalden bei Grubenwald. Dort ergießt sich ein Bergwasser in die Simme, und es hat sich da in den letzten Zeiten über fonst prächtigen Wieswachs ein See gebildet. Man hat

dafür die Hilfe der Regierung reklamirt, und ich weiß nicht, wie zu helfen sein wird. Auf jeden Fall wird das sehr viel kosten. Seht, Tit., können Sie fragen: was nüht all' dieses Zammergeschrei? es soll zur Warnung dienen, daß, was sich irgend verschieben läßt, man um Gottes willen verschiebe, und dazu dienen, daß später, wenn man im Laufe des Zahres dem Großen Nathe einen Kredit verlangt, man nicht sage, das Baubepartement habe Ihnen, Tit., diese alles vorenthalten. Was ich Ihnen da genannt habe, steht nicht auf dem Wüdget, aber Sie müssen doch einen Uederblick dessen haben, was das Baubepartement im Laufe des Zahres von Ihnen wird begehren müssen. Ich trage daher darauf an, daß an den im Büdget stehenden Ansähen zwar nichts geändert werde, daß man aber dem Baudepartement besehle, alle Arbeiten, welche nicht im wachsenden Schaden sind, auf ein anderes Jahr zu verschieben. Auf diesem Insähe möchte ich dringend insssiren.

Mühlemann, Regierungsstatthalter, wünfcht endstche Beendigung der Bielerseestraße und fragt, ob die Negotiation hinsichtlich des Bielerzolles zu Ende sei, oder ob sie noch betrieben werde.

Der herr Landammann läßt eine so eben eingelangte Mahnung mehrerer Mitglieder in Betreff der Unlegung einer Strafe längs des Brienzersees verlesen und fügt bei, daß diese Mahnung, als einen in Behandlung liegenden Gegenstand betreffend, laut §. 53 des Reglementes, lediglich als eine schriftlich eingereichte Meinung anzusehen sei.

von Jenner, Regierungerath. Auf ben ausführlichen Bericht bes herrn Prafidenten bes Baudepartements wird es mir erlaubt fein, in alle die verschiedenen Defiderien um Musführung bereits erkannter oder noch zu erkennender Arbeiten nicht einzutreten, und eben fo wenig einzutreten über die mili= tärische Wichtigkeit des Kantons Unterwalden und der Brunigstraße. Indessen muß ich mir fonst einige Worte erlauben. Die Abtragung der Schanzen kann man allenfalls verschieben, es ift da fein wachsender Schaden im Spiele. Der Grund, weßhalb das Finanzdepartement und der Regierungsrath nicht barauf angetragen, ift der: wir haben geglaubt, man könne biese Arbeit durch die Buchtlinge machen laffen, wobei bas Buchthaus dann die Summe, welche wir dafür ausgeben, wieder gewinne, so daß das Geld dann doch wieder in die Staats-tasse zurückslöße, und wobei zugleich die Büchtlinge, die sonst beim Wollenrupfen versauern, auf eine zweckmäßige Art beschäfzigt würden. Derjenige herr Praopinant, welcher sagte, man solle zuerst die alten Sachen machen, bevor man an neue gehe, hat mir gang aus dem Sergen gesprochen. Wenn unfre In-genieurs Zeit gehabt hatten, die Arbeiten an der Bielerfeestraße gehörig zu beaufsichtigen, anstatt daß sie der überhäuften Ge-schäfte wegen nur so im Fluge etwa einen halben Zag dort verweilen konnten; fo wurde gar mancher Uebelstand nicht eins getreten fein, und wir wurden jest Fr. 150,000 weniger ju gahlen haben. Sätte man dort das Kaffamefen nicht einem Ingenieur, sondern einem Finanzmanne übertragen, fo murden ebenfalls alle die Fatalitäten und Unschicklichkeiten nicht begegnet fein, welche begegnet sind, wo man der Regierung sogar das Schloß und die Güter von Nydau auf die Gant erkannte u. a. m. Ueberhaupt, Sit., die Ueberbietungen und unsinnigen Ueberschätzungen, welche da statt gehabt haben, bilben feine fcone Seite in den Unnalen Berns, wenn man das einft lefen wird. Es geht aber immer fo, wenn man zu viel auf einmal übernimmt. Ich muß daher dringend bitten, daß man heute nicht wiederum eine folche Masse neuer Arbeiten auf das Büdget seize. Ein altes Sprichwort sagt: Wo das Auge des Meisters fehlt, ist alles gefehlt. Auffallend mussen die Ansätze von Fr. 3000—4000 für Landjägerwohnungen sein. Diese brauchte man nicht so vornehm zu bauen; ehemals machte man das mit Fr. 600. Die Bauten, welche Herr Regierungsrath Koch aufgezählt hat, werden zum Theil gemacht werden müssen; auch was wir für die Bielerseestraße schuldig sind, werden wir bezahlen wollen. Allein außer den unvermeidlichen Ausgaben follte man nichts unternehmen. Ich wiederhole eine schon ge= machte Bemerkung, daß man trachten follte, für unvorherge= sehene Ereignisse und Unglücksfälle jährlich etwas zu ersparen,

denn wenn man alle difponiblen Gummen jedesmal für ftehende Ausgaben verwendet, so bleibt für außerordentliche Umftände nichts übrig. Das Finanzdepartement hat seine Rolle gut verstanden, als es im Regierungsrath darauf antrug, hinsichtlich der Neubauten in keine Spezialitäten einzutreten, denn es wußte gar wohl, daß, wenn man in Ginzelnheiten eintritt, Jedermann die ihm am Bergen liegenden Arbeiten auf dem Budget feben will. Auch stehen jett für einzelne Arbeiten Summen da, von welchen nach meiner festen Ueberzeugung im Berlauf Diefes Jahres kein halber Rappen ausgegeben wird. Das, Sit., ist-nicht die Art, wie man ein Büdget macht; das Büdget soll nicht eine schön lautende Proflamation an das Land fein. würde es daher jest noch gerne feben, wenn man alle diefe Summen en bloc nehmen und das Weitere dem Regierungsrath überlassen würde. Alsdann könnte sich Niemand beklagen, daß die von ihm gerade gewünschte Arbeit ausgelassen sei. In folchen Sachen muß man politisch sein, und ich glaube, daß das eine ziemlich gute Politik ware. hinsichtlich des Bielerzolles ift allerdings eine Berhandlung ergangen; allein die Herren von Viel haben protestirt, und es wird darüber dem Großen Rathe ein Vortrag vorgelegt werden. So viel, Tit., als Schlußbericht, und ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß ich bier als Berichterstatter bes Regierungsraths und des Finangdepartements rede.

Abstimmung.

A. Obergericht. (Zusammen Fr. 49,040.)

B. Gerichtsbehörden in den Amtsbezirken. (Zusammen Fr. 91,165.)

Diese Anfähe werden unverändert durch's handmehr ange-nommen.

(Der muthmaßliche Ueberschuß der Ausgaben beträgt nun, mit Inbegriff der oben erwähnten Fr. 13,000 für die Arbeiten bei der Mühlau, Fr. 101,869.)

(Schluß der Sitzung um 3 Uhr.)

Sechste Sitzung.

Samftag den 24. Februar 1838.

(Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls wird auf den Kanzleitisch gelegt:

Ein Angug mehrerer Mitglieder aus bem Jura über Erbauung einer Strafe zwischen Bögingen und Reuchenette.

Tagesorbnung.

Vortrag der Polizeisektion über die Abanderung einer Vorschrift im Fremdengesetze zu Erzielung besserer Ordnung im Pakwesen.

Der Bortrag schließt bahin, baß, statt wie bisdahin bie Regierungsstatthalter, von nun an nur der Centralpolizeidirektor die Paffe ins Ausland ausstellen könne.

Saggi, Regierungsrath. Sowohl die Centralpolizei als die Justizsektion und der Regierungsrath haben das Bedürfniß gefühlt, das Paswesen zu centralistren. Bis jeht konnten von

den Oberamtmännern und Regierungsstatthaltern Passe in das Ausland ausgestellt werden, nun aber geht ber Antrag dahin, daß diese nur durch den Centraspolizeidirektor ausgestellt werden möchten. Dazu ift die Alenderung bes betreffenden Artikels im Fremdengesetz nothwendig. Man könnte gegen diesen Vorschlag einwenden, daß er mit ju viel Beitläufigkeiten verbunden fei, wenn derjenige, der fich einen Pag wolle ausstellen laffen, Diefen zur Legalisation nach der Hauptstadt schicken oder fogar felbst nach Bern gehen muffe, aber bafür ift bereits geforgt. Der auszustellende Pag fann dem Regierungsstatthalter jugestellt werden, und diefer schieft dann denfelben der Centralpolizei ju, wenn nicht bestimmt gefordert wird, daß der, welcher sich zu, wenn nicht bestimmt gefordert wird, daß der, welcher sich einen Paß ausstellen lassen will, selbst nach Bern geben solle. Der Grund, warum dieser Vorschlag gemacht wird, liegt theils in den verschiedenen Unordnungen, die bis jest in dem Paßwesen Statt gefunden haben, indem die Pässe nicht immer so ausgesertigt wurden, wie es zu wünschen gewesen wäre, und indem gar oft solchen Individuen Pässe gegeben worden, denen von der Polizei feine waren zugestellt worden; - theils, damit man eine Einheit und eine vollständige Uebersicht über das Pagwesen befomme. Ich empfehle den Untrag des Regierungsraths zur Annahme.

Auf Verlangen bes herrn Stettler wird ein früherer Rapport der Polizeisektion über diesen Gegenstand, welcher im entgegengesetten Sinne sich ausspricht, verlesen.

C. Schnell, Regierungsrath. Die Frage ift gang einfach. Wollen Sie ein Paswesen oder ein Pasunwesen. Wenn Sie das erstere wollen, so muffen Sie dem Centralpolizeidirektor Die Mittel an die hand geben, die er zur Regulirung des Paswesens nöthig hat. Aus diesem Grunde darf nur eine Kontrolle bestehen, und diese muß der Polizeibehörde übergeben werden. In den meisten Staaten find die Passe der Polizei untergeordnet, und es ift gewiß die einzig richtige Manier, ein gutes Pagwefen zu erhalten. Bis dabin wurden bei und Paffe für das Ausland von den betreffenden Regierungsstatthaltern ausgestellt, wo man dann nicht verhindern konnte, daß hier und da Misbrauch damit getrieben wurde, da diese sehr oft irrig ausgestellt wurden; — so war man z. B. zuweilen nicht vertraut mit ber Geographie, und verwechselte nicht nur Stadte sondern auch gange Lander; und bergleichen Paffe waren nicht geeignet, gunftig auf und schließen zu machen. Aus diesen Grunden und um das Paswesen so zu regliven, hat man gefunden, es wäre viel zweckmäßiger, wenn alle Pässe unter der Centralspolizei stehen würden. Durch diese Umwandlung wird nicht polizei stehen würden. Durch diese Umwandlung wird nicht nur tein Aufwand von Zeit und Geld gemacht, sondern sogar Beit und Geld erspart, und dem fruhern Umwesen und den öftern Plackereien der Faden abgeschnitten. Darum fand der Regierungsrath nach reiflicher Ueberlegung, es fei beffer, wenn nur eine Kontrolle bestehe, und wenn er den Centralpolizeidireftor jum controlleur-general der Paffe mache. Das, Dit., habe ich als Polizeidirektor von vorn herein fagen wollen, und behalte mir als Mitglied des Großen Rathes vor, meine Meinung später noch zu äußern.

Man. Es ist mahr, daß auf den Oberämtern fehr oft Miggriffe gemacht worden find in Bestimmungen auf den Daffen; auch ist es richtig, insofern es darum zu thun ist, die Pässe, die für das Ausland ausgestellt werden sollen, von der Centralpolizei ausstellen zu lassen, indem auf diese Weise eine bestimmtere Kontrolle darüber geführt werden fann. Aber man muß fich auch in die Stellung berjenigen denken, welche eine Reife in das Ausland machen wollen. Der Gine will in entferntere Gegenden des Auslandes reifen, dazu find dann die Bifa der betreffenden Gefandten und andern einheimischen Be-hörden nothwendig; der Andere aber geht obschon auch in's Ausland, doch in nähere Gegenden. Wenn nun auf feine Weise Passe erhalten werden könnten, ohne nach Bern ju schreiben, so mache ich nur aufmerksam auf die Handelsverhälts niffe mit dem benachbarten Frankreich. Wie nublos und belästigend ware dieß nicht für die Grenzbewohner des Bisthums. Selbst in den benachbarten Ländern ist diese Forderung nicht fo durchgeführt, daß man immer in die hauptstadt felbst geben muß, um einen Pag ju befommen; und unfere Kantonsangehörigen follen mehr kontrollirt sein, als die fremden Mächte ihre Angehörigen kontrolliren! Ich weiß gar wohl, daß man in Rußland nach Petersburg gehen muß, um einen Paß zu erhalten, aber in Frankreich und anderwärts ist dieß nicht im geringsten nothwendig. Ich könnte daher dieser Aenderung nicht so ausgedehnt beipflichten, wie sie vorgeschlagen ist. Wenn übrigens auf Oberämtern hie und da Mißgriffe geschehen bei Ausstellung von Pässen, so kann man die Fehlenden zurechtweisen, aber ich traue den Regierungsstatthaltern so viel Einsicht zu, daß sie einen Paß ausstellen können, der nicht weit über die Schweizergrenze hinausgeht.

Belvich ard. Aus Gründen der befondern Lage der Einwohner des Leberberges, müßte ich den Antrag des Herrn alt-Staatsschreibers May unterstützen; nur möchte ich denselben dahin modifiziren, daß man nur diesenigen Pässe auf die Eentralpolizei zu schicken genöthigt wäre, welche des Visa's der Gesandten der auständischen Mächte bedürfen.

Vermeille. Ich bin weit entfernt behaupten zu wollen, man fonne feine beffere Bestimmungen, als die bisher geltenden, aufstellen. Allein bevor man umandert, muß uns auf's Genaueste gesagt werden, was der Regierungsrath an den Plat bes Bisherigen setzen will. Das ift nicht genug, daß man unbestimmte Vorwürfe gegen das Gefet vorbringt, man muß uns Beweise liefern. Man hat von Regierungstatthaltern gesprochen, die nicht im Stande wären, einen Paß gehörig auszufertigen. Ich weiß nicht, ob es folche Regierungsstatthalter giebt, aber das weiß ich, daß wenn deren da sind, dieselben erbärnliche Individuen sind, welche man fogleich erfetzen follte. Ich sehe in dem vorgeschlagenen Gesetze ein Eindrängen der Polizei in das bürgerliche Leben, eine Art Inquisition. Ich fann 3. B. aus Urfachen des Interesses, wegen einer schnell abzuschließenben Spekulation aus dem Lande gerufen werden. Goll ich nun gezwungen fein, eine koftbare Zeit mit Abwarten meines Paffes zu verlieren, und ist es überhaupt wünschenswerth, daß die Polizei auch gerade jedes Mal weiß, wo man hingeht? Der vorige Redner hat nur im Interesse des Leberbergs gesprochen, allein dasselbe gilt für den alten Kanton. Nach dem Antrage bes letzten Redners sollte man nur diejenigen Paffe auf das Centralbüreau schicken, welche das Vifa ber Gefandten der auswärtigen Machte bedürfen. Allein auch diesen Borschlag konnte ich nicht annehmen, denn alle Passe in fremde Länder, selbst die nach Frankreich, sind in diesem Fall. Wenn es auch hie und da erlaubt ift, nach Frankreich ju geben, ohne die obige Bedingung erfüllt zu haben, so geschieht es einzig aus Toleranz. Daher stimme ich gegen den Antrag, bis ich bestimmt weiß, womit der Regierungsrath das alte Gesetz zu ersetzen gedenkt. Ebenso verwerse ich den Antrag des letzten Redners.

Stettler. Ich kann unmöglich bie hand bieten, unfere Rantonsangehörigen fo großen Beschränkungen zu unterwerfen, die mit dem Wohle derfelben nicht verträglich find. Es ift porhin über Mifgriffe, die in den Oberämtern vorgefallen fein follen, geklagt worden. Ich hatte die Ehre, während fünfzehn Sahren Mitglied des Justizrathes zu sein, und ich kann versichern, es ist mir kein Fall bekannt, der angezeigt worden ware, daß durch die Anwendung des bisherigen Verfahrens in dieser Angelegenheit ein Nachtheil erzeugt worden. Wir haben noch einen Mann in unferer Mitte, der in der gleichen Behörde faß; er kann es auch bezeugen, ob folche Vorfälle sich ereigneten; bedeutend waren sie wenigstens nicht. war ich auch vier Jahre in der Polizeisektion. Ein einziger Fall ist mir bekannt, daß das bisherige Verfahren eine nach-theilige Folge hatte. Es war im Amtsbezirke Pruntrut, wo Semandem ein Pag ertheilt wurde, der nicht hatte ausgestellt werden sollen. Dit., ich will Sie nun fragen: wenn einige wenige Fälle vorfielen, wo die nothigen Borfichtsmaßregeln nicht beobachtet worden waren, ift es denn nothwendig, unfere Rantonsangehörigen einer folchen gene zu unterwerfen? werden wir dann eine größere Garantie haben, wenn diefer Antrag durchgeht? fennt irgend Semand seine Angehörigen besser als der Regierungsstatthalter? Rein! dieser kennt sie weitaus am Begten. Tit., es ift möglich, daß diefe auch Berfeben machen, Irren ift menschlich. Aber haben wir dann eine Garantie, daß

der Centralpolizeidirektion nicht auch ein Versehen begegnen fann? Ich glaube nicht an die Unfehlbarkeit des Pabsts, auch nicht an die meinige. Wer wird in der Centralpolizei alle Paffe ertheilen an die Einheimischen? Der Direktor felbst kann es unmöglich, es ist ihm nicht zuzumuthen, denn er hat andere wichtigere Sachen zu beforgen; also muß dieß ein Untergeordneter thun. Wird nun ein foldher eine größere Garantie geben? ich glaube es nicht. Wie wird es gehen nach diefer Uenderung? entweder muffen die Leute von den entferntesten Gegen= ben, von Pruntrut oder Aarwangen, perfonlich auf die Polizei nach Bern, und folche gene will gewiß Niemand; oder die Polizei bekömmt die Passe durch die Regierungsstatthalter. Man wird ihnen Formulare zuschicken, um sie auszufüllen; also wird der Centraspolizeidirektor durch die Angaben der Regierungsstatthalter bestimmt, und das Gange kommt ins Ramliche heraus. Kann dann dieß nicht der Regierungsstatthalter felbst machen? Bedenke man doch nur den Leberberg, welche lange Berzögerungen mußten nicht durch diese Einrichtung geschehen? Wie gieng es bis jest? Wenn Jemand einen Paß wollte, so gab ihn ihm der Regierungsstatthalter. Aber nach der beantragten Aenderung muß dieser das gleiche Versahren beobachten wie vorher, nur mit dem Unterschiede, daß er das Mesulate seiner Fragen aufschreibt, dem Landjäger, der dasselbe verlieren oder vergeffen fann, übergiebt, um es an die Centralpolizei zu besorgen. Wer garantirt uns, daß nicht auch auf bieser etwas liegen bleibt? Und wenn dann in dem Passe Bersehen sind, soll der Centralpolizeidirektor dieselben korrigiren? Die, Garantie wird gewiß nicht besser. Einige wenige Unordnungen können vermieden werden, aber alle gewiß nicht. Die Regel foll fein, daß die Leute redlich find, bis ihnen das Gegentheil bewiesen worden ist, und die Redlichen follen nicht unter den Ausnahmen der Unvedlichen benachtheiliget werden. Seder foll fo viel Freiheit genießen können, als möglich ift, und diefe soll nur beschränft werden, wenn es absolut nothwendig ist. Im Auslande muß man feinen Pag in den hauptstädten holen, weil dort alles centralisirt wird, aber hier ist dieß nicht so nothwendig. Ich glaube alfo, man folle, meiner Unsicht nach, bei dem bisherigen Berfahren bleiben, und trage auf Bermerfung diefes Borfchlags an.

von Tillier, alt-Landammann. Ich kann nicht die Bebenken sehen, warum man diesem Vorschlage so entgegen ist. Will Zemand einen Paß in's Ausland, so muß er ihn doch beim fremden Gesandten visiren lassen. Hat er nun Zeit, den Paß dem fremden Gesandten zuzuschieken, so kann er zu gleicher Zeit auch dem Eentraldirektor zugeschiekt werden. Wenn Zemand seinen Paß durch einen Beamten, der die Identität der Person garantirt, nach Vern schieken läßt, so wird ein solcher besser daran sein, als wenn er selbst mit demselben allen Behörden nachlausen müßte. Wohl aber ist es richtig, daß auf den Grenzen zur gegenseitigen Erleichterung eine gewisse Toleranz sein muß, aber gewiß ist es besser, wenn ein reglirtes Paßwesen eingerichtet wird. Ich weiß auch, daß auf Oberämtern Pässertheilt worden sind, die nicht hätten ausgestellt werden sollen. Ich stimme zum Antrag.

E. Schnell, Regierungsrath. Ein gewiß bedeutender Einmurf von den Herven Vermeille, Stettler und May ist der , wenn man fragt, wie soll es gehalten werden mit den Grenzbewohnern? Tit., es soll nicht anders gehalten werden, wie bis dahin. Es hat sich dort eine espèce mode de vivre gedilbet, die vor und nach dieser vorgeschlagenen Nenderung gleich gelten wird, wenn es bekannte Personen betrifft. Hingegen steht die Regel fest, daß wenn diese Personen nicht ganz nahe an der Grenze ihre Geschäfte treiben, so müssen sied und vom Gesandten legalisten lassen; dann bei der Polizei und vom Gesandten legalisten lassen; aber diese Gewohnheit wird sich noch jetzt so erhalten wie bis dahin. Dieser Einwurf ist also saftisch richtig. Hingegen ist es mir unbegreislich, wie ein Mitglied der Polizeisettion sagen darf, es liege im Vorschlag eine Veschäntung. Dieß ist geradezu etwas, das ich nicht kapire. Im Gegentheil, ich suche die Freiheit zu vermehren, und suche nicht dem Regierungsstatthalter in's Handwerk zu greisen, sondern wünsche eine Generalkontrolle und zwar an einem Ort und nicht an mehrern Orten, und Zeit= und Geld-

ersparniß. Was Herr Vermeille bemerkt hat, daß die Herren Regierungsstatthalter die Geographie kennen sollten, ist ganz richtig, aber oft ist es der Fall, daß nicht der Regierungsstatthalter, sondern der Sekretär die Fehler macht. Aber das versichere ich, daß dieß geschehen ist, daß Pässe von den Regierungsstatthaltern an und geschieft worden sind, die wir wegen dergleichen und andern Fehlern denselben zurücksichten mußten; denn Herre Stattler wird nicht glauben, daß wir mit unserer Hand Korrekturen in die Vässe machen werden? nein, das thun wir nicht, sondern schiefen sie zurück, wo sie herkamen. Ich gebe hier die bestimmte Versicherung, daß wenn man die Sache bestehen läßt, wie sie bisher bestanden ist, die Eentralpolizei nichts ist. Die einen Pässe werden ausgestellt, man sieht und erfährt nichts davon, im Leberberge werden solsche visset, die man hier nicht vissen würde. Ich habe diesen Vorschlag einzig in gutem Sinne gethan, um Ordnung in das Paswesen und überhaupt in die Eentralpolizei zu bringen.

von Graffenried. Diese Frage scheint mir nicht von der Wichtigkeit, die sie hier durch die lebhaste Diskussion bestommen hat. Die Bedenken werden wegfallen, wenn der gewöhnsliche Verkehr auf den Grenzen vorhalten wird. Man könnte sich über diese beiden Ansichten ganz gut vereinigen, wenn man in dem vorliegenden Vorschlage den modus vivendi auf den Grenzen ausdrücklich vorbehalten würde. Ich stimme zum Antrage und möchte nur den Beisat, daß der modus vivendi auf den Grenzen beibehalten würde.

Mühlemann, Regierungsstatthalter, macht auf die Weit-läusigkeiten und das genante bei dem vorgeschlagenen Versahren ausmerksam. Wenn ein Regierungsstatthalter einen Paß austellen will, so wird er sich vor Allem aus der Identität derjenigen Person versichern, auf die der Paß ausgestellt werden soll, er wird ein genaues Signalement ausnehmen, das dieselbe hinkanglich bezeichnen wird. In diesem Falle ist es also gar nicht nothwendig, ja sogar unnit, das der Regierungsstatthalter die Unterschrift des Paßbestigers noch legalistre. Es gibt Paßbessiger, die nicht schreiben können, deren Unterschrift aus diesem Grunde gar nicht legalistrt werden kann. Ich trage daher darauf an, daß wegen den bereits vorhandenen sehr vielen Körmlichseiten die alleinige Unterschrift der Regierungsstatthalzter ohne diesenige der Paßbesitzer hinreiche, um von der Eentralpolizei einen Paß visten zu lassen.

Romang, Regierungsstatthalter. Die Legalisation ber Unterschrift ist keine unwesentliche Sache, im Gegentheil sie ist die wesentlichste. Der Träger des Passes kann ein redlicher Mann sein, aber er könnte in unredliche hände kommen, deswegen darf diese wichtige Förmlichkeit nicht unterlassen werden. Ich stimme zum Antrag des Regierungsrathes.

hungifer trägt darauf an, daß, wenn man eine Rontrolle aufstellen wolle, ein ganges Gefet erlaffen werden folle.

Herr Landammann bemerkt, daß der Borschlag kein Gesehesprojekt sei, sondern es sei nur darum zu thun, ob man den Sinn des betreffenden Artikels im Fremdengesetze ausheben wolle oder nicht. Trete man ein, so werden die betreffenden Behörden die gehörigen Anträge bringen.

Fischer. Ich erlaube mir nur eine kurze, noch nicht gemachte, Bemerkung über die Natur des Passes. Ein Passisk nicht eine Erlaubnis, aus dem Lande, in dem man sich bestindet, zu gehen, sondern er dient dazu, um in das fremde Land reisen und sich darin aufhalten zu dürsen. Die Regierung, wo sich der Passewerber besindet, kann also diese Erlaubnis nicht ertheilen, sondern sie kann allein von dem Gesandten des betreffenden Landes, auf die Empfehlung der Polizeibeshörde hin, ertheilt werden. Ich trage auf Abweisung des Antrages an.

von Sinner. Diese Ansicht ist nicht richtig, denn 3. B. alle Auszüger muffen, ehe sie in die Fremde gehen durfen, zuerst dazu um Erlaubniß fragen.

von Grüningen unterftütt den Untrag bes Regierungsraths. Wenn ein Bürger aus bem Kanton in's Ausland will, so foll er zu rechter Zeit dazu thun, damit er einen Pas erhalte.

Jaggi, Regierungsrath. Was den Begriff von einem Passe betrifft, so glaube ich: ein Pass ist ein Kreditiv, das von der Regierung ausgestellt werden muß, und mit welchem der Träger in's Ausland gehen kann. Durch dieses Kreditiv wird dersenige, auf welchen dasselbe ausgestellt ist, dem Schutze der fremden Regierung empfohlen. Es ist also ein wichtiger Akt, und wir müssen Sorge tragen, daß die Pässe in solcher Form und nach solchen Gesehen ausgestellt werden, welche der fremden Regierung eine Garantie geben, daß sie keinem Unswürdigen ihren Schutz angedeihen läßt. Aus diesem Grunde trägt der Regierungsrath darauf an, daß statt wie bisher die Regierungsstatthalter, in Jukunst der Eentraspolizeidirektor die Pässe ausstellen solle. Der Antrag ist im Interesse des ganzen Landes. Einige Herren haben darauf angetragen, es möchten nur die Pässe ausgesertigt werden, welche der Bisa der fremden Gesandten bedürsen. Diese Meinung fällt zusammen mit dem Vorschlage des Regierungsraths. Der Antrag des Herrn-von Graffenried kann in kein Geseh aufgenommen werden, weil er eine förmliche Ausnahme wäre, und nur die Ungesehlichkeit befördern würde. In Bezug auf die Unterschrift bemerke ich, diese gehört zum Signalement und ist einer der wichtigsten Theise desselben. Sie darf also nicht fehlen. Aus dem Gesagten zu schließen, glaube ich, daß alle die geäußerten Bedenklichkeiten nichtig seien, und ich gebe die Versicherung, daß der Regierungsrath nur diesenigen Maßregeln ergreisen wird, welche den Staat nicht mehr belästigen werden, als gerade ganz nothwendig ist. Ich trage also auf Unnahme des Vorschlags an.

Vortrag des Regierungsrahs über ein Strafnachlagbegehren des E. Güdel, von Urfenbach. Derfelbe trägt auf Abweifung dieses Begehrens an.

Kohler, Regierungsrath, trägt, als Berichterstatter bes Regierungsraths, auf Abweifung an, seine persönliche Meinung aber gehe dahin, dem Begehren zu willsahren, indem der Güdel nicht aus Schlechtigkeit, sondern aus blosem Leichtsinn gestehlt habe.

Auf den Kanzleitisch wird gelegt ein Vortrag der Polizeisektion über das Strafnachlaßbegehren des Jakob Mülster, von Rohrbach.

Vortrag ber Justissektion über den Freizugigkeitsvertrag zwischen der schweizerischen Eidgenoffenschaft und den Fürstenthümern hohenzollern-Sigmaringen und hohenzollern-hechingen.

Dieser Vortrag wird ohne Diskussion durch's Handmehr angenommen.

Auf den Antrag der Sustizsektion wird dem von einer letzthin verstorbenen Jungfer von Graffenried von Villars dem Burgerspital in Bern gemachten Vermächtnisse von 1200 Kro-nen die Sanktion des Großen Raths ertheilt.

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Salfte, 1838.

(Micht offiziell.)

(Fortsetzung den 6. Sitzung, Samstag den 24. Februar 1838.)

Vortrag der Zustizsektion und des Regierungsraths Aber die wegen Wiederverhaftung des herrn alt-Rathoherrn Ludwig Zeerleder bei dem Großen Rathe eingereichte Beschwerde.

In der beiliegenden, der Justigsektion mit Rathszeddel vom 5. dieß zur Berichterstattung überwiesenen, an den Großen Rath gerichteten Vorstellung beschweren sich mehrere hiefige Einwohner über das gegen Herrn alt-Rathsberrn und Banquier Beerleder eingeleitete Berfahren. Diese Beschwerde ist von zweierlei Natur, einmal beschwert man sich über die beglaubt gefet - und verfaffungswidrige Berhaftung des herrn Beerleder, anderfeits denn über die Bestellung eines außerordentlichen Untersuchungsrichters in der Person des Herrn Profurator Och= fenbein in Mydau.

Die Justizsektion giebt sich nun die Ehre, Ihnen, Sit., Aber diese Angelegenheit, so weit ihr dieselbe bekannt ift, fol-

genden Bericht zu erstatten: Im Mai 1836 wurde gegen herrn alt-Rathsherrn Zeerleder, auf eine Fiskalanzeige der Dotationskommission wegen Verdacht der Entfremdung von bernischem Staatsvermögen eine Voruntersuchung angehoben, und Herr Zeeleder zu dem Ende in Haft geseht. Unter Berufung auf eine ihm von der abgetretenen Regierung unter'm 24. Merz 1821 zugefertigte Entlasfungsurkunde weigerte sich aber derfelbe, auf die meisten und wichtigsten Fragen zu antworten, indem er behauptete, jene Urkunde befreie ihn von aller Verpflichtung, je dem Richter über feine Verhandlungen in Bezug auf das gerettete Staats= vermögen Rede zu fteben.

Bevor also die Frage: ob die Spezialinquisition gegen den Angeschuldigten anzuheben sei, entschieden werden konnte, glaubte Die Juftigsektion in Uebereinstimmung mit der Dotationskom-mission, es feie der Fall, die erzeptionelle Borfrage dem richterlichen Urtheile zu unterlegen, wie jene Entlassungsurkunde zu verstehen sei, und ob und inwiefern Herr Zeerleder durch diesfelbe der Verpflichtung enthoben werde, dem Richter Rede zu

stehen.

Demnach wurde der Herr Gerichtspräsident von Bern mit Schreiben vom 2. August 1836 angewiesen, jene Vorfrage durch die kompetente gerichtliche Behörde entscheiden zu lassen. Durch Erfanntniß vom 24. Februar 1837 erflärte fich aber das Amtsgericht Bern inkompetent, jene Vorfrage zu entscheiben, und das Obergericht erfannte am 13. Mai auf den Untrag des Staatsanwalds, in Bestätigung des erstinstanzlichen Erkennt-nisses, es seien die Gerichte bei der jezigen Lage der Prozedur inkompetent, die ihnen von der Justizsektion zum Entscheide überwiesene Vorfrage zu beurtheilen, die dadurch veranlaßten Roften dem Fistus auferlegend.

Die Juftigfeftion, welcher diefes Urtheil am 31. Mai mitgetheilt wurde, beauftragte nun am 9. Juni den Gerichtsprafidenten von Bern, die Aften nach S. 4 der Instruktion vom

24. August 1832 dem Stellvertreter bes Untersuchungsrichters ju übermachen, welcher dieselben zu prüfen, und nach Mitgabe des S. 4 der Anweisung vom 15. Christmonat 1834 die Sache durch einen motivirten Beschluß in die Hauptuntersuchung zu weisen, oder Falls er Bedenken trage, dieß zu thun, von der Justigfektion Weisung einzuholen haben werde.

Diefe lleberweisung an den Stellvertreter des Untersuchungsrichters erfolgte, und derfelbe trug wirklich Bedenken, die Sauptuntersuchung gegen Herrn Zeerleder anzuheben, weßhalb er am 22. Juni sich um Weisung an die Juftigsektion mandte.

Diefelbe holte nun, nach Mitgabe des §. 2 der Instruk-tion vom 9. Juli 1832, vorerst einen Bericht und Antrag des Staatsanwalds über dieses Geschäft ein, und nachdem sie denfelben unter'm 25. August erhalten und forgfältig geprüft batte, mußte sie in Uebereinstimmung mit demfelben finden: Es seien gegenwärtig noch solche Vervollständigungen in der Vorunterfuchung nachzuholen, daß es nicht darum zu thun sein könne, bereits die Frage über Anhebung der Hauptuntersuchung zu entscheiden, und wies demnach unter'm 5. September den Untersuchungsrichter an, die Voruntersuchung in denen ihm bezeichneten Punkten zu vervollskändigen, und fodann, je nach feinem Ermessen, die Spezialinquisition anzuheben, oder bei der Juftigfettion die fernern Weifungen einzuholen.

Mittlerweisen hatte die Dotationskommission an Sie, Tit., den Antrag gestellt, es möchte diese Untersuchung einem außer= ordentlichen Untersuchungsrichter übertragen werden, und schlug zu dem Ende den Herrn Amtsgerichtschreiber Steinhauer von Fraubrunnen vor. Derfelbe lehnte aber die auf ihn gefallene Wahl ab. Später schlug die Dotationskommission den Herrn Ochfenbein in Nydau jum außerordentlichen Untersuchungsrichter vor, welcher denn auch von dem Regierungsrath unter'm 27. Oktober 1837 erwählt wurde und das ihm übertragene

Offizium annahm.

Seit diesem Zeitpunkte ift der Justigseltion über ben Bang Dieser Angelegenheit offiziell nichts weiteres bekannt geworben. Da Sie aber, Sit., durch Devo Jeddel vom 2. Dezember (erhalten den 5.) von der Justizsektion einen Bericht über die Wiederverhaftung des Herrn Zeerleder und die Art, wie die Untersuchung geführt wird, zu erhalten wünschten, so wurde Berr Ochsenbein dieforts um die angemessene Auskunft ange-gangen, welcher aber in dem beiliegenden Antwortsschreiben ablehnend erklärte, daß er (da nunmehr die hauptunterfuchung gegen den Angeschuldigten angehoben sei) der Suftigsektion weder einen Bericht über den Gang berfelben, noch über bie Gründe der Wiederverhaftung des Inquisiten geben zu dürfen glaube, indem nur das Obergericht gegenwärtig kompetent sei, in das Untersuchungsverfahren sich einzumischen, keineswegs aber eine Erefutivbehörde.

Unter diesen Umftanden ift es demnach der Suftigsektion nicht möglich, Ihnen, Dit., über die von Seite mehrerer bie-figer Einwohner geführte Beschwerde, insoweit sie die Wiederverhaftung des herrn Beerleder betrifft, Bericht zu erstatten. Diefelbe muß fich bemnach einfach barauf befchranten, Ihnen,

Sit., über ben zweiten Theil jener Beschwerde, nämlich die beglaubt verfassungswidrige Aufstellung eines außerordentlichen Untersuchungsrichters in der Person des Herrn Ochsenbein ihre

Unfichten zu hinterbringen.

In dieser Beziehung muß nun die Justizsektion sinden: die Verkassung (§. 14 und 91) schreibe allerdings vor, es solle Viemand seinem ordentlichen Richter entzogen, und es solle außer den in der Verkassung benannten keine Gerichtsskelle errichtet oder angerusen werden. Nun ist aber durch das Dekret vom 29. Juni 1832 der Regierungsrath vom Großen Rathe ermächtigt worden, dem Prässenten des Umrögerichts Vern dis zu der Vollendung der Organisation des Gerichtswesens die nöthige Hüsse beizuordnen, um ihm in den Untersuchungen in Strafsachen ic. an die Hand zu gehen. Gestützt auf diese von der obersten Behörde erhaltene Ermächtigung hat denn auch der Regierungsrath schon dei mehrern Anlässen (namentlich für die Reaktionsprozedur von 1832, für die Thürnerprozedur, 1835 u. a. m.) dem Gerichtsprässdenten von Vern außerordentliche Untersuchungsrichter zu Führung einzelner Krisminalprozeduren beigeordnet, ohne daß hiegegen Einspruch gemacht worden wäre. In der That kann hierin mit Recht keine Verletzung der Verkassindenten, er steht kann hierin mit Recht keine Verletzung der Verkassprässdenten, er steht (nach dem §. 2 des angeführten Dekrets) in seinen Verrichtungen unter der unmittelbaren Aussicht besselben, und die Verhandlungen geschehen in dessen Russischt desselben, und die Verhandlungen geschehen in dessen Russischt desselben und die Verhandlungen geschehen in dessen Russischt

Durch die Aufstellung eines außerordentlichen Untersuchungsrichters, in der Person des Herrn Ochsenbein, wird demnach Herr Zeerleder weder seinem natürlichen Richter entzogen, noch wird eine in der Verfassung nicht benannte Gerichtsstelle errichtet, da Herr Ochsenbein lediglich der Stellvertreter des Gerichtspräsidenten von Bern ist, und die Beurtheilung seiner Zeit jedenfalls durch das hiesige Amtsgericht, als dem verfassungsmäßigen Gerichtsstand des Herrn Zeerleder, geschehen wird.

Die Justizsektion kann demnach in dieser Beziehung die fragliche Beschwerde nicht begründet sinden, und trägt demnach bei Ihnen, Zit., zu Handen des Großen Nathes, darauf an, die Beschwerdeführer mit dem zweiten Theile ihrer Borstellung abzuweisen, ihnen überlassend, ihre Beschwerden über die Wiederverhaftung des Herrn Zeerleder allfällig bei dem Obergerichte anzubringen, da (nach einmal angehobenem Spezialuntersuch) weder der Große Rath noch der Regierungsrath, sondern einzig das Obergericht dießorts einzuschreiten kompetent ist.

Alles aber ic.

Bern, den 8. Dezember 1837.

Namens der Justigsestion, Der erste Gekretär: R. hermann.

Bon bem Regierungerathe gutgeheißen und jum Entscheide an den Großen Rath gewiesen.

Bern, den 27. Dezember 1837.

Namens des Regierungsraths, Der zweite Rathöschreiber: Stürler.

Tscharner, Schultheiß. Die Beschwerdeschrift, die hier an den Großen Rath vorliegt, beklagt sich erstens über die angeblich versassunderige Wiederverhaftung des Herrn Zeersleder, und zweitens über die Bestellung eines außerordentlichen Untersuchungsrichters. Wie Sie wissen, wurde im Mai 1836 Herr Zeerleder wegen Verdacht, bernische Staatsgelder entscembet zu haben, verhaftet, und eine Voruntersuchung über den vorliegenden Kall angehoben. In dieser kamen mehrere Incidenzien vor, z. B. die Frage, ob Herr Zeerleder, der auf die wichtigsten Fragen teine Untwort geben wollte, indem er sich auf die ihm im Jahre 1821 gegebene Entlastungsurfunde bereies, antworten solle oder nicht, welche Zwischenfrage dann die Behandlung der Hauptsache auf lange Zeit hinaus schob. Während dieser Zeit wurde Herr Zeerleder einstweilen seiner Haftenlässen. Damit aber diese Untersuchung geschwinder beendigt werden möchte, wurde auf den Antrag der Justizssettion ein außerordentlicher Untersuchungsrichter ernannt, der dann die

Voruntersuchung vervollständigte und zu diesem Ende Herrn Beerleder wieder in Verhaft bringen ließ. Auf diese letten Borfälle nun bezieht sich die vorliegende Beschwerdeschrift. Die Justizsektion so wie auch der Regierungsrath haben nun gefunden, daß über den ersten Theil diefer Vorstellung, ob die Verhaftung gefehwidrig fei, weder dem Regierungsrathe noch dem Großen Rathe ein fompetentes Urtheil zustehen könne, indem das Refultat der Untersuchung diese Frage dann schon entscheiden werde. Ueber die andere Frage, ob die Aufstellung eines außerordentlichen Untersuchungsrichters gesetz und verfassungswidrig sei, muß die Justigsektion mit dem Reglerungsrathe bekennen, daß diese Anklage nicht gegründet ift, denn nach dem Gesehe vom 29. Brachmonat 1832 darf der Regierungsrath bei überhäuften Geschäften des Gerichtspräsidenten demfelben Hülfe geben. Schon mehrmals ift man im Falle gewesen, dasselbe anzuwenden, indem dadurch zum Ruten der Angeschuldigten die Untersuchungen bedeutend abgefürzt werden können. Ich will nicht weiter in diese Angelegenheit eintreten, da die Sache gang flar ift und gar feine Befaffungsverletung enthält. herr Leib und Gut fann dann die weitere Auskunft geben.

von Tavel, alt-Schultheiß. In die vorliegende Petition will ich nicht eintreten, aus dem Grunde namentlich, weil einer meiner nachsten Bermandten bier betheiligt ift, aber, Dit., ich benutze diesen Aulaß, um über diese Untersuchung einige Worte zu sprechen und diese hier zur Diskussion zu bringen. Sch ergreife bas Wort, um erstens ju zeigen, daß bas ganze Berfahren von der öffentlichen Meinung gewiß nicht gunstig beurtheilt wird. Bon allen Seiten, in allen Blättern des Kantons sowohl, als der Eidgenossenschaft und des Auslandes wird diese Untersuchung getadelt, indem Serr Zeerleder durch seinen Beruf als Banquier und durch seine sonstige frühere Stellung überall viele Bekannte hat, und eine folche Unklage gegen einen Mann, der bis dahin als Bater, Bürger und Handelsmann des besten Rufes im In- und Auslande sich zu erfreuen hatte, natürlich die Aufmerksamkeit Aller auf fich ziehen muß. Sie wiffen, daß man von Anfang an fur die Do-tationsfache, womit diese Angelegenheit zusammenhängt, eine Spezialkommission ernannt, und der Regierungsrath sich ganz davon zurückgezogen hat. Indessen hat der Regierungsrath wegen seiner Stellung nicht ganz fremd bleiben können, weil die Vorunkersuchung durch den Regierungsstatthalter geführt merden murte (Es ist als auch nehrere Welt und Merikanten geführt werden mußte. Es ift also auch mehrere Male vor Regierungsrath die Rede von diefer Untersuchung gewesen, besonders im Anfange, als viele Beschwerden sowohl über die ungesetzliche Verhaftung als auch über die angeblich schlechte und zu strenge Behandlungsweise des Herrn Zeerleder einkamen. Als auf dieses bin der Regierungsrath vor nicht gar langer Zeit mit dieser Sache fich befaffen wollte, hatte im Augenblicke, als derfelbe bei dem ernannten herrn Untersuchungerichter Ochsenbein anfragte, dieser die Spezialuntersuchung erkannt, wodurch der Regierungsrath von der ganzen Angelegenheit völlig entfernt wurde. Von diesem Augenblicke an konnte die Regierung natürlich nicht mehr fich in diefe Sache mifchen, noch weniger fich fur die geschwindere Beendigung diefer Angelegenheit verwenden, im Gegentheile, sie entsprach dem Unsuchen des Untersuchungsrichters, um in der gangen Welt herum Schreiben ju fenden und Berhöre aufzunehmen. Sobald die Spezialunterfuchung von herrn Untersuchungerichter Ochsenbein erfannt worden, konnte bie Regierung in der ganzen Sache nichts mehr thun; der Regierungsrath fann alfo feinen Tadel verdienen, da er nichts mehr damit ju fchaffen hatte. Zweitens muß jedem Bürger die Art und Weise auffallen, wie die Untersuchung jest geführt wird. Der Inquisit, wer ift er? Er ift ein Greis, ein schmächlicher Mann, der früher an einer Gemüthsfrankheit gelitten, in Folge der er beide Beine gebrochen hat; herr Zeerleder ift ein Mann, der durch feinen ausgedehnten Geschäftstreis überall befannt ift und überall im besten Unsehen steht. Es ift also nicht anders möglich, da er die öffentliche Meinung, bei der er den Ruf eines rechtlichen Mannes genießt, für sich hat, als daß die Anhebung dieser Ariminaluntersuchung die Aufmerksamkeit Aller auf fich ziehen mußte. Sch bin für völlige Rechtogleichheit, ich bin für feine Privilegien, aber ich glaube, daß man nicht verhindern fann, daß Manner, die eine höhere Stellung

haben, nicht mehr Aufmerkfamkeit auf fich ziehen als andere. Ich glaube, als Staatsbürger sollen wir jest nach unserm Eide uns verwenden um die humanität, und dieß allein leitet mich in diefer Angelegenheit. Meine Familienverhältnisse sind genugsam befannt, um nicht in den Verdacht der Parfeilichkeit zu fallen. Herr Alt-Rathsherr Zeerleder wurde im Mai 1836, weil er bernisches Staatsvermögen entfremdet haben foll, auf eine Anzeige der Dotationskommission in Berhaft gesetzt, und die Voruntersuchung durch herrn Regierungsstatthalter Roschi begonnen. Weil nun herr Zeerleder wegen der im Sahre 1821 von dem damaligen Großen Rathe ihm ertheilten Entlaftungs= urfunde jede Antwort verweigerte, wurde er, bis diese Zwischenfrage entschieden ware, auf unbestimmte Beit wieder auf freien Ruß gefett. Der Gerichtspräsident und das Obergericht erflärten fich inkompetent, diefen Anstand zu entscheiden, bis end= lich von der Justigsettion diese Zwischenfrage beseitigt, und zugleich dem Untersuchungsrichter die Bervollständigung der Bor= untersuchung aufgetragen wurde, welcher zu diesem Ende herrn Beerleder wieder in Berhaft bringen ließ und nach Beendigung ber Voruntersuchung die Spezialuntersuchung erkannte. Nun frage ich, Tit., soll diese Haft, die schon so lange dauerte, diese Haft von einem Manne, der alle mögliche Garantie durch sein Vermögen und durch seine Stellung darbietet, so lange dauern, bis der Untersuchungsrichter sie aufzuheben für gut findet? Ich greife hier die Person des Herrn Ochsenbein nicht an, sondern ich will Sie, Sit., nur aufmerksam machen auf ben gegenwärtigen Buftand unferer Kriminalgefetgebung und auf den Mangel an einer Garantie unserer bürgerlichen Freisheit, die und in der Verfassung zugesichert ist. Dieser Zustand soll Ihre Ausmerksamkeit auf sich ziehen, der Kall mit Herrn Beerleder ist die Veranlassung dazu. Ueber die Untersuchung kann ich nicht eintreten, weil ich die Akten nicht kenne; aber fo viel ift aus öffentlichen Blättern befannt, daß herr Zeerleder inquirirt wird über eine Sache, die er im Auftrage Anderer verrichtet haben foll, und weil er Staatsgelder entfremdet habe. Wenn diese Spezialuntersuchung so fortgeführt wird, wie sie bis jett geführt worden ift, so sieht man kein Ende vor, und es giebt ein murdiges Seitenstud ju der Reaktionsprozedur, nur allein mit dem Unterschiede, daß die Beklagten der lettern doch wenigstens frei herumgeben können, mahrend herr 211t= Nathsherr Zeerleder schon seit 3 Monaten in Verhaft sist, ohne daß es bis jest den Anschein hat, daß man ihn sobald wieder aus derselben werde entlassen werden. Nach unserer Verfassung ift ein Angeklagter so lange als schuldlos zu halten, bis er von kompetenter Behörde beurtheilt und als schuldig befunden wor= den ift. Alfo follen wir, fo bald die Bermuthung vorhanden ift, daß einem Angeklagten Unrecht widerfahre, demfelben unfere Aufmerksamkeit schenken; und hier in dem vorliegenden Spezial= falle muffen wir dieß ebenfalls thun, damit folche Vorfälle sich nicht mehr ereignen können. Es ift hier nur ein einziges Mittel, zu helfen, möglich, und dieß besteht in einer bestimmten Aufforderung an das Obergericht, die Sache genau zu untersuchen, und wenn man findet, daß es der Fall sei, die Akten zu schließen, den Angeklagten sogleich auf freien Fuß zu stellen. Es ist das Einzige, was wir heute beschließen können. Ich werde froh fein, wenn folche Mitglieder bas Wort nehmen werben, welche mit dem Gange und dem Zustunde dieser Prozedur bekannter sind als ich. Für uns im Regierungsrathe giebt es wenig bemühendere Angelegenheiten, als diefe eine ift; benn wenn wir gefragt werden über ben Stand diefer Untersuchung, so wissen wir keine Antwort ju geben, da wir von der ganzen wichtigen Angelegenheit total ausgeschlossen sind. Ich möchte darauf antragen, daß hier von Seite des Großen Rathes der Beschluß gefaßt werde, der Große Rath lade das Obergericht ein, sich mit dieser Sache abzugeben und sobald möglich die Schließung diefer Prozedur auszusprechen. Dieß ware nicht das erste Mal, daß wir einen folchen Beschluß fassen würden. Dieß ist der Schluß, den ich ziehe. Die Verwandtschaft mit Herrn Beerleder bewegt mich nicht bagu, im Gegentheil; auf folche Zumuthungen erwiedere ich nichts. Ich habe einen Gid geschworen, und diesem Eide bleibe ich getreu, und wünsche recht sehr, daß diejenigen Personen, die mit dieser Angelegenheit zu thun haben, sich hier und dereinst eben so verantworten können, wie ich es thun kann.

Leibundgut, Regierungsrath. Da ich als Mitglied ber Zustizsektion bis auf einen gewissen Zeitpunkt auch einige Kenntniß von diesem Geschäfte habe, so erlaube ich mir ebenfalls einige Worte darüber. Sit. Es ist Ihnen bekannt, daß im Mai 1836 auf eine von der Dotationskommission wegen vorgeblicher Entfremdung von Staatsvermögen dem Regierungs-statthalteramte Bern eingereichte Anzeige Herr Zeerleder in Berhaft und Untersuchung gezogen worden ift. In diefer Boruntersuchung hat aber derfelbe die meisten und wichtigsten Fragen nicht beantworten wollen, gestützt auf eine ihm von der abgetretenen Regierung unterm 24. Merz 1821 zugefertigte Entlastungsurfunde, zufolge welcher er nicht schuldig fei, in Diefer Beziehung Rede zu stehen. Nach einem eirea vierzehntägigen Berhaft wurde herr Zeerleder von dem Regierungsstatthalter in Freiheit gesetzt, und die Voruntersuchungsakten dem Gerichtspräsidenten von Bern zur weitern Verfügung übermacht. Derfelbe fandte fie dann der Justigseftion ju und verlangte Weisung, anbei seine Ansicht in Uebereinstimmung mit derjenigen der Dotationskommiffion dahin außernd, daß die Borfrage: ob Herr Zeerleder Rede zu stehen habe? vor allem aus durch die fompetente Behörde zu entscheiden sein werde. Die Justigfeftion mußte diese Unsicht theilen; sie glaubte aber, diese Borfrage, diese peremtorische Einrede des herrn Zeerleder, seie — in Ermanglung eines bestimmten Gesetzes darüber — ihrer Natur nach und nach dem Ginn der bestehenden Gefete gewiß eher vor den gerichtlichen Behörden zu entscheiden, als von ihr, als einer vorberathenden Behörde des Regierungsrathes, und wies demnach den Herrn Gerichtspräsidenten an, jene Vorfrage durch die kompetenten gerichtlichen Behörden entscheiden zu laffen. Das Amtsgericht von Bern erklärte sich aber inkompetent, diese Borfrage zu entscheiden, und am 13. Mai 1837 erkannte das Obergericht — vor welches das Geschäft gezogen wurde — in Bestätigung des erstinstanzlichen Urtheils, es seien die Gerichte bei der jetzigen Lage der Prozedur incompetent, die ihnen von der Zustizsettion überwiesene Vorfrage zu beurtheilen. Durch diese Zwischenverhandlungen ist natürlich die Behandlung des Hauptgeschäfts bedeutend hinausgeschoben worden, und es ist von mehr als einer Seite der Vorwurf gemacht worden, als hatte man dieses Berfahren definegen so eingeleitet, um die Sache absichtlich zu verzögern u. f. w. Ich meinerseits habe mich wenig um diese Borwürfe bekummert, weil ich mir bewußt war, insoweit ich diesorts gehandelt, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt zu haben. Uebrigens dürfte die Frage, welche Ansicht — Diejenige der Zustizsektion oder Diejenige des Ober-gerichtes — die richtige sei? verschieden beantwortet werden. Aluch ift es leicht, nach einer mißlungenen Handlung zu tadeln. Nachdem nun die gerichtlichen Behörden die Behandlung der erwähnten Zwischenfrage abgelehnt hatten, und die Aften wieder an die Justigsektion gelangt waren, um Weisung zu ertheilen, blieb ihr nichts anderes übrig, als nun dieselben zu erörtern und die der Sachlage angemessenen Verfügungen zu treffen. Nach genauer Untersuchung der Aften mußte sich die Justigsektion überzeugen, daß die Voruntersuchung in verschiedenen Beziehungen vor allem aus noch zu vervollständigen sei, und sie wies daber unterm 5. September 1837 den Untersuchungsrichter an, Die Voruntersuchung in den ihm bezeichneten Punkten zu vervollständigen und fodann, ie nach seinem Ermessen, die Spezialinquisition anzuheben oder bei der Justizsektion die ferneren Weisungen einzuholen. Zu dieser Verfügung war dieselbe denn auch nach dem §. 28 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und vom 3. Dezember 1831 vollkommen berechtigt. Da mittlerweilen herr Zeerleder nachdrücklich auf Beendigung der angehobenen Untersuchung gedrungen, und weder der Gerichtspräsident von Bern noch der provisorisch angestellte Untersuchungsrichter bei der Menge übriger Geschäfte Zeit hatten, sich mit derselben zu befassen; so war es der Fall und zum Vortheil des Herrn Zeerleder, einen außerordentlichen Untersuchungsrichter zu ernennen, welches denn auch erfolgt ist, indem durch den Regierungsrath Herr Advokat Ochsenbein von Nydau erwählt wurde, der das ihm übertragene Offizium annahm. Bald nachdem er in Funftion getreten, hatte er Herrn Zeerleder wieder verhaften lassen, und wie es scheint, mussen durch die Vervollständigung der Voruntersuchung hinlängliche Indizien an den Tag gefommen fein, um die Haupt=

untersuchung zu verhängen, da Herr Ochsenbein sie erkannt hat. Bald darauf, im Dezember leththin, langten mehrere Einwohner von Bern mit einer Vorstellung bei dem Großen Rathe ein, worin sie sich über das gegen Herrn Zeerleder eingeleitete Ver-Diese Vorstellung bildet nun den Gegenstand fahren beschweren. der gegenwrätigen Berathung. Sie enthält zwei Hauptpunkte; 1) beschwert man sich über die vorgeblich gesetz und versaf sungswidrige Verhaftung des herrn Zeerleder und 2) denn über die Bestellung eines außerordentlichen Untersuchungsrichters in der Person des bemeldten Herrn Ochsenbein. Was nun den ersten Punkt betrifft, so hat die Suftigsektion seiner Zeit aus Auftrag des Regierungsrathes von dem Untersuchungsrichter Ochsenbein Bericht verlangt, welcher aber in einem Schreiben ablehnend erklärt hat, daß er die Hauptuntersuchung angehoben habe und der Justizsettion weder einen Bericht über den Gang berfelben, noch über die Gründe der Wiederverhaftung des Herrn Zeerleder geben zu dürfen glaube, indem nun das Obergericht gegenwärtig kompetent sei, in has Untersuchungsverfahren fich einzumischen, feineswegs aber eine Erefutivbehörde. Dun hat man fich, wenn ich nicht irre, später in diefer Beziehung wirklich an das Obergericht gewendet, und dieses soll auch seinen Entscheid gegeben haben. Dit., Sie sehen also, das der Große Rath über diesen ersten Punkt durchaus nicht zu verfügen bat. Der gleiche Fall ift es auch in Bezug auf ben zweiten Beschwerdepunkt, welcher ebenfalls unbegründet ift. Durch das vorhin von dem Tit. Herrn Schultheißen Escharner angeführte Defret vom 29. Juni 1832 ist der Regierungsrath ohne 3weifel befugt gewesen, den Herrn Ochsenbein in diesem Geschäfte zum außerordentlichen Untersuchungsrichter zu ernennen, wie denn auch früher schon mehrmals dergleichen außerordent= liche Untersuchungsrichter ernannt worden sind, namentlich bei den Reaftionsprozeduren, und herr Zeerleder istda durch feines= wegs feinem natürlichen Richter entzogen worden, was nur dann ber Fall ware, wenn er feiner Zeit durch ein anderes, als das Obergericht von Vern würde beurtheilt werden; er wird aber durch dieses Gericht beurtheilt werden, und herr Ochsenbein ist nicht urtheilender Richter, fondern nur Untersuchungsbeamter. Es ift also die Beschwerde über dessen Aufstellung, und daß Herr Zeerleder seinem natürlichen Richter entzogen werde, un= begründet. Ich schließe demnach zum Antrage des Regierungsrathes.

Straub. Tit., es feien mir noch einige Bemerkungen liber diesen Gegenstand erlaubt. Sch habe auch schon die Ehre gehabt, außerordentlicher Untersuchungsrichter zu sein; aber alsdann war die Spezialunterfuchung bereits durch den fom= petenten Richter erkannt. hier ift bas gang anders gegangen. Hier hat man einen außerordentlichen Untersuchungsrichter schon für die Voruntersuchung bestellt, welche-von dem Regierungsstatthalter gemacht werden follte. Der nämliche außerordentliche Untersuchungsrichter hat dann nachher auch die Spezialuntersuchung erkannt. Ich glaube nun, daß wenn einmal die Spezialuntersuchung erkannt war, dann der Regierungsrath das Recht hatte, einen außerordentlichen Untersuchungsrichter dafür zu ernennen; aber der Regierungsrath hatte nicht das Recht, dem Regierungsstatthalter ju Führung der Voruntersuchung Semanden beizuordnen, der dann später die Spezialuntersuchung von sich aus erkennen konnte. Wenigstens mußte ich bezweis feln, daß das angerufene Gefet dem Regierungsrathe biefes Recht giebt. Ferner ift der Untersuchungsrichter im vorliegen= den Falle gewählt worden auf den Antrag der Dotationskom-mission. Diese aber war mehr oder weniger Partei, und so follte ich glauben, daß nicht auf ihren Antrag der Untersuchungsvichter hatte gewählt werden follen. Dadurch, daß dieser außers ordentliche Untersuchungsrichter von sich aus die Spezialunters fuchung erfannt hat, hat derfelbe ein Richteramt ausgeübt, und diefer Entscheid fam einzig dem tompetenten Richter zu. Hierin nun ift gefehlt worden, benn von einem folchen außerordent= lichen Richter wissen weder Verfassung noch Gesetz. Ein folcher Untersuchungsrichter wäre sonst ein viel zu gewaltiger und all-mächtiger Mann. Sch müßte mich dem Antrage des Herrn Schultheißen v. Zavel anschließen und wünschen, daß man unterfuche, ob eigentlich die Prozedur in den Formen geführt worden sei, wie die Gesetze sie vorschreiben.

3 aggi, Oberrichter. Der Schlufantrag des herrn Schultheißen v. Tavel veranlaßt mich, einige gang furze Bemerkungen beizufügen. Die Organisation des Gerichtswesens vom Sahre 1832 hatte dem Obergerichte in Freilassungsfragen einen bedeutenden Spielraum gelassen, indem dasselbe noch mährend des Laufes der Untersuchung die Freilassung erkennen konnte. Dieses geschah z. B. in Betreff der in die Reaktionsprozedur verwickelten Personen, worüber man jett, nachdem diefe Sache fo lange gedauert hat, sehr froh sein muß. Nachher aber hat man für gut gefunden, dem Regierungsrathe das Recht zu geben, den Regierungsstatthaltern für die Voruntersuchungen, und den Gerichtspräsidenten für die Hauptuntersuchungen Anleitungen zu ertheilen. Hiedurch, und zwar durch den §. 23, wurde die Befugniß des Obergerichts in dieser Beziehung sehr erschwert, dahin nämlich, daß wenn Jemand unter einer Kriminalklage liege, welche möglicher Weise eine höhere Strafe zur Folge haben könnte, dann das Obergericht die Freilaffung nicht vor dem Schlusse der Untersuchung aussprechen dürfe. Schon frühzeitig reklamirte das Obergericht gegen diesen S., allein seine Reklamation wurde nicht beachtet. Da aber das Obergericht seine Besugnisse hiedurch für allzusehr beengt glaubte, so reklamirte es nunmehr beim Großen Nathe gegen den §. 23. Ein Miggeschick waltete ob, daß diese Reflamation nicht vor bie Ohren des Großen Rathes gelangte, sondern eines Tages, wo zufälliger Weise feine Mitglieder des Obergerichtes da waren, extheilte der Große Rath Diefer Unweifung Gefetestraft. Das, Tit., ist nun von sehr bedenklichen Folgen, und ich könnte Spezialfälle anführen, wo das Obergericht diesen Uebelstand sehr lebhaft gefühlt hat. Erst neulich ließ daher das Obergericht zu Handen des Großen Rathes ein Schreiben drucken, damit endlich eine Modifikation jenes §. 23 eintrete, fo daß dieser Gegenstand hoffentlich wohl einmal zur Sprache kommen wird. Lehthin nun langte von Seite mehrerer Verwandten und Freunde des herrn Alt-Rathsherrn Zeerleder das Gefuch beim Obergerichte ein, daß doch dem Untersuchungsrichter Beschleunigung der Sache empfohlen werden möchte. Das Obergericht kannte natürlich den Stand der Untersuchung nicht näher, jedoch schickte es das Gesuch dem Untersuchungsrichter zu, da-mit er das Mögliche zu Beförderung der Sache thue. Alfo, Tit., ist eigentlich bereits geschehen, worauf herr Schultheiß v. Tavel angetragen hat.

Marti, Oberrichter. Ohne in das Für und Gegen einzutreten, möchte ich Sie nur warnen, Tit., dem Schlußantrage des Herrn Schultheißen v. Tavel beizupflichten, indem er anträgt, in dieser speziellen Sache untersuchen zu lassen, wie die Prozedur geführt worden sei, und dann den Herrn Altscherrn Zeerleder freizulassen. Das, Tit., kann nicht sein. Würde Herrn Seerleder freizulassen. Das, Tit., kann nicht sein. Würde Herr Schultheiß v. Tavel darauf angetragen haben, daß man den oberwähnten fatalen §. 23 überhaupt aushebe, so wäre es etwas Anderes, und dann würde ich ihm sehr gerne beipflichten. Entweder nuß Herr Altscherr Zeerleder, wie ieder andere in ähnlichem Falle Begriffene, nach der Vorschrift des §. 23 im Verhafte bleiben dis zum Schluße der Untersuchung, oder aber, man nuß vorher den §. 23 überhaupt ausmerzen. Sch müßte also für meine Person zum Antrage des Regierungstrathes stimmen.

- v. Tavel, Alt-Schultheiß, erklärt berichtigungsweise, daß er nicht angetragen habe, ben Herrn Alt-Rathsherrn Zeerleder freizulassen.
- v. Morlot. Ich, Tit., halte den Antrag des Herrn Allt-Schultheißen v. Tavel der Würde des Großen Rathes und der Humanität angemessen; aber noch mehr, er ist wahrhaft konstitutionnel, darum stimme ich dafür.
- v. Sinner. Nicht bloß im Interesse der Humanität müßte ich für den Antrag des Herrn Alt-Schultheißen v. Tavel stimmen, sondern auch im Interesse des Fistus. Herr Zeerleder sprang einmal zum Fenster hinaus; das war nicht nur fein kluger Schritt, sondern noch viel weniger ein kluger Sprungz es war ein Zeichen von Alienation. Wenn nun in Folge der langen Gefangenschaft Herr Zeerleder wieder in einen solchen Zustand gerathen sollte, so würden dann seine allfälligen Bekenntnisse durchaus keinen Werth haben; also muß man suchen

diesen Mann beim gesunden Verstande zu behalten, damit seine Bekenntnisse Gultigkeit haben, und der Fiskus wieder zu dem gelangen könne, was ihm gehört.

Es handelt sich in diefer Sache nicht bloß um einen Partikularen, der sich herr Zeerleder nennt, sondern um eine Grundlage der personlichen Sicherheit und um eine Grundlage der Verfassung, welche wir erst vor wenigen Tagen in großer Zahl neu beschworen haben. Ferner handelt es sich noch um ein anderes sehr schätzbares und verfassungsmäßiges Recht, das Recht der Petition, darum also, zu wissen, ob dieses Recht bloß illusorisch sein soll, oder ob ihm irgend eine Rea-lität zum Grunde liegt. Der Vortrag betrifft eine vom Dez. vorigen Jahres datirte Eingabe mehrerer sehr achtbarer Männer, welche sich an den Großen Rath wenden, um einem Manne, der nach ihrer Ueberzeugung auf illegale Art gefangen worden ist und auf illegale Art in fortdauerndem Verhafte gehalten wird, die Freilaffung auszuwirken. Diese Eingabe enthalt zwei Hauptpunfte; sie betrifft zuerst den Beamten, welcher in dieser Sache gehandelt hat, und zweitens die Verhaftung felbst. Rücksichtlich des ersten Punktes glauben die Petenten, den Großen Rath darauf aufmerksam machen zu sollen, daß da ein außer-ordentlicher Untersuchungsrichter aufgestellt worden ist, von welchem weder Versassung noch Gesetz etwas wisse. Die Verfassung fagt, daß Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden foll, und zugleich werden darin auf der andern Seite alle Beamte und Gerichtsstellen aufgezählt, welche verfassungs= gemäß existiven sollen und durfen, und gefagt, daß außer diesen teine anderen aufgestellt werden sollen. Run haben wir für die Voruntersuchungen den Regierungostatthalter. Dieser hat die Befugniß, wenn ivgend eine Unzeige von begangenen Verbre= chen oder Vergehen an ihn gelangt, Arrestationen zu verfügen, die Voruntersuchungen vorzunehmen und nachher die Akten dem eigentlichen Richter zur Vornahme der Hauptuntersuchung zu überweisen. Das ist die Grundlage unsers gerichtlichen Ver= fahrens bei Einleitung von Kriminalprozeduren. Nun ist es allerdings richtig, daß in verschiedenen Fällen der Regierungsrath außerordentliche Untersuchungsrichter ernannt hat. Dieß geschah im Sahr 1832 bei Anhebung der Reaktionsprozeduren, wo es schlechterdings nicht möglich gewesen wäre, daß der Ge= richtsprässdent von Bern allein diese Prozeduren verführe. Allerdings wurde damals der Regierungsrath durch ein Defret ermächtigt, dem Gerichtspräsidenten von Bern Beihülfe zu geben; aber dieses Defret sagt zugleich, der Regierungsrath solle denn nach einem Sahre Bericht erstatten über diejenigen Berfügungen, welche er diesem Dekrete gemäß getroffen habe. Ob dieser Bericht je erstattet worden oder nicht, mag für jetzt dahingestellt bleiben; soviel ist richtig, daß der Regierungsrath damals solche außerordentliche Untersuchungsrichter oder Adjunkten des Gerichtspräsidenten ernannt hat. Diese Adjunkten waren aber jedes= mal nur für ein Jahr ernannt, und für die gedachte Reaktionspro= zeduren ernannte der Regierungsrath mehrentheils Gerichts= präsidenten anderer Amtsbezirke als Beigeordnete des Gerichts= präsidenten von Bern. Schon darin zeigte man, daß ein folcher beigeordneter Untersuchungsrichter die nämlichen Eigenschaften haben folle, wie der Gerichtspräsident felbst, indem der Regierungsrath, gleichsam um nicht folche Untersuchungsrichter von sich aus zu ernennen, sich an diesenigen Ernennungen hielt, welche gesetzmäßig von Regierungsrath und Sechszehnern, gemacht worden waren. Später hat der Regierungsrath in einzelnen Fällen allerdings auch einen Untersuchungsrichter angestellt; aber die Hauptrequisite zu Ernennung folcher Untersuchungsrichter find nie aus den Augen gesetzt worden, bis im bor= liegenden Falle. Ein solches Hauptrequisit für einen Gerichts= präsidenten ist das angetretene 29. Altersjahr. Als die Ernenmung des Herrn Ochsenbein zur Sprache kam, wurde bereits darauf aufmerkfam gemacht, daß er diese Eigenschaft nicht bestitze, und nach der Ernennung erhoben sich viele Stimmen öffentlich und sonst dagegen. Die Sache ist nie kontestirt worden, und ich will erwarten, ob man sie heute kontestiren will. Ein anderes Requisit will, daß ein Gerichtspräsident oder Unterfuchungerichter nicht zugleich die Geschäfte eines Anwalds mache. Herr Ochsenbein hat aber noch feit seiner Ernennung fort= gefahren, feinen Geschäften als Anwald obzuliegen; er ift unge-

achtet der ihm übertragenen Untersuchung gegen einen alten gebrechlichen Mann immerfort feinen eigenen Geschäften zu Biel und zu Nydau nachgegangen, und es kann nachgewiesen werden, daß mahrend eines nicht langen Zeitverlaufes herr Ochfenbein 25-28 Tage in Privatgeschäften abwesend war. Diefes Faktum, Tit., ist richtig, und dieß ist im bestimmten Widerspruch mit dem Gesetze. Ein noch viel größerer Uebelstand aber, weicher übrigens schon vorhin gerügt worden ift, liegt darin, daß herr Ochsenbein ernannt worden ift auf den Antrag der Dotationskommission felbst. (herr Negierungsrath Kohler stellt dieses in Abrede.) Das steht im schriftlichen Bortrage felbft, Sit., wenn man diesen fälschen will, so kann man es thun. ift nun die Stellung der Dotationskommission in Diesem Geschäfte? Es sei mir erlaubt, hiefür gang turg an dassenige gu erinnern, was in den letzten Zeiten in dieser hinsicht geschehen ift, und meine Data zu nehmen aus dem gedruckten Berichte der zu Erörterung der Dotationsangelegenheit niedergefesten Kommission, welcher im Laufe des vorigen Jahres hiehergeschickt worden ift. Mit diesem Berichte hat es eine eigene Bewandtnis. Er wurde von der Dotationsfommission zwar allen Mitgliedern des Großen Rathes zugeschickt, aber ich berufe mich auf den abgetretenen Herrn Landammann, daß er nie offiziell dem Hrn. Landammann überwiesen worden ist, und ich, gewesener Staatsschreiber, bekam sogar einen Vorwurf, weil ich den Vericht nichtsdestoweniger auf die Traktanden gesetzt hatte. Dem mag sein, wie es will, der Bericht ist von der Dotationskommission erlassen worden und an alle Mitglieder gekommen. Was ist nun jeht der Standpunkt, den uns die Kommission selbst in diesem Berichte angiebt? Auf S. VIII des Vorwortes findet sich der Kommission vom Regierungsrath gegebene Auftrag so dargestellt: "Zur Erörterung der noch nicht oder nicht völlig aufgeklärten, im gedruckten Berichte, S. 246 und fig. bezeichneten acht Punkte, so wie der weitern, im Berlaufe der Erörterung sich herausstellenden Gegenstände alle gesetzliche Mittel in Unwen dung zu bringen, und je nach dem Ergebnisse und nach der Natur des Gegenstandes entweder die Sache in Verbindung mit den übrigen Reklamations = und Erfatforderungen vor den kompetenten Nichter zu bringen, oder solche der zuständigen Behörde zu Einleitung einer Voruntersuchung zuzustellen, oder endlich über dieselbe Bericht an den Großen Rath zu erstatten. Ferner wird gefagt: "Hierdurch hatte die Kommission allerdings eine sehr ausgedehnte Kompetenz erhalten, aber es wurden ihr jugleich auch die bestimmtesten Grenzen ihrer Thätigkeit ange-wiesen. Namentlich sollte sie, wenn eine Kriminalanklage noch-wendig werden würde, im Namen des Staates zwar die An-zeige machen, dann aber, gleich jedem Privatankläger, das Gefetz walten lassen und die Untersuchungsbehörde auf keine Weise durch Anmuthungen einer Art in ihrem Wirkungsfreise beein-Mun, Sit., hatte die Dotationsfommiffion in der trächtigen." Folge ein Prozesverfahren eingeleitet gegen die burgerliche Berwaltung einerseits, und andrerseits war sie bei ihren Unter suchungen auf Data gestoßen, welche sie bewogen, dem Regie-rungsstatthalter von Bern eine Anzeige einzugeben gegen Synalt-Rathsherrn Zeerleder, und zwar auf Entfremdung von Staatsvermögen, woranf derfelbe vorläufig in Verhaft gefett wurde. Es sei mir erlaubt, über diesen Gegenstand vorläufig etwas anzubringen. Im Sahre 1798 beim Eindringen der französischen Armee war unter Anderm eine der wichtigsten Angelegenheiten der frangofischen Generale und Kommissäre, daß sie die Hände über alle Kassen der Regierung schlugen und sich alles Staatsvermögens zu bemeistern suchten. So wurden auch die fämmtlichen Schuldschriften der Regierung mit Beschlag belegt oder behändigt. Damals nun brachte es ein Mann, der sich späterhin nicht bloß durch sehr große Geschäftskenntniß in Finanzsachen, sondern auch durch Patriotismus und Muth, hervorzustehen, wo es um allgemeine Interessen des Vaterlandes zu thun war, ausgezeichnet hat, nämlich der nachherige Ober-amtmann von Pruntrut, Herr Jenner, durch Unterhandlung mit den französischen Behörden dahin, daß man ihm die sämmtlichen mit Beschlag belegten oder behändigten Schuldschriften der Regierung gegen baare Summen auslieferte, welche Summen einerseits oftensibel an die frangösischen Behörden bezahlt werden mußten, andverseits aber in die Hände der Machthaber ut der Armee fonohl, als in Frankreich flogen. Eine Folge ba

von war, daß ein Theil des Staatsvermögens gerettet und der helvetischen Regierung eingehändigt wurde, und daß es später bem nämlichen herrn Senner mit Beihülfe einiger anderer Männer gelang, noch mehrere beträchtliche Geldsummen den franjösischen Machthabern zu entziehen, über welche dann im Sahre 1821 der abgetretenen Regierung Rechenschaft abgelegt worden ift. Nun follte man glauben, daß ein foldes Benehmen Lob verdiene, und zwar sowohl für diejenigen, welche es gethan, als auch für diejenigen, welche bloß helfend dazu beigetragen haben. Einer ber letztern ift nun eben der verhaftete Herr Allt-Rathsherr Zeerleder. Derfelbe hatte von Seite des herrn Senner den Auftrag erhalten, als Banquier von diesen Staatsschuldschriften zu veräußern und ihm, Herrn Jenner, persönlich darüber Rechnung abzulegen, indem Herr Jenner der einzige war, welcher direkt in diesen Sachen verhandelte. Run ist Herr Jenner schon von der helvetischen Regierung seines Benehmens wegen belobt worden, und im Sahre 1821 wurde nicht bloß er wiederum, sondern auch Herr Zeerleder von der abgetretenen Regierung besobt, und es wurde diesen beiden Herren eine gänzliche Entsadniß in Betreff dieser Sache zugestellt. Diese Entsadniß glaubte jett Herr Zeerleder geltend machen zu können; er glaubte, nicht im Falle zu sein, über Sachen, welche in den Jahren 1798 und 1799 verhandelt worden, Rede und Antwort geben ju muffen, sondern lediglich die Entladniß und Belobung der frühern Regierung vorweisen zu konnen. Gine der merkwürdigsten Cachen in ber gangen Prozedur ift nun die, daß über das meritum diefer bon herrn Beerleder gemachten Einwendung bis auf die jehige Stunde keine Entsicheidung statt gefunden hat. Das Amtsgericht erklärte sich inkompetent, weil die Sache noch in Voruntersuchung liege. Schon an fich ift es etwas eigenes, daß eine Frage Diefer Art nicht fonnte ju irgend einem Entscheide fommen, und daß Br. alt-Rathsherr Zeerleder nach 11/2 Sahren von Neuem verhaftet wurde. Uebrigens ergiebt fich, daß die gange Untersuchung auf Berhandlungen geht, die vor bald 40 Sahren ftatt gehabt haben. Ob fest in irgend einer andern Legislation als in der hiefigen man glaubt, daß nach 40 Jahren man Rete fiehen folle für alles Damals Verhandelte, — dieß ist eine Frage, welche sich Sedem aufdringen muß. Wie mancher sitt hier, der nicht in Vertegenheit fame, wenn er über Sachen, die er bor 40 Sahren gemacht, Rede und Antwort geben follte? Es fei mir nun erlaubt, noch aus einigen Stellen bes Berichtes ber Dotationstommiffion zu zeigen, wie diefe bie Gache anfah. Rachdem Dieselbe im Vorworte gesagt hat, was ihr Pensum sei, nämlich wenn eine Kriminalanklage noihwendig werden würde, im Namen bes Staates zwar die Anzeige zu machen, dann aber Das Gefets walten zu laffen u. f. w., fiellt fie Die nämliche Un-ficht in ihrem ersten Berichte an den Großen Rath vom 17. Nov. 1836 auf, indem es auf E. 14 heißt: "Die von der Kommif-fion beschlossene Anzeige gegen Herrn E. Zeerleder wurde den 8. Mai biefes Jahres bem Herrn Regierungsstatthalter von Bern eingereicht." Indessen hat diese Ansicht der Kommission, daß nämlich sie bloß die Anzeige zu machen habe, später geandert. In ihrem dritten Berichte an den Großen Rath vom 15. Juni 1837 fagt fie (S. 26): " Thre Kommission fand für nöthig, auch die Entscheidung des Obergerichts über diese Frage zu provociren, und legte daber ben 15. Mer; den Refurd gegen jenes Inter= locut ein." Nachdem also früher die Dotationstommission fagte, fie habe eine Anzeige gemacht, damit die Sache vom betreffenben Richter weiter untersucht werde, fagt sie nun hier, sie habe nöthig gefunden, den Rekurd zu erklären. Also ist die Dotationskommission nicht bloß Anzeigerin, sondern auch Partei, denn nur eine solche kann den Rekurs erklären. Weiter zeigt die Rommiffion, baß sie auch Ankläger ju fein glaubte. Denn unterm 19. Augst 1836 schreibt sie an ben Gerichtspräsidenten von Vern (S. 31): "Die Aufgabe des Anklägers kann keine andere fein als die, die Bedingungen zu beweifen, welche zum Dafein eines angeschulbigten Berbrechens gehören. Und weiter unten an der nämlichen Seite fagt fie noch: "... es fich leicht Altio da bat fich die Kommission, nachdem sie zuerst vine bloße Anzeige gemacht hatte, ausdrücklich zur Gegenpartei gemacht. Weiterhin findet fich wiederum ein fonderharer Um=

stand. Nachdem die Kommission zuerst als Anzeigerin und dann als Antlägerin aufgetreten, findet fich aus dem ganzen übrigen Theile der Aften, welche dem gedruckten Berichte als Beilage angefügt find, daß diese Kommission zugleich auch die Leiterin war der ganzen Prozedur. Sie korrespondirte mit der Justizsektion und mit dem Herrn Gerichtspräsidenten von Bern, sie fagte ihnen, wie sie glaube, daß diese Sachen geleitet werden sollen, und sie, die ausgerüstet war mit den Bollmachten des Großen Rathes, verschaffte sich sicher auch den gehörigen Respekt bei denen, von welchen sie glaubte, daß dieselben in der De= pendeng vom Großen Rathe fich befinden. 2118 Beweis, daß das nicht blos beiläufig gefagt ift, führe ich eine Stelle aus dem am 13. Dezember 1836 von der Dotationskummission an die Justizsektion erlassenen Schreiben an. Es heißt nämlich auf S. 57 des Berichtes: "Da auf unsere dem hiefigen Regie-rungsstatthalteramte ertheilte Anzeige stattgehabter Entfremdung von Staatsvermögen durch eine genannte Person, Bersiegelung und Beschlagnahme der Papiere, so wie Verhaftung und Untersuchung dieser Person erfolgte, so fann - ungeachtet der vorgeschüften Einrede des Herrn Ludwig Zeerleder — über Die Natur Diefer Sache feinen Augenblick ein Zweifel obwalten; sie ist und bleibt bis zur definitiven Entscheidung durch das oberfie Richteramt eine Kriminalsache." Also, Sit., erklärt die Dotationskommission die Sache für eine Kriminalfache. Ebendaselbst heißt es weiter: "Darum protestiren wir auch gegen die Mittheilung der Untersuchungsaften an Herrn Zecrleder, insofern sie nicht die Bezeichnung der Anklagepunkte bezweckte. Sie sehen also, Dit., daß die Dotationskommission sogar gegen ben Richter protestiet hat. Das ist ein gerichtliches Verfahren, von welchem man gewiß in wenigen Ländern eine Motig bat, und welches da, wo die Richter sich streng an Formen halten, hinreichen würde, bas gange Berfahren zu kaffiren und in eine neue Untersuchung ju weisen. Denn auf ber einen Seite einen Ungeiger zu feben, der zugleich Unkläger ift und die Prozedur leitet und dann noch obendrein den außerordentlichen Richter vorschlägt, - das ist wohl ziemlich unerhört. Nunmehr, Tit., nachdem die Sache auf diese Art eingeleitet worden, und nachbem herr Zeerleder von dem herrn Regierungsstatthalter fei= nes ersten Berhaftes entlassen worden war, wurde derfelbe im Nov. vorigen Sahres neuerdings in Verhaft gefeht, und er ift feit dieser Zeit bereits über 3 Monate lang barin verblieben. Es fragt fich also jest: Sind wir wirklich in der Lage, worauf man deuten wollte, daß wenn ein Untersuchungsrichter ernannt worden, man den Inquisten seiner Willkühr Preis giebt? Ik keine Aufsicht darüber? Kann von keiner Seite eingeschritten werden? Bit es eine ausgemachte Sache, bag, ba nun einmal Berr Ochsenbein den Verhaft verhängt hat, er ihn verlängern kann, bis es ihm gefallen mag, zu erkennen, daß die Akten endlich komplett feien? Sat auch das Obergericht bis dahin fo gang gebundene Hande? Das ware eine folche Absurdität, daß ich es mir nicht denken kann. Wir haben in unsern In-flitutionen unter andern auch die, daß der Polizeisektion die Aufsicht übertragen ift über die hiefigen Gefangenschaften, und bem Bernehmen nach werden die Gefangenschaften wirklich auf eine fehr löbliche Weise vom Herrn Präsidenten und den Mitgliedern der Polizeiseftion besucht, und fie erkundigen fich bann nicht blos, wie die Gefangenen gehalten find, fondern auch gar oft, wie lange einer gefangen fite; und ich glaube fogar, es liege in den Attributen Diefer Behorde, bag, wenn fie glaubt, eine folde Saft verlängere fich durch Fahrläffigfeit ober andere Umstände allzusehr, sie bei den betreffenden Behörden Erkun-digungen einziehe. Solche Erkundigungen sind schon oft ein= gezogen worden. Run aber trifft es sich hier fataler Weise, daß der Herr Prafident der Polizeisettion zugleich auch das Prafidium führt von der Dotationstommiffion und mithin Untläger ift, also nicht das Interesse hat, daß der Angeklagte möglichst bald auf freien Fuß gesetzt werde, sondern als Ankläger vielleicht eher ein Interesse hat, daß die Saft verlängert werde. ordentliche Behörde besteht, die so eine Art fac totum in ihrem Setretar hat, welcher eine nicht unbedeutende Befoldung für diefe

Sache bezieht, und welcher fich zugleich Anwald diefer Kommission nennen läßt; so wird demselben menschlicher Weise mehr daran gelegen sein, die Sache zu verlängern, als sie zu beschleunigen. Eben so, wenn ein ordentlicher Gerichtsprässen seine Geschäfte so bald als möglich abthut, wird ein außerordentlicher Richter, welcher per Tag bezahlt ist, nicht gerne dem Zeitpunkte entgegensehen, wo diese Taggelder aushbören. Ich will damt Riemandem zu nahe treten, aber das sind menschliche Schwachbeiten und iedenfalls sind die anaesisseren Umbard seiche die beiten, und jedenfalls find die angeführten Umftande folche, die fich eben hier vorfinden. Diefen Umftanden foll man hier Rechnung tragen, besonders da die Verhaftung des herrn Zeerleder bereits schon im vierten Monate dauert. Es ist zwar nicht der Fall, hier näher einzutreten und einen Schleier zu lüften, der noch dicht auf dieser Sache liegt. Allein es sei mir doch erlaubt, einige weitere Facta anzuführen. Nachdem man eine Anklage gegen Herrn Alt-Rathsherrn Ludwig Zeerleder auf Entfremdung von Staatsvermögen eingereicht hatte, wurde dem Angeklagten seiner Zeit eine Art von Anklageakt mitgetheilt, welcher dahin gieng: Es finde sich auf dem Inventarium der Zinöschriften des Staates von 1799 eine Summe von 14 Mill.; nun aber habe man fpater gefunden, daß eine geringere Summe vorhanden oder der helvetischen Regierung übergeben worden fei; und daraus werde gefolgert, daß mithin, objektiv betrachtet, eine Unterschlagung erwiesen sei, und zwar scheine Herr Zeersleder dazu geholsen zu haben, so daß also eine Entstramdung von bernischem Schahgelde in hohem Grade wahrscheinlich sei. Herr Zeerleder erklärte nun zuerst, er habe blos aus Aufträgen des Herrn v. Jenner als Banquier gehandelt und sei also Niemandem Rede und Antwort schuldig, besonders, da er von der abgetretenen Regierung eine vollkommene Entladniß erhalten habe. Als er später sah, daß er sich hier auf keine gesetzliche Formen stützen könne, um seine Freiheit wieder zu erlangen; so wollte er lieber gezwungen und gedrungen auf alle die an ihn gemachten speziellen Fragen eintreten. Bor Allem aus zeigte es fich, daß wenn gleich im Sahre 1798 eine viel größere Summe an Schuldschriften vorhanden war, als sich aus der jur Sand gebrachten und der helvetischen Regierung abgelegten Rechnung ergab, deswegen noch keine Unterschlagung statt ge= funden habe. Bielmehr hat es sich gezeigt, daß der Sekretär der Dotationskommission, welcher die Anklage gemacht hat, nicht viel Kenntniß hat von dem, was fremde Fonds sind, indem er biefelben alle al pari anschlug, während diese Konds sämmtlich viel niedriger standen. Man hat ferner Herrn Zeerleder zur Last gelegt, daß gewisse Schuldschriften von ihm versilbert worben feien, und er follte nun Rede und Antwort über das Geld geben. Um das weiter zu erörtern, hat man nicht blos in fast alle Theile der Welt geschrieben, um zu wissen, wer ehemals im Komptoir des Herrn Zeerleder angestellt gewesen, mit wem diefer in Rechnungsverkehr gestanden te.; sondern man hat so= gar folche Angestellte des herrn Zeerleder zur Berantwortung gezogen, welche wegen begangener Falfa kriminalisert waren. Das, Tit., sind die schweren Indicien, welche gegen Herrn Zeerleder walten. Herr Zeerleder hat es endlich dahin gebracht, daß unwiderlegliche Beweise in Betreff der Berwendung aller Gelder vorgelegt worden sind, welche damals durch feine hande gegangen; es hat sich, beiläufig gesagt, gesunden, daß der hets verischen Regierung zwei Nechnungen abgelegt worden sind, und daß diese beide Rechnungen passirt hat, eine oftensible nämlich, in welche alles aufgenommen wurde, was zur öffentlichen Kunde gebracht werden follte, und eine andere, auf welcher diejenigen Summen standen, von denen ich oben geredet habe, nämlich die an die damaligen französischen Generale und Machthaber bezahlt werden mußten, indem sich jedes Kind denken kann, daß eine Auslösung der Schuldtitel ohne bedeutende Aufopferungen nicht wohl möglich war. Ungeachtet beffen dauert der Verhaft noch immer fort, weil der Untersuchungsrichter glaubt, daß möglicher Weise noch andere Dokumente zur hand gebracht werden sollen. Allein diefe Affen würden fich nicht sowohl auf herrn Zeerleder, als vielmehr auf die Dotationsangelegenheit überhaupt beziehen, und da muß ich dann fragen: Soll man wegen Beibringung diefer für die Dotationsangelegenheit nothwendig geglaubten Dofumente den Beschluß der Untersuchungsaften gegen herrn Zeerleder so lange verzögern? Sa, Sit., das kann noch 3—4 Mo-nate, ja noch länger als ein ganzes Sahr gehen, indem man

einen großen Theil dieser Aften gar nie wird zur Stelle bringen können. Was ist nun zu thun, Tit.? Ein Mitglied des Obergerichts hat uns gefagt, daß das Obergericht beim besten Willen durch den §. 23 der Anweisung für die Richter gebunden sei. Dieser §. lautet: "Personen, die wegen eines schweren Versbrechens oder Vergehens in der Untersuchung sind, dürsen, selbst gegen Sicherheitsleistung, nie in Freiheit gesetzt werden, bis die Aften von dem Obergerichte als vollständig anerkannt worden, und in diesem Falle nur dann, wenn der gegen sie geführte Beweis nicht hinreicht, um sie zu einer Buchthaus= oder zu einer noch höhern Strafe zu verurtheilen." — Dieses, Tit., ist also der S., welcher das Obergericht binden foll. Das Obergericht hatte früher für folche Fälle ein Regulativ erhalten, was durch diese Anweisung nicht aufgehoben worden ist, nämlich die Instruftion vom 3. Dezember 1831, und da heißt es im §. 29: "Gedenkt eine eingezogene Person um Entlassung aus dem Verhafte nachzusuchen, so muß sie ihr Begehren dem Richter eröffnen, welcher vor Anhebung der Hauptuntersuchung an das Justiz= und Polizeidepartement, und nach Anhebung derselben an das Obergericht darüber berichten foll." Wenn also ein Berhafteter sich an das Obergericht um Freilassung wendet, so hat das Obergericht darüber zu untersuchen und zu entscheiden. Gesett aber auch, der zuerst angeführte §. 23 sei bindend, so fragt es sich: ist er im gegebenen Falle bindend? Ist die gegen Herrn Zeerleder erhobene Anklage von folcher Art, daß man sagen kann, er sei wegen eines schweren Vergehens oder Ver-brechens angeklagt? Das könnte noch negirt werden und ist jedenfalls Gegenstand der Untersuchung. Die ganze Anklage ist nichts als eine beglaubte Entfremdung von Staatsvermögen, welche vor 38 Jahren geschehen sein soll. Da steht es also beim Obergerichte, darauf naber einzutreten und zu entscheiden. Ueber die ganze Angelegenheit wäre noch fehr viel zu fagen. Herr Schultheif v. Zavel hat Ihnen gesagt, die Sache mache viel Senfation im Inlande und im Auslande, aber nicht blos, weil sie einen angesehenen Mann, einen Greis, einen Bürger betrifft, der fich große Berdienste um dem Staat erworben, fondern wegen aller Unförmlichkeiten, welche von Anfang bis auf die jehige Stunde fortwährend statt gefunden haben. Deswegen, Tit., muß man wünschen, daß zur Ehre der Republik dem Unwesen bald ein Ende gemacht werde, und zwar auf eine Aut, wie es dieser Versammlung würdig ist. Ich will Ihre Control wicht ihren Schulb wicht isteren wieler der Schulb wieler ihren Schulb wieler ist ist werden. Geduld nicht langer mißbrauchen, sondern darüber einen schrift= lichen Antrag einreichen; er lautet: Es möge der Große Rath chitweder a. heute eine Verfügung treffen und in diesem Kalle 1) seine Mißbilligung über die in dem Verfahren gegen herrn Beerleder begangenen Verftope gegen bestehende Gefete ausfprechen; 2) der Dotationskommission sein Mißfallen über ihr Einschreiten in den Untersuchungsprozeß nach geschehener Un= hebung desselben bezeugen; 3) dem Obergerichte auftragen, daß es sich ohne Verzug die Untersuchungsaften vorlegen lasse und entscheide: ob die Verhaftung des Herrn Zeerleder noch länger fortdauern foll, oder ob dieselbe aufzuheben sei; oder b. eine Kom= mission ernennen, um von der Lage der Prozedur und den damit verbundenen Umständen Kenntniß zu nehmen, und in einer zu be= stimmenden Frift, jedenfalls noch in diefer Seffion, dem Großen Rathe Bericht zu erstatten. — In diesen Antragen liegt durch= aus nichts, das irgend ausgedeutet werden konnte, als ob der Große Rath in das gerichtliche Verfahren einschreiten wollte, sondern die Annahme derfelben wäre lediglich Folge des Oberaufsichtsrechtes, welches dem Großen Rathe über das ganze Gerichtswesen zusteht, andererseits die Folge des an den Großen Rath gerichteten Ansuchens. Endlich, Zit., bitte ich, nicht aben Augen zu lassen, daß der Große Rath hier in einer sehr delikaten Stellung ift, indem er der Bollmachtgeber ist an die Dotationskommission, welche in seinem Namen als Ankläger aufgetreten. Wenn baber je Zweifel über die Sache obwalten, fo foll sich der Große Rath wohl hüten, auch nur den Schein auf sich zu laden, als verfahre er, selbst als Kläger, nicht auf die allerunparteiischste Art in Ausübung der ihm zukommenden verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten,

Stettler. Wenn nicht die Ansicht geäußert worden wäre, daß, weil der Herr Präsident der Polizeisektion zugleich auch Präsident der Dotationskommission sei, auf Herrn Alt-Raths.

bern Zeerleder vielleicht nicht die gleiche Rudficht genommen werde, wie auf alle andern Gefangenen, fo würde ich mich ent= halten, das Wort zu ergreifen. Die Polizeisektion ift verfaffungs= gemäß mit der Aufsicht über die Gefangenen beauftragt. Alle Gefangene find ihr gleich, fie nimmt auf Alle gleiche Rucksicht, und so ist von ihr gegen Herrn Zeerleder die nämliche Rückficht geübt worden, wie gegen alle andere Gefangene. Ob gerade der Berr Prafident der Polizeisektion den Berrn Zeerleder in feiner Gefangenschaft besucht hat, weiß ich nicht; aber bas weiß ich, daß ich dort gewesen bin, so wie andere Mitglieder der Polizeisektion auch, und ich mußte mich überzeugen, daß man, so viel es mit der Stellung eines Gefangenen verträglich war, gefucht hat, ihm feine Lage so wenig peinlich als möglich zu machen. Ob der herr Präsident der Polizeisektion zugleich Präsident der Dotationskommission sei oder nicht, ist den übrigen Mitgliedern der Polizeisektion ganz gleichgültig, und ich kann versichern, daß die Polizeisektion in diefer Beziehung auch feinen Schein von Vorwurf verdient. Ueber die Sache felbit will ich mir keine Bemerkung erlauben; ich kenne die Prozedur nicht, und was ich nicht fenne, darüber erlaube ich mir fein Urtheil. Eine einzige Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: wenn gefehlt worden sein follte, so liegt der größte Fehler sicher nicht an den Behörden, fondern in der mangelhaften Prozeßordnung, welche wir haben, und über welche nicht blos Herr Zeerleder sich zu beklagen hat. Bei der besten Prozesordnung in der Welt ift es nie gang zu vermeiden, daß nicht ein Un= schuldiger irgend je verhaftet werde. Dann aber kann diefer doch wenigstens fordern, daß die Untersuchung schnell vorwärts gehe. Dafür ist bei und nicht geforgt, und darauf hat die Rommission für Untersuchung des Verwaltungsberichtes Ihre Aufmerkfamkeit, Tit., hinzulenken gefucht. Sch fchließe mich, Tit., einfach dem Antrage des herrn Alt=Schultheißen von Tavel an.

Kohler, Regierungsrath. Sie werden sich gewiß nicht verwundern, Tit., wenn ich als Präsident der Dotationskom-mission ebenfalls das Wort nehme. Ich hätte zwar viel lieber über diese Sache geschwiegen, und ich will auch über ales, was die Untersuchung selbst betrifft, und worüber sich herr Staatsschreiber Man unnöthigerweife aufgehalten hat, ebenfalls schweigen. Auch wenn herr Staatsschreiber Man den §. 29 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden, den er felbst abgelefen, gehörig gewürdigt hätte, so würde er feinen unnöthigen weitläufigen Vortrag unterlassen haben, wodurch zwar andere Zwecke erreicht werden follten, nämlich eine Phi-lippika gegen die Dotationskommission und den abwesenden Untersuchungsrichter ju schleudern. Gerade Dieser S. 29 zeigt ganz beutlich, wie die Petenten ihre Absicht erreichen konnen, und daß dabei der Große Rath nichts anderes zu thun hat, als die-felben an das Gesetz zu verweisen. (Der Redner liest den S., welchen wir bereits oben im Votum des herrn Mai angeführt haben, nochmals ab.) Da, Sit., ist also in drei Linien auf eine klare und einsache Art dargestellt, wie verfahren werden soll. Somit erschehnt die Abresse an den Großen Rath ganz unzuläffig, und eine Diskuffion über die Lage der Aften u. f. w. fo überfluffig, daß man ein Mann fein muß, wie man ben herrn Alt-Staatsschreiber Mai als einen folden fennt, um folche Anlässe dazu zu benutzen, feinen Anzüglichkeiten Luft zu machen. Go lange Sie, Tit., die Akten nicht kennen, können und werden Sie in diefer Sache fein Urtheil fällen wollen, fondern das den bestehenden verfassungemäßigen Behörden überlaffen. Es ift eigentlich auch nicht um den Bericht der Dotationskommission zu thun, obgleich es fehr erwünscht gewesen wäre, wenn man denfelben einer nähern Prüfung gewürdigt hätte. Allein es feien mir einige Worte darüber erlaubt. Man hat daraus abgelefen, was allerdings vom Großen Rathe am 8. April 1836 beschlossen worden, nämlich, daß die neu ernannte Kommission zur Erörterung der noch nicht wöllig aufgeklärten acht Punkte u. f. w. weiter progrediren und alle gefetilichen Mittel dafür in Unwendung bringen folle. (Der Redner liest die schon oben angeführte Stelle auf S. 8 des Berichtes ab.) Da ift nun der Kommission Berschiedenes überlassen, entweder die Reklamationen vor den kompetenten Richter zu bringen, oder aber, je nach Umftanden, die Ginseitung zur Vorunter=

suchung zu treffen, oder endlich dem Großen Rathe Bericht zu erstatten. In Folge deffen hat fich die Dotationskommission erstatten. In Folge versen hat sich die Vokationskommission bemüht, diese Punkte zu erörtern. Das ist aber ein sehr schwie-riges Geschäft, weil seither 30 bis 40 Jahre abgelausen sind. Das ändert aber nichts, indem bei uns die Verjährung in Kriminalsachen nicht statt sindet, wie wohl das Manchem er-wünscht sein könnte. Also in Vezug auf die Zeit kömnt es hier gar nicht an. Derzenige Punkt des vom Großen Rathe der Dotationskommission ertheilten Auftrages, von welchem die Beerlederische Untersuchung eine Folge ift, ift der erfte der oben erwähnten acht Punkte, nämlich "eine genauere Liquidation der Berwendung der bernischen ausländischen Schuldschriften, von dem Beginne der Revolution an bis zu dem Momente, wo fie von dem frangösischen Gouvernement dem Nationalschakamte der helvetischen Republik zurückgegeben wurden." Bei der Unter= suchung über diesen Punkt fand man, daß gravirende fehr nahe Indicien vorliegen, daß bedeutende Summen von daher einkaffirt worden, ohne daß im Geringften die Berwendung berfelben nachgewiesen werden könnte. Mit den gehörigen Rachweisungen versehen hat darauf hin die Dotationskommission ihre fiskalische Unzeige oder Unflage, wie man will, abgefast und dem Regierungsstatthalter zugestellt. Wenn man in dieser Hinsicht eine schwantende Stellung dieser Kommission aus ihrem Berfahren hat eruiren wollen, so entgegne ich: die Dotationskommission ift allerdings Anzeigerin, Anklägerin, Partei, alles jufammen, benn bafür find wir vom Großen Rathe aufgestellt worden. Man hat nun aber ber Kommission befonders vorgeworfen, daß sie auf den Richter einzuwirken gesucht habe. Die Akten gelefen, Sit., die Sand aufs Berg und bann beurtheilt, mas Berr Alt-Staatsfehreiber Mai in Diefer hinficht gefagt hat! Sat die Dotationskommission sich je an den Richter gewendet? Steht nicht jedes Mal entweder ein Schreiben des Gerichtspräsidenten oder der Justizsektion an die Dotationskommission dem Schreiben der Dotationskommission an diese Behörden voran? Und wenn diefe Beborden ber Dotationskommission schrieben, sollte Diese dann nicht antworten? Sat nicht jeder Richter jeden Augenblick das Recht und die Pflicht, diese und jene Auskunft zu begehren von Jedermann, der diefelbe ertheilen kann? Die Dotationskommission, welche verschiedene Male in Betreff der von Herrn Banquier Zeerleder versuchten Einwendung angefragt wurde, hat jeder Zeit geantwortet, wie ihre Ueberzeugung es mit sich gab, aber ohne irgendwesche Weisungen zu ertheilen. Man hat uns z. B. gefragt, ob wir etwas gegen die Mittheilung der Utten an Herrn Zeerleder einzuwenden haben. Wir verwunderten und über diefe Unfrage höchlich, benn erstens gieng uns das nichts an, und zweitens ift eine foldhe Mittheilung durch das Gefetz verboten. Der Herr Allt-Staatsschreiber Mai hat zwar immer nur abgelesen, was ihm gerade konvenirte; die Kommission hat aber geantwortet, das gehe sie nichts an, ihre Ansicht sei aber die und die, sie halte die Sache für eine Rriminalsache, und sie könne nicht begreifen, wie man fragen könne, ob man der Gegenpartei die Alkten mittheilen folle. Wahr ift, daß wir gegen diese Mittheilung protestieren; aber kann nicht jeder Privatmann in ähnlichen Fällen gegen eine folche Mittheilung protestiren, wenn es sich um eine Kriminalanzeige handelt, und das Gesetz die Mittheilung verbietet? Das war, Tit., eine ungereimte Un-frage an die Kommission, und diese antwortete darauf, daß sie da nichts zu sagen habe, daß sie aber protestire, indem das Geseth deutlich sei. In dieser Beziehung hätte sich also nach der Ansicht des Herrn Alt-Staatsschreibers Mai die Kommission ein Einschreiten erlaubt, mahrend sie doch nur dem Gerichts= präsidenten und der Sustigsettion auf gestellte Einfragen geant= wortet hat. Ferner hat man gemeint, die Kommission habe einen gar großen Verstoß begangen, indem sie gegen einen amts= gerichtlichen Spruch appellirt habe. Serr Zeerleder hatte näm= lich eine Einwendung formirt, von welcher die Kommission glaubte, daß sie eine formelle sei, und daß ein Entscheid darüber statt finden muffe, aber den Weg dazu bezeichnete fie nicht. Die Sache wurde endlich nach einem durchaus geselswidrigen Berfahren vor das Amtsgericht gebracht, und das Amtsgericht erklärte sich für inkompetent. Dieses Urtheil hat man uns, als dem Ankläger oder der Gegenpartei, mitgetheilt. Sollte etwa dar= über entschieden werden, ohne daß man dem Anzeigenden Kenntniß

gab, indem das nicht zur Sache felbst gehörte, sondern nur eine Einrede bildete? Wir glaubten es also in unserer Stellung als Partei — ja freilich, Tit., benn es kömmt uns kein Sinn baran — diese Stellung abzureden, vor das Obergericht zu appelliren, ohne jedoch weitere Schritte zu thun. Das Obergericht hat das amtsgerichtliche Urtheil bestätigt, weil die Haupt= untersuchung noch nicht vorhanden sei. Das ist die Einmischung, Sit., welche man uns hier vorwirft. Wir können also diese Beschuldigung als unbegründet von der hand weisen und dem= jenigen, der sie erhoben, sagen, er verstehe nicht deutsch. Aller-bings, Tit., ift in der Zeerlederischen Sache unförmlich prozedirt worden, aber nicht von Seite der Dotationskommission. sondern von ganz anderer Seite, und zwar zum Nachtheile des Herrn Zeerleder. So lange übrigens derfelbe in Freiheit war, fagte Niemand etwas dagegen. Herr Regierungsstatthalter Roschi hatte ihn übrigens nicht so mir nichts dir nichts freigelaffen. Db er wohl daran gethan habe, will ich nicht beurtheilen. Was nun das gegen herrn Zeerleder beobachtete Verfahren betrifft, so sei es mir erlaubt, mit Nachweisung der Gesetze auf die daherigen Bemerkungen zu antworten, was zugleich zur Widerlegung des von herrn Gerichtspräsidenten Straub Angebrachten dienen mag. Man hat vorerst behauptet, die Verhaftung sei illegal gewesen. Wenn man die Antrage auf Miß-billigung der Kommission gut heißen will und glaubt, der Große Rath fenne die Prozedur bereits gut genug, um über bas Benehmen der Kommission zu entscheiden, so mag man es thun; und wenn herr Alt-Staatsschreiber Mai das von sich fagen kann, so mag er allerdings auch Schlüsse ziehen können über Legalität und Illegalität jener Verhaftung. Allein das von Letzerem angeführte Bruchstück der von der Dotationskommission gemachten Fiskalanzeige ift gar nichts, benn es sind noch ganz andere Sachen davin. Was dann die Dauer der Berhaftung betrifft, so thut es und fehr leid, daß das so lange geht, und zwar um so mehr, als dieß Stoff giebt, die Erbitte= rung und den haß zu nähren, wo man sogar hier zu fagen wagt, ich habe ein Interesse gehabt, die Berhaftung des Herrn Zeerleder in die Länge zu ziehen. Es braucht für folches mahrhaftig einen Mann, der nie schamroth wird.

Mai. Ich muß mir boch dergleichen Persönlichkeiten verbitten.

Herr Landammann. Diese Perfönlichkeiten sind zwar provociet worden, aber ich hoffe, Herr Regierungsrath Rohler werde an sich halten und dieselben nicht erwidern.

Kohler, Regierungsrath. Sollte man sich übrigens über die Verhaftung beklagen wollen, so würde diese Klage gegen den Herrn Regierungsstatthalter zu richten sein, denn er hat den Herrn Zeerleder verhaftet. Herr Roschi gieng aber dabei fehr behutsam zu Wege, und man nahm sich zwei und drei Male in Acht, bevor man eine folche Berhaftung provocirte, weil man wohl wußte, welch' Aufschen das im In- und Auslande machen werde. Also, Sit., ein von Ihnen gesetzlich aufgestellter Beamte hat die Berhaftung gemacht, und der herr Regierungs= statthalter hatte die Aften wohl untersucht und gelesen, bevor er diesen Schritt that. Er fand aber, wenn je, so sei hier der Fall einer Verhaftung eingetreten. Diese erste Verhaftung dauerte ungefähr 14 Tage. Während dieser Zeit legte Herr Zeerleder eine Entlastungsafte der frühern Regierung vor, worauf er einstweilen und vorläufig der haft wiederum entlassen wurde, und zwar namentlich in Betracht seiner Gesundheits-umstände, *und weil die Untersuchung dieser Borfrage möglicher Beise lange anstehen konnte. Der Herr Regierungsstafthalter hatte darüber porher an die Kommission geschrieben, was wir aber gar nicht gewünscht haben. Indessen antworteten wir, daß wir nicht glauben, daß Herr Zeerleder zu entlassen sei, der Herr Regierungsstatthalter solle aber machen, was er wolle. Uns schien nämlich, daß gerade der Umstand, daß Herr. Zeerleder nicht antworten wollte, die Sache bedenflich mache. Der Berr Regierungsstatthalter hat alfo, wie Sie sehen, Tit., auf unsere Bedenken nicht Rücksicht genommen. Anderthalb Zahre lang blieb die Sache so, und nun endlich, nachdem das obergerichtliche Urtheil die Inkompetenzerklärung des Amtsgerichts bestätigt hatte, weil die Voruntersuchung noch nicht erkannt worden, sollte die Sache zur Vornahme der hauptuntersuchung

an den Untersuchungsrichter fommen. In Betracht nun, daß diese Sache schon anderthalb Sahre gedauert hatte, daß herr Beerleder ein gebrechlicher Greis ift, und daß dem Staate mefentlich daran gelegen sein muffe, die Untersuchung so bald als möglich beendigt zu feben, gab bie Dotationsfommission beim Re-gierungsrathe das Unsuchen ein, es möchte ein außerordentlicher Untersuchungsrichter im Interesse sowohl des herrn Zeerleder als des Staates aufgestellt werden. Der Regierungsrath entsprach, weil, wenn der gewöhnliche Untersuchungsrichter sich außer seinen ungemein zahlreichen anderweitigen Geschäften noch mit dieser ausgedehnten, komplicirten und verwirrten Rechts- fache hatte befassen mussen, dadurch nothwendig entweder diese, oder aber jene Schaden gelitten haben würden. Aus diesem Grunde und im Interesse des herrn Zeerleder fo gut als des Staates wurde ein eigener Untersuchungsrichter ad hoc aufgestellt, und herr Oberstlieutenant Steinhauer von Fraubrunnen zuerst zu dieser Funktion berufen. Nachdem derfelbe die Wahl abgelehnt hatte, wurde herr Profurator Ochsenbein bestellt, welcher sich endlich tiesem unangenehmen Geschäfte unterzog, ich sage unangenehmen Geschäfte, felbst wenn es auch nichts anderes ware, als abwesend so behandelt zu werden, wie er fich's heute hat gefallen laffen muffen. Die hingebung, welche er bei diesem Anlasse bewiesen hat, verdient demnach alle Un-erkennung. Herr Dehsenbein wurde auf das hierseitige Mach= fuchen bei der Justigsektion und auf deren Antrag vom Regierungsrathe bestellt, und ich gebe hier dem herrn Alt-Staats-schreiber Mai das fermliche Dementi, daß herr Ochsenbein auf ben Untrag der Dotationskommission ernannt worden ift. Das ift lediglich ein Schreibfehler im Bortrage der Juftigfeftion, und der herr Alt-Staatsschreiber Mai wußte das fehr gut, indem wir schon früher einmal gegen dieses Verfehen reklamirt haben. Man fagte ferner, Sr. Ochsenbein fei ein illegal ernannter Richter, und man berief sich dabei auf Gesetze und frühere Vorgänge. Ich will dem betreffenden Serr Präopinanten im Gedachtniffe etwas zu Gulfe kommen. Er fagte, man habe fonft immer Gerichtspräsidenten zu solchen Untersuchungsrichtern ge-wählt. Allein, Sit., weder Herr Mehmer, noch Herr Fürsprech Blösch, welche seiner Zeit als Untersuchungsrichter bestellt worden, waren je Gerichtspräsidenten, und das Defret des Großen Rathes vom 29. Juni 1832 fagt gar nichts bavon, bag nur Gerichtspräsidenten zu Untersuchungsrichtern gewählt werden dürfen. Ferner hat man behauptet, herr Ochsenbein habe nicht das gesetsliche Alter gehabt, indem die Instruktion für den Unter= suchungsrichter allerdings vorschreibt, daß derselbe 29 Jahre alt sein muffe. Indessen glaubte man, da man feinen bleiben= den Untersuchungsrichter, sondern nur einen solchen ad hoe bestellen wollte, und da andrerseits nur der Regierungsrath die Instruktion für den Untersuchungsrichter gemacht hat, nicht auf das Alter sehen zu mussen, und zwar um so mehr, als der nämliche Herr Ochsenbein schon mehrere Jahre früher während Sahr und Tag zwer nur provisorischer, aber dennoch ordent= licher Untersuchungsrichter war, und das Obergericht von daher niemals Anstand genommen hatte, die von ihm alsdann ge= machten Untersuchungen anzuerkennen. Sa, auch herr Blosch, welcher in den Reaftionsgeschichten als Untersuchungsrichter funktionirte, war damals nicht 29 Jahre alt. Alfo feben Sie, Tit., daß herr Ochsenbein in diefer Beziehung nicht das erfte und nicht das einzige Beispiel ift. Damals hat der herr Alt-Staatsschreiber Mai feine Einwendungen gemacht. Ferner wirft Berr Mai dem Berrn Ochsenbein, welchen ich übrigens hinsichtlich seines Versahrens nicht vertheidigen will, indem ihm hiefür, da er sich hier nicht vertheidigen kann, die öffentlichen Blätter und die Presse offen stehen, vor, er besorge zwischen hinein noch anderweitige Rechtsgeschäfte auf eigene Rechnung. In wie fern sich das so verhält, weiß ich nicht; wenn man aber glaubt, Herr Ochsenbein habe seine Pflichten in diesex Stellung nicht erfüllt, so soll man ihn bei gehöriger Behörde anklagen. Auf jeden Fall aber hier so etwas ind Blaue zu sagen, um die Leute zu verdächtigen, während sie abwesend find, — daß ist eine Handlung, die wenigstens nicht Jedermanns Sache ift. Ich meines Theils will darüber weggeben und Die Rechtfertigung dem herrn Ochsenbein überlaffen. Auch herr Fürsprech Blösch hat übrigens vor und nach seinen Untersuchungen in der Reaftionsgeschichte seine besondern Rechtsgeschäfte

beforgt. Da ift alfo wieder ein Beifpiel, daß herr Ochfenbein auf ieden Fall in diefer hinsicht nicht allein steht. herr Alt= Staatsschreiber Mai hat uns vorgeworfen, daß wir diesen gestruckten Bericht da nie offiziell dem Großen Rathe mitgetheilt Baben. Gang bestimmt, Tit., find alle drei in diesem Buchlein enthaltenen Berichte diefer Kommiffion bem herrn Landammann überreicht worden und haben lange auf dem Kanzleitische ge= legen; allein ihre Behandlung wurde immer verschoben bis auf den letten Tag, wo der Große Rath versammelt war, da bann jeweilen die Versammlung febr schwach an Zahl zu fein pflegt, und da habe ich dann mehrere Male mit Borwiffen der Kom= mission, weil die Bante fast leer waren, bom herrn Landammanne begehrt, daß der Bericht nicht behandelt werde, und ihn juruckgezogen. Daß aber diese drei Berichte, von mir unterzeichnet, hier zu verschiedenen Zeiten offiziell vorgelegt worden find, das behaupte ich hier als eine Wahrheit, und der Herr Alt-Landammann Tillier wird sich dessen erinnern; auch ist dieses vielleicht in den Großrathsverhandlungen jeweilen angemerkt. Co viel über die Behauptungen des herrn Alt=Staatsschreibers Mai. Ich hätte diese Widerlegungen lieber nicht ausgesprochen. Anstatt die Frage zu behandeln, ob der Große Rath, nachdem die Freunde und Verwandten des herrn Zeerleder um Freilaffung bes Lettern eingekommen find, einen Schritt zu Gunften des Verhafteten thun könnte, hat man in einer langen Diskussion gang andere Sachen zur Sprache gebracht. Daß man Die Dotationskommission nicht gerne sieht von vielen Seiten, bas ift ihr gleich vom ersten Augenblicke ihres Bestehens an flar geworden; und wenn man und mit vieler Großmuth eine Mißbilligung zuerkennen laffen will, fo verwundert mich das von dieser Seite ber im Geringsten nicht. Auch ich, Tit., hätte übrigens gewünscht, daß ja freilich herr Zeerleder möglichst bald freigelassen werden könnte, und ich bedaure, daß die Borschriften des Obergerichtes hier so bindend sind. Allein da das Geseh nun einmal da ift, so können wir es in casu nicht abandern, sondern muffen erwarten, was der Große Rath früher oder fpater darüber im Allgemeinen erkennen wird. herr Alt-Staatoschreiber Mai weiß gar sehr gut, daß der Große Rath fich auf keine Weise hier einzumischen hat. Das Gesetz redet übrigens deutlich, was die Petenten nun ju thun haben. Berr Beerleder kann jeden Tag ein Begehren um Freilassung an den Unterfuchungsrichter stellen, und diefer wird schwerlich ein folches Begehren unterschlagen wollen. Der Große Rath foll also lediglich in Berücksichtigung bes oben angeführten §. 29 die Bittsteller an das Gefet weifen, was im Wefentlichen mit dem Untrage des Herrn Schultheißen von Tavel zusammentrifft und nur in der Form davon abweicht, indem nicht der Große Rath fich an ben Richter zu wenden hat. Telt noch einiges über die Bemerkungen des Herrn Straub, von welchem ich geglaubt hätte, daß er als Gerichtspräsident die Gesetze besser kennen würde. Ich will ihm nur nachweisen, daß Alles in der gesetzlichen Form vorgegangen. Die Dotationskommission hat ihre Anzeige gegen Herrn alt=Rathsherrn Zeerleder mit den gehörigen Belegen begleitet dem Regierungsstatthalter eingegeben. Man wollte die Sache von verschiedenen Seiten als Civilsache ansehen. In der Unzeige ift nur auf Entfremdung geflagt; wer aber etwas entfremdet, macht eine Unterschlagung. Da nun der Redaktor der Schrift ein Deutscher ift, so zog er den erstgenannten Ausdruck vor, weil er minder hart ift und doch in der Sache das Ramliche bedeutet, denn sonft kann man alle deutschen Kriminalisten darüber nachschlagen. Auf diese Anzeige hin sollte der Regie-rungsstatthalter was thun? Das Geseth vom 3. Dezember 1831 über die Amtspflichten der Regierungsstatthalter fagt im §. 27 barüber folgendes: "Bei naben Anzeigen, daß eine bestimmte " Perfen bas Berbrechen oder bas Bergehen verübt haben möchte, "foll er diefelbe, je nach der Große des Berbrechens und dem "Grade des Berdachts, in mehr oder weniger enge Bermah-grung nehmen u. f. w. In Folge diefes Gefethes hat der Regierungsstatthalter von Bern herrn Zeerleder eingezogen. Nach einiger Zeit wurden von ihm die Aften, gemäß dem §. 30 diefes Gefeles, dem herrn Gerichtspräfidenten überwiefen. Durch ben 6. 1 des Defretes des Großen Raths vom 29. Juni 1832 war nun der Regierungsrath ermächtigt worden, dem Amtsgerichtspräsidenten von Bern die nöthige Sulfe zu geben, um ibm in Untersuchungen von Straffachen u. f. w. an die Sind

ju geben. Dem gemäß hatte der Regierungsrath dem Gerichts= präfidenten von Bern zu Führung der Untersuchungen in Kriminalfachen einen befondern Untersuchungsrichter beigeordnet, und dessen Rechte und Pflichten in einer Instruktion vom 24. August 1832 genau bestimmt. Der §. 3 dieser Instruktion fagt: "Der Untersuchungerichter bes Amtsbezirfs Bern tritt, "in Betreff feines amtlichen Wirfungsfreises, in alle Rechte "und übernimmt alle Pflichten, die bas Gefet vom 3. Dezem-"ber 1831 über die Organisation der Gerichtsbehörden erster Instanz dem Amtsgerichtspräsidenten in seiner Eigenschaft als "Untersuchungsrichter in Kriminalfachen überträgt. Er hat "daher auch allen gesetzlichen Vorschriften, welche auf die Füll-"rung der Untersuchungsprozesse Bezug haben, genaue Folge ju leiften." Diefer S., wie ich ihn verfteben und lefen fann, überträgt alle Rechte und Pflichten bes Gerichtsprandenten, wie das Gefet vom 3. Dezember 1831 fie fur benfelben in seiner Eigenschaft als Untersuchungsrichter in Kriminalsachen bestimmt, dem Untersuchungsrichter; er ift also insoweit gleich dem Gerichtspräsidenten selbst. Nach §. 4 obiger Instruktion foll nun der Gerichtspräsident die ihm zugefandten Kriminalgeschäfte fogleich dem Untersuchungsrichter zukommen laffen, (bas ift im vorliegenden Falle, beiläufig gefagt, erft nach anderthalb Jahren geschehen) und dieser hat dann in jeder hinficht alles dasjenige zu thun, was durch das Geset vom 3. Dezember 1831 dem Gerichtspräsidenten zur Pflicht gemacht ist. Sch glaube jett den Untersuchungsrichter an und für sich felbst binlänglich legitimirt zu haben. Hören wir nun, mas der §. 27 des Gefetzes vom 3. Dezember 1831 fagt: "Findet der Richter "Bedenken, über die in den Akten enthaltenen Verdachtsgründe "eine Sauptuntersuchung anzuheben, so soll er hierüber von "bem Suftig = und Polizeidepartement eine Weifung verlangen." Dennach hat der Untersuchungsrichter also das Recht, die Hauptuntersuchung ju erfennen, wenn er es für gut findet und feine Bedenken trägt. Erägt er aber Bedenken, so foll er von der Justizsektion Weisung verlangen, und diese Behörde foll ihn nach §. 28 besselben Gesetzes anweisen, entweder die Voruntersuchung zu vervollständigen, oder die Hauptuntersuchung anzusheben und den daherigen Beschluß zu fassen. Daraus geht nun unbestreitbar hervor, daß der Untersuchungsrichter von Bern eben fo gut befugt und felbst gefetzlich verpflichtet ift, in einzelnen Fällen Voruntersuchungen zu vervollständigen und Hauptuntersuchungen anzuheben, als jeder Gerichtspräsident im sibrigen Theile des Kantons. Heise nun der Untersuchungsrichter so oder anders, sei nur einer oder seien mehrere aufgestellt, wie es bei der Reaktionsprozedur nothwendig war; sei der Untersuchungerichter für alle sich darbietenden Kriminalfälle, oder wie in casn herrn Ochsenbein, ad hoc, b. h. hier zu Untersuchung der Zeerlederischen Angelegenheit aufgestellt, das Alles kann an den Rechten und Pflichten desfelben nicht das Geringste ändern. Das Gesetz einzig macht hier Regel. Somit, Tit., hoffe ich, den Einwurf des Herrn Straub, der, wenn er begründet wäre, die Nullität der ganzen Sache zur Folge haben müßte, vollständig widerlegt zu haben. Im Uebris gen finden herr Zeerleder und feine Freunde im angeführten §. 29 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden Form, Art und Weise angegeben, wie sie sich zu benehmen haben, um zu ihrem Zwecke zu gelangen.

Fischer. Tit., ich bitte hössich ab, wenn ich Ihre sehr kostbare Zeit auch noch für einen Augenblick in Anspruch nehme; allein der Gegenstand ist sehr michtig, und die Diskussion scheint von ihrem eigentlichen Gange abzukommen. Es liegt beute nichts anderes vor, als eine Petition an den Großen Rath, nicht von Herrn Zeerleder selbst, denn er hat keine Kenntnis davon, sondern von mehrern hiesigen Einwohnern, welche sich an die oberste Behörde wenden wollten, weil sie glaubten, daß gegen Herrn Zeerleder ein unregelmäßiger Justizgang befolgt worden sei. In solchen Fällen it es an der obersten Landesbehörde, der Sache eine ernste Berücksichtigung zu schenken. Ich will auf keine Weise in Persönlichkeiten eintreten, ich kenne die Sache nicht und will auch das Bessere glauben von Iedermann. Ich habe auch nicht die Pstichten des Großen Raths übernommen, um die Spaltungen und Reibungen vers mehren zu helsen, sondern um zur allgemeinen Wohlfahrt mein

Möglichstes beizutragen. Allein ich glaube, der sicherste Weg, um hiezu zu gelangen, fei der, dafür zu forgen, daß die bürgerliche Freiheit, das Palladium eines jeden Freistaates, gesichert und strenge Gerechtigkeitspflege überall gehandhabt werde. Ich will nicht auf die Sache jurucktommen, und will auch nicht eine Abhandlung über die Gesetze halten, wie fo eben gescheben ift, denn fonst müßte man glauben, wir befinden uns nicht im Großen Rathe fondern auf der Universität in der Vorlesung. Bezüglich auf die Sache schließe ich mich einfach den Anträgen des Tit. herrn Schultheißen v. Tavel an. Bloß zwei Puntte aus dem Vortrage des Herrn Regierungsraths Rohler veranlaffen mich zu einigen Bemerkungen. Er fagt, es sei ein Schreibfehler in den Rapport der Justissektion eingeflossen, wenn es heiße, der außerordentliche Untersuchungsrichter sei vom Regierungsrath auf den Vorschlag der Dotationskommission ge-wählt worden. Ich will das für bekannt annehmen, allein Herr Regierungsrath Rohler hat doch selbst gefagt, die Dota-tionskommission habe der Sustissektion den Herrn Ochsenbein vorgeschlagen, und diese habe ihn dann dem Regierungsrath vorgeschlagen. In meinen Augen macht dieß keinen großen Unterscheid, sondern es läuft darauf hinaus, daß diejenige Behörde, welche sich hier als Klägerin darstellt, bei dem Vorschlage betheiligt war. Ferner hat herr Regierungsrath Rohler angeführt, daß herr Ochsenbein bei feiner Ernennung allerdings nicht 29 Jahre alt gewesen sei, aber Jemand anders sei es auch nicht gewesen. D. h. also, Sit., ein Fehler soll den andern beschönigen. War diest das eine Mal nicht recht, so ist cs auch hier unrecht, besonders in einem Falle, wobei die Regierung mehr oder weniger betheiligt ist. Den Anträgen des Tit. herrn Alt-Staatsschreibers May hätte ich mich anschließen können, aber es ift mir dabei ein Punkt aufgefallen. Wir haben eigentlich über die Verhaftung des herrn Zeerleder noch keinen offiziellen Bericht; also sollen wir nicht im Mo-mente, wo man sich über Unförmlichkeiten beklagt, eine solche begehen. Wenn wir aber dem Antrage des Herrn Alt-Schultheißen v. Tavel Folge geben, fo fonnen wir zu einem Zwecke gelangen, und Sedermann fieht dann, daß diese oberste Landesbehörde folche Sachen nicht ununtersucht laffen will. Das Obergericht fann sich dann Bericht geben laffen, wie das Gefetz es vorschreibt. Es ware noch Vieles zu fagen, Tit., aber die Zeit ist bereits sehr weit vorgerückt. Auch ich nehme lebhaften Antheil an den Schickfalen dieses alten Mannes, welcher das unglückliche Opfer von Verhältnissen ist, welche er nicht versschuldet hat. Wir sitzen aber hier nicht als Richter, und da ich aus dem Gegenberichte des herrn Regierungsraths Rohler nicht entnommen habe, daß wirflich feine Unregelmäßigkeiten in dieser Sache stattgefunden, so schließe ich mich ehrerbietig dem Antrage des Tit. herrn Alt-Schultheißen v. Tavel an.

v. Graffenvied. Die Zeit verstreicht und die Geduld fonnte fich ermuden; baber will ich mich gang turg faffen. Es giebt Falle, wo bier jeder glaubt, feine Ansicht aussprechen gu follen. Vor 5 Tagen habe ich hier dem Tit. herrn Landam= manne nachgesprochen: "Wie die Schrift weist, derfelben will ich nachleben," und in dieser Schrift steht auch die Pflicht, ich nachleben, " die Rechte und Freiheiten ber Burger nach Rraften ju fchirmen." Hier ist der Fall eingetreten, indem die Rechte und Freiheiten eines Bürgers entweder bereits gefährdet worden find oder gefährdet zu werden drohen. Was der erfte Tit. herr Prhopinant gefagt hat, ist mir auch gar wohl bekannt, daß wir nämlich vor dem Gefete Alle gleich sind. Alfo rede ich hier keinen perfönlichen Rücksichten das Wort; aber ich glaube, wir find hier als oberfte Landesbehörde fculdig, die oberfte Aufficht über die Berwaltung der Gerechtigkeitspflege zu üben. Ich will in nichts von den gefetzlichen Vorschriften abgehen, sondern nur forgen, daß Abhülse getrossen werde, wo Abhülse Noth thut. Nun habe ich aus frühern Vorträgen entnommen, daß sich sagen läßt, es sei in mehreren Punkten gesehlt worden. Der zweite Herr Präopinant hat dargethan, daß der Untersuchungerichter nicht bei dem stehen geblieben, was feine Pflicht war, sondern daß er in seinen Funktionen weiter gegangen sei. Ihn hier anzugreisen, will ich unterlassen, weil er nicht zugegen ist, um es zu widerlegen. Wenn man aber auch einzelne Fälle von früher ber anführen kann, so machen

Beispiele nicht die Regel. Wenn früher Verstöße begangen worden sind, fo bleiben die jest begangenen Berftofe nichtsdestoweniger, mas sie sind. Das Gefet fagt, der Regierungsrath könne Untersuchungsrichter als Gehülfen des Gerichts-präsidenten von Bern aufstellen; aber, Tit., nicht in Spezialfällen ad hoc, und in dieser Beziehung ift das Votum des Tit. herrn Gerichtsprässdenten Straub vorhin übel verstanden worden. Bas fagt ferner die Berfaffung? Sie fagt, baß gegen feinen Inkulpaten (denn Inquisit heiße ich den Herrn Zeerleder noch nicht) unnöthige Strenge angewendet werden foll. Es mag sich nun hinsichtlich der Formen bei der Verhaftung u. f. w. verhalten, wie es will, so wird doch schwer nachzuweisen sein, daß keine unnöthige Strenge gegen den Herrn Alt-Rathsherrn Beerleder statt gehabt habe. Sie sehen vor Ihnen, Tit., die Wortführer für einen Greisen von mehr als 70 Sahren, melcher unter fehr vagem Berdachte in Berhaft ift. Ich kenne die Aften nicht, ich sage aber vager Verdacht. Wegen eines vagen Verdachtes ist dieser Mann, betagt, Chemann, Vater, Vorsteher eines bedeutenden Handlungshauses u. f. m., ver-haftet, ohne daß ihm vergönnt wäre, was die Sorge und Pflege für seine Gesundheit erfordert, und was man doch jedem Gefangenen, wo es nur angeht, immer thut. Die Aften find nicht da, aber meine Vermuthungen geben dabin, daß ihm vorenthalten worden ift, was zu feiner Gefundheit hatte beitragen fonnen, nämlich es murden ihm Erleichterungen abgeschlagen, wie ein ärztliches Bad, Motionen u. f. w. Das heiße ich im gegebenen Falle unnöthige Strenge, und diese verbietet die Verfassung. Nun will ich Sie aufmerksam machen, Tit., ob Sie nicht die Pflicht haben, zu forgen, daß Niemandem überschehe. Sch habe dafür nicht nöthig, an Shr Gefühl zu appelliren, ich appellire an Wahrheit und Recht. Unter diesen Bedingungen einzig haben wir Segen von oben zu hoffen. Dit., herr Alt-Schultheiß v. Tavel hat angetragen, daß man fich begnüge, in diefer Sache einen Schritt gegen das Obergericht ju thun. Sch weiß nicht, ob diefer Schritt den gehofften Erfolg haben würde; darum möchte ich etwas weiter geben. herr Allt = Staatsschreiber Mai wollte noch weiter gehen, ich weiß aber noch nicht, in wie fern wir heute das Recht haben, gegen irgend Semanden ein Miffallen auszusprechen. Ich will Niemandem zu nahe treten, denn nicht der Parteigeist leitet mich, aber das doch möchte ich thun, was von mir abhängt, um vielen Leiden zuvorzukommen. In dieser Beziehung möchte ich das zweite alterutrum des von Herrn Staatsschreiber Mai gestellten Untrages annehmen, daß man nämlich eine Kommission niedersete, welche die data und facta untersuche und und dann vorlege.

Schnell, Regierungsrath. Ich will nicht viele Worte machen, Zit., denn wir haben jest schon lange gedroschen, aber, weiß Gott! nicht Haber, sondern Stroh. Was wollen die Petenten? Sie beklagen sich über den Ganz der Justiz, den sie selgentlich micht einmal in seinem Detail kennen, über die Behandlung eines Mannes, wo sie selhandlung eines Mannes, wo sie selhandlung eines Mannes, wo sie selhandlung eines Mannes, wo sie selhst nicht recht wissen, wie es eigentlich mit ihm steht, und ob man mehr Strenge gegen ihn eintreten läßt, als nöthig ist. Herr Alt-Schultbeiß von Tavel hat gesagt, Seder sei als schuldlos anzusehen, bis er verurtheilt sei. Wir wollen das nicht bloß auf Ferrn Zeerleder anwenden, sondern auch auf Herrn Ochsendein. Ich weiß nicht, ob er gesehlt hat; darum enthalte ich mich meines Urtheils über ihn. Gestalten Sie, Sit., sich also auch noch nicht in einen Gerichtshof um! Sie können auch nicht eine Kommission niedersehen, bis die Alten vollständig sind. Das ist's, was der Regierungsrath Ihnen sagt. Die Sache ist nicht reif, sie ist noch in der "Machi," im Werden. Wir wollen also zuwarten. Herr Schultheiß von Tavel meint, man solle dem Obergerichte sagen, es solle seine Instruktionen beobachten. Das ist nicht nöthig. Wie wir hören, haben die Petitionärs eine Vorstellung auch an das Obergericht geschickt; warum sollen wir auch noch eine Petition an das Obergericht sellen? Wir wissen zustängen einzumischen. Herr Schultheiß von Tavel weiß, daß nicht einmal die Militärgerichte vorwärts kommen. Wir haben da einen Burgdorser seit — ich weiß nicht wie

lange — hier in Verhaft, und noch kein Mensch hat begehrt, daß der Große Rath etwas zu seinen Gunsten thue, sondern man wartet gar ordentlich die Untersuchung ab. Das Obergericht wird aber auch hierüber wachen, und wenn es sich dann zeigt, daß Zemand pslichtwidrig dabei gehandelt hat, so wird man diese, wer es sei, pro meritis hernehmen. Ich kenne Herrn Zeerleder nicht; er wird aber unterschiedlich beurtheilt. Andere Leute reden ganz anders von ihm. Also wolsen wir zuerst warten und sehen, wie die Alken sehen. Aber man soll Herrn Ochsenbein eben so zut einstweisen als unschuldig ansehen wie den Herrn Zeerleder. Das Beste, was wir thun können, ist, dem Antrage des Regierungsraths beizustimmen, nichts zu thun, sondern die Sache ihrem rechtlichen Gange überlassen und dann am Ende erst untersuchen, ob eine Deviation, und von welcher Seite sie stattgefunden. Ich stimme also dazu, keine Erceptionen zu machen.

v. Tillier, alt-Landammann. Nach einer fo langen Berathung möchte es unbescheiden scheinen, noch das Wort zu ergreifen, wenn diese Angelegenheit an sich nicht wichtig genug ware, daß jedermann, der davon Kenntniß hat, wünschen muß, fich darüber auszusprechen. Ich glaube dieses auch mit großer Unbefangenheit thun zu follen, und werde mich auf feine Weise in dasjenige einlassen, was auf den heutigen Zag noch nicht reif ift. Der einzige Gesichtspunkt, ber mich babei leiten soll, ift ber schöne Theil unseres Eides, der uns vorzüglich die Ehre der Republik zur Beachtung empfiehlt. Ich bedaure gewisser= maßen, daß die Bittschrift der Freunde des Herrn Zeerleder der Berathung zur Grundlage dient, weil diese, unter andern Umständen eingegebene Bittschrift uns nicht auf den allgemei= nen Standpunkt bringt, aus welchem der Gegenstand am heu-tigen Tage betrachtet werden muß. Ich will nicht wiederholen, was bereits von dem Aufsehen, welches die Anhebung der Untersuchung gegen Herrn alt-Rathsherrn Zeerleder und seine Verhaftung überall erregte, gesagt worden ift, obgleich es aller= dings richtig ist; weil an und für sich kein Grund ist, eine folche Untersuchung wegen des Aufsehens nicht anzuheben, da ich als Richter stäts den Grundsatz zu handhaben fuchte, daß man gegen Sedermann, ohne Ansehen der Person, das gleiche Berfahren beobachten follte. Allein zu allen Zeiten sind wohl Klagen über sehr dunkle und sehr verwickeite Eigenthumsfragen stäts mit ber größten Vorsicht behandelt worden, und ich weiß mich während meines frühern Mitwirkens im Juftigrathe und im obersten Appellationsgerichte nicht zu erinnern, daß irgend eine solche Untersuchung ohne vorherige Einfrage bei der obersten Justizbehörde vorgenommen worden sei. Ich bedaure um so mehr, daß der Herr Regierungsstatthalter von Bern sich veranlagt gefunden hat, hier ohne höhere Ermächtigung einzuschreiten, als die vielen Sahre, welche seit der Zeit verflossen sind, in welcher das angeschuldigte Vergehen verübt worden fein foll, einer solchen Untersuchung sowohl im Interesse des Klägers, als im Interesse des Beklagten große Schwierigkeiten in den Weg legen mußten, und deshalb eine ruhigere Prüfung der ersten Anzeige von Seite eines zahlreichern Kollegiums wohl um so unumgänglicher nothwendig schien. Nach einiger Zeit wurde herr Alt-Rathsherr Zeerleder wieder auf freien Fuß gestellt, und das gegen ihn eingeleitete Verfahren schien, wo nicht beendigt, doch augenblicklich eingeschlafen. Ohne in die wirklichen, noch unbekannten Aften einzutreten, ergeben sich von felbst einige Bemerkungen über das vorliegende Geschäft, die aus der Natur der Dinge hervorgehen, und die jeder von und murdigen fann, ohne die Aften ju fennen. Es ift befannt, daß im Anfang der zwanziger Sahre unter der vorigen Resgierung einige Mal hunderttausend Franken geheime Fonds entdeckt wurden, welche von Geldern herrührten, die den Franzosen entriffen werden konnten. Um diefes zu bewerkstelligen, batte ein Theil des geretteten Geldes an frangofische Beamte verwendet werden muffen, und es waren sowohl mit den französischen als mit den helvetischen Regierungsbeamten eine Menge verwickelter Rechnungsverhaltnisse eingetreten, wobei öfters Scheinverhandlungen aufgestellt werden mußten. Alls daher jene Untersuchung angehoben wurde, walteten von vorn berein bei den meisten Unbefangenen bedeutende Zweifel gegen ihre Begründtheit. Entweder, so sagte man sich, wird dasjenige wie-

der untersucht, was in den Zwanzigerjahren bereits abgethan wurde, und dieses wäre ja eine Ungerechtigkeit, da Herr Alt= Rathsherr Zeerleder damals förmlich dafür entladen wurde, oder aber es ist etwas anderes. Dieses Lettere hingegen kam den meisten mit den bernischen frühern Berhältniffen beffer Bekannten fehr unwahrscheinlich vor. Es ist vielleicht eine ziemlich verbreitete Meinung, man würde unter der frühern Regierung, weil mehrere Stadtberner davin fagen, fich gegenseitig alles verdeckt haben; ich halte aber dafür, daß wer diefes glaubt, jene frühern Zustände weder in gutem noch in schlimmem Sinne richtig gekannt habe. Auch damals gab es abweichende Ansich= ten, Parteien, Vorliebe und Abneigung. Wie ich gehört habe, benn ich war damals noch nicht in den Geschäften, wurde die Untersuchung über die geheimen Fonds auf den Anzug eines angefehenen Mannes angehoben, und von einer Kommission ziemlich genau geführt. Wären daher zur Zeit der alten Regierung, der vermuthlich die nämlichen Quellen zu Gebote standen, folche Entdeckungen gemacht worden, so würde sich wohl Semand gefunden haben, der die Sache an das Licht gezogen hatte. Noch foll ich eines sonderbaren Umftandes erwähnen, der nicht geeignet war, meinen Glauben ju ftarfen. Es fam nämlich im Sommer des vorigen Sahres ein Mann zu mir, ber fich beschwerte, nicht diejenigen Vortheile von den in dieser Ungelegenheit geleisteten Diensten erhalten zu haben, zu ber er sich Hoffnung gemacht habe. Was er mir hierüber entdeckte, war nichts weniger als geeignet, meinen Zweifel zu heben. Sch meine auch, daß dieses bei den Meisten von Ihnen der Fall gewesen sein würde. Als nun später, wenn ich nicht irre, bei der Wiedereröffnung des Großen Rathes im November 1837 Herr Alt-Rathsherr Zeerleder von Neuem verhaftet wurde, und zwar dießmal von einem neuen Untersuchungsrichter, fo war das Aufsehen um fo größer, als man sich fagen mußte: entweder find die Anzeigen gegen Grn. Beerleder gegründet, — wie konnte er dann in diefem Falle entlassen werden? ober aber, sie sind es nicht, wie konnte er dang wieder verhaftet werden? Die Untersuchung war jest in einer sonderbaren Stellung, die ich um fo mehr bedauern muß, als gerade die Wichtigkeit des ganzen Geschäfts, die Schwierigkeit seiner Ausheiterung und der Umstand, daß der Staat felbst, durch die Dotationsfommission vertreten, Partei bildete und beim Ausgang der Sache unmittel= bar interessirt war, es gewiß um so mehr zur Pflicht machte, auf keine Weise von dem strengrechtlichen und unparteiischen Gange abzuweichen, der in allen gerichtlichen Berfahren Regel macht. Und in diefer Beziehung muß es einem unbefangenen Beobachter schon von vorn herein auffallen, daß ein neuer Untersuchungsrichter bald die Boruntersuchung vervollständigen, bald von sich aus, was in allen civilisärten Ländern unerhört ift, eine Spezialunterfuchung beschließen und dann diefe Spezialuntersuchung wieder verführen könne. Ich will nicht darüber streiten, ob ein folches Verfahren aus den bestehenden Gesetzen gerechtfertigt werden konne, aber wenn dieses der Fall ift, fo muß man sich beinahe schämen, solche Gesetze zu haben, welche gewiß weder mit dem Geiste, noch mit dem Vuchstaben der Verfassung übereinstimmen und mit den in der ganzen gebildeten Welt herrschenden Begriffen über ein rechtliches Verfahren im Widerspruche sind. Und wie wurde dieser Richter ernannt! Der Regierungsrath ernannte ihn auf ben Borichlag ber Sustigsektion, die sich dazu aktenmäßig einen Vorschlag von der Dotationskommission geben ließ. Steht nun Berr Ochsenbein, bem ich hierüber durchaus teine personlichen Borwürfe machen will, da es nicht seine Sache ist, in derjenigen Stellung ba, die man in der außern Form als unabhängig erkennen kann? Reineswegs. herr Ochsenbein mag feiner perfonlichen Unsichten halber noch so unbefangen sein, so ist er doch jest in formeller Hinsicht der Mann der Partei, ein Mißgriff, der nicht mehr gut zu machen ift, und was ihn auf jeden Fall in eine mifliche Stellung fett. Die Dotationskommission befand sich als Ainzeigerin ganz in der Lage einer Privatperson, und ich frage Sie, würde man einer Privatperson einen außerordentlichen Unter= suchungsrichter nach ihrer Wahl bewilligen? ganz gewiß nicht. Wenn ich vor die Justizsektion kame und behauptete, Herr Regierungsrath Kohler habe mir vor ein paar Jahren Unrecht gethan, der gewöhnliche Untersuchungsrichter wolle zwar meiner Anzeige keine Folge geben, allein wenn man mir den Unter-

fuchungsrichter meiner Wahl bewillige, so werde wohl etwas berauskommen; — würden die Justizkommission oder der Regie= rungsrath wohl mein Sesuch bewilligen? gewiß nicht; und hier war die Dotationskommission in der nämlichen Lage. aber bann die Berhaltniffe jener Zeit fennt, über welche die Zeerleder'sche Untersuchung waltet, der kann sich die Lage der Kommission leicht denken, die eine Menge verwickelter Ber-handlungen fand, von denen einzelne, von dem Ganzen abgeriffen, fehr leicht den Schein eines Bergebens oder wenigstens einer zweideutigen Handlung erhalten konnten, und wo leicht eine Menge von Aftenstücken eine Bermuthung begründen wollten, die gerade ein einziges Fehlendes berichtigt haben würde. Wie schwierig ist die Stellung des Beklagten, wenn man einerseits alles für ihn Ungünstige unbedingt für Wahrheit annimmt, und andrerseits ein Zeitraum von 40 Jahren so vieles von dem zerftört haben mag, was zu feinen Gunsten spricht, und er der Freiheit beraubt ift, die ihm nöthig gewesen wäre, es herbeizuschaffen! Und andrerseits fann man sich benken, wie leicht eine folche Kommission, die mit unendlichem Zeit= und Mühe= auswand alles auf einen Gegenstand Bezügliche hervorsucht, eine starre Ansicht gewinnen kann, in die sie sich verliebt. Ich glaube nicht, daß die Kommission die Absicht hat, Temanden zu täuschen, aber ich fürchte sehr, sie täuscht sich selbst. Zu was für heillosen Folgen es jedoch führen kann, wenn bei einer Untersuchung eine so gefaßte Meinung jum Grunde gelegt wird, weiß Niemand besser, als der Redner, der vor mir gesprochen, Serr Regie-rungsrath Schnell, der als beredter Vertheidiger der Serven Pfyffer und Carragioni die Mängel jenes berüchtigten Verfahrens hervorhob. Auch hier ließen sich sonst rechtschaffene und meisten= theils unbefangene Männer ju einem Berfahren verleiten, das ihnen felbst und dem Staate, dem sie angehörten, den Sadel aller Welt jujog und das ganze schweizerische Justizwesen in ein sehr nachtheiliges Licht fette. Gegen das Ende des vorigen Sahres und in ben letten Tagen meiner Amtsführung als Landammann hatte eine langere Absonderung des Beklagten das Ge-rücht veranlaßt, als ob dem §. 15 der Verfassung zuwider körperliche Iwangsmittel zu Erpressung eines Geständnisses ange-wendet würden. Da man sich bei mir darüber beschwerte, so hielt ich es für meine Pflicht, vor Allem zu untersuchen, was an der Sache fei, und durch das Zeugnif eines vor der Diehrheit seiner Mitbürger für rechtlich und unbefangen geltenden Mannes wenigstens biesen Vorwurf von der Regierung abzumalgen. Das Ergebniß diefer in Gegenwart des herrn Centralpolizeidirektors Schnell und des Herrn Oberrichters Aubry vorgenommenen Untersuchung ist bekannt. Seit dieser Zeit sind zwei Monate verstoffen, und mag auch immer die Behandlung des Gefangenen fo mild und human fein als möglich, fo geht doch aus der Natur der Dinge hervor, daß die Absonderung eines 70iährigen franklichen Greifes von einer innigst geliebten Familie, deren Pflege er gewohnt ift, die Rothwendigkeit, über Ereignisse und Verhandlungen umftandliche Auskunft zu geben, die bor 40 Jahren ftattgefunden haben, an fich felbst schon einer Tortur fehr nahe kömmt, die der Geist und die Sitten unseres Beitalters verdammen. Darum, und weil mir die Sache so eingeleitet scheint, daß ich nicht leicht ersprießliche Erledigung erwarten fann, und defiwegen Beschleunigung für alle Parteien wünschhar ist, und weil ich glaube, es sei vor der Hand weder Lob noch Tadel zu spenden; so schließe ich mich ganz einfach an die Meinung des Herrn Alt-Schultheißen v. Tavel an, die mir der Ehre dieses hohen Standes vollfommen angemessen scheint.

Herr Landammann. Sit., wenn wir jest nicht zur Abstimmung schreiten können, so schiebe ich die weitere Berbandlung auf bis nächsten Montag. Sonst aber, wenn Niemand mehr das Wort begehrt, will ich den Sit. Herrn Schultsheißen bitten, kürzlich zu berichten, wie der Antrag in's Mehr gesetzt werden soll.

Ticharner, Schultheiß. Ich will dem erhaltenen Winke folgen, Tit., und mir nicht erlauben, in die Sache weitläusig einzutreten. Was die eigentliche Beschwerde betrifft, daß theils bei der Verhaftung, theils wegen Anstellung eines außevordentslichen Untersuchungsrichters Gesetzwidrigkeiten u. s. w. stattgefunden, — darauf ist von Herrn Regierungsrath Kohler mit

gehöriger Umständlichkeit geantwortet worden. Als gegenwärtiger Präsident der Justizsektion habe ich dem von ihm Angebrachten nichts beizufügen. Was die Sache selbst betrifft, so gestehe ich aufrichtig, daß ich personlich eben so angegriffen bin über das Unglück, das meinen ehemaligen Freund betroffen hat, und wenn es irgend in meiner Befugniß ftande, das Ungluck desselben zu mildern und zu erleichtern, so würde ich es mit der größten Freude thun, und ich werde es thun in meiner amtlichen Stellung, wie es bereits gefchehen, fo weit wenigstens, als diefe Stellung reicht. Eine andere Frage ift, ob man auf heutigen Sag einer Petition, welche fich über Sachen, deren Ungegründetheit man bier gezeigt hat, Folge geben, und ob der Große Rath sich irgendwie in gerichtliche Befugnisse einmisschen und die Petition der obersten Gerichtsbehörde mit Empsehlung zuweisen soll. Dem Allem, Tit., könnte ich nicht beispflichten. Würde man das heute im einen Sinne thun, so könnte man morgen in einem andern Sinne wiederum anges sprochen werden, und so würde zulett der Große Rath der Schauplat von ungähligen gerichtlichen Verhandlungen. Das fann unmöglich die Bestimmung des Großen Rathes fein. Der Große Rath ist da, um die Oberaufsicht zu führen sowohl über die eigentliche Staatsverwaltung als über die Justiz. Wenn man ihm zeigen kann, daß da irgendwo etwas mangeln konnte, muß er einschweiten. Aber das ift hier nicht der Fall. Man hat Ihnen schon oft gezeigt, Tit., wie unvollkommen unsere Kriminalgesetze seien. Diese mag man also verbessern. Aber man hat Ihnen nicht beweisen können, daß im speziellen Falle gegen die Gesetze gehandelt worden; also foll der Große Rath nicht einschreiten, und foll den betreffenden Personen überlaffen, sich an das Obergericht zu wenden, mas dieselben auch bereits gethan zu haben scheinen. Ich zweisle nicht, daß die heutige Diskussion zeigen wird, daß einerseits das Petitionsrecht bei und eine Wahrheit ist, und daß andrerseits der Große Rath es nicht gleichgulftig aufnehmen murde, wenn irgend von einer Seite ber gefehlt worden ware. Diese Diskuffion wird baber die Behörden auf die große Verantwortlichkeit aufmerkfam machen. womit fie fich beladen, wenn fie nicht auf dem Wege des Rechtes bleiben. Gine einzige Bemerkung fei mir anzuführen erlaubt darauf, daß man beforgt, die Behandlung des herrn Zeerleder fei nicht der humanität angemeffen. Der Regierungsrath mar durchaus nicht gleichgültig über diese Sache, denn fie ist im Regierungsrath mehrere Male zur Sprache gekommen. Mitglieder des Regierungsrathes haben den Enthaltenen besucht und und berfichert, daß in dieser hinficht auch nicht das Geringste zu tadeln fei, sondern daß man gegen den Gefangenen, wie er es verdient, alle möglichen Rücksichten hat. Somit mußte ber Regierungsrath das fehr billigen, und er erwartet, daß diejenigen Mitglieder, welche eine besondere Pflicht haben, das zu beaufsichtigen, fortfahren werden, zu machen, daß keinerlei un-nöthige Strenge stattfinde. Da man nun auf heutigen Zag gezeigt hat, daß nichts Ungesetzliches geschehen ist, so muß ich wiederholt finden, der Große Rath konne unmöglich in die Befchwerde eintreten, sondern habe lediglich die Petenten an die Gesetze zu weisen. Sch schließe demnach auf Beibehaltung des Schluffes des Regierungsraths.

Man zieht den ersten Theil seines schriftlich eingereichten Antrages zurück.

Abgimmung.

Bur Tagesordnung zu schreiten . . . 93 Stimmen. Den Petenten Rechnung zu tragen . . . 20 "

(Schluß der Sitzung um 4 Uhr.)

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Salfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Siebente Sigung.

Montag ben 26. Februar 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präfident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protofollslegt der Herr Landammann auf den Kanzleitifch:

- 1) Vortrag des Finanzdepartements nebst Gesetzesentwurf über Vervollständigung des Kadafters im Leberberge.
- 2) Vortrag des Finangoepartements nebst Defretsentwurf über Freigebung des Salzverkaufes.
- 3) Bortrag ber Suftigfettion über Ratifitation bes eidgenöffischen Militarftrafgefegbuches.
- 4) Einen Anzug des Herrn Oberrichters Weber über Aufbebung des §. 23 der Anweisung für die Richter vom Sahre 1834.

Zagesordnung.

Gedruckter Rapport über den Staatsverwaltungsbericht für 1834 und 1835 von Seite der hiefür niedergefetzten Spezialfommission. (Siehe Nr. 1 dieser Blätter.)

Da der Rapport nicht wohl einen Auszug gestattet, so folgen bier bloß die beiden Schlufanträge desselben, nämlich:

- 1) daß der angeführte Staatsverwaltungsbericht genehmigt,
 2) der gegenwärtige Rommissionalbericht, wenn die in demfelben enthaltenen Anträge sich des Beifalls des Großen Rathes zu erfreuen haben, dem Regierungsrathe zur Berücksichtigung jener Anträge, Wünsche und Bemerkungen zugewiesen werden möchte.
- v. Tillier, Alt Landammann, hat feinem bereits in ber ersten Sigung gemachten Eingangsrapporte nichts beizufügen.

Herr Landammann setzt in Umfrage, ob man lediglich ben Bericht gutheißen und dem Regierungsrath zu gut findender Verfügung zuweisen, oder ob man die einzelnen Unträge desfelben hier behandeln wolle.

v. Tillier, Alt-Landammann, findet es in der Stellung der Spezialkommission, lediglich zu erwarten, was der Große Rath hierüber entscheiden werde.

Stettler. Obgleich Mitglied dieser Kommission muß ich mir dennoch einige Bemerkungen erlauben. Der Rapport enthält Bemerkungen ganz verschiedener Natur. Die einen gehen dahin, zu zeigen, daß der Regierungsrath in einigen Punkten die Vorschriften der Verfassung nicht erfüllt, oder sogar dagegen verstoßen hat, wie z. B. durch Anstellung von Beamten ohne vorhergegangenen Beschluß des Großen Rathes, welcher doch einzig kompetent ist, bleibende Beamtungen auszustellen; und daß er mehrere Beschlüsse des Großen Rathes nicht erequirt hat, wie z. B. dadurch, daß noch feine Friedensrichter aufgestellt sind. Da soll der Regierungsrath vom Großen Rathe nun förmlich aufgefordert werden, den Vorschriften der Verfassung und den Beschlüssen des Großen Rathes ein Genüge zu leisten. Undere Bemerkungen gehen dagegen bloß dahin, auf einzelne Mängel in besondern Zweigen der Administration, namentlich der Justizpstege, ausmerksam zu machen und den Regierungsrath einzuladen, dem Großen Rathe geeignete Ansträge zur Abhülfe vorzulegen. Diese letztern Anträge der Kommission eignen sich bloß zur Erheblichkeitserklärung und Ueberweisung an den Regierungsrath. Ich begnüge mich vorläufig, als Mitglied der Kommission, auf diese Unterscheidung aufmerksam zu machen.

Da Niemand das Wort ergreift, so setzt der Herr Landsammann in Abstimmung, ob man den Rapport lediglich der Kommission verdanken und dem Regierungsrathe überweisen, oder ob man in die einzelnen Rügen und Anträge deßselben, gleichsam in eine Eensur des ganzen Regiments, eintresten wolle.

Für einfache Ueberweifung an den Regierungsrath 71 Stimmen. 3n eine weitere Behandlung einzutreten . 52 "

Vortrag des Departements des Innern über die Abtretung des alten Schlosses zu Pruntrut an die Gemeinden dieses Umtsbezirkes und über den Staatsbeitrag zur Errichtung einer dortigen Armenanstalt.

(Siehe Dr. 48 der Verhandlungen von 1837.)

Der Vortrag enthält im Wesentlichen Folgendes: Der Große Rath habe am 4. Dezember vorigen Jahres nähere Erläuterungen begehrt 1) über Iweck, Einrichtung und Kosten der zu gründenden Armenanstalt, 2) über den Werth der vom Staate abzutretenden Gebäude und deren Reparationskosten, 3) über die Frage, ob die Majorität der Gemeinden des Amtsbezirks das Recht habe, über den, sämmtlichen Gemeinden zusomenden Antheil der Enregistrementsgebühren zu disponiren, und 4) über die sestzustellenden Rechte des Staates und der Gemeinden in Betress der Schloßgebäude. Zweck der Anstalt sei die Aufnahme und angemessene Erziehung armer Waisen und Berpstegung verdienstunfähiger Greise und anderer Personen. Die Zahl der aufzunehmenden Individuen könne zwar noch nicht angegeben werden, aber die Ausdehnung der Anstalt werde jeden Falls stäts mit ihren jährlichen Einkünsten, Fr. 9000—10,000, als Erzebniß des Enregistrements, im Verhältnisse stehen. Der Werth der Gebäude sei aus Austrag des Baubepartements durch Erperte auf Fr. 30,854 geschäßt worden. Die Reparations= und Einrichtungskosten seien angesetz zu Fr. 40,000, wossus Fr. 30,000 als seit drei Jahren zusammengelegter Vetrag der Enregistrementsgebühr in der gemeinschaftslichen Amtskassa der Enregistrementsgebühr in der Geneinschaftslichen Amtskassa der Enregistrementsgebühr in der Geneinschaftslichen Amtskassa der Enregistrementsgebühr in der Freise

rungsrath einverstanden, daß die Majorität der Gemeinden über die Enregistrementsgebühren verfügen könne. In Betress des vierten Punktes schlägt das Tepartement vor, daß die oben angegebene Schatzungssumme der Gebäude, nehst der vom Staate beizuschießenden Fr. 10,000, als Grundlage desjenigen Antheils dienen solle, der für die Gebäude im Falle einer Liquidation dem Staate wieder zukommen würde, so daß, da die Gemeinden für die Einrichtung der Gebäude Fr. 30,000 beitragen, die Ansprüche dieser Letztern gegenüber denjenigen des Staates sich wie 3/7 zu 4/7 verbalten würden.

Der Regierungerath, im Uebrigen ben Antragen bes Departements beipflichtend, trägt darauf an, die Schatzungssumme ber Gebäude von Fr. 30,854 auf Fr. 10,000 herabzusetzen, indem der Staat die Gebäude schon früher einmal der Stadt Pruntrut als Geschenk angeboten habe, welches aber Letztere nicht habe annehmen wollen.

Tscharner, Regierungsrath, durchgeht den schriftlichen Vortrag und trägt auf Genehmigung desselben an, indem er namentlich beifügt, daß die Schatzung der Gebäude jede alte Mauer, jeden Dachziegel u. s. w. in sich begreife, daß aber, wenn man das Schloß verkaufen wollte, man niemels mehr als allerhöchstens Fr. 10,000 und auch diese nicht einmal daraus lösen würde, indem alle Gebäude im gänzlichen Versalle seien, so daß die Reparatickischsen immer eine ungeheure Summe erfordern würden. Nur die Unterhaltung der Dachungen koste den Staat alljährlich außerordentlich viel, u. s. w.

Belrichard bemerkt, dieses Projekt sei schon in der letzten Sihung zur Berbesserung zurückgewiesen worden und heute komme es zurück, ohne daß den damaligen Wünschen Rechnung getragen worden sei; dasselbe beruhe auf der falschen Basis, daß eine Mehrheit von Gemeinden die Minderheit zwingen und über gemeinschaftliche Fonds versügen könne. Dazu sei eine Summe von Fr. 10,000 für den einzigen Distrikt von Pruntrut doch viel. Wenn man alle 70 Bezirke gleich halten wolle, so würde man auf eine ungebeure Summe kommen. Gern würde er für den Entwurf stimmen, wenn er glauben könnte, daß das verlangte Geld gut verwendet wäre, während durch die Austheilung der Interessen von den Fr. 30,000, welche der Bezirk besitzt, die Gemeinden auf eine wirksamere Art unterstützt würden.

Romang, Regierungsstatthalter, findet den Grundsat, daß die Majorität der Gemeinden die Minorität zwingen könne, ebenfalls bedenklich und wünscht daher, daß es den protestirens den Gemeinden freigestellt bleibe, beizutreten oder nicht.

Mühlemann, Regierungsstatthalter, wiederholt die schon in der Sizung vom 4. Dezember vorgebrachten Bedenken, sowohl hinsichtlich der Einregistrirungsgebühr, welche noch weit unbilliger vertheilt sei, als die Tellen im alten Kanton, — als auch hinsichtlich der Armenunterstützungspflicht, die man durch einen solchen Beschluß im Jura gesetzlich einführen würde; indem er beifügt, daß wenn die Majorität die Minorität zwingen könne, es dann auch der Erstern leicht werden dürste, die Anstalt zu ihrem ausschließlichen Vortheile zu benußen und die Minorität im Nachtheile zu lassen. Er trägt auf Verwerfung der Anträge an.

Stettler hegt die am 4. Dezember geäußerten Bedenken nach reislicher Untersuchung nicht mehr. Woraus soll diese Armenanstalt errichtet und unterhalten werden? Errichtet soll sie werden aus den Fr. 30,000 bereits vorhandener Einregistrizungsgebühren und mit Fr. 10,000 als einmaligem Staatsbeitrag. Unterhalten soll sie werden aus dem den Gemeinden des Amtsbezirkes zusommenden jährlichen Ueberschusse der Einregistrirungsgebühren. Welche Bewandtnis hat es nun mit diesem Einregistrirungsgebühren. Welche Bewandtnis hat es nun mit diesem Einregistrement? Diese Gebühren entstanden unter der französsischen Herrschaft und wurden zu Handen des Staats bezogen. Dies geschah in den Aemtern Pruntrut, Freibergen und Delseberg. Als das Vistbum zu Vern kam, hätte also die Regierung die Einregistrementsgebühr ebenfalls zu ihren Handen beziehen können, aber sie that es nicht, weil sie vom Vistbume nicht eine größere Einregistrements das ist so wiel als bei uns die Handanderungs-Gebühr beziehen wollte, als vom alten Kantone.

Da nun diese Gebühr im Bisthume 2 %, im alten Kantonstheil aber nur ½ % beträgt, so wird dort nur ½ % zu Handen des Staates bezogen, mährend die übrigen 1½ % den Gemeinden zur Bestreitung verschiedener, im allgemeinen Interesse liegender Ausgaben, gemäß einem Beschlusse der vorigen Regierung vom Jahr 1817, überlassen bleiben. Somit ift dieser den Gemeinben überlaffene Untheil fein Privateigenthum derfelben, fondern eine von Seite der Regierung ertheilte Konzession. Run beträgt der ben Gemeinden des Amtsbezirfs Pruntrut gutommende Untheil jährlich Fr. 9000—10,000; aber dieses Geld murde nie unter die einzelnen Gemeinden vertheilt, fondern in eine gemeinschaftliche Umtskaffa geworfen, und aus dieser wurden dann bie verschiedenen Gemeindsbedürfniffe, wie Abbezahlung der Gemeindsschulden, Ankauf der nöthigen Löschanstalten, die Einbürgerung unehelicher Kinder, gemeinnütige Polizeianstalten u. f. w. bestritten. Dieß geschah bis zum Jahre 1835, wo fast alle diese Kosten bestritten waren. Was wollte man nun mit der Enregistrementsgebühr machen? Bertheilt murde fie nicht, sondern es befinden sich gegenwärtig Fr 30,000 als Betrag der drei letzten Jahre in der gemeinschaftlichen Kassa. So gut nun die Regierung Unno 1817 erfennen fonnte, wie und zu welchen Zwecken diese Gebühren verwendet werden sollen. eben fo gut kann jett, wo jene Zwecke erfüllt find, die Regierung fagen, ju mas für einem gemeinnützigen weitern 3mede diese Abgabe von nun an gebraucht werden foll. Die Regierung that aber das nicht von sich aus, fondern sie fragte zuerst die Gemeinden des Amtsbezirkes Pruntrut an: wollt Ihr diese Gebühren zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Armenanstalt verwenden? Die Mehrzahl fagte ja, und nur eine einzige Gemeinde hat formlich protestirt. Dag nun die Regierung bas Recht habe, die Bermendung der Ginregistrirungsgebühr fo ju bestimmen, wie die große Mehrzahl der Gemeinden es wunfcht, ift aus dem Angebrachten wohl ziemlich flar. Die Beforgniß, daß durch eine folche Verfügung die gefetliche Armenunterftußungspflicht im Sura eingeführt werde, ift durchaus ungegründet. In dem Rapporte der Kommission für Revision des Armenwesens wird ja angetragen, nach Aushebung der Armenunterftützungspflicht im alten Kantone gerade folche Unstalten, wie hier eine porgeschlagen wird, von Staats wegen zu errichten. Ich habe darüber auch die Meinung eines andern Mitgliedes dieser Kommission eingeholt, nämlich des herrn Defans Morel von Corgemont, welcher das Armenwesen im Bisthum febr genau kennt. Er wünscht gar febr, daß Gie, Tit., ja freilich Diefem Entwurfe beistimmen möchten, fo fern nämlich die Unstalt bloß für solche Personen bestimmt wird, welche durchaus verdienstunfähig sind. Uebrigens sollen die zu entwerfenden Reglemente der Sanktion des Regierungsraths unterworfen werden, nur ware dann noch beizufügen, daß der Regierungsrath fich die Genehmigung des zu ernennenden Direktors vorbehalte, und daß die Anstalt unter ber Aufsicht bes Departe-tements des Innern stehe.

Huggler. Man will da für einen befondern Landestheil ein sehr großes Opfer bringen. In welche Verlegenheit mürde aber der Große Rath kommen, wenn dann andere Landesgegen- den Achnliches für sich verlangen? Im alten Kantone wären auch solche Anstalten nöthig, — warum denn ein solches Stückwerf? Ich möchte also die Sache aufschieben, bis man das Armenwesen im Allgemeinen behandelt.

Schneider, Regierungsrath, von Nydau. Das vorige Mal babe ich auch für Verschiedung gestimmt, aber seither hat eine genauere Untersuchung der Sache stattgefunden. Im Allgemeinen din ich nicht der Ansicht, daß man solche Ansialten von Staats wegen einführe, und wenn Herr Defan Morel und ich dierüber gleicher Ansicht wären, so würde das Seeland und der reformute Jura dereits mit ähnlichen Ansuchen vor den Großen Rath getreten sein. Allein beduss der Armenunterstühung stehen auf dem Vädzet Fr. 140,000 angesest. Diese geniest der alte Kantonstheil salt ausschließlich, während dier dem Jura Fr. 10,000 für ein und alle Male gegeben werden sollen. Durch Abtretung des Schlosses zu Pruntrut kann der Staat nur gewinnen, ob aber der Amtsbezirk Pruntrut dabei gewinnen wird, bezweisse ich. Hingegen möchte ich nicht geradezu sagen, daß man das Schloß zu Pruntrut zu einer Armenanstalt her-

geben folle, fondern ich möchte bloß erklären, daß man dasselbe nebst einer baaren Summe von Fr. 10,000 zu gemeinnützigen Zwecken überhaupt abtrete. Was die protestirenden Gemeinden, namentlich Damvant, betrifft, so haben dieselben seit dem 4. Dezember keine fernere Opposition eingereicht, so daß zu vermuthen ist, dieselben werden sich wohl auch anschließen.

Stockmar, Regierungsrath, freut sich zu feben, daß die Herven Schneider und Stettler von ihrer fruhern Meinung zurückgekommen find. Er widerlegt die Gründe, die von ein= zelnen Mitgliedern gegen den Entwurf vorgebracht worden find. Die Anstalt werde gerade darum errichtet, damit die gesetzliche Armenunterstützungspflicht, die den alten Kanton so fehr drücke, nicht im Leberberge, wo auch Arme seien, emporkomme. Seit mehr als zwanzig Sahren habe die Minderheit der Gemeinden im Distrikt Pruntrut sich der Mehrheit unterziehen muffen und habe es bisher willig gethan. Nach dem Gefet über die Einregistrirungsgebühr, welche, im Vorbeigehen ge- fagt, allerdings gesetzlich existive, heiße es ausdrücklich, daß der Ueberschuß dieser Abgabe von den Gemeinden zu Polizeianstalten verbraucht werden soll, was hier gerade der Fall sei, so daß man also die vorliegenden Gemeinden sogar gesetzlich zwingen könnte. In der Ausführung wurde eine Vertheilung der, in der Centralkasse liegenden Summen, die schon an sich schwer halten würde, nur einen äußerst geringen Nuken gewähren. Es sei auch in Berathung zu ziehen, daß weder die 250 Seesen starke, einzig protestirende Gemeinde, noch die andern, welche fich bloß negativ verhielten, seit den in der Sitzung des Großen Rathes gefallenen Reden, Schritte gethan hätten, im Gegentheil wären seit jener Zeit zwei Gemeinden den übrigen beisgetreten. Die Anstalt an sich biete alle möglichen Gaxantien, indem sie sichere jährliche Einkünste habe; zudem sei das Geschriche schenk einer Ruine und von ein für allemal verlangter Fr. 10,000, vom Staate aus nicht gar groß, indem seit langer Zeit weder der Distrikt von Pruntrut, noch der Zura überhaupt seinen Theil an dem, im Büdget ausgesetzten Armensonds je bekom= men habe. Ein neues Aufschieben für weitere Details nute gar nichts, denn man könne keine andern geben, und es gehe wieder ein Jahr verloren.

Wehren In der vorgeschlagenen Anstalt erkenne ich etwas, was ich dem ganzen Kantone gönnen möchte, denn so würden wir dahin kommen, daß nur diesenigen unterstützt werden, welche wirklich Anspruch auf Unterstützung machen können: die Kindheit, Altersschwachheit und Gebrechlichkeit. Das Gebäude ist mir bekannt, es ist durchaus baufällig, ohne Fenster, ohne Falladen u. s. w., und ohne bedeutende Reparationen zu gar nichts mehr dienlich. Wenn andere Bezirke sich für ähnliche Anstalten bewerben und verhältnismäßige Summen dassür von sich aus anerdieten, so wird Niemand etwas dagegen haben, daß man auch diesen Bezirken die nämliche Wohlthat gewähre.

Steinhauer, Oberstlieutenant. Die Abtretung der Schloßzuine von Pruntrut ist wahrhaftig kein Geschenk. Das Schloßist um einen jährlichen Pachtzins von Fr. 8 hingeliehen, und was die Fr. 10,000 betrifft, welche der Staat ein für alle Male beitragen will, so ist das in keinem Verhältnisse zu dem, was der alte Kantonstheil jährlich an Armenunterstühung bezieht.

Parrat möchte, daß das Schloß dem Bezirk ganz überlassen, und daß wenigstens den andern Bezirken im Leberberg das Recht zugestanden würde, an der Anstalt Theil zu nehmen.

Tscharner, Regierungsrath, bemerkt in seinem Schlußberichte, außer demjenigen, was bereits in der Diskussion zu Gunsten des Projektes angebracht worden, Folgendes: Es hat mich bemüht, zu hören, die vorgeschlagene Beisteuer sei zu groß. Ich din nicht von denjenigen, welche glauben, die leberbergisschen Amtsbezirke seien eine Beschwerde für den Staat. Wielmehr tragen dieselben zu den allgemeinen Lasten verhältnismäßig am meisten bei, denn es ist dort keine Scholle Erde, kein Stein, kein Stück Holz, wossur nicht ein Antheil in die Staatskasse bezahlt würde, indem dort die Grundseuer eingeführt ist. Sehen Sie, Tit., nun in der Armenrechnung nach, was der Jura an Armensteuern bezieht. Anstatt 20 % zu beziehen, wie er es im Verhältnisse zu seinen Beiträgen begehren könnte, bezieht

er allerhöchstens 1 % ber allgemeinen Armensteuern. Es ist dort nicht üblich, für jedes Haus, für jedes Brücklein u. f. w. Beisteuern zu fordern. Nun will man dem Amtsbezirke Pruntrut zum Behuse einer Armenanstalt ein Gebäude abtreten, welches dem Staate zur Beschwerde ist, indem man nicht einmal die bloße Dachung mit Franken 200 jährlich unterhalten kann. Dazu will man im Baaren Kr. 10,000 aus der Staatskasse für ein und alle Male beischießen. Der Zins hievon beträgt jährlich Kr. 400. Was giebt nun der Staat nicht alljährlich sür Anstalten dieser Art im alten Kantone? Das, Tit., wissen Sie alle. Uebrigens, Tit., steht der Beitritt zu dieser Anstalt dem ganzen katholischen Jura offen, unter der Bedingung verhältnismäßiger Beiträge. Wenn Amtsbezirke des alten Kantons ähnliche Begehren an den Staat stellen und zugleich ähnliche Anerbietungen machen, wird man-sie gewiß sehr gerne unterstüßen. Das Departement des Innern wartet auf nichts so sehnlich, als daß die übrigen Amtsbezirke solche Unträge bringen, wie Pruntrut einen gemacht hat; es sind aber noch keine gekommen. Es ist Pflicht der Regierung, den Wohlsthätigkeits und Gemeinstnn aller Gegenden des Landes bei jeder Gelegenheit zu würdigen und zu unterstüßen.

Abstimmung.

Vortrag der Juftigsektion über die definitive Besetzung der Stelle eines Adjunkten bes Staatsanwaldes.

Der Bortrag zeigt die Nothwendigkeit der definitiven Beschung dieser Stelle, welche seit der Resignation des Hrn. Dr. Gärth durch Hrn. Dr. Ruhnhardt von Lübeck, provisorisch und zu großer Zufriedenheit, namentlich des Obergerichtes, verschen worden ist, weshalb Herr Dr. Luhnhardt für diese Stelle dem Großen Rathe empfohlen werde.

Taggi, Oberrichter, empfiehlt den Vorgeschlagenen seiner Kenntnisse und seiner außerordentlichen Thätigkeit wegen gar sehr, mit dem Beisügen, daß die Besoldung des Abjunkten, Kr. 1600, in keinem Verhältnisse stehe zu derzenigen des Staatssamwaldes selbst, welcher Fr. 2500 beziehe, indem die Arbeiten unter beide Beamte ungefähr gleich vertheilt seien.

Mit Mehrheit wird beschlossen, sogleich zur Wahl zu schreiten.

Bon 130 Stimmen fallen
auf Herrn Dr. Kuhnhardt im 1. Skr. 103
Schöni, Gerichtspräf., zu Erlach, 7
Prokurator Ochfenbein 3
Prokurator Fischer 2
u. s. w.

Ernannt ift demnach herr Dr. Kuhnhardt.

Vortrag des Erziehungsdepartementes über das Entlassungsbegehren des Herrn Professors Inro aus der großen Schulkommission.

Im Vortrage wird einerseits auf Entlassung des Herrn Iyro, und andrerseits auf Auflösung der großen Schulkommission felbst angetragen, indem diese Behörde ihre Aufgabe, nämslich die Vearbeitung eines Primarschulgesetzes, erfüllt habe.

Dem Vortrage wird ohne Diskuffion beigepflichtet.

Auf einen ähnlichen Vortrag des Erziehungsdepartes mentes wird dem Herrn Rathöschreiber Stapfer, welcher dem Staate in einem andern Zweige der Verwaltung zu dienen wünscht, die verlangte Entlassung in der üblichen Form ertheilt.

Wahl eines Mitgliedes in bas Diplomatische Departement.

Vorgeschlagen sind die herren henzi und Schnyder- Dufresne.

(Der Lettere munscht, nicht gewählt zu werden.)

Von 123 Stimmen erhalten:

Herr	: Henzi	im 1. Sfr.	80
, 27	hunzifer	20	18
> >	Alt=Landammann Simon Schnyder=Düfresne	» >	6
"	Schneider, Regierungsrath, von Nydau	"	2
	Ernannt ift fomit herr Ammann hengi.	"	

Wahl eines Mitgliedes ins Justigdepartement für die erste der drei vakanten Stellen.

Vorgeschlagen sind die Herren Advokat Bille und Raths-schreiber Stapfer.

Von 124 Stimmen erhalten:

Herr	Bille	im	1.	Strut.	5 9	im	2.	Strut.	66
,,,	Stapfer			"	35			э	33
"	Fischer			*)	7			"	13
n	Mai			"	5			79	5
"	von Graffenried u. f. w.			"	3				

Ernannt ist herr Advokat Bille, bisheriger Suppleant bes Departementes.

Schluß der Sigung um 11/2 Uhr.

Verhandlungen

bes

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Halfte, 1838.

(Nicht offiziell.)

Uchte Sitzung.

Dienstag ben 27. Februar 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präfident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protokolls wird verlesen:

eine Mahnung des Herrn Oberrichters Mani bezüglich auf den im Sahre 1834 erheblich erklärten Anzug des Herrn Fürsprechs Saggi über Aushebung der beschränkten Zahl der Abvokaten.

Zagesorbnung.

Vortrag des Finanzdepartementes nehft Dekretsent= wurf über Errichtung von Parzellarplänen zur Vervoll= ftändigung des Kadasters im Jura.

Da mehrern Rednern der Gesetzesentwurf verschiedene nicht gehörig ins Klare gesetzte oder sonst nicht passende Bestimmungen zu enthalten scheint, so wird nach einer etwelchen Diskussion, die wir aber hier, da der Gegenstand den deutschen Kantonstheil durchaus nicht betrifft, und da derselbe später wiederum zur Sprache gebracht werden wird, übergehen zu sollen glauben, beschlossen:

1) Ueberhaupt den Grundfat einer Parzellarver-

2) Den vorliegenden Gesetzesentwurf anzunehmen 35

Vortrag des Erziehungsdepartements über die Unsträge- des Herrn Fellenberg, in hinsicht auf die Abtretung der Hofmyleranstalten an den Staat.

Derfelbe enthält im wesentlichen Folgendes:

- I. Darstellung des von Herrn Fellenberg beabsichtigten Zweckes und der Mittel, denfelben zu erreichen.
- 1) Der Zweck ist der, dem Umsichgreifen des Geistes der Genufsucht und des Eigennutes dei unserm Vernervolke durch eine Radikalresorm unserer Nationalerziehung zu steuern und durch physische, intellektuelle, sittliche, religiöse und industrielle Verbesserungen soliden Wohlstand zu begründen. Daher glaubt herr Fellenberg, daß die gelungene Wiedererhebung und Beglückung des Vernervolkes zunächst der Eidgenossenschaft und dann allen civilisieren Nationen überhaupt die Mittel an die Hand geben werde, wie sie gegen den Verfall sich bewahren

fönnen, der aus ähnlichen Gebrechen, wie die des Bernervolkes, hervorgehen muß und daß auf diese Weise unsere Verhältnisse zum Auslande unter den Schutz der höchsten Achtung aller civislisteten Völker und ihrer dankbarsten Anexennung einer so großen, durch das ermuthigendste Beispiel der gesammten leisbenden Menschheit gewährten Wohlthat gestellt würden.

- 2) Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes liegen in Errichtung von großartigen, massenhaft wirkfamen landschaftelichen Anstalten von Seite der Regierung. Eine Anstalt dieser Art würde alle Richtungen der Volksbildung umfassen und folgelich enthalten:
- a. Schullehrerbildungsanstalten; b. allgemeine Lehre anstalten von der Primarschule an bis zu den Vorbereistungsanstalten auf die Hochschulstudien; c. technische Vildungsanstalten zur Entwicklung der lande, hauße und staatswirthschaftlichen Industrie.

Bur Errichtung einer folchen umfassenden Musteranstalt schlägt Herr Fellenberg vor, eine zweckmäßige Combinirung und Verschmelzung der Hospieranstalten und der Anlagen auf der Rüti bei Jollikosen mit den in ihrer Nähe sich besindenden Staatsanstalten in Münchenbuchsee zu bewirken, weil die Lokalitäten und die bereits in diesen Anstalten getroffenen Anordnungen, so wie mehrere der daselbst vorhandenen Persönlichkeiten Gewähr leisten, daß aus dieser Verschmelzung wirklich der beabssichtigte Zweck hervorgehen werde.

In diese Anstalten würden dann 400—600 Kinder unter gesetzlichen Bedingungen und Bestimmungen aufgenommen und so weit gebildet werden, daß sie zur Zeit den Hochschulstudien, die sie zu machen haben werden, gewachsen sind.

3) Zur Ausführung dieses Planes wird nun als Uebergangsmaßregel versuchsweise Folgendes vorgeschlagen:

Herr Fellenberg bleibt einstweilen noch Besitzer von Hofwyl und der Nüti, räumt aber die dortigen Anstalten zur Benuhung für den angegebenen Zweck dem Staate unentgeldlich
ein und erbietet sich überdieß noch, an den für die Einrichtung
der Anstalten zu machenden Auswand einen Beitrag von zehntausend Schweizerfranken zur Verfügung der Direktion zu stellen.
Diese Direktion soll nun bestehen aus den gegenwärtigen Vorstehern der Anstalten in Hoswyl und Münchenbuchsee, den
Herren Fellenberg und Rickli, nebst einem von denselben noch
vorzuschlagenden und zu berusenden Direktor der Anstalt in der
Rüti. Die Direktion wird nach einem von ihr entworsenen
und von der kompetenten Behörde angenommenen Plane die
Anstalt leiten, jedoch immer noch unter Oberaussicht des Erziehungsdepartements. Diesen drei Vorstehern sollen des Erziepleanten als Gehülfen und Stellvertreter beigegeben werden.
Tährliche Prüfungen werden die Fortschritte der Anstalten und
die Leistungen des Personals beurtheilen lassen. Während dieser
Probezeit will Herr Fellenberg die Primarlehrer, welche die
Wiederholungskurse in der Normalanstalt besuchen werden, in
Hoswyl unentgeltlich beherbergen.

Erft, nachdem die Erreichung der vorgesetzten Zwecke that-

ð

fächlich außer Zweifel gesetzt sein wird, darf die Rede davon sein, ob und unter welchen Bedingungen der Staat die Landgüter von Hoswyl und der Rüti durch Kauf eigenthümlich an sich zu bringen haben dürfte.

- II. Untersuchung der Antrage und Beurtheilung,
- 1) Des Imedes und der Idee, die denselben zu Grunde liegt. Herr Fellenberg hebe hauptsächlich hervor, daß unser Schulmesen einer Radikalreform bedürfe. Was aber das Erziehungsbepartement bis dahin für Verbesserung desselben gethan habe, wisse der Große Rath und das Volk, seine Resorm sei keine radikale; sie könne es nicht sein, sondern müsse es erst werden; aber dieß könne nur mit der Zeit geschehen. Ob die Vorschläge des Herrn Fellenberg geeignet seien, auf schnelzerem Wege eine Radikalreform des Schulwesens herbeizusühren, werde sich noch bei näherer Veleuchtung seiner Anträge zeigen.
- 2) Was die Mittel zur Erreichung jener Idee betrifft, so schlage Herr Fellenberg vor, durch Vereinigung und Erweiterung der Anstalten zu Münchenbuchsee, Hoswyl und in der Rüti eine großartige, massenhaft wirksame landschaftliche Erziehungsanstalt zu gründen, welche in ihren einzelnen Theilen alle Richtungen der Nationalbildung enthalte. Herr Fellenberg wolle also ein Mehreres und ein Anderes, als bis dahin bestanden habe.

hierbei brängen sich bem Erziehungsdepartemente verschiestene Fragen auf, nämlich :

- A. Ob das von Herrn Fellenberg vorgeschlagene Mehrere nothwendig sei. Zur Beantwortung dieser Frage müßten die einzelnen Theile, die er alle in der koncentrirten Anskalt vereinigt wissen möchte, in's Auge gesaßt werden.
- a. Herr Fellenberg verspreche sich vorerst von der Koncentration ber oben genannten Institute eine Erweiterung und Bervollständigung der Normalanstalt in Münchenbuchsee, die nach feiner Behauptung derfelben noch fehr nöthig find, um ihr hinreichende Garantie ju geben, daß sie für die Bukunft ihre Bestimmung erfüllen werde. Das Erziehungsbepartement wisse aber in Bezug auf diesen Punkt gar wohl, daß die jegige Beschaffenheit der deutschen Rormalanstalt nicht genüge, wovon das auf seinen Antrag vom Großen Rathe unter'm 9. Mai 1837 genehmigte Defret über Die befinitive Organisation der Normalanstalten hinlängliches Beugniß gebe. Es möchte nun wohl schwer nachzuweisen fein , daß die Normalanstalt , fobald die Bestimmungen des Detrets ausgeführt fein werden , noch an den Gebrechen leide, die Herr Fellenberg ihr vorwirft. Daß aber diese Bestimmungen noch nicht in's Leben getreten seien, ift nicht Schuld bes Departements; sondern man wollte mit ber Ausführung derfelben warten, bis die Fellenbergischen Anträge behandelt fein würden, was die Sache beinahe ein Jahr aufgehalten habe. Da also für die Erweiterung und Vervollständigung der Normalanstalt geforgt fei, sobald die hindernisse, welche der Ausführung der beschlossenen Magregel bis dahin im Wege ftanden, gehoben fein werden; so bedürfe es, hierzu keiner Koncentration derselben mit andern ihrem Zwecke gang fremden Unftalten.
- b. Herr Fellenberg wolle in der kombinirten Anstalt auch eine oder mehrere Muster-Primarschulen ausstellen. Eine solche Musterschule bestehe aber schon in Verbindung mit der Normalschule in Münchenbuchsee, so daß es überstüffig wäre, neben dieser noch eine Musterschule auszustellen. Uebrigens werden mit der Zeit hossenlich alle Primarschulen als Musterschulen gelten können.

c. Die projektirte Unstalt in hofmyl foll eine oder mehrere Sekundarschulen enthalten.

Mehrere Sekundarschulen in Hofwyl seien überflüssig. Sei für die Gegend von Hoswyl in einer so großen Nähe von Bern die Gründung einer eigenen Sekundarschule nöthig, so werde das Erziehungsdepartement dieselbe untersstüßen, wie es bereits an mehrern Orten des Kantons geschehen ist.

d. Als weitere Bestandtheile der Unstalt stelle herr Fellenberg

- Vorbereitungsanstalten zu den Hochschulstudien auf, also Lateinschulen, Progymnasien und ein höheres Gymnasium. Allein bereits bestehen in mehreren Städten unsers Kantons; wie Burgdorf, Nydau, Aarberg, Erlach Lateinschulen, die sich nach und nach zu Progymnasien erheben und ausdehnen können. Eigentliche Progymnasien sind in Viel, Pruntrut, Delsberg, ein sehr blühendes in Bern selbst, und in Thun ist die Organisation eines solchen im Entwurf. Wozu also noch mehr Progymnasien, da die discherigen im Durchschnitt keinen Ueberdrang zeigen, und wozu besonders eines 2 Stunden von Bern in Hosfwyl, da die Anstalt in Bern selbst allen nicht überspannten Forderungen genügt? Vollends würde ein zweites höheres Gymnasium neben dem von Vern durchaus überslüssig sein, oder wenn je von einem solchen die Nede sein sollte, so würde dasselbe weit eher für den französischen Theil des Kantons, als für Hosfwyl wünschdar sein.
- e. Endlich gehören zur Ausstattung der projektirten Nationalerziehungsanstalt auch Fabrikations = und technische Anstatten, welche das Vaterland mit den vortheilhaftesten
 landwirthschaftlichen Geräthschaften versehen und den Zöglingen musterhafte Mühlen und andere für verschiedene
 Gewerbe dienliche Wasserwerke zur Erkenntnis und Anschauung bringen. Was diese Punkte betrifft, so gehöre
 der eine Theil in das Gebiet des Departementes des Innnern, sür den andern sei in den Vorlesungen der Hochschule (Mechanik, Hydraulik) gesorgt, und ein technisches
 Vüreau ließe sich eher auf dem Baudepartemente errichten.
- B. Ferner werfe sich nun die Frage auf, ob die Vereinigung von Musterbildern einer jeden Art zu einer und derselben Masse am nämlichen Orte und zwar gerade in Hofwyl nach der Ansicht des Herrn Fellenberg die traurigen Zustände des Kantons Vern zu verbessern im Stande seien.
- a. Herr Fellenberg fett einen Vortheil der Koncentration darein, daß die ganze Unstalt ein Vorbild dessen sein werde, was im Großen vermittelft eines umfaffenden, wohlorganifirten Systems der Nationalbildung für unsere Republit zu erzielen wäre, und wie solche Zweckbestimmung auf's unkost= barfte und segenreichste erreicht werden könnte. Wem foste diese Koncentration nun ein Vorbild sein? Doch nicht für die Normalanstalt? Denn dadurch würde die Bildung weder der Primarlehrer noch der Zöglinge in den verschiedenen Schulen und Unstalten gefördert, wenn sie neben ihren Pensen sich noch damit bekannt machen follten, was die Einrichtung und Aufgabe der andern Inftitute fei, denen sie nicht angehören, und die ihrem Zwecke gang fremd find. Sollte fie das Vorbild für den Staat und die Ergiehungsbehörden fein, fo ift zu bemerten, daß, wenn fie folcher Vorbilder bedürften, daraus noch nicht folge, daß Dieje in Ginen Punkt koncentrirt fein mußten. Gollte endlich die Koncentration diefer Unstalten padagogischen Beobachtern und fremden Reisenden ein vollständiges Bild der bernischen Erziehung auf Ginem Punkte darbieten, so ware wohl diese Rücksicht unbedeutend und kleinlich zu

Während dem Erziehungsdepartemente dieser Vortheil in einer Koncentration nicht zu liegen scheint, so glaubt es vielmehr Nachtheile darin zu erblicken. Zede Erziehungsanstalt hat Gebrechen; je größer nun die Anstalten, desto schwieriger sind die Gebrechen zu heben. Auch würde schwerlich eine solche Direktion aufzustellen sein, die so verschiedenartige Anstalten zu leiten im Stande wäre. Es wäre ein eigentlicher pädagogischer Mißgriff, eine große Masse bisdungsbedürftiger, aber zu ganz verschiedenen Zwecken bestimmter Jugend in der nämlichen Anstalt und unter der gleichen Oberleitung zusammenzuhäufen.

b. Einen andern Vortheil sett herr Fellenberg darein, daß vermittelst Genehmigung seiner Vorschläge die landschaftsliche Jugend des Kantons Vern mit der Zeit um die Wette mit dem Personal der städtischen Gymnasien, ohne allzu großen Auswahl machen zu mussen, und ohne Gefährdung

ihrer einfachen, ländlich-sittlichen Angewöhnungen dabin zu bringen ware, unfern wesentlichen Bolfs = und Staatsbedürfniffen entsprechen zu können. Ob wirklich die Lokalitat von hofmyl eine größere fittliche Garantie darbiete, als die Stadt, wie herr Fellenberg glaubt, sei noch zu fragen; auf alle Fälle fei es die gleiche, die auch die Nov-malanstalt von Münchenbuchfee darbieten kann. Indef weiß jeder Vorsteher größerer Erziehungsanstalten, daß das Beifammenleben vieler jungen Leute, wenn fie vom Berkehr mit ber übrigen Welt abgeschlossen und im Umgang nur auf ihresgleichen beschränkt find, durchaus feine Garantie giebt, daß sie nicht weniger auf moralische Verirrungen gerathen, als wenn fie mit der Welt in Berührung fommen. Es liegt nicht an der Lokalität, sondern an einer gediegenen innern Erziehung, um die Kraft zum sittlichen Widerstand ju heben. In Rücksicht des behaupteten Vortheils, daß die landschaftliche Jugend auf eine einfachere Weise zu der nämlichen Bildung gelangen könne, wie die Schüler der städtischen Gymnasien, muß zuerst die Frage erörtert wer-den, für wen eigentlich herr Fellenberg diese Unstalten bestimmt habe. Er sagt darüber: "Es sollen 400—600 der gemuths = und geisteshalb bestbegabten und wohl fonftituirten Kinder von 8—15 Jahren aus der gesammten Volksjugend unferer Republik mit gewiffenhafter Gorgfalt außgewählt werden, um fie in den vorhabenden Unstalten im höchsten Interesse des Vaterlandes erziehen und so weit ausbilden zu laffen, daß fie zur Zeit den Sochstudien, die

fie ju machen haben werden, gewachsen seien." Wem die Unterhaltung dieser Kinder zukomme, ist nicht gefagt; immerhin wird ein Theil der Kosten dem Staat zufallen. Sind es Kinder von wohlhabenden Eltern, fo ware das wirklich zu viel von demfelben gefordert, diefen neue Opfer zu bringen, da ihnen in den andern vom Staate unterstützten Anstalten Gelegenheit zur Ausbildung gegeben wird. Sind aber jene 400–600 Kinder aus der armern Klasse, so glaubt das Erziehungsdepartement allerdings, ihnen Gelegenheit und Unterftützung zu höhern miffenschaftlichen Studien gewähren zu follen; daher hat es auch mannigfach, wo das Bedürfniß sich zeigte, die Unstalten im Land herum unterstützt und für Berabsetzung der Schulgelder geforgt; dadurch werden diese Anstalten ben Landeskindern zugänglicher, als wenn Alles in Sofwyl koncentrirt mare. Sebenfalls konnte auf eine leichtere Weife für fähige junge Leute aus den armern Rlaffen durch Errichtung von Stipendien und Freiplätzen geforgt werden, und der Staat mare der Koften fur die Gründung einer neuen, maffenhaft wirksamen Unstalt überhoben.

3) Bei Beurtheilung der von Herrn Fellenberg vorgeschla= genen Musführungsmittel trifft das Erziehungsbepartement auf folgende Schwierigkeiten.

A. Die erfte liegt in der Bufammenfegung ber Di= reftion, die aus herrn Fellenberg, herrn Rickli und einem dritten von ihnen zu erwählenden Vorsteher bestehen sollte. Allein wie die gegenwärtige Stellung dieser drei Direftoren fein sollte, ift nicht flar; entweder würde einer den andern überflüffig machen, oder fie fich hemmend im Wege ftehen. Diefe Schwierigfeit ließe sich am Ende noch beseitigen, allein

B. die zweite und hauptfächlichste Schwierigkeit liegt in ben Opfern, welche ber Staat bringen muß, und bann in der Ungewißheit, ob er fie für einen bleibenden 3weck verwende.

herr Fellenberg bietet dem Staate Folgendes an: "Der gegenwärtige Eigenthümer der Güter und Unftalten von Sofmyl und der Rüti will alles, was er bisdahin auf den feiner Familie zugehörenden Gütern im Interesse der Nationalbildung erbaut hat, zu der Erzielung der wiederholt angegebenen Zwecke unentgeltlich hingeben, und überdieß wird er zu dem für diesen 3med zu machenden Aufwand fogleich einen Beitrag von zehn-taufend Schweizerfranken zur Verfügung der angetragenen Direftion der vorgeschlagenen Volksbildungsanstalt stellen, sobald feine Anträge von unsern höchsten Landesbehörden genehmigt werden und unverzüglich in zuverläßige Ausführung zu setzen sind.

Es bietet also Herr Fellenberg nebst der Summe von 10,000 Schweizerfranken die unentgeltliche Benutung der Gebäulichkeiten zu hofwnl und in der Rüti an, aber nicht beren Abtretung an den Staat als dessen bleibendes Eigenthum. Der Staat wird also immer noch den übrigen Theil der Einrichtungen, so wie die Rosten der Verpflegung der 600 Kinder und die Be= foldung des Lehrerpersonals und der Dienerschaft zu übernehmen haben, an welche freilich die Zöglinge einen jedoch gewiß nicht bedeutenden Untheil beitragen werden.

Der Staat würde faum ohne Gefährdung anderer Intereffen eine so große, nicht als nothwendig erwiesene, Ausgabe machen können. Ueberdieß würden die Borschläge des Hrn. Fellenberg nur eventuell und versuchsweise auszusühren sein, indem er fagt: "Erst nachdem die Einrichtung der vorgessehten Iwede thatsächlich außer Zweifel gesetzt sein wird, darf die Rede davon sein, ob und unter welchen Bedingungen der Staat die Landgüter von Hoswyl und der Rüti durch Kauf eigenthümlich an sich zu bringen haben dürfte.

Der Staat hatte auf diese Weise gar keine Garantie, daß er sein Opfer für etwas Bleibendes verwende; die gange Basis der Ausführung dieser Antrage würde vom Zufall oder Gutdünten einzelner Personen abhangen.

Daher trägt das Erziehungsdepartement unmaßgeblich dar= auf an: Es möchte der Große Rath, ohne die wohlgemeinten Absichten des herrn Fellenberg zu verkennen und unter Ber= dankung derfelben, auf seine Anträge in Betreff der Abtretung der hofmyleranstalten an den Staat nicht eingehen.

Dagegen wünscht das Eziehungsdepartement, es möchte der Große Rath den Regierungsrath beauftragen, fofort jum Behuf der in Folge des Defrets vom 9. Mai 1337 nöthig gewordenen Erweiterung der Normalanstalt in Münchenbuchsee die erforderlichen Plane und Devise aufnehmen zu lassen und dem Großen Rathe zur Gutheißung vorzulegen.

Neuhaus, Regierungsrath, hat vorläufig dem gedruckten Gutachten nichts beizufügen.

Stettler. Wenn ich die Freiheit nehme, Dit., einige etwas abweichende Meinungen zu eröffnen, fo bemerke ich zum voraus, daß ich perfönlich herrn Fellenberg nicht näher kenne, wie ich denn auch im Großen Rathe felten zu feinen An-sichten aufgestanden bin, und daß ich auch kein Wort über die in Frage liegende Sache mit ihm gesprochen habe. Vor Allem aus, wenn es um Unterhandlungen zu thun ift, fragt es fich: will man in die vorgelegten Bedingungen nicht eintreten, oder will man überhaupt nicht eintreten? Der Antrag des Erziehungsdepartements geht dahin, Alles zusammen von der Hand zu weisen; ich aber möchte nur in die vorgelegten Bedingungen nicht eintreten, nicht aber von der gangen Sache für alle Zeiten abstrahiren. Wer von den Anstalten des herrn Fellenberg gehört hat, kann sich denn doch nicht bergen, daß darin viel Großartiges liegt. Wenn man denkt, wie Herr Fellenberg mit feltener Ausdauer fein ganges Leben verwendet hat, eine bestimmte Idee zu verfolgen, wenn man sieht, wie Herr Fellensberg nicht bloß einen schweizerischen, ja nicht bloß einen eurospäschen Nuf erlangt hat, sondern wie seine Gedanken und Waximen selbst in Amerika Burzel gesaßt haben; so ist man ju dem Glauben genöthigt, daß seinen Bestrebungen eine höhere Sbee ju Grunde liege als nur gemeine Spekulation. Wenn man nun das Alles berücksichtigt, fo fann man begreifen, daß er wünscht, daß der Saame, den er hier ausgestreut haben mag, auch nach seinem Tode noch Früchte trage. Eine der Fellenbergischen Unstalten verdient allgemeine Aufmerksamkeit, nämlich feine Anstalt für Armenerziehung. Bom simpeln Privatmanne auf hat er gehofft, durch diese Anstalt einmal frucht= bringend zu wirken vorzüglich auf das Landvolk. Diese Sdee ist seither nicht bloß zu hofmyl oder in der Schweiz, fondern auch in Deutschland, Frankreich, selbst in Rufland aufgefaßt worden, und in allen diesen Ländern sind ähnliche Amstalten, auf der nämlichen Idee beruhend, ins Leben getreten. Wäre es nun der Regierung unwürdig, diese Musteranstalt auf eine Weise an sich zu bringen, welche mit der Stellung der Regiezung sich vertrüge? Heur Fellenberg stellt sich einen ungeheuren Zweck vor, er meint, von Hofwyl könne eine ganze Umgestal-

rung bes Menschengeschlechtes ausgehen. Diese hoffnung mag allzugunsichweifend fein, und wir follen uns begnügen, wenn wir obne Pomp auf unfer fleines Ländlein wohlthuend wirfen tonnen. Allein wenn wir diefe Unstalten auf eine Urt, Die ber Stellung ber Regierung angemeffen mare, an und bringen und dort einen Brennpunft fur Bolfserziehungsanstalten bloß für unfer fleines Ländlein verwirklichen konnten, - mare das ein Werk, bessen sich die Regierung zu schämen haben wurde? Wir haben gang nahe bei Hofwyl die Normalbildungsanstalt für Primarschullehrer. Diese Unstalt muß befanntlich erweitert werden, weil die Wiederholungsturfe von nun an dafelbst statt finden follen. Wäre es nun nicht schon für die Primarschullebrer angemeffen, wenn wir fie ju hofwyl unterbringen fonnten? Ferner ift einer der wefentlichften Zweige der Landwirthschaft bei und noch nicht hinlanglich ausgebildet, - das ift die Dbftbaumgucht. Gie ift bei und noch bei weitem nicht auf demjenigen Grade wie in vielen Gegenden der Schweiz. Bare es nun nicht febr angemeffen, wenn wir eine Rultur von Dbft= baumen mit der Normalanstalt verbinden konnten, fo daß die Schullehrer dann nachher in den Landschulen Anleitung zur Berbefferung der Obstbaumzucht zu geben im Stande waren? In Buchfee hat man das schon probiren wollen, aber es ift nicht hinreichendes Land vorhanden. Ferner fieht man bei uns Die Nothwendigkeit ein, dem Landschulwesen durch Primarschullehrer nachzuhelfen; aber ift nicht die gleiche Nothwendigkeit vorhanden für eine Sefundarschullehreranstalt? In den Setundarschulen werden ja gerade diejenigen Manner gebildet werden, melde fich fpater, fei es bier im Großen Rathe, fei es in ihren Gemeinden, mit der Berwaltung abgeben follen; aus den Sekundarschulen soll sich der Große Rath peupliren und follen gebildete Vorgesetzte bervorgehen. Nun haben wir aber für die Bildung von Sekundarschullehrern noch keine Anstalt; ich frage, Sit.: könnte man nicht eine solche zu Hoswyl errichten? Eine andere Bemerkung. Wenn einmal ein Forftgefet vorgelegt wird, was bafirt ift auf die Grundlage einer Forftchule, ware nicht hofwul auch just das beste Lotal eben in Gemeinschaft mit den Primar= und Sekundarschullehreranskalten, um dort eine Forstschule anzulegen, welche nach und nach eine schweizerische Forstschule werden könnte? Wäre nun das, Sit., für unsere Republik, welche auf Bolksbildung basirt ist, nicht ein schöner Plan, ein würdiger Plan, nämlich der, zu hofwyl eine Centralanstalt von allen Volksbildungsanstalten zu haben? Man bat und in einer frühern Sigung ben Plan zu einer prachtigen Kaferne vorgelegt, und Sie, Tit., haben ihn von der Hand gewiesen. Se despotischer ein Fürst ift, desto prächtigere Kafernen wird er bauen; aber eine Reunion von Anstalten, von wo aus die Volksbildung fich verbreiten kann, findet Ihr nir= gens, und das ware doch eine der republikanisch'sten und national= tten Reunionen, die man sich benten fann. Die von herrn Fellenberg vorgelegten Bedingungen sind allerdings nicht ganz annehmbar. Die hauptbedingung ift, daß er Direftor des Ganzen bleibe. Das fann der Regierung durchaus nicht fonveniren, da er zugleich Eigenthumer ift; aber es ift auch nicht zu verkennen, daß Herr Fellenberg jeht nicht gerne die Hand davon abzieht, nachdem er sein ganzes Leben daran gesetzt hat. Wenn Herr Fellenberg tieses Opfer bringen könnte, was gewiß tas gröffere und eblere Opfer mare, nämlich bie Unftalten als Gigenthum abzutreten und fich von der Direktion jurudfzugieben, - murte es bann nicht ein schones Unternehmen fein, das der Regierung und dem Volke Ehre brächte? Ich will Sie nicht langer aufhalten, Dir., sondern ich schließe dahm, daß ber Große Rath, in Abweichung von den Antragen des Erziebungsdepartements, erkenne, man konne zwar in die von herrn Fellenberg vorgelegten Bedingungen nicht eintreten; je den= noch foll der Regierungsrath autorifirt fein, in neue Unterhandlungen mit Herrn Fellenberg einzutreten, fofern herr Fellenberg feine Unftalten bem Staate nicht nur zur Benutung, fondern als Eigenthum abtreten und fich felbst von jeder Direttion zurückziehen will.

Kasihofer, Regierungsvath. Sie wissen, Zit., daß ich nicht Liebhaber von Staatsdomanen bin, indem ich glaube, daß wenn der Staat Landwirthschaft betreibt, er zehn Baken ausgiebt, um einen Zürcherbock einzunehmen. Wenn wir indessen solche

Domanen, mit folden Einrichtungen u. f. w., wie bie Sofwyleranstalten, erwerben und hiefür einen Theil derienigen Fonds verwenden konnten, welche gegenwärtig der fremden Industrie dienen, was Herrlicheres konnten wir thun? Es stehen auf dem Büdget zwar bereits Fr. 800,000 für die Volksbildung. Das ist viel, und noch mehrere solche Bildungsanstalten stehen uns bevor. Ich weiß nicht, ob die Staatsspranzen das erlauben. Allein ich habe die Ueberzeugung, daß wenn einmal alle Vildungsanstalten im Lande gehörig eingerichtet find, sich dann auch die Ausgaben für das Erziehungswesen nach und nach vermindern werden. Die Gemeinden sollen und werden in dem Maße, als die Bildung unter dem Volke verbreitet und das Bedürfniß der Volkserziehung recht erwacht fein wird, von sich aus mehr für das Erziehungswesen leisten und dem Stadte die Last immer mehr erleichtern. Wenn ferner man nach 10—15 Jahren sieht, daß unsere Hochschule weit — davon entfernt, auf den Geift der Hauptstadt ju wirken, im Gegen= theile fich den zerftorenden Ginwirfungen des bofen Geiftes in der Hauptstadt überließe, so würden wir auch dann im Falle fein, bedeutende Ersparnisse zu machen. Wir haben nun Unstalten zu Bildung des Juristen, des Naturforschers, des Theo-logen, des Mediciners; aber haben wir auch eine Anstalt, wo der Landwirth als folcher sich bilden kann, wo Sohne von Land= besitzern Aufnahme finden, um in ihrem schönen und herrlichen Berufe unterrichtet zu werden? Mir ist nichts dieser Art be-kannt. Wohl werden die Sohne unserer Landleute ins Welsch= land geschickt, aber sie kommen von da nicht als gute Landwirthe wieder heim. Für eine folche Unstalt nun würden fich die Gebäude in hofmyl vorzüglich eignen. Gine Forstschule könnte bamit in Berbindung gebracht werden, und biese ware unendlich wichtig. Kein Land von Europa hat so viel Waldterrain, wie das unfrige, und für den Unterricht aller der vielen Wald= besitzer in diesem Lande geschieht nichts. Sch kann mich auch fehr gut an den Plat des herrn Fellenberg stellen. Er hat fünfzig Sahre eines thätigen Lebens einer großen Aufgabe ge-widmet und diese mit großer Beharrlichkeit fortgeführt. Welcher Berner hat so viel gethan für die Kultur des Landes und des Volkes wie er? Es ware darum des Staates würdig und eine Pflicht der Republik, ihm wenigstens eine Unerkennung zu zeigen. Ich stimme baber jum Antrage bes herrn Stettler.

Michel. Es wäre unbescheiden, wenn ich glaubte, den Vortrag des Erziehungsdepartementes zu kritistren; allein ich mache mir es doch zur Pflicht, für eine Sache, welche das Interesse des Landvolkes betrifft, das Wort zu ergreifen. Wir haben bekanntlich eine Hochschule, die große Summen kostet, und wir haben Primarschulen, welche endlich auch auf eine bessere Stufe vorgerückt sind durch die Thätigkeit des Erziehungedepartementes, welchem diefe hohe Behörde hiefür gewiß ben innigsten Dant weiß. Aber noch fehlen die Sekundarschulen, denn nicht an jedem Orte, wo sie nöthig wären, werden solche errichtet. In mancher Gemeinde möchten viele Familien= väter ihren Söhnen gerne eine bessere Schulbildung verschaffen; aber fie find in der Unmöglichkeit, die Errichtung einer Gefundarschule durchzusehen, weil es den andern Gemeindsbürgern weniger baran gelegen ift. Darum muß ein Geset ba fein, welches die nöthigen Bestimmungen ju Gunften derjenigen ent= halte, die einer bessern Schulbildung Bahn brechen möchten. So lange die Sekundarschulen nicht etablirt sind, wie sollen unfre Kinder die Hochschule genießen? Diese eristirt da wie ein Tempel, zu welchem für und kein Jugang ist. Das lege ich meinen Mitfollegen and Herz. Was ist die Ursache, daß die Städter immer eine überwiegende Gewalt über und haben? Das, Tit., daß wir seiner Zeit nicht die nöthige Schulbildung genossen. Die Anträge des Herrn Fellenberg mögen allerdings auch ihre Fehler haben, denn herr Fellenberg ist ein Mensch wie andere; aber er ist doch feinen Grundfaten von Anfang an bis jett immer treu geblieben, und er hat der Bolfsbildung fein ganges Leben gewidmet. Run bringt er jest einer republis kanischen Regierung solche Anträge, die zwar nicht in Bausch und Bogen angenommen werden können, die aber doch Berücksichtigung verdienen. Darum schließe ich mich an die Anträge ber herren Stettler und Kasthofer an, möchte aber zugleich noch weiter geben, nämlich antragen, daß der Große Rath aus

feiner Mitte eine Kommission niedersetze, welche mit Herrn Fellenberg in Unterhandlung trete und dann später dem Großen Rathe noch einmal referire.

Wehren. Ich fühle mich verpflichtet, mich dahin auszufprechen, daß ich mich derjenigen Ansicht anschließe, welche die Sache nicht ganz dahin und daweg von der Hand weisen, sondern besser untersuchen will. Es ist so viel Wohlthätiges aus Hoswyl gekommen, daß ich im vorliegenden Falle dessen eingedent sein möchte. Wie viele arme Kinder haben dort nicht eine Erziehung genossen, wo sie dann nachher als gute Menschen in die Welt traten, während sie vielleicht sonst das Gegentheil geworden wären. Das und Anderes mehr bestimmt mich, der Ansicht des Herrn Stettler beizupslichten.

häberli. Ich, Tit., schließe mich einfach an den Antrag des Erziehungsdepartementes an. Die Anträge des Herrn Fellenberg find wohl untersucht und vom rechten Gesichtspunkte aus beleuchtet worden, und ich würde einfach dazu gestimmt haben, wenn jetzt nicht im entgegengesetzten Sinne Anträge gemacht worden wären. Wenn Herr Fellenberg wünscht, daß diese Anstalt auch nach seinem Ableben fortbestehen möge; so ist das ein sehr natürlicher Wunsch, und es wäre Schade, wen alle diese Gebäude unnüt dastehen sollten. Allein warum er so fehr darauf dringt, sie dem Staate zu übertragen, anstatt sie seiner Familie zu lassen, das ist mir bis dato nicht erklärbar. Herr Fellenberg hat noch zwei Söhne. Der ältere, Herr Wilhelm, war früher hier in unserer Mitte, und wir hatten die Ehre, ihn kennen zu lernen; er ist ein sehr gebildeter, rechtschaffner, herzguter Mann. Dieser wäre sehr gut im Falle gewesen, die Unstalt nach dem Absterben feines Baters, in Gemeinschaft mit seinem jüngern Bruder, fortzuführen und so dem Vaterlande diesenigen Dieste zu leisten, welche es von ihm erwarten konnte. Dieser Herr Wilhelm ist seit mehreren Sahren von Hoswyl weg, aus Gründen, die zwar bekannt sind, sich aber nicht hieher schicken. Das also, daß nicht die gehörige Harmonie zwischen bem Vater Fellenberg und feiner Familie eriffirt, mag ein Grund sein, warum herr Fellenberg seine Anstalt dem Staate überbinden möchte. Bekanntermaßen ferner hat sich diese Anstalt in den letten Sahren ungemein reduzirt, und Herr Fellenberg war im Falle, dafelbst ganz andere Einrichtungen zu treffen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, daß die Anstalt gänzlich erlösche. Ich will nicht näher über die dasherigen Umstände eintreten. Herr Fellenberg fagt uns, er habe diese Anstalten im vaterländischen Interesse gegründet. Es ist möglich. Den Ursprung davon verdankt er der Pestalozzischen Schule, welche nach der Helvetif nach Münchenbuchfee gefommen war. Da benutte er die Gelegenheit, um sich mit der Pestalozzischen Lehrmethode bekannt zu machen. Er bekam nun da sogleich die besten Lehrer und Zöglinge für seine Anstalt. Diese reussirte sehre gut, so daß die Pestalozzische Schule nicht daneben bestehen konnte und nach Vverdon zog, wo sie auch nicht lange bestehen konnte, dieweil Hoswil sehr zunahm, und die reichen Kürsten= und Erasenschne da ihre Plätze nahmen, so daß Hoswil eine Zeit lang von den fürstlichen Häusern sehr befucht war. Herr Fellenberg hat dabei seine gute Fortune gemacht. Ein anderer Zweig zu Hofwpl ist die Armenanstalt. Diese war so konstruirt, daß vorerst kein armer Zögling dahin kam, oder er habe physisch und geistig alle diejenigen Fähigkeiten versprochen, welche man von Kindern von 6-8 Jahren fordern kann. Dann mußten die Zöglinge dort bleiben bis ins 21ste Jahr, um durch ihre Arbeit wiederum abzuverdienen, was sie in der Zugend gekostet hatten, so daß dadurch Herr Fellenberg zwar eine sehr wohlthätige Sache diesen Kindern erwiesen hat, und daß da auch gute Früchte erscheinen mögen; allein etwas bescheidener dürfte er sein in der Sprache, da er glauben machen will, er habe für diese Schule große materielle Opfer gebracht. Denn nebst dem, daß die Rinder nach ihren Kräften arbeiteten, schrieben sich alle Reisende, welche Diese Anstalt besuchten, in dem Fremdenbuche ein, und dem Vernehmen nach follen da fehr große Geschenke für die Armenschule geflossen sein, und man sagt, ganz besonders durch Vermittelung des Grafen Capo d'Istria sei von Rußland aus eine sehr große Summe für diese Anstalt geflossen. Das nur, um ju fagen, warum ich nicht glaube, daß herr Fellenberg große materielle

Opfer gebracht habe. Das hat sich nun ganz verändert. Alle reichen Zöglinge sind fort, und selbst die Armenanstalt ist nach und nach größtentheils entlassen worden. Un deren Plat hat nun herr Fellenberg eine Art Mittelklaffe etablirt und dafür ein Kostgeld festgeset, wodurch dieselbe auch den weniger Be-mittelten zugänglich wurde. Nun ist es möglich, daß von diesen Böglingen nicht mehr so viel für das Institut herauskömmt, daß es bestehen kann. Das mag vielleicht auch ein Grund sein, warum herr Fellenberg es nicht länger behalten und nicht feiner Familie übertragen möchte, fondern dem Staate, um dann als Direktor darin fortzuwirken. Was nun seine Anstalt für den Staat sein könnte, darüber sind verschiedene Meinungen. Allerdings läßt sich gar manches Schöne und Gute daraus versprechen, und ich will keineswegs in Abrede stellen, daß sie dem Staate zum Vortheile gereichen könnte. Allein wie ich die Sache kenne, und nach Andeutung des Verichtes des Erziehungsdepartementes konnte ich feineswegs dazu stimmen, daß man sie von Seite des Staates übernehme, und zwar aus folgenden Gründen. Eine folche Anstalt kann als Privatanstalt dem Staate eben so nublich fein, als wenn man fie von Seite des Staates übernimmt. Herr Fellenberg ist bekanntlich ein sehr guter Erzieher, er weiß die Anstalt gut zu leiten und ist ein wichtiges Triebrad darin. Auch ein anderer Privatmann könnte später die Anstalt fortseiten. Die betreffenden Eltern haben in einer Privatanstalt eben so gute Gelegenheit, ihre Kinder wohl zu verforgen, wie in einer Staatsanstalt, und ein Privatmann wird immerhin suchen, dabei für fein Auskommen zu sorgen und also die Anstalt in gutem Bestande zu erhalten. Das ist ein Punkt. Ein anderer Grund ist der: Ich febe nicht, daß irgendwo von Seite der Kinder des hrn. Fellenberg etwas vorliegt, daß sie mit der Schner vos zen. Feuenverg etwas vorliegt, daß sie mit der Schenkung zufrieden seien. Er hat, wie gesagt, zwei erwachsene Söhne, einen Tochtermann und noch übrige Töchter. Ich glaube nicht, daß wir vom Staate aus die Schenkung annehmen sollen und dann hintendrein be-forgen müssen, daß die Familie des Herrn Fellenberg nach seinem Tode die Schenkung bereinen würde. Das wäre nicht in der Würde des Staates. Wenigstens müßten wir also zuerst die Weinung der Sähne des Gerne Fellenberg dersihre vormehdie Meinung der Söhne des Herrn Fellenberg darüber vernehmen. Ferner ift schon gesagt worden, daß unser Bildget bereits mit großen Summen für das Erziehungswefen beschwert fei, und wir haben durch unser Erziehungsdepartement die nöthigen Anstalten errichtet, welche und eine genugsame Anzahl fähiger Manner für den Staatshaushalt und für die gelehrten Berüfe widniet sut ven Stantsyatishat and sut die geteinten Setag-zusichern. Defiwegen glaube ich auch nicht, daß wir uns gar zu tief in sinanzieller Hinsicht einlassen und mehr auf solche Anstalten verwenden sollen, als unsre Kräfte zu tragen ver-mögen. Was wollen wir eigentlich? Nebst dem, daß wir genug-sam Gelehrte verlangen für die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung u. f. w., wünschen wir, daß die große Masse des Bolkes in ihrem sittlichen und moralischen Werthe höher gebracht, daß sie gut unterrichtet und über ihre Eriftenz belehrt werde. Zwar muß ich es durchaus in Abrede stellen, daß unser Volk gegenwärtig auf einer so tiefen Stufe stehe, wie Herr Fellenberg angiebt. Allerdings macht eine gewisse Klasse auf Rechnung der gebildeten Rlaffe Migbrauch von der erlangten Freiheit; allein was die große Masse der Staatsbürger betrifft, muß ich es durchaus in Abrede stellen, daß diese während unserer genossenen Freiheit in geistiger und moralischer Kultur tiefer gesunken fei. Im Gegentheile, viel Licht ist feither darsüber in alle Stände verbreitet worden; allgemein erfreut man sich eines religiösen, rechtschaffnen und gebildeten Betragens. Wir wollen nun nichts Anderes, als daß die Leute den gehörigen Unterricht in den untern Schulen bekommen. Es kann durchaus nicht Alles nur gelehrte Berüfe treiben, und wir können nicht alle Bauernbuben zu Studenten machen; denn wenn wir hierin zu weit gehen, fo fürchte ich, es konnten dann zuleht in unserer kleinen Republik nicht genugsam Stellen sein, um sie diesen Leuten zu geben; sondern unsve Landjugend soll sich größtentheils dem Landbaue widmen. Man fagt, der Staat folle Hofwyl acquiriren, um Hofwyl dem Lande zugänglich zu machen. Das ist nicht die Manier, der Landwirthschaft in unserer Republik aufzuhelfen, denn wenn herr Fellenberg nur die Landwirthschaft betrieben hätte, er würde schon längst damit aufgehört haben, wenn er nicht die Fürstenschule daneben gehabt

hätte. Ich möchte unsere jungen Leute nicht dahin schicken, um den Landbau zu lernen. Wir sind ganz an Hoswyl ans grenzend, aber unsere Gegend hat die dortige Landwirthschaft nie beobachtet, und doch habe ich feit 40 Jahren mit Freuden gefehen, daß jedes Gut feither um die Salfte im Werthe gestiegen ift. Was das Geschenk überhaupt anbelangt, wenn wir darein eintreten, so wird es uns in ungeheure Kosten führen. Herr Fellenberg sagt, er wolle dem Staate unentgeltlich überlassen Alles, was er im vaterländischen Sinne erbaut habe. Nun habe ich gesagt, daß das Institut ansangs im Interesse der monarchischen Staaten etablirt worden fei. Wenn man also bei diesem vagen Ausdrucke untersuchen wollte, was herr Fellenberg benn eigentlich dem Staate zu schenken beabsichtige, fo beforge ich, daß wir am Ende nichts finden würden. Daß aber herr Fellenberg dem Staate ein Geschenk als solches gebe, kann ich darum nicht glauben, weil herr Fellenberg auf eben dem Rütigute, welches uns zum Ankaufe angeboten wird, schon feit 10 und mehr Jahren nur funftliche Grasarten, Erdäpfel u. f. w. pflanzt, um nicht Zehnten bezohlen zu muffen, und um fo das Gut vortheilhafter erscheinen zu lassen, als es ift. Ein anderer Grund, warum ich nicht glaube, daß auch das Erziehungswesen dem Herrn Fellenberg so nahe am Herzen liege, ift der, daß wir ihn durch die hartnäckigsten Prozesse zwingen mußten, dasjenige beizutragen, was für unsere Schu-len gleich jedem andern Gemeindsbürger beizutragen seine Pflicht war. Wäre es herrn Fellenberg so fehr um bas Erziehungswesen zu thun, fo würde er feinen Beitrag mit Freuden geleistet haben. Wenn wir dann dieses Geschenk annehmen, so behält sich Herr Fellenberg vor, Direktor zu bleiben, so lange er lebt, und nachher soll die Direktion noch weiter sortbestehen, fein Mensch weiß wie lange. Go hatte zwar das Erziehungs= departement eine Art Oberaufsicht, aber zur Sache doch nichts ju fagen, und die Staatskaffe mußte bezahlen. Da hätten wir bann abermals eine Menge neuer Besoldungen, und unser Büdget würde so sehr damit beladen, daß dann viele andere Sachen liegen bleiben müßten. Tit., es wäre darüber noch fehr viel zu fagen, ich will aber Shre Zeit nicht mißbrauchen, fondern mich einfach an den Antrag des Erziehungsdepartementes anschließen und demselben danken, daß es uns die Sache so aut beseuchtet hat. Ich hätte noch anbringen können, was Hr. Fellenberg unter anderm früher im Erziehungsdepartemente geleistet hat, aber, wie gesagt, ich will abbrechen.

v. Tavel, Alt-Schultheiß. Auch ich, Tit., will nur wenige Worte sagen, ich will nämlich gar nicht in das meritum der vorliegenden Anträge eintreten. Sch finde sie, wie sie gestellt find, nicht wohl annehmbar für die Regierung; allein im Rapporte des Erziehungsdepartementes wird doch feineswegs in Abrede gestellt, daß die Ueberlassung dieser Anstalt jum Beßten der Republik dienen würde; fondern es werden lediglich die Anträge in der Form, wie sie von Herrn Fellenberg gestelltsind, beleuchtet, und es wird dargethan, daß sie nicht an-nehmbar seien. Daß Herr Fellenberg dem Großen Rathe diesen Antrag gemacht hat, dasür ist er genug gestraft worden. Mancher, der vom Großen Rathe etwas zu erhalten verlangt, er= hält es ungestraft; aber herr Fellenberg, der ein Geschenk der Republik angeboten, ift dafür schwer gestraft worden, sei es in öffentlichen Blattern, fei es fonft, indem fich gewiffe Stimmen, welche nicht ein befonderes Wohlwollen für Seren Fellenberg haben, nicht scheuen, ihm die allerschmutzigsten Absichten unterjulegen. Db das die Art und Weise ift, wie ein Staatsbürger der Republik Bern, der wohl so viel Werth haben mag, als jeder andere im Vaterlande, behandelt werden soll, glaube ich nicht. Das ist hauptfächlich der Grund, weswegen ich wünsche, daß der Antrag des Regierungsrathes und des Erziehungsdepartementes nicht angenommen werde; sondern ich finde, daß der Große Rath wenigstens schuldig ware, herrn Fellenberg nochmals anzuhören, ob, da feine gegenwärtigen Anträge nicht belieben können, die Sache nicht auf anderm Fuße zu reguliren ware. Das Erziehungsbepartement wird einwenden, daß wenn man heute nicht definitiv eintrete, es verhindert werde, die nöthigen Erweiterungsbauten in Buchfee vorzunehmen. Das ist allerdings der Nachtheil bei der Sache, wenn wir verschieben; allein, ich wiederhole es, nach der Art und Weise, wie herr

Fellenberg behandelt worden ist, scheint es mir, es wäre bes Großen Rathes in hohem Grade würdig, ihm dadurch einen Beweis von Achtung zu geben, daß man einige Mitglieder des Großen Rathes ausschieße, um für neue Grundlagen der Unterhandlung mit ihm in Verbindung zu treten, worüber dann in der Maistyng rapportirt werden könnte. Ich unterstütze demnach den Antrag des Herrn Michel und trage auf eine Kommission von drei Mitgliedern an.

E. Schnell, Regierungsrath. Es ist heute viel Poesse in die Sache gelegt worden; es sei mir nun vergönnt, auch Prosa anzuwenden. Wir haben gesehen, Tit., daß bei dieser Sache nichts herauskömmt; dagegen haben wir gesehen, wie erstaunlich viel ein solcher Antrag zu reden giedt. Da man nun berechnet hat, daß jede hier im Großen Rathe zugebrachte Minute den Staat 1 Fr. kostet, so möchte ich Zedermann höslich ersuchen, unserer Republik keine solchen Geschenke mehr zu machen, denn sonst verlieren wir vor lauter Untersuchungen mehr, als das Geschenk werth ist. Zetz sind wir doch endlich einmal mit dieser Sache so weit gekommen, daß man hossen kann, es sei endlich der Schluß bevorstehend. Schließen wir uns dem Erziehungsdepartemente an, so machen wir die Sache aus. Findet dann herr Fellenberg, er könne noch andere Propositionen machen, und sindet dann auch das Erziehungsdepartement, ja, das habe jest eine Art; so sind wir dann noch immer da. Mit meiner Meinung möchte ich daher jest äbbrechen und einfach zu dem schließen, was das Erziehungsdepartement und der Regierungsrath uns gebracht haben.

v. Graffenried. Auch ich, Tit., will heute ausmachen helfen. Mir scheint die Sache untersucht, die Nachtheile davon ganz deutlich dargethan, hingegen die Vortheile sind problematisch. Es war wohl zu erwarten, daß bei diesem Anlasse wiederum einige fromme Winsche neuerdings würden zur Sprache gebracht werden; aber ich möchte da der Zukunft auch etwas überlassen. Zur Stunde eristirt das Bedürfniß nicht, und wenn es dann einmal vorhanden ist, wird sich's auch zeigen, was für Lokalien man nöthig haben mag, um demselben zu entsprechen. Wir haben bei Berathung des Büdgets vernommen, daß der Staat so viele nutslose Gebäude besitze. Wollen Sie nun diese Gebäude noch um eine bedeutende Zahl vermehren? Ich glaube nein, und ich glaube, die zum Theil mit Luxus ausgestührten Gebäude von Hoswyl würden dem Staate so lästig sein, daß ich die Sache für jetzt von der Hand weisen und dann allfällig spätere und neue Anträge gewärtigen möchte.

Herr Landammann fragt, ob allenfalls noch Temand bie Sache namentlich vom finanziellen Gesichtspunkte aus be-leuchten wolle.

Neuhaus, Regierungsrath. Ich will mich in keine Prüfung der Absichten des Herrn Fellenberg einlassen, es schiene mir weder schicklich noch parlamentarisch. Ich werde mich daber damit begnügen, einige Fragen, welche den öffentlichen Unterricht betressen, näher zu erörtern. Den 9. Mai 1837 haben Sie, Eit., entschieden, daß der Normalanskalt in Münchenbuchse eine gehörige Erweiterung gegeben werden solle; Sie haben nämlich beschlossen, daß die Zahl der Zöglinge erhöht, und daß die Unstalt ieweisen noch 40 angestellte Schullehrer sür die Wiederholungskurse aufnehmen solle. Wir wollen dieß in bestimmten Zahlen ausdrücken. Das Dekret vermehrt die Zahl der Zöglinge des Seminars dis auf 100, die der Musterschule, wenn es das Bedürsniß erfordert, dis auf 80. Rechnen Sie dazu sür den innern Haushalt und die Bedienung ein Personale von 20 Individuen und, wie oben gesagt, eine Jahl von 40 Lehrern; so sommen Sie auf die Summe von 240 Personen, welche die Austalt in sich schließen muß. Es mag sein, daß eine so große Zahl von Personen Inkonveniente mit sich führt, weil an Orzten, wo so viele Menschen auf einem Punste vereinigt leben, oft Mißbräuche entstehen. Allein die Leitung des Herren Rickli bietet in dieser Rücksicht Garantien genug dar. Das Erziehungsbepartement hat, nach reissicher Erwägung, die Zwermäßigkeit eines einzigen Gebäudes erkannt. Ein solches Gebäude, dessen Errichtung ungefähr auf Fr. 100,000 zu stehen kömmt, sollte gebaut werden. Aus einmal legte sich der Herr Kellenberg mitzten darein und sagt: ich will euch meine Gebäude in Hosswiften darein und hagt: ich will euch meine Gebäude in Hosswyl

mittelft einer Schenkung eigenthumlich abtreten. Dun können Sie sich denken, daß das Erziehungsdepartement aufgehorcht Ein folches Anerbieten war der Mühe werth, ju untersuchen, ob denn Herr Fellenberg Hofmyl abtreten wolle? Sie wissen, daß hierauf der Herr Schultheiß von Kavel sich mit Herrn Fellenberg in Unterhandlungen einließ. Was ift nun bei diefen Unterhandlungen, die und ein ganges kostbares Sahr geraubt haben, herausgekommen? herr Fellenberg bietet feine Gebäulichkeiten zu unserer Disposition ohne Miethzins an, allein von einer Abtretung des Eigenthums ift gar keine Rede, da heißt's: das Eigenthumsrecht so wie auch die Direktion der neuen Anstalt behalte ich mir vor. Man sieht, daß das keine unbedeutenden Reservate sind, und darum hat auch keiner der Redner, die vor mir gesprochen haben, das Anerdieten annehmbar gefunden. Die Inkonvenienzen, die aus der Benutung der Fellenbergischen Gebäude, unter solchen Bedingungen, entspringen murden, sind im Bericht hinlänglich erörtert, so daß ich mich dabei nicht länger aufhalten will. Allein da der Herr Landammann den Wunsch geäußert hat, es möchte die Frage auch aus dem finanziellen Standpunkte beleuchtet werden, so will ich einige Khatsachen anführen. Nehmen Sie an, Sie müssen die Gebäulichkeiten von Hohmen. Nehmen Sie an, nehmen Sie felbst an, wenn Sie wollen, Sie hätten dieselben nicht zu kaufen. Sie würden also den ganzen Haushalt von Münchenbuchsee nach Hofwyl übertragen. Bereits habe ich bemerkt, daß von daher 240 Personen ausgenommen werden müßten. Rechnen Sie dazu 600 Rinder aus der gesammten Schuljugend unfers Rantons, welche ungefähr 6 Jahre dort zu bleiben hatten, und nach der Idee des Herrn Fellenberg, noch 60 Bog-linge einer Industrieschule, so kommen Sie auf eine Zahl von 900 Perfonen. Ich glaube nicht, daß die Gebaude von hofmyl biefelben faffen können, und es mußte wiederum gebaut werden. Wenn man nun in hofmyl eben fo gut bauen muß, wie in Münchenbuchsee, so sehe ich nicht ein, warum es nicht an letterem Orte geschehen sollte! Was wird das Gebäude von Münchenbuchsee kosten? Ungefähr Fr. 100,000. Stellen Sie nun die gegenseitige Rechnung auf. Wenn Sie die Gebaude von Sofwyl und 600 Zöglinge mehr zu unterhalten haben, fo muffen Sie, um nach dem Mafftabe von Münchenbuchfee nur annähernd zu sprechen, auf jeden Zögling Fr. 200 rechnen, was Ihnen im jährlichen Büdget des Baudepartements, das man jetzt schon jedes Mal so hoch sindet, ein Mehr von Fr. 120,000 bis 130,000 ausmachen würde. So steht es mit dieser Angelegenheit in sinanzieller Hinselden. Man hat behauptet, wir mußten eine Unstalt zur Bildung von Sekundarschulsehrern haben. Wir besitzen folche Unstalten, in Bern felbft, wir haben wissenschaftliche und technische Lehranstalten, mehrere Gymnafien, das Progymnafium in Bern und die Universität. Symnasien, das Progymnasium in Bern und die Universität. Analoge Anstalten, nur 2 Stunden weit von einander, sind keineswegs nothwendig. Man hat gesagt, wir sollten eine Forstschule besitzen, und angedeutet, es könnte dieselbe in Hoswyl aufgerichtet werden. Ich bedaure, daß die Errichtung einer Forstschule auf so viele Schwierigkeiten gestoßen ist, allein glauben Sie, daß Hossyll alles in sich fassen kann? Ebenso hat man von einer Schule sür Landmirthschaft geswochen. Dazu wisste von einer Schule für Landwirthschaft gesprochen; dazu müßte in hofwyl auch gebaut werden. Ueberhaupt hat man die Ansicht geäusert, als wäre eine Centralanstalt für alle Sachen der menschlichen Bildung in unserm Kanton sehr wünschenswerth, und dazu sei Hofwyl ganz geeignet. Auf den ersten Augenblick mag diefe Idee allerdings gefallen, allein sie ist unausführbar und beruht auf irrigen Grundlagen. Endlich hat man auch noch eine Unstalt für Verbefferung der Baumzucht gewünscht; es kann fein, daß diefer Wunfch richtig ift und alle Berück- sichtigung verdient. Allein für folche Spezialinstitute werden fich, wie schon bemerkt worden, Gebaude genug im Kanton finden. Wenn die Nothwendigkeit folcher Anstalten anerkannt ift, so können fie durch positive Antrage oder Motionen ins Leben gerufen werden. Es ist hier geäußert worden, die Universität fei ein dem Bolk verschlossener Tempel. Ich hoffe, zeigen zu können, daß diese Behauptung irrig ift. Wir haben im Kanton 43,000 Kinder, denen die Grundlagen des ersten Unterrichtes beigebracht werden sollen. Wie viele davon werden wohl auf die Universität kommen? Last uns die verschiedenen Stände durchgeben. Wie viel Advokaten braucht das Land? 200, viel-

leicht 300; es giebt Leute, die es als ein Unglück für das Land ansahen, wenn wir 300 annehmen würden. Nehmen wir ein= mal 300 an. Wie viel Pfarrer brauchen wir? 200. Wie viele Aerzte? Von diesen will man sogar behaupten, auch ihre ver= mehrte Anzahl bringe keinen Segen, sondern sie vermehre die Anzahl der Toden. Mehmen wir an 200. Wir sind schon zur Bahl 700 bis 800 gelangt. Rechnen wir dazu 300 Perfonen, die sich dem Baufache u. f. w. ergeben; macht 1000 Individuen. Bahlen Sie, wenn sie wollen, um die Sache augenscheinlicher zu machen, noch 1000 bazu, bann haben Sie 2000 Individuen, welche die Universität wirklich brauchen und besuchen muffen. Dagegen haben wir 43,000 Kinder in die Schule zu schicken. Bleiben also 40,000 Kinder, welche die Universität nicht be-nuten werden, und für welche zu sorgen, heilige Pflicht ist. Münchenbuchsee, das ist die wahre Centralbildungsanstalt des Bolfes! Die wahre Bolfsbildung liegt nicht darin, daß die Rinder unsers Volkes auf die Universität geschickt werden, um Doktoren, Abvokaten ic. ju werden! Wem ift ber Gingang ju den Studien der Universität verschlossen? Jest Miemandem, aber Vielen, wenn Sie Hofwyl zur Centralanstalt machen. Denn jest haben wir Progymnasien, Gymnasien und überhaupt praparatorische Anstalten zu den Universitätsstudien in verschiedenen Theilen des Kantons. Freilich noch nicht genug. Allein es foll fortan unser Streben fein, noch mehr dergleichen zu errichten. Wollen Sie aber alles in Hofwyl vereinigen und dort eine massenartige Anstalt errichten, dann wird es freilich den Eltern schwer werden, ihre Kinder z. B. von Pruntrut u. s. w. hin= zuschicken. Wirken Sie daher vielmehr auf Verbreitung des obigen Institutes, so werden Sie Ihre Kinder in den Stand setzen, die Universität zu besuchen, obwohl dieß, wie gezeigt worden ift, nicht am meisten Noth thut, denn was man auch fagen mag, unser Volk wird immer hauptsächlich ein Landvolk bleiben. Es scheint, der Antrag des Erziehungsdepartementes fei nicht recht verstanden worden. Wir find weit entfernt, die guten Absichten des Herrn Fellenberg zu verkennen, und eben so entfernt, wie Herr Etettler glaubte, sein Anerdieten ein für allemal auszuschlagen. Das Erziehungsdepartement fagt einzig: "es möchte der Große Rath, ohne die wohlgemeinten Absichten das Anerbieters zu verkennen und unter Verdankung derfelben, auf seine Anträge in ihrer jetigen Form nicht ein= gehen." Wenn herr Fellenberg andere Anträge macht, so wird sich dann zeigen, ob sie annehmbar sind. Ich werde der erste sein, der dieselben unterstützt, wenn ich einsehen werde, daß sie zum Besten des allgemeinen Volksunterrichts gereichen. Wenn wir Hofwyl bekommen könnten, so könnten wir die Normalanstalt, vielleicht auch noch die Taubstummenanstalt von Frienis berg u. f. w. dorthin versetzen, und anstatt Ihnen in der Mais fitung Plane ju Bauten in Münchenbuchfee vorzulegen, würden wir einen ganz andern Weg einschlagen. Wie dem auch fei, Tit., ein Sahr ift bereits mit Unterhandlungen verloren ges gangen, und gewiß würden wir, wenn wir in den Antrag des Herrn Stettlers eingiengen, noch ein zweites verlieren, was unserem Bolke gegenüber unverantwortlich ware, denn ich erinnere Sie an die 40 bis 43,000 Kinder, die auf die Vollendung der Anstalten in Münchenbuchsee warten! Repräfen= tanten des Volkes, wenn Sie in der That und in der Wahrheit für das Interesse desselben sorgen und seine Vildung befördern wollen, so befehlen Sie Ihrem Erziehungsdepartement, daß es die Erweiterung der Anstalten in Münchenbuchsee beschleunige; dann haben Sie ein gutes Werk gethan! Sollte dann herr Fellenberg, der in seinen Entschlüssen gewöhnlich etwas langfam ju Werke geht, mit neuen Borschlägen vor uns fommen, uns feine Gebäulichkeiten felbst unentgeltlich abtreten wollen, so könnte der Staat dieselben kaufen, denn meines Erachtens ist es der Republik Bern unwürdig, daß sie irgend ein Geschenk von einem Bürger annehme, und somit würde den Rechten der Familie des Herrn Fellenberg auf keine Weise zu nahe getreten werden. Ich stimme für die Antrage des Erziehungsdepar= tements, wohl verstanden, daß es Herrn Fellenberg immer unbenommen bleibt, andere Vorschläge zu bringen.

herr Landammann, um feine Meinung gefragt: Erlauben Sie mir, Sit., meine Meinung mit einer Strophe aus einem lateinischen Dichter zu äußern: Timeo Danaos et dona ferentes, d. h. es giebt Leute, selbst wenn sie mit einem Geschenke zu mir kommen, so erschrecke ich. Das meine Meinung im vorliegenden Falle.

Abstimmung.

82 Stimmen. 43

Auf den Bortrag der Polizeisektion wird dem Herrn Jos. Caffot aus Frankreich, welchem das Bürgerrecht der Gemeinde Reclère, Amtsbezirks Pruntrut, zugesichert ift, mit 63 gegen 20 Stimmen die Naturalisation ertheilt.

Vortrag der Juftigfeftion über das Chehinderniß= dispensationsbegehren der Susanna Riener. 73 Stimmen. Für Willfahr Abschlag 14

Auf daherige Vorträge der Sustigsettion werden folgende zu todter hand gemachte Vermächtnisse durch's Handmehr genehmigt:

1) Bu Gunften des Vereines für driftliche Volksbil= dung:

Von herrn Dr. Lehmann Fr. 200.

2) Bu Gunften der Infel:

a. Von herrn Dr. Lehmann Fr. 1000.

b. "

b. """ Suguenin "1000. c. " Igfr. v. Sinner "500. 3) Zu Gunsten des äußern Krankenhauses:

a. Von herrn Dr. Lehmann Fr. 500.

b. " Igfr. v. Ginner

(Schluß der Sitzung um 11/2 Uhr.)

Verhandlungen

bes

Großen Nathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitung. Zweite Sälfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Neunte Sitzung.

Mittwoch den 28. Februar 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe wird bei Anlaß der Genehmigung des Protofolls mit 107 Stimmen gegen 4 nachträglich beschlossen, es solle der zweite Schlußantrag des gestern behandelten Rapportes des Erziehungsdepartementes über Abtretung der Fellenbergischen Anstalten dem Regierungsrathe als eine erhebliche Mahnung zugewiesen werden.

Beeidigung eines zum ersten Male anwesenden neuer- wählten Mitgliedes.

Eine Zuschrift des Obergerichtes, wodurch dasselbe auf Erhöhung der Besoldung des Obergerichtsschreibers anträgt, wird verlesen und dem Regierungsrathe zugewiesen.

Tagedorbnung.

Bericht und Antrag der Dotationskommission in Betreff ber ausländischen Schuldtitel.

(Der vom 30. Sanuar 1838 datirte Vortrag ist gedruckt und wird daher nicht verlesen.)

Der Antrag geht bahin: "Es foll ber Regierungsvath beauftragt werden, fogleich an die hohen Stände der Eidgenoffenschaft eine gründlich motivirte Denkschrift zu erlassen, in welcher benselben das bestehende Rechts- und Streitverhältnis auseinandergesetzt wird, und worin sie ersucht werden, ihre respektiven Gesandtschaften in Betreff der Niedersetzung einer richterlichen Kommission zu instruiren, welche den Auftrag erhalte, nach förmlicher Vernehmung beider Parteien und nach allfälligem Beweisversahren über die Rechtsgültigkeit des sogenannten definitiven Endbeschlusses der Liquidationskommission vom Freiburg vom 6. September 1803 und die damit in Verdindung stehenden weitern Fragen eine gerichtliche Entscheidung zu ertheilen."

Kohler, Regierungsrath. Unter'm 1. Juli 1836 haben Sie, Sit., der Dotationskommission den Austrag ertheilt, vor der Hand nur diesenigen Gegenstände zu Handen des Staates gerichtlich zurückzusordern, welche auf ganz liquiden Titeln beruhen, dagegen die Ansprachen in Betreff der bernerischen ausländischen Schuldschriften einstweilen aufzuschieben, bis die damit in Verbindung stehenden, noch unerörterten Punkte näher untersucht sein würden. Demnach hat die Kommission in Folge Ihres Auskrages die Reklamationen in Betreff der Insel, des äußern

Rrankenhauses, des Mußhafensonds, des Schulseckels und des Stiftssonds, als auf einem liquiden Titel beruhend, vor den Gerichten anhängig gemacht. Anders verhält es sich mit den Reklamationen der Zinsschviften, und obgleich die Rommission zur Beschleunigung der Sache ihr Möglichstes gethan hat, fo ist man doch noch nicht da, wo man damit zu fein wünscht. Indessen kann die Kommission nun nicht länger warten, Ihnen darüber einen Antrag zu stellen, von welchem sie hofft, daß er die Sache befördern werde. Im Vorbeigehen soll ich bemersten, daß einer dieser Punkte in Verbindung steht mit der Pros zedur gegen Herrn Alt-Rathsherrn Zeerleder. Der Antrag geht dahin: (der Redner verliest den oben abgedruckten Antrag). Dieser Antrag, Sit., wird Ihnen auffallen, weil schon im Berichte der frühern Dotationskommission angetragen worden war, vor die Tagsakung zu treten, Sie, Tit., damals aber beschlossen haben, daß dieses nicht der Fall sei. Die Kommission hat allseitig untersucht, ob es irgend ein anderes Mittel gebe, auf dem Wege des Rechtes (denn die Kommission will feinen andern betreten) zum Ziese zu gesangen, als dasjenige, was Sie, Tit., damals verworfen. Die Kommission hat gessunden, daß man einige Punkte allerdings vor dem hiesigen Einklrichter einklagen könne, weil ein liquider Titel verhanden ist, der diese Gegenstände dem Staate Vern als Eigenthum ist, der diese Gegenstände dem Staate Vern als Eigenthum zuspricht, nämlich die Kantonalurkunde. In Bezug auf die Zinsichriften hingegen ist ein anderer Akt von Seite der nämslichen schweizerischen Liquidationskommission von Freiburg vors handen, welcher seiner äußern Form nach eben so gültig ist, wie die Kantonalurkunde, aber geradezu umgekehrt lautet. Er lautet nämlich dahin, daß, obschon die Liquidationskommission früher unter verschiedenen Malen von den damaligen Gemeindsbehörden in Bern die Ablieferung der fraglichen Schuldschriften verlangt habe, damit diese nach der Bestimmung der Vermitt= lungsafte verwendet werden fonnen, sie nachher die Stadt Bern von der Gin= und Ablieferung diefer Schriften durchaus libe= rire und erfläre, die Stadt Bern fei aus angegebenen Grunden nicht schuldig, diese Titel der Liquidationskommission abzuliesern. Dieser Endbeschluß besteht formell noch heute und ist, wie alle übrigen Beschlüsse der schweizerischen Liquidationskommission, allerdings unter eidgenössischer Garantie. Die Tagsatzung hat sich darüber auf's allerbestimmteste ausgesprochen, namentlich im Jahre 1835 in Sachen des Streithandels zwischen der Stadt Basel und den basel-landschaftlichen Gemeinden Prattelen und Muttenz in Betreff der Hardtwaldung. Das ist der Grund, Eit., warum wir glauben, hier, in Abweichung des Verfahrens in den andern Reklamationen, vor die Tagfatzung treten zu müssen, nicht um von ihr als folcher einen Entscheid zu begehren, ob der Endbeschluß der Liquidationskommission gültig sei oder nicht; weil die Tagfatung in diefer Beziehung nie entscheiden kann, obgleich die Stadt Bern in ihrer Kundmachung sich auf die Tagfatung beruft. Hingegen kann einzig die Tagfatung eine eidgenössische und zugleich mit richterlichen Attributen versehene Behorde aufstellen, um über biefen Endbeschluß zu Gerichte zu sitzen, die Parteien, d. h. die Stadt Bern und den Staat Bern anzuhören und zu entscheiten, ob nun der Endbeschluß auch in materieller Beziehung noch im Recht bestehen könne oder nicht. Ich will hier defiwegen nicht ausführlich auf diefe Cachen guructtommen, weil dieß fur den Rapporteur der Rommission eine sehr unangenehme Partie ift, und weil ich dadurch mehr oder weniger provoziren konnte. Ich wunsche aber auch, daß man mich nicht provozire, denn sonft wurde ich dann genöthigt, mit Unterschrift und Siegel, schwarz auf weiß, aus den Alten, was ich behaupte, zu widerlegen. Die Gründe, um deren willen wir den Endbeschluß in materieller hinsicht anzugreifen gedenken, find in dem Gutachten der frühern Dotationsfommission enthalten. Sie beruhen darauf, daß die Liquida-tionskommission und Bonaparte durch irrige Borgeben getäuscht worden, und daß man nachher auf den Grund diefer Täuschungen die Stadt Bern von der Berausgabe diefer Aften liberirt bat. Wenn nun diefe Taufdungen nachgewiefen werden fonnen, fo wird, hoffen wir, die von der Tagfahung aufzustellende Be-horde jenen Endbeschluß in materieller Beziehung vernichten, und aledgnn fann die Sache wieder por die hiefigen Gerichte fommen, indem die Ginrede der Stadt Bern hierdurch meggeschafft sein wird, — während, wenn wir sogleich vor die hiesigen Behörden kommen, man sich von Seite der Stadt auf den Endbeschluß berufen wird, der gegen und lautet, und den wir in formeller Beziehung um fo mehr anerkennen muffen, als wir und fur die dem Civilvichter bereits eingeflagten Gegenftande ebenfalls auf eine von der nämlichen Liquidationstommiffion ausgegangene Urfunde berufen. Wir glauben, nicht zweifeln ju follen, daß das von ber Tagfatung aufzuftellende Schiedsgericht, oder wie man es nennen will, nach gehörig stattgehabten Nachweisungen, diesen Beschluß allerwenigstens als auf irrigen Thatsachen beruhend in materieller Hinsicht aufheben werde, wodurch die Sache felbft fehr vereinfacht wurde, und mo die Reflamationen dann bor den hiefigen Gerichten stattfinden konnten. Es ift alfo einzig darum zu thun, den uns entgegenstehenden Endbeschluß aus dem Wege zu raumen, denn unsere Gerichte werden sich sonst in dieser Sache inkompetent erflaren, und auf jeden Fall wurde die Stadt Bern unfere Gerichte hierin nicht anerkennen, fondern fich an die Sagfahung Nach den Vorgangen, welche man dieforts fennt, wenden. wird die Tagfatung fich damit befassen, nämlich fie wird formell alle Beschlusse der Liquidationskommission unter ihre Garantie nehmen, aber in materieller hinficht das Recht walten laffen. Co, Tit., liegt die Sache auf den heutigen Zag in Betreff der Binoschriften. Ich wünsche gar fehr, daß fie noch von verschie-Denen Mitgliedern des Rabern auseinandergefett werde, benn es ift ein Gegenstand, der, wie mir wenigstens vorfommt, nicht von Jedermann aufgefaßt werden fann. 3ch will erwarten, mas Sie, Sit., gegen den Untrag der Dotationskommission anzubringen haben werden.

von Graffenried. Ich will den Antrag weder unterstützen noch bekämpfen, wiewohl über Form und Materie sehr viel zu sagen wäre. Da ich es aber ungerne sehe, wenn Semand in öffentlichen Geschäften in doppelter Stellung erscheint, so glaube ich, mich in dieser Sache, welche die Stadt Bern zwar sehr nabe betrifft, jedes Votums bescheiden und enthalten zu sollen. Ich wollte dieses hiermit zum Voraus erklären.

Eggimann. Die Liquidationskommission hat Anno 1802 der Stadt Bern einen Akt herausgegeben, — —. Die damaligen Machthaber, welche aus der hiesigen Stadt gewesen, baben da eine Art Theilung unternommen und dabei die Stadt nicht vergessen. Sie haben der Stadt damals wahrscheinlich weit mehr als das Doppelte zugeeignet, — —. Man kann das freilich noch nicht beweisen, denn die ergangene Untersuchung ist bloß noch im Staatsarchive vorgenommen worden, und ich bin nicht versichert, daß man da Alles gefunden hat. Die Archive der Stadt Bern, — die Dotationskommissionsschieden und zu vergleichen. So hat noch sein Resultat erhalten werden können; daher wäre es sehr wesentlich, daß die Archive don Bern untersucht würden. Anno 1813 in der unassücklichen Umwälzung haben sich die frühern Machthaber unter Meineid und Hochverrath und unter Misachtung der Rechte des Volkes der Regierung bemächtigt. Damals haben diese

Machthaber erklärt, daß Alles, was von Napoleon herrilhre, von nun an vernichtet fein solle. Bald nach unsver Wiederge= burt hat fich nun das Wefen gerührt, und Viele mußten, mas für Ungerechtigkeiten damals unterlaufen waren, wie viel die Stadt Bern sich auf ungerechte Weise, auf Rosten des Landes zugeeignet hatte. Die Sache kam bald zur Sprache, und es wurde die erste Kommission zu Untersuchung der Dotationsangelegenheiten niedergesett, an deren Spitze damals herr Fürsprech Jaggi stand. Diese Kommission hat und von vorn herein bewiesen, daß die Stadt Bern am Staate eine außerordentliche Malversation begangen habe. Sest wissen wir nicht, wie wir das wieder fehren wollen. Die Stadt Bern ift noch nicht angegriffen, keine Rlage gegen sie aufgestellt worden. Berschiedene Stiftungen und Anstalten, so wie die Waldungen Grauholz und Sadelbach sind als der Stadt Bern nicht angehörend gnerkannt, und boch ift noch feine Verfügung barüber getroffen. 3ch weiß nicht, in welcher Stellung wir ba find. Die oberfte Landesbehörde hat dabei ihre Stellung nicht einges nommen, wie es hatte fein follen. Ueber einen Theil Diefer begangenen Malversation will man jest vor die Tagsatung, aber warum, Tit.? was wird die Tagfatung fagen? Borerft glaube ich nicht, daß die Tagfatung fich damit wird befassen wollen, denn fonft kamen wir in eine febr fatale Stellung. Aargan und Waadt werden fagen: wir find auch noch Antheilhaber an diesen Schuldschriften. Ich bin tein Rechtsgelehrter, aber mein gefunder Berftand fagt mir, daß das die Folgen fein werden. Die Stadt Bern ift eine Gemeinde wie jede andere, und wenn da Betrug stattgehabt hat, so sollte der auf dem gewöhnlichen Wege erörtert werden können. Ich möchte warneit vor der Tagsatzung, denn da wird nur so ein delphischer Spruch jum Borscheine kommen, daß kein Mensch sich darauf verstehen wird. Ich möchte also der Dotationskommission die Anweisung geben, Diese Sache vor unseren Gerichten auszumachen, wie es sich gehört. Unsere Verfassung giebt uns da die Weisung, daß wir Niemanden feinem natürlichen Richter entziehen dürfen.

May. Was die Sache felbst betrifft, Sit., so will ich aus den von Herrn v. Graffenried angebrachten Gründen nicht darauf eintreten; allein ich kann mich nicht enthalten, über die Leußerungen, welche so eben gefallen sind, ein Wort zu sagen. So viel ist richtig, daß es gegen alle Grundsähe des Rechts und der Moral streitet, wenn man in der Diskussion eines streitigen Gegenstandes über Mein und Dein von vorne herein mit Anschuldigungen von Malversation und Meineid auftritt. Das sind Sachen, die sich nicht ziemen in dieser hohen Versammlung, und welche jedem Vegriffe von Recht und Moralität widerstreiten.

Stettler. Wenn nicht der Antrag des Herrn Eggimann gefallen wäre, so würde ich mir in dieser Sache kein Wort erlaubt haben; ich glaube aber doch, auf diesen Antrag Einiges erwiedern zu müssen, denn obgleich Stadtberner, bin ich doch nicht bei dieser Sache persönlich interessirt, und ich sehe mich hier bloß als Staatsburger an. Es handelt sich darum, was für ein Richter in der vorliegenden Frage entscheiden soll. Nun ware zu beforgen, daß wenn wir einen folchen unflugen Weg einschlagen und dem Antrage des Herrn Eggimann beipflichten würden, wir zulett feinen Richter hatten und dann entweder Die Sache aufgeben oder zur Gelbsthülfe schreiten mußten, welche nicht im Willen und in der Stellung der oberften Behörde fein kann. Der Beschluß des Großen Rathes vom 8. April 1836 ist der Stadt Bern offiziell mitgetheilt worden. Die Stadt Bern erklärte darauf, daß fie fich darüber vor feinem Civilge= vichte einlasse. Wenn wir also nichtsdestoweniger nach dem Antrage des Herrn Eggimann vor das Civilgericht gehen, und bieses sich dann für inkompetent erklärt, — was würde geschehen? Dann murden wir vielleicht z. B. vor die Tagfatung geben müssen. Die Sagsatung kann aber nicht Richter sein, denn sie ist keine richterliche Behörde, und nur fosche Angelegenheiten kommen zum Entscheide vor die Tagsatung, welche durch den Bundesvertrag selbst garantirt sind. Wenn Sie diesen lesen, werden Sie fein Wort davin von der Liquidationskommission und ihren Akten sehen. Die Gefandten an der Tagsatzung stimmen übrigens nach Instruktionen, was eine richterliche Behörde nicht kann. Hingegen anders ist es, wenn man von der Tag-fatzung bloß verlangt, daß sie an den Platz der ehemaligen schwei-

zerischen Liquidationskommission ein eidgenössisches gerichtliches Tribunal niedersetze. Geben wir nun aber zuerst vor unser Gericht, und erklärt fich diefes, wie es nach meiner Unficht muß, für inkompetent, und sagt dann nachher die Tagfatung: das gehört nicht vor uns, — was wollt Ihr dann machen? Etwa wiederum vor das hiesige Gericht gehen, welches sich bereits infompetent erklärt hatte? Dann wären wir zwischen zwei Stühlen. Diesen Pfad möchte ich nicht anrathen, sondern ich muß ihn fehr unflug und gefährlich glauben. hinge= gen wenn wir nach dem Antrage der Dotationskommission querft vor die Tagsahung treten und von unsern Mitständen begehren, daß sie ihre Deputirten für die Niedersetzung eines gerichtlichen Tribunals instruiren; so wird die Tagfatung entweder fagen: das gehört nicht vor und; oder aber, sie geht in das Ansuchen ein und fest ein folches eidgenöffisches Schiedsgericht nieder. Im letztern Falle haben wir eine fompetente richterliche Behörde, und gewiß wird der hiefige Stand nichts anderes wünschen, als einen unparteiischen Richter zu Schlichtung dieser Streitigseit zu finden, und würde sich dem richterlichen Entscheide dieser eidgenössischen Behörde sehr gerne unterziehen. Tritt aber die Tagsatzung in unser Ansuchen nicht ein, sondern erklärt sich inkompetent, alsdann können wir vor den hiesigen Richter treten, und diefer fann fich dann nicht mehr intompetent erflären, weil die höhere Behörde erklärt hat, daß die Sache nicht vor sie gehöre. Auch dem Spruche des hiefigen Richters werden wir uns gerne unterziehen. Sollte aber ber hiefige Richter sich doch noch inkompetent erklären, dann wäre das eine Justiz-verweigerung, und gegen eine solche hat man gesetzliche und ver-fassungsmäßige Vorkehren. Aus diesen Gründen schließe ich jum Antrage der Dotationskommiffion.

Michel. Wir machen so ziemlich die Rechnung ohne den Wirth, indem wir da von Kompetenz und Infompetenz reden, ohne daß die Stadt Bern als folche hier repräsentirt ift. Geben wir vor den Civilrichter, so wird ihn die Stadt Bern aner-kennen nicht als kompetent. Wenn aber beide Parteien sich denfelben gefallen laffen wollten, so ware er dann fompetent. Ebenfo, wenn die Tagfatung ein Schiedsgericht aufstellt, fann die Stadt Bern fagen: wir erkennen dieses Gericht auch nicht als kompetent an. Was foll bann gefcheben? Darum muffen wir ein Mittel fuchen, um die Stadt Bern ju gwingen, uns irgendwo Rede zu stehen. Das würde ich nun am allerbesten darin finden, wenn der Große Rath der Stadt Bern proponirte — entweder zwei schweizerische Obergerichte als Schieds= gerichte, oder aber, bor die Tagfatung zu treten. Beides mußte aber per Konvention gefcheben, denn fonst wären wir präcis in der gleichen Lage. Dann aber möchte ich der Stadt Bern zugleich fagen, wenn fie keinen diefer Borfchläge annehme, fo sei als Thatsache anzusehen, daß das reklamirte Gut dem Staate entfremdet worden sei. In diesem Falle soll der Staat dieses Gut einfach behändigen und der Stadt Bern die Klage überlassen. Ein ähnlicher Fall hat im Jahre 1803 stattgehabt, indem damals die Regierung erklärte, daß fämmtliche Waldungen des Kantons, welche sich nicht durch Titel als Privateigenthum ausweisen können, Staatswaldungen feien.

Rohler, Regierungsrath. Die Einwendungen gegen diesen Antrag sind nicht so groß an Zahl und nicht so gewichtig, wie ich sie erwartete, denn allerdings würden sich sehr speziose Einwendungen dagegen 'machen lassen, weil das nicht zu den einsachen Sachen gehört, sondern ein Gemenge von privatrechtlichen Und Lag darum gestritten und endlich gefunden, sie könne Ihnen, Zit., nach ihrer Ueberzeugung, und nach den Bestimmungen sowohl des eidgenössischen Staatszrechts als des Einitrechts nichts. Anderes vorschlagen, als was sie Ihnen heute vorzuschlagen die Ehre hat; denn sonst würde die Kommission heute nicht einen Antrag wiederholen, den Sie, Zit., bereits einmal verworsen haben. Herr Setetler hat mir die Mühe abgenommen, die Bemerkungen des Herrn Eggimann zu widerlegen, und hat ganz nach der Ueberzeugung der Kommission gesprochen. Herr Michel hat einen Antrag gestellt, dem die Dorationssommission schor vor Sahren huldigte; aber Herr Michel hat vergessen, daß die Kommission genau diesen nämlichen Antrag dem Großen Rathe schon früher gemacht hat.

Die frühere Dotationskommission stellte nämlich unter dem 14. Februar 1836 den Antrag, daß der Große Rath sich bereit erkläre, "hinsichtlich der Reklamations = und Ersathforderungen zu handen des Staates vor einem unparteiischen, entweder durch Uebereinkunft der Parteien oder durch die Tagsatzung bestellten Richter Recht zu nehmen, " und daß der Große Rath ju diesem Zwecke den Regierungerath beguftrage, "zuerst der Stadt und Burgerschaft von Bern entweder einen der oberften Gerichtshöfe der Kantone Zurich und Luzern, oder ein von beiden Theilen zu ermählendes Schiedsgericht als Kompromiss beiden Theilen zu erwählendes Schiedsgericht als Kompromißgericht vorzuschlagen; sodann aber, wenn dieselbe binnen einer zu ertheilenden Frist von 14 Tagen sich entweder verneinend oder gar nicht erklären sollte, an die fämmtlichen Stände der Eidgenossenschaft das Ansuchen zu stellen, ihre Abgeordneten zur nächsten ordentlichen Tagsatzung über den Antrag zu instruiren, das die Tagsatzung einen Gerichtshof bestelle u. s. w. u. s. w. Sie sehen, Tit., das das gerade dasjenige ist, worauf zur Michel angetragen. Von Ihnen, Tit., wurde darausshin am 8. April 1836 bloß besiebt, die neue Dotationskommission zu beausstragen. "der Stadt und Vurgerschaft von Bern dern den ju beauftragen, "ber Stadt und Burgerschaft von Bern ben obersten Gerichtshof entweder des Kantons Zürich oder des Kantons Luzern als Kompromifgericht vorzuschlagen u. f. w. Daraufhin ift von Seite der Dotationskommission unter'm 19. April 1836 eine Kundmachung an die Stadt Bern aberlassen worden, wie dieß auf Seite 4 des in Ihren Händen besindlichen Berichtes vom 30. Sanuar 1838 deutlich enthalten ift, worin die beiden genannten Obergerichte als konventionelle Gerichtshöfe vorgeschlagen waren. Die Stadt Bern antwortete auf diese Aundmachung in ihrer Gegenkundmachung vom 19. Mai 1836: "Die Burgergemeinde, auf ihr gutes Recht u. f. w. vertrauend, wurde u. f. w. vor jedem kompetenten Gerichts-hofe allen Ansprüchen, welche gegen ihr rechtmäßiges Besitz-thum erhoben werden können, Rechtens gestehen, wenn nicht die verschiedene Natur der in den Beschlüssen des Großen Rathes verzeichneten Reklamationen ihr zur Pflicht machte, auch in ihrer antwortlichen Erklärung dieselben, eben dieser verschie denen Beschaffenheit nach, zu unterscheiden. Für die Erörterung und Entscheidung aller derjenigen Fragen nämlich, welche die Berbindlichkeit der Beschlüsse der schweizerischen Liquidations fommission berühren u. f. w., kann die Burgergeneinde ber Stadt Bern kein Civilgericht irgend einer Art für kompetent anerkennen, weil bie Beschlüsse der Liquidationskommission ihrer Natur nach einen Theil des schweizerischen Staatsrechtes aus machen, und als solches unter der feierlichen Garantie der eid genöffischen Behörde stehen u. f. w., u. f. w. In Bezug auf diefe Streitfragen muß also die Burgergemeinde u. f. w., u. f. w., das vorgeschlagene Kompromifgericht ablehnen u. f. w." Sie sehen also, Tit., daß die Stadt Bern durch einen amtlichen Alkt hierüber gesprochen hat. Ferner sagt dieselbe: "Was hingegen die übrigen, durch die Beschlüsse der Liquidationskommission nicht beschlagenen Streitsragen anbetrifft, so sind dieselben unzweiselhaft von solcher Aut, daß sie dem Entscheide des Civilrichters unterliegen, und die Burgergemeinde von Bern ist bereit, diese Fragen von den verfassungsmäßigen Gevichten nach den Borschriften unserer Civilgeseihe verhandeln und beurtheilen zu lassen u. f. w." Da sehen Sie, Tit., daß die Stadt Bern in ihrer Kundmachung wohl unterscheidet, und daher hat man hierseits diese Gegenstände gesondert und bie Einen, wofür wir liquide Titel haben, vor den hiefigen Greichten geltend gemacht, während wir in Betreff der Zinsschriften behufs der Wegräumung des Beschlusses der Liquida tionskommission vorschlagen, vor die Tagsakung zu gehen. Das ist's also, was herr Michel gewollt hat. Wenn wir den Beschluß der Liquidationskommission in materieller Beziehung angreifen, und wenn die Tagfatzung unferm Anfuchen entspricht, so steht dann der von dem eidgenössischen Schiedsgerichte gefaste Beschluß ebenfalls unter eidgenöffischer Garantie, und dann können wir die Erefution besselben von unsern Gerichten verlangen. Der schon im Eingangsrapporte angeführte ganz analoge Fall zwischen Bafelftadt und Bafelland wegen der hardtwaldung hat mich überzeugt, daß, wenn wir irgend ein anderes Verfahren einleiten würden, wir auf dem Holzwege wären. (Der Redner liest das Tagfahungsprotofoll vom Jahre 1835 über die baherige Verhandlung ab.) Sie sehen hieraus, Tit., daß co fich

damals um einen Theil der Hardtwaldung handelte, welche in Folge einer von der nämlichen schweizerischen Liquidationskommiffion emanirten Dotationsurfunde von der Stadt Bafel als Eigenthum angesehen worden, auf welche aber die Gemein= den Muttenz und Prattelen Ansprüche erhoben und fogar Holz darin schlagen ließen. Die Tagsatzung erkannte, daß zwar die Stadtgemeinde Bafel das ihr dotationsgemäß zustehende Eigen= thum ungeschmälert besigen folle, daß aber, wenn von Seite der Gemeinden Muttenz und Prattelen, abgesehen von der an= erkannten Rechtsbeständigkeit der Dotationsurfunde, Unsprüche auf die Hardtwaldungen erhoben werden wollen, sie den Entscheid eines eidgenössischen Schiedsgerichtes anzusprechen haben. Allso stellte damit die Tagsatzung den Grundsatz auf, daß, obgleich die von der schweizerischen Liquidationskommission erlasse= nen Urfunden anerkannt werden muffen, dennoch allfällige Ansprachen in materieller hinsicht den Entscheid eines eidgenössischen Schiedsgerichtes provociven können. Das findet konfequenter Weise auch auf uns feine Anwendung. Meine Ueberzeugung ist daher, daß es keinen andern Weg giebt, um auf die gesetzliche Art zum Ziele zu gelangen, als den Ihnen von Ihrer Dotationskommission vorgeschlagenen. Die Dotationskommission wird dann die an die eidgenöffischen Stände zu erlaffende Denkschrift abzufassen und dem Regierungsrathe vorzulegen haben.

Herr Landammann, um seine Meinung gefragt: Meine Meinung hat, da ich fein Erperter bin, in diefer Sache fein Gewicht; indessen soll und muß der Präsident des Großen Rathes in jeder wichtigen Sache eine Meinung haben und aussprechen, wenn man fie ihm abfordert. Es thut mir leid, daß diefes Mal meine Meinung nicht ganz mit dem Antrage der Dotationskommission zusammenfällt, indem ich in den meisten Fällen fehr geneigt bin, den Antragen der vorberathenden Behörden beigustimmen, weil sie da gewöhnlich durch Experte geprüft worden sind. Ich glaube, der Antrag der Kommission beruhe wirklich auf Kenntnis der Menschen und Verhältnisse, und sei vielleicht auch flüger als dasjenige, wozu ich stimmen möchte. So wenig ich in den Bestimmungsgrunden mit herrn Eggimann einverstanden bin, fo bin ich es doch ganz mit seinem Schlusse, weil ich glaube, der souverane Stand Bern sei der natürliche Nachfolger derjenigen Behörde und Regierung, die dasjenige, warum es sich heute handelt, und was auf den jetzigen Kanton Bern ausschließlich Bezug hat, seiner Zeit erlassen. Mithin begreife ich nicht ganz, wie man die Frage der Hardtwaldung auf eine Linie setzt mit der heutigen Frage. Dort standen zwei Parteien einander gegenüber, welche nicht mehr zu dem nämlichen Staats-verbande gehörten; also mußten die daherigen Verhandlungen natürlicher Weise unter die Tagsatzung fallen. Wir hingegen find zwei zu einem und demfelben Landestheile gehörige und mit einander so zu sagen identische Korporationen. Diese Kor= porationen, fo wie der sie beschlagende Gegenstand, stehen unter ber Botmäßigkeit von Behörden und Gerichten, welche durchaus die legalen Nachfolger derjenigen Behörden sind, welche früher davin verhandelt haben. Nun glaube ich zwar, daß wenn wir an die Tagfatung appelliren, sie mahrscheinlich ein Gericht niedersetzen wird, indem sie es hat, wie viele andere Behörden auch, welche nämlich, anstatt Alles abzuweisen, was nicht eigent-lich vor sie gehört, im Gegentheile möglichst Vieles vor ihr Forum zu ziehen suchen, um ihr Reich zu vermehren. Aber bann ift doch noch die Frage, ob die Stadt Bern sich darauf einlassen wird, denn Bern wird eher eine direkte Einmischung der Tagfatzung wollen und nicht ein Gericht, wie wir es fordern. Weil ich nun diese Schwierigkeiten von der einen und andern Seite sehe, so würde ich ungeachtet aller noch so fehr begründeten Inkompetenzbesorgnisse dennoch an unsre Gerichte appelliren. Auf jeden Fall bleiben uns dann immer noch Mittel, um zu unserm Rechte zu gelangen, die ich aber jett nicht näher andeuten will. Indessen bin ich, wie gesagt, kein Experter und kein Juriskonsult, sondern ich habe es blos für meine Pflicht gehalten, meine Meinung zu haben und zu äußern, weil man mir sie in einer so wichtigen Angelegenheit abgefordert hat.

Michel zieht hierauf den ersten Theil seines Antrages zurück, wünscht aber dagegen den Zusat, das wenn die Stadt Bern sich nicht auf das eidsgenössische Schiedsgericht einlassen

wolle, der Staat dann lediglich von den reklamirten Gegenftänden Besit ergreifen werde.

Abstimmung.

Vortrag des Finanzdepartementes nebst Dekretsentwurf über die Freigebung des Salzverkaufes.

Die Anträge bes Departementes gehen hauptfächlich dahin, daß, so wie dieses bereits im Amtsbezirke Pruntrut bestehe, Zedermann, der sich dassür anmelde, der Detailverkauf von Salz bewilligt werden könne; daß die Verkäuser das Salz ausschließlich bei den Faktoreien des hiesigen Kantons gegen baare Bezahlung und gegen eine Provision von 6 %, aber ohne Vergütung der Fuhrtosten ankausen müßten; daß die Verkäuser keinerlei Verkauf von Getränken betreiben dürsen; daß, sobald irgendwo durch solche Verkäuser für den Salzverkauf hinlänglich gesorgt sein werde, die dort besindlichen Salzbütten nach dem bisberigen Systeme für so lange eingehen sollen, als dieses Verhältniß bestehen werde u. s. w.

Der Regierungsrath pflichtet diesen Anträgen mit einigen Abweichungen bei.

v. Jenner, Regierungsrath. Als letzthin die Salzaus-wägerstellen für die Stadt Bern ausgeschrieben wurden, zeigte sich eine große Zahl Bewerber dafür. Aber dieselben vertheilten fich nicht gleichmäßig auf die verschiedenen Stadtquartiere, weßwegen das Finanzdepartement den Versuch machen wollte, ob der Salzverkauf nicht vielleicht ebenfalls so zu reguliren wäre, wie 3. B. der Berkauf von Stempelpapier, wo neben den Umtsschreibereien u. f. w. auch einzelne Partifularen die Erlaubniß haben, Stempelpapier im Detail zu verkaufen. Da dieses beim Stempelpapier bisher gut gegangen ift, so dachten wir, man könnte wohl auch neben etwa 2 oder 3 Salzbütten vorläufig in der Stadt Bern den fich meldenden Privaten den Detailverfauf von Salz, natürlich mit der Bedingung des gefeklichen Gewichtes und geseklichen Preises erlauben, so sern nämlich diese Personen durch ihre Personlichkeit und Lokalität keine Nachtheile besorgen lassen. Wir haben also gedacht, daß diese Personen in der Regel Handelsseute oder Krämer sein würden, und daß sie nicht den Salzverkauf in Wirthshäusern und Trinkstuben betreiben, wodurch Anlag zu allerhand Unordnung gegeben werden konnte. Much Personen, die eckelhafte oder ungefunde Gewerbe treiben, würden wir den Salzverkauf nicht gestatten. Als der in diesem Sinne ausgearbeitete Projekt vor den Regierungsrath kam, glaubte dieser, es sei nicht zweckmäßig, so etwas nur für die Stadt Bern zu machen, und schickte die Sache an das Departement zurück, damit dasselbe untersuche, ob eine folche Magregel nicht auf den ganzen Kanton anzuwenden ware. Run, Tit., bringt Ihnen das Finangdeparte-ment heute einen Projekt fur den gangen Kanton. Das Salzbüttensustem ift davin, wie Sie fehen, beibehalten, aber daneben ber freie Salzverkauf unter ben angedeuteten Bedingungen gestattet. Der Regierungsrath möchte den Salzverkauf ohne alle Beschränkungen frei geben, so daß es dem Finanzdepartemente nicht frei stände, ihn Semanden zu gewähren oder abzuschlagen. Das, Sit., ware jest eine ganz andere Grundlage, womit große Nachtheile verknüpft sein würden. Die Salzverkäufer muffen doch dem Publikum eine Garantie darbieten, und eben deswegen wünscht das Finanzdepartement, das ein wenig in den Fingern zu behalten. Ich will nun erwarten, was Ihnen, Tit., Dar= über belieben wird.

Schnell, Regierungsrath, wünfcht, daß der schriftliche Rapport des herrn Salzbandlungsverwalters verlesen werde.

Koch, Regierungsrath. Ich will Sie nicht lange aufhalten, Tit. Ich glaube, wenn in der Staatsverwaltung etwas gut geht, so foll man es nicht immer besser wollen, denn dann wird es gar oft schlechter. Das Salz ist einer derjenigen Gegenstände, womit man nicht spielen oder pröbeln muß. Wenn man Salzbütten hat, die ansehnlichen, sichern und zuverlässigen Männern gegeben worden; so weiß man, wer das Salz da oder

dort verkauft, und wen man beaufsichtigen foll. Giebt man aber den Salzverkauf frei, so wird es dann gehen, wie bei der Freigebung der Wirthschaften. Man hat damals auch gewarnt, daß bei einer so ungeheuern Bermehrung von Wirthschaften feine Polizei mehr möglich sein werde; aber man wollte es nicht glauben; jetzt hat die Erfahrung es bewiesen. Das Salz ist ein Bedürfniß, das durchaus nie ausgehen darf. Das Finanzdepartement hat das gar wohl gefühlt und schlägt deswegen vor, die Salzbütten zwar bestehen zu lassen, aber daneben Sedermann zu erlauben, Salz auszuwägen; euft wenn der Salzverkauf auf diesem Wege hinreichend gesichert scheine, könne man dann die Butten eingehen lassen. Setzt sind nun in einem Dorfe viels leicht drei oder vier Salzverkäufer, so daß man da die Bütte eingehen läßt. Diese Salzverkäufer hören nun von einem Tage auf den andern vielleicht auf, den Salzverkauf zu betreiben; dann ist dieses Dorf in übler Lage, denn bis nun eine neue Bütte errichtet ist, kann das einen Monat oder zwei dauern, und in der Zwischenzeit mussen die Leute ihr Salz in einem andern Dorfe holen. Das, Tit., gründet keine Zufriedenheit. Ferner, wenn die Salzbütten bleiben, so sind also die vom Finanzdepartemente bestellten Salzauswäger immerfort verspflichtet, Salz zu halten und auszuwägen, während dagegen jedem Andern erlaubt wird, diesen obrigkeitlichen Salzauswäs gern den kleinen Profit zu verpfuschen. In vielen Gegenden haben die Leute bekanntlich nur in einem Theile des Sahres Geld, und wenn nun die Salzauswäger ihnen nicht im andern Theile des Sahres Kredit machen würden, so wären diese Leute sehr übel daran. Wenn man nun den Salzauswägern ihre Praxis-verpfuscht, so werden sie außer Stande gesetzt, den armen Leuten den nöthigen Kredit zu machen. Ueberhaupt, Tit., ich sche gar keinen Vortheil von dieser Neuerung; warum, da es bisher gut gegangen ift, will man die Sache andern? Im Bisthume find da besondere Gründe, weswegen bisher der Salzverkauf freigegeben war. Da erfordert das Interesse bes Staates diese Freigebung, nämlich nur im Amtsbezirke Pruntrut, wegen des voisinage. Laffe man aber bei und die Sache gehen wie bisher.

Monnard hat nie über die bisherige Einrichtung flagen gehört, und will es daher aus den vom Herrn Präopinanten entwickelten Gründen dabei bewenden lassen.

Knechtenhofer, Oberstlieutenent. Der Gesetzesvorschlag kömmt mir unbegreissich vor. Das Salz ist so nöthig wie das baare Geld, und wenn man den Salzverkauf srei giebt, kann man eben so gut fagen: Zedermann soll Geld machen dürsen, wenn er es nur gut macht. Die Sache ist nicht nur nicht anwendbar, sondern sogar unsinnig, und Zedermann ist mit der gegenwärtigen Einrichtung zusrieden.

Joneli. Auch ich, Tit., bin fast auf den Ropf gestanden, als ich von diesem Untrage hörte. Wenn in der Stadt Bern das Bedürfniß es erfordert, so vermehre man da die Zahl der Bütten. Indessen haben sie in der Stadt immer noch näher zur Salzbütte, als wir auf dem Lande. Die Gründe, warum mir die Sache verwerflich vorkömmt, sind von Herrn Regierungsrath Roch gar vortrefflich dargethan worden, und ich danke ihm dafür. Mit der Freigebung des Salzverkaufes würde es fast gehen, wie es mit der Aufhebung der Brodtage gegangen ist. Ich höre wohl, daß hier in der Stadt Bern die Sache gut geht, weil hier Konkurrenz ist; aber wo keine Konkurrenz ist, hat das schon jeht nachtheilige Folgen gehabt. Wenn wir nicht den Anzeiger hätten, wo man doch immer noch sieht, wie in Bern der Preis ist, so wären wir schon oft von den Bäckern arg betrogen worden. Bei uns ist daher über die Aushebung der Brodtage die Zufriedenheit nur gar flein. Wenn übrigens den Salzverkäufern in den entferntesten Gegenden nicht mehr Abzugsprozente gestattet werden, als denjenigen hier oder um Bern herum, so sehe ich darin keine große Gleichheit. Ueber= haupt glaube ich, aus der Freigebung des Salzverkaufs würde die größte Unordnung entstehen, und trage daher auf Abweisung an.

Anfer. Warum ward ein solcher Entwurf vorgelegt, ohne vorher gedruckt und ausgetheilt worden zu sein? Die Sache ist doch zu wichtig für das Land. Die Gründe gegen das Ein-

treten in diesen Entwurf hat übrigens Herr Negierungsrath Koch genugsam entwickelt. — Der Redner verlangt, wie Herr Regierungsrath Schnell, Ablesung des Berichtes des Herrn Salzhandlungsverwalters.

herr Landammann. Der Bericht liegt nicht bei den Aften, wird aber biesen Augenblick geholt.

Mühlemann, Regierungsstatthalter. Jede Sache hat zwei Seiten. Man führt, um dem Projekte den Hauptstoß zu geben, die Vermehrung der Wirthschaften an, und daß es unmöglich sei, da die Polizei zu handhaben. Es mag allerdings an einigen Orten etwas dassür zu sagen sein; aber wenn man das Eine gegen das Andere auswiegt, so ist doch das Uebel nicht so unverhältnismäßig, wie man es darstellen möchte. Mittelft der Freigebung des Wirthsschaftswesens durch das Patentsystem haben sich gang gewiß eine Menge früherer Winfelwirthschaften aufgelöst, von denen eine einzige dem öffent-lichen Wohle gefährlicher war, als drei bis vier öffentliche Wirthschaften. Nebenbei muß ich bemerken, daß, wer mit der Wirthschaftspolizei in Berkehr kömmt, weiß, daß dieselbe nicht etwa bei den altern Wirthen am leichtesten ift, sondern sie ift im Allgemeinen leichter bei den neuen Wirthen, weil jene noch immer ein Vorrecht haben und es daher häufig genug auf die Fr. 4 Buse ankommen lassen, während die anderen sich fürchten muffen, ihr Patent zu verlieren. In Bezug auf den Salzver- fauf wird die Handhabung der Polizei nicht so gefährlich sein. Aber man hört halt allemal, wenn man hier mit Vorschlägen zu Begünstigung der Gewerbsfreiheit kömmt, den nämlichen Schrei, den man schon vor eirea 40 Jahren gehört hat. Allent= halben fagte man damals, wenn man den Gewerbszwang aufhebe, so werde man keine guten Arbeiten mehr bekommen. habe feither eher das Gegentheil von diefer Beforgniß gefehen. Die Bedenklichkeiten, welche Herr Regierungsrath Roch hat, sind nicht zu beforgen, sie werden nicht eintreten. Der freie Salzverkauf wird sich so sehr überall vertheilen, daß wenn schon in einem Dörflein die drei oder vier Salzverkäufer von heute auf morgen fein Salz mehr verkaufen wollten, die Einwohner dieses Dörfleins das Salz in der nachstgelegenen Ortschaft noch immer drei bis vier Mal näher haben würden, als gegenwärtig. Gerade, weil das Salz ein alltägliches Bedürfniß ift, foll man nicht gemüßigt fein, dasselbe oft stundenweit herzuholen. hier in Bern ift es doch von einem Thore zum andern nur etwa eine Biertelftunde weit; hingegen auf dem Lande, wo doch das Salg in weit größerer Menge gebraucht wird, hat man oft zwei bis drei Stunden bis zur nächsten Salzbüttte. Hingegen ist jetzt da etwas im Entwurfe, das mir nicht gefällt. Die Salzauswäger hatten bekanntlich bis jetzt 5 % oder gegen baare Bezahlung 6 % Pros vision, und überdieß wurden ihnen die Fuhrlöhne in die entsferntern Gegenden abgezogen. Das will jetzt das Finanzdeparstement gar ordentlich in den Sack stecken. Da möchte ich jetzt feben, wie dieß bei der Freigebung des Salzes kommen würde. Der Fuhrlohn in entferntere Gegenden kann möglicher Weise bis auf 8% ansteigen. Wenn nun der Verkäufer 6% Profit hat, fo ist klar, daß in entlegneren Gegenden die Salzbütten gezwungenermaaßen forstbestehen mussen, und daß dort vom freien Verkaufe nicht die Rede sein kann; also kame der Nutzen einzig den den Faktoren nahe wohnenden Verkaufern zu Gute. Darum müßte nebst den 6% Provision noch eine verhältnißmäßige Abrechnung der Fuhrlöhne statuirt werden. Würde das nicht belieben, so müßte ich auf Verwerfung des Dekretes antragen; da ich aber hoffe, daß es belieben werde, so stimme ich aus angebrachten Grunden zum Eintreten.

Romang, Regierungsstatthalter. Man kann über diese Sache nicht im Klaren sein, weil der Vorschlag nicht vorher ausgetheilt worden ist, und weil die vorberathenden Behörden selbst nicht darüber einig sind. Ich gehöre zu einer Gegend, wo die allfälligen Inkonvenienzen des bisherigen Verkaussmodus am allerfühlbarsten würden empfunden werden; aber ich habe nie eine Klage darüber gehört. Darum möchte ich von der Sache abstrahiren.

Jaggi, Regierungsrath. Wenn man die Sache näher prüft, so bin ich überzeugt, daß sie nicht so unfinnig erscheinen wird; vielmehr kann sie hie und da recht vortheilhaft und gut

sein. Uebrigens kann schon zur Stunde ein Partikular ein Fäßlein Salz kaufen und es seinem Nachbar nachber ganz oder zum Theil wieder verkaufen, ich kenne wenigstens kein Geset dagegen. Ich möchte also die Sache nicht so unüberlegt von der Hand weisen, sondern stimme wie Herr Ryser, nämlich daß man den Entwurf drucke und austheile.

Jaggi, Oberrichter. Diefes Gefet ift von Niemandem gefordert worden. Sollte die Sache später einmal wieder zur Sprache kommen, so wird es dann noch immer Zeit sein, zu drucken und auszutheilen.

Obrecht. Wenn der Salzverkauf frei gegeben werden foll, fo follte boch jeder Salzverkäufer verpflichtet werden, diefen Verkauf wenigstens ein Jahr lang fortzuseten, oder es ein Vierteljahr zum Voraus zu fagen, wenn er aufhören will.

Vermeille. Obwohl ich im Allgemeinen ein großer Anhänger der Freiheit des Handels bin, so könnte ich doch kein Vertheidiger des freien Salzverkauß sein. Ich sinde in dem vorliegenden Entwurf nicht nur die Garantie nicht, die dieser, im Interesse des Publikums, so wichtige Gegenstand erheischt, sondern ich erkenne in demselben die Inkonvenienzen, die schon angegeben worden sind. Man hat des Vezirks Pruntut erwähnt, allein was hier zugelassen werden kann, gienge in andern Theilen des Kantons nicht an; es wäre einzig an den Theilen des Vezirks Pelsberg, die an Frankreich grenzen, wegen des erhabenen Preises des Salzes in lehterm Lande, den freien Salzverkauf zu reklamiren. Ich sehe in dem Entwurf keinen Nuchen sür den Staat und das Land und stimme daher gegen seine Annahme.

Tscharner, Regierungsrath. Nicht nur vom Pruntrutischen aus, fondern auch von andern Grenzen des Kantons wird Calz nach Außen eingeschwärzt, so daß, wer sich damit abgeben will, sich bei den gegenwärtig bestehenden Salzbütten approvisioniven fann. Rein Ort, der je eine Salzbütte begehrte, ift, wenn er die Nothwendigkeit davon zeigen konnte, und wenn ein zutrauenswürdiger Mann dafür sich fand, abgewiesen worden. Ein folcher Borschlag muß aber unter allen Gesichtspunkten berücksichtigt werden. Namentlich ist zu beachten, was Herr Obrecht fo eben bemerkt hat, benn fonft konnten namentlich die Biehaucht treibenden und entlegene Gegenden zu Zeiten in große Berlegenheit gerathen. Wenn ferner nach dem Vortrage feine Fuhrungen vergütet werden, so könnte sich namentlich in den oberländischen Gegenden ein folcher Salzverkauf unmöglich festfeten. Dann wurde g. B. die Landschaft Oberhaste ihr Gala im Unterwaldnerlande holen, wie das schon jeht zum Theile geschieht, weil das Salz dort wohlseiler ist. So würden wir durch den Schleichhandel auf den einen Grenzen wieder verlieren, was auf den andern Grenzen gewonnen werden mag. Indessen will ich mich gerne belehren lassen und glaube, die Sache sei wichtig genug, um unter allen Gesichtspunkten beleuch= tet zu werden, und da durfte es mahrscheinlich nicht unzweck= mäßig fein, dem Untrage bes herrn Ryfer beizupflichten.

Huggler. Der Vorschlag mag für einige Gegenden ganz gut passen, aber für andere nicht. In der Landschaft Obersbasse besteht gegenwärtig zwar nur eine Salzbütte, aber wenn noch mehrere Bütten errichtet würden, so würde dann keine bestehen können. Wie könnten aber, wenn der Salzverkauf frei gegeben wird, die Salzverkaufer mit bloß 6 % Provision bestehen? Das Resultat davon wäre, daß dann einige Gegenden zu Zeiten kein Salz hätten. Dann würde Schleichhandel entsiehen, denn das Salz ist im Unterwaldnerlande und zu Engelberg gar wohlseil. Darum möchte ich bitten, die Sache zu reislicherer Berathung zurückzuschiefen.

v. Senner, Regierungsrath. Es sei mir erlaubt, Tit., nun als Mitglied des Großen Rathes auch Einiges zu sagen. In der Distussion habe ich gar Manches gehört, das ich nicht erwartet hätte, und das hat mir bewiesen, daß man beim Abslesen des Vortrages nicht gehörig Acht gegeben hat. Es steht nirgends darin, daß man die Vitten eingehen lassen wolle, sondern es wird blos vorgeschlagen, denjenigen Personen, welche unter den vorgeschlagenen Bedingungen sich mit dem Salzverstause abgeben wollen, das zu gestatten, und nur da mögen die

Bütten allfällig eingehen, wo für den Salzbedarf fonst hinreichend geforgt zu fein scheint. Der Vorschlag scheint einem Beren Praopinanten namentlich darum fraus vorgefommen zu fein, weil namentlich in entlegenen Gegenden fein Mensch unter ben angezogenen Bedingungen sich zum Salzverkaufe wird verstehen wollen. Das mag zum Theile seine Richtigkeit haben. Bereits als Berichterstatter habe ich gesagt, was das Finanzdepartement eigentlich wollte, nämlich blos hier in Bern den Salzverkauf etwas weiter ausdehnen. hier in Bern ift der Transport gar klein, etwa 2 Bt. per Faß. Da nun wäre es möglich, daß einzelne Privaten neben den vier oder funf Bütten mit konkurriren würden. Nachtheil sah man dabei keinen, wohl aber den Vortheil, daß der Staat den daherigen Fuhrlohn er= spart haben würde. Bor Regierungsrath wollte man nun weiter gehen, und forderte vom Finangdepartemente einen Entwurf für den ganzen Kanton. Diefen hat das Finangdepartement hier vorgelegt, aber es begreift gar wohl, daß wenn man die Fuhrlöhne nicht restituirt, Niemand in den von Salzfaktoreien entfernteren Ortschaften den Salzverkauf übernehmen kann. In diesen Gegenden werden also die Salzbütten natürlich fortbestehen, und Niemand wird ein Beispiel aufgählen können, daß wir irgend je, wo das Bedürfniß irgend vorhanden war, eine Salzbütte refüsirt haben. Wenn aber irgendwo z. B. ein Krämer Salz verkaufen will, indem er hofft, fich dadurch überhaupt Kunden zuzuziehen, — warum will man es ihm nicht erlauben? Hingegen beabsichtigte das Finanzdepartement, daß nicht Wirthe und Brantweinbrenner Salz verkaufen können, um die Leute an fich ju ziehen. Ohne diefe Beschränkung wurde fein Mensch im ganzen Finanzbepartemente zum Vortrage gestimme haben. Der Bericht des Herrn Salzhandlungsverwalters war der Sache nicht gunftig, aber ich sehe fein Infonvenient, warum man bas nicht für die Stadt Bern einführen konnte. Uebrigens foll ich bemerken, daß das Defret vom 9. Merz 1832 ausdrücklich fagt, daß Niemand bei den Salzbütten Salz kaufen dauf, um es nachher weiter zu verkaufen, denn fonst wäre dem Schleich-handel Thür und Thor geöffnet, namentlich z. B. von Solothurn her. Was den Grundfatz der Gewerdsfreiheit betrifft, so hält das Finanzdepartement jede mehrere Freiheit, die ohne Nachtheil gewährt werden fann, für einen Bortheil.

Der schriftliche Rapport des Herrn Salzhandlungsverwalters wird hierauf verlesen. Er spricht sich sowohl gegen die Freigebung des Salzverkaufes im Allgemeinen, als auch in Bezug auf die Stadt Bern im Besondern aus.

Kohler, Salzhandlungsverwalter. Ich glaube um so weniger, daß der Projekt Anklang finden könne, weil neben dem Freiverkaufe das Büttenfystein aufrecht erhalten werden Wozu wird das führen? Die Bütten werden wie bisher ihre Fuhrlöhne restituirt erhalten, und es giebt folche, welche von den Magazinen bis auf Bt. 110 Fuhrlohn beziehen. Wer wollte nun neben den Bütten fonfurriven können? Wird aber der Salzverkauf völlig freigegeben, dann würden sich alle die= jenigen Inkonveniente in hohem Grade zeigen, die in der Dis= kussion bereits gerügt worden sind. Bich zweifle sehr, daß der freie Salzverkauf dem Lande belieben werde, wenigstens ift der Salzverwaltung kein Wunsch dieser Art bekannt geworden. Sch habe darüber sowohl bei den Salzfaktoreien, als auch sonst nachfragen laffen, und von allen Seiten her find mir darüber verneinende Antworten ju Ohren gekommen. Blos haben Mehvere den Wunsch geäußert, daß die bestellten Salzverkäufer hinsichtlich der Zahlungen in etwas möchten erleichtert werden, indem es ihnen wegen der verbotenen Geldforten ze. fast un= möglich wird, blos gefetzliche Gorten anzunehmen. Wenn ber Freiverkauf als eine Finanzspekulation aufgestellt werden sollte, so müßte ich ebenfalls sehr an dem Gelingen zweifeln. Sch habe in meinem Rapporte eine Berechnung aufgestellt, wonach für den Staat eine Ersparnis von höchstens Fr. 800 - 1000 berauskäme. Was wäre das, Lit.? Die Zahl der öffentlichen Magazine mußte zu diesem Behufe wefentlich vermehrt werden, und also würden für den Staat auch die Magazinfuhrlöhne sich steigern, so daß in finanzieller hinsicht das gewiß feine gute Spekulation ware. Die Polizeiaufficht über ben Salzverkauf würde ferner glatt unmöglich, und schon gegenwärtig ist fie fehr schlecht. Der Jehler liegt aber nicht an der Salzverwal-

tung. Go würde ein bedeutender Schleichhandel in dem Kanton entstehen, wovon wir schon jest in kurzer Zeit mehrere Beispiele gehabt haben. Erft vorgestern habe ich eine daherige Deposition von Landjägern an die Behörde eingeschickt. Herr Mühlemann hat von der Gewerdsfreiheit geredet. Ich huldige ihr auch, aber nicht in dem nämlichen Sinne; denn der Staat müßte konsequenter Weise auf alle seine Monopolien verzichten. Sr. Mühlemann namentlich kann fich nicht beklagen, daß man in feinem Umte Stunden weit laufen muffe, um Salz zu holen. (Der Redner zeigt, daß im Amte Wangen genugsam für Salz-bütten gesorgt sei.) Allzu viele Bütten kann man nicht errichten, benn fonft wurde feine babei etwas verdienen fonnen. Wollte man aber den Salvertäufern die Fuhrlöhne erfeten, fo mußte man einem Jeden, der in der Faktorei Galg tauft und fich einen Fuhrlohn fur fo und fo viel Stunden abziehen läßt, eine Wache mitgeben, um sich zu versichern, ob dieser Mann sein Salz wirklich so weit führe, als ihm der Sconto bewilligt worden. Gegen den Druck des Vortrages müßte ich mich gleich= falls aussprechen, indem das unnühe Rosten herbeiführen würde. Die Sache fann nach meiner innigen Ueberzeugung bem Lande in der vorliegenden Form weder angenehm noch nütlich fein. Gegen ben Freiverkauf blos für die Stadt Bern mußte ich mich namentlich darum aussprechen, weil ich grundfählich gegen jedes Vorrecht bin. Ich trage also darauf an, daß man im Allgemeinen und im Speziellen von dieser Sache abstrahire.

Herr Landammann, um seine Meinung gefragt, erklärt lediglich, baß er die Freigebung eines Gegenstandes, der doch zugleich Regal oder Monopol sei, für eine Inkonsequenz ansehe.

Abstimmung.

Ueberhaupt einzutreten 14 Stimmen. Davon zu abstrahiven Große Mehrheit.

Hierauf wird die definitive Redaktion des am Samstage gefaßten Beschlusses über das Paswesen vorgelegt und durch's Handmehr angenommen.

Vortrag der Justizsektion und des Regierungs = rathes über Ratiskation des eidgenössischen Militär=strafgesesbuches (zweites und drittes Buch).

Die Natififation wird ohne Diskussion durch's handmehr gusgesprochen.

Eben fo wird auf den Bortrag der Justizsektion dem Freizügigkeitsvertrage zwischen der Schweiz und Sachsen-Altenburg die Ratifikation ertheilt.

Auf den Vortrag der Austisse ktion werden folgende zu todter Hand gestiftete Legate genehmigt:

- 1) Bu Gunften der Privatblindenanstalt:
 - a. Von Herrn Dr. Lehmann . . . Fr. 150. b. " Frau Anna Mutti . . " 100.
 - c. " " v. Sinner v. Lucens " 100
- 2) Bu Gunften der Zaubstummenanstalten:
 - a. Von Herrn Dr. Lehmann. . . Fr. 150. b. " Frau v. Sinner v. Lucens " 16.

Ein Chehindernigdispensationsbegehren des J. Rocher, der seine verwittwete Stiefgroßmutter zu heirathen wünschf, wird auf den Vortrag der Justizsektion, da dieser Fall nicht zu den dispensabeln gehöre, abgewiesen.

Wahl eines zweiten Mitgliedes des Justizdeparte = mentes.

Vorgeschlagen sind die Herren Rathschreiber Stapfer und Unterlehenskommissär Kasthofer. Von 106 Stimmen erhalten: Herr Rathschreiber Staufer im 1. Strut. 72

Ject	statisfuscement Chapte	it titt	1.	Ottut.	14
2)	Rasthofer		"	,,	10
2)	Umtschreiber Rufener	C	"	"	8
2)	Profurator Fischer		"	"	5
	Mit-Regioningarath	772115			- 3

u. s. w.

Ernannt ift herr Rathschreiber Stapfer.

Bahl eines britten Mitgliedes bes nämlichen Departe- mentes.

Vorgeschlagen sind die Herren Unterlehenskommissär Kasthofer und Notar Gerster, Sohn. Von 103 Stimmen erhalten: im 1. Str. im 2. Str. im 3. Str.

hr. Unterlehenskommissär Rasthofer	48	48	54
" Umtschreiber Rufener	18	27	27
" Prokurator Fischer	14	14	12
" Notar Gerster	13	6	

" Alt-Regierungsrath Wyß
u. s. w.

Erwählt ift demnach Sr. Unterlebenskommiffar Rafthofer.

Da die Versammlung sehr wenig zahlreich geworden ist, so erfolgt ein nochmaliger Namenkaufruf.

Schluß der Sitzung um 11/4 Uhr.

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Balfte, 1838.

(Nicht offiziell.)

Zehnte Situng.

Donnerstag den 1. März 1838. (Morgens um 9 Ubr.)

Prafident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protofolls wird der vor einigen Tagen verlefene

Angug des Herrn Dr. v. Morlot, wodurch derfelbe gefehliche Maagnahmen gegen Mißhandlung der Thiere, vornämlich der Pferde, verlangt, hinsichtlich feiner Erheblichkeit in Umfrage geseht.

v. Morlot. Tit.! Schon längst habe ich den Wunsch gehegt und bin damit umgegangen, es möchte hier etwas von der obersten Behörde gethan werden, um die immer zunehmende Thierquälerei zu behindern, und es möchte irgend eine Art von Strafbestimmungen dagegen aufgestellt werden. Ich fühle aber wohl, daß man es mir als Mitglied des Departementes des Innern als Anmasung auslegen möchte, wenn ich sogleich mit einem Anzuge hieherkäme, ohne zuerst dort den Versuch zu machen, ob die Sache dem Departemente des Innern belieben möchte. Bereits vor einem Sahre habe ich daher dort die Sache in Anregung gebracht. Sie schien belieben zu wollen. Man suchte die dahin einschlagenden Gesetze und Verordnungen anberer Länder zusammen, namentlich von England. Schon da-mals habe ich bemerkt, daß solche Verordnungen in civilisirten Ländern gar nichts Neues sind. Später, als die Sache nun wirklich bor bas Departement jur Behandlung fommen follte, ließ man sie fallen. Ich würde nun vielleicht noch länger gewartet haben, um den Gegenstand hier vorzubringen, wenn nicht in den letten Zeiten Abscheulichkeiten vorgefallen wären, welche durch die öffentlichen Blätter bekannt genug geworden find. Ich glaubte nun, daß das jeht der günstigste Moment sei, und ich hoffe, die Sache werde hier Anklang finden. Allerdings hat der Schöpfer dem Menschen Verstand und Vernunft gegeben, vermittelst welcher dieser Gewalt hat über die unvernünftigen Thiere. Das ift aber fein Grund für den Menschen, um diese Herrschaft zu mißbrauchen. Ein folcher Mensch, der im Stande ist, auf diese Art die Thiere zu qualen und folche Gräuel an ihnen zu verüben, ist das Nämliche zu thun im Stande gegen seine Mitmenschen, wenn nicht eben Gesetze da wären, vor denen er sich fürchtet. Ein Mensch, der sich solche Gräuel an den Thieren erlaubt, finkt tiefer als das Thier; er finkt ganz zur Bestialität herab. Vorzüglich habe ich auf die Pferde aufmerksam gemacht, welche ganz besondere Berücksichstigung verdienen. Die Pferde sind einer der wenigen Zweige, welche uns große Ressources bringen. Bei 40,000 Louisdors kommen allein für Pferde jährlich ins Land. Wenn es also auch nicht aus Dankbarkeit wäre, so sollte doch aus Interesse etwas für sie geschehen. Darum habe ich die Ehre, darauf

anzutragen, daß es dem Großen Rathe belieben möchte, diesen meinen gestellten Anzug erheblich zu erklären, und daß dann im Laufe der Sommersigung vom Departement oder dem Regiezungsrathe hier darüber rapportirt werde.

Obrecht. Es heißt, Tit., "Der Gerechte erbarmt sich feines Viehes." Ich möchte den Anzug nicht nur auf die Mißshandlung der Thiere durch Schläge beziehen, sondern auch auf diejenigen Leute, welche ihre Pferde z. B. in der größten Kälte vor den Wirthshäusern anbinden und mehrere Stunden lang da stehen lassen und, wenn sie dann besossen wieder aufgestiegen sind, unvernünftig davon fahren. Ich möchte, daß zugleich eine Frist bestimmt werde, wie lange man höchstens ein Pferd auf solche Weise stehen lassen dürse.

Trachfel. Wenn in irgend einem Staate ein solches Geseth nöthig ift, so ist es bei uns, indem die Viehzucht die hauptsächliche Grundlage unsers Wohlstandes ist. Hat der Mensch das Recht, die Thiere zu gebrauchen, so soll er auch für die selben sorgen. Gedenkt man aber, auf welche wahrhaft empörende Weise die Thiere, und namentlich die Pferde ost mißhandelt werden, und bedenken wir, was für nachtheilige Folgen diese nicht bloß für die Thiere selbst, sondern namentlich auf die Moralität der Menschen hat; so muß Zedermann wünschen, daß diesem Uebelstande abgeholsen werde. Die Regierung soll ihrer Polizei den Austrag geben, auf solche Vergehen zu achten und sie zu ahnden. Ich müßte mich mit voller Ueberzeugung dem sehr verdankenswerthen Anzuge des Herrn Dr. von Morlot anschließen.

Parrat. Ich unterstütze den Antrag des Herrn Dr. von Morlot aus Gründen der Moral. Die Erfahrung hat gelehrt, daß man mit Menschen eben so verfährt, wie mit Thieren. Die Geschichte lehrt uns, daß einer der größten Tyvannen des Alterthums die Grausamseit an den Thieren gelernt hat. Wenn einmal die Thierquälerei zur Gewohnheit geworden ist, so geht man bald zur Menschenquälerei über. Ich stimme aus vollem Herzen zum Antrag.

Mühlemann, Regierungsstatthalter, halt es für unmöglich, über diesen Gegenstand etwas Gründliches bis zur nächsten Maisitzung zu bringen, und wünscht daher, daß man von einem Termin abstrahire.

v. Morlot hat nichts bagegen, wenn nur die Sache bis zur nächsten Wintersitzung vorgelegt werde.

Wehren, Regierungsstatthalter, stimmt zum Anzuge, weil die Thiere nicht vom Petitionsrechte Gebrauch machen können und doch vielmals im Falle wären, es zu thun.

Hervenschwand, Regierungsrath. Da ich es mehrere Male mit eigenen Augen gesehen habe, wie die Thiere misshandelt werden, wegen der Oertlichkeit nämlich, wo ich wohne, so will auch ich auf Erheblichkeit des Anzuges antragen. Insbessen wird es schwer sein, Strasbestimmungen in Betreff der

1

Mißbandlung der Thiere aufzustellen. Man fann in Gottes Mamen die Thiere nicht fragen, wie wehe es ihnen gethan habe; man kann auch nicht wissen, in wie fern z. B. die Pferde eigensinnig u. f. w. gewesen. Es giebt bekanntlich Pferde, die in hohem Grade eigensinnig sind, und wenn dann die Leute feine Zwangsmittel anwenden dürften, so konnte dieß nicht gar gut geben. Wenn man an einem Orte wohnt, wo man oft und viel feben muß, daß man fast nicht fahren kann, verwundert man sich nicht mehr darüber, daß die Pferde Schläge er-halten, denn die Fuhrleute wollen doch weiter. Im Allgemeinen werden die Pferde nicht auf der Ebene mißhandelt, sondern an den Stützen, wenn es aufwärts geht. Ich fehe das fehr oft, wenn ein geladener Wagen den Stuckishausrain hinauf= fährt, wo 15% Steigung sind. Sa, Tit., da schlägt man auf die Thiere, das ist gar natürlich, denn gefahren muß sein, und da muß es gehen, entweder mit guten Worten oder mit Schlägen. Viele Leute, wenn sie etwa einmal im Winter sehen, daß glatter Weg ist, und daß die Pferde fast nicht vorwärts kommen, stürzen und sich beschädigen, sinden das sehr auffallend. In unserer Gegend kömmt uns dieß schon lange nicht fo sonderbar vor; wir haben jeden Winter glatten Weg und sehen die Rosse ausglitschen und sich "wirsen". Da kann man nicht helsen, denn der Weg ist Schuld, der Boden ist Schuld, und weil man das immer fieht, fallt es nicht auf. Go ift es 3. B. dem neuen herrn Regierungsstatthalter von Buren gar höchlich aufgefallen, als er am Bremgartenstut einen fechsspännigen Holzwagen sah, den die Pferde nicht fortbringen konnten, und wo diese alle Augenblicke niederstelen und an allen Knieen geschunden waren; er fand, das sei eine erbärmliche Sache. Wir aber sehen das jeden Augenblick am Stuckishausrain und am Bremgartenstutz, und wir sind es gewohnt und werden uns wahrscheinlich noch lange daran gewöhnen müssen. 3ch stimme jur Erheblichkeit.

Kasthofer, Regierungsrath. Was man zur Milberung der Sitten thun kann, ist gewiß gut und schön; aber doch muß ich bitten, auf diesen Gegenstand nicht allzwiel Zeit zu verwenden, denn ein anderer Gegenstand ist noch viel wichtiger, als die Thierquälerei, das ist die Menschenquälerei. Darum wünsche ich, daß die Spitäler-auf der Landschaft herum recht bald eingerichtet werden möchten; ebenso wäre sehr zu wünschen, daß auch das — —

Herr Landammann. Wir können durchaus nicht, Sit., bei diesem Anlasse in eine Gensur des ganzen Gemeinwesens eintreten, und es gehört wahrhaftig auch zu den Menschenquälereien, mehr Zeit in Anspruch zu nehmen, als nöthig.

Weber von Uhenstorf, will auch zur Erheblichkeit stimmen, nur solle man doch auch sagen, wie man eigentlich die Thiere behandeln solle.

Die Erheblichkeit wird hierauf durchs handmehr ausges sprochen.

Vortrag des Baudepartements über Unterhaltungs = und Korveftionsbauten an der Aare zwischen dem Schützen = fahr und der Elfenau.

Der Vortrag enthält im Wesentlichen Folgendes: Ueber das Gelingen des im Jahre 1825 begonnenen und seither fortsgesetzten Werkes der Aarkorrektion zwischen Thun und Bern, über dessen Fortschritte und gegenwärtigen Stand könne das Baudepartement einstweilen keinen umständlichen Bericht erstaten, theils weil im verstossenen Jahre kein eigentlicher Ingenieur für den Wasserbau angestellt gewesen, theils weil u. a. namentlich die unglücklichen Ercignisse vom 12. und 13. August 1837 die Behörde allzusehr in Anspruch genommen haben. Jedoch habe sich das Baudepartement überzeugen müssen, daß die Korrektionsbauten noch lange nicht alle beendigt, daß sie nicht überall zweckmäßig angelegt, daß Lücken gelassen, und daß besonders die schüßenden Reck und Ueberlaufdämme noch an vielen Orten nicht gemacht worden seien, weshalb bei dem außerordentlich hohen Wasserstande im verstossenen Sommer Einbrüche geschehen, und sowohl die Werke selbst beschädigt, als auch die dahinten liegenden Ländereien unter Wasser gesetzt wurden. Wie kann

nun der entstandene Schaden ausgebessert und der zukünftige vermieden werden? Vor allem aus müsse man den Grundsatz ausstellen, daß die Aarkorrektion zu Ende zu bringen sei, indem sonst die disher darauf verwandten ungeheuern Summen völlig verloren wären; auch seien von den betreffenden Gemeinden und Partikularen dringende Vorstellungen in diesem Sinne eingelangt. Sämmtliche Wasserbauten zerfallen in drei Abtheilungen:

1) Unterhaltungsbauten, d. h. solche, die zwar ausgeführt gewesen, aber beschädigt worden sind und der Reparation bedürsen. Diese seien devisirt auf Fr. 18,562 Rp. 69½. 2) Sich er ung sbauten, die theils zu Regulierung des Strombettes, theils zu Schützung der User dienen und auf Fr. 14,904 Rp. 14 angesschlagen sind.

3) Neubauten, die ganz neu konstruirt werden müssen und zur Vervollständigung der Korrektion gehören. Sie sind berechnet auf Fr. 10,209 Rp. 16. Die Kosten für sämmtliche Vauten, so weit sie im Jahr 1838 gemacht werden müssen, belausen sich demnach auf Fr. 43,675 Rp. 99½, oder in runder Summe Fr. 45,000. Das Baudepartement trägt nun darauf an, daß der Große Rath dasselbe beauftrage:

- 1) Die Korrektionsarbeiten an der Aare zwischen bem Schützenfahr und der Elsenau, so wie sie projektirt und deristrt sind, mit den nöthigen und zweckmäßig erscheinenden Modistationen im Laufe des Sahres 1838 und ersorderlichen Falls noch im folgenden Jahre anzuordnen und durch seine Beamten und Angestellten ausführen zu lassen;
- 2) die betreffenden betheiligten Gemeinden, Korporationen und Privaten auffordern und nöthigen Falls im Sinne des vierten Abschnitts des Administrativprozesses anhalten zu lassen, zu zwei Dritteln für die Unterhaltungs und zu einem Drittel für die Sicherungsbauten in Baar oder Naturallieferungen beizutragen;
- 3) eine Summe von Fr. 28,117 Rp. 1/6 auf diese Arbeiten zu verwenden, und
- 4) wenn von den Interessenten die Beiträge verweigert würden, und aus der Staatskasse Borschüsse gemacht werden müßten, bis auf Fr. 15,663 Rp. 175/6 auf unrechthabende Kosten, im Ganzen aber eine runde Summe von Fr. 45,000 verrechnen zu dürfen.

Der Regierungsrath trägt dagegen lediglich darauf an:

Es möchte dem Baudepartement einstweisen ein angemessener Kredit (Fr. 20,000) eröffnet werden, um die bereits ausgeführten Wasserbauten zu unterhalten und die allerdringendsten, zu Sicherung dieser letztern noch erforderlichen, Neubauten vorzunehmen, jedoch ohne alle Konsequenz für die Zukunft und ohne in die weitern Anträge dieser Behörde einzutreten.

Herr Landamann. Ich weiß nicht, ob der Tit. Herr Präsident des Baudepartements es mir übel nimmt, wenn ich ihm sediglich sage, daß wir gewünscht hätten, heute fertig zu machen.

Koch, Regierungsrath. Tit., ich werde nach dem Wunsche des Herrn Landammanns Ihre Zeit so wenig als möglich in Anspruch nehmen. Das Baudepartement hat sich verpflichtet geglaubt, diefer hohen Behörde die Sache in aller Treue und Wahrheit vorzulegen und ihr zu fagen, was dringend nöthig ift. Weder ich noch das Baudepartement konnten die Sache an Ort und Stelle untersuchen, weil zur Zeit, da es sich um diese Vor= schläge handelte, eine grimmige Kälte war. So viel ist sicher, daß die vorgeschlagenen Arbeiten durchaus nothwendig sind. Merkwürdiger Weife hat man fie im Regierungsrath nicht für nöthig gehalten. Ich weiß nicht, ob meine Tit. S. Rollegen des Regierungsraths etwa an Ort und Stelle gegangen waren; aber sie fanden, es foste gar viel, und also sei es nicht nothig. Es fostet Manches viel und ist doch nöthig. Sie, Tit., werden entscheiden. Zur Rechtfertigung des Baudepartements erkläre ich jum Voraus, daß, wenn Sie dem Antrage des Regierungsrathes beipflichten, nichts gemacht ift, und ich wollte bann beinahe lieber, Sie würden heute erkennen, Ihre Sand ganzlich von der Sache abzuziehen; so wüßten dann doch die Leute, woran sie wären. Beim Wafferbau kann man nicht fagen: wir wollen einstweisen bis bierher bauen und nicht weiter. Beim Straffenbau kann man das; aber wenn man einen angefangenen Wasserbau nicht voll=

endet, fo ift das gerade, wie wenn man ein Fag macht und die lette Taue nicht einsett. Gin Wasserbau thut feine Wirkung gar nicht, bis das Ganze da ift. Es find hier zweierlei Rückfichten zu nehmen, 1) die Noth und das Bedürfniß der Uferbefiger, und 2) die Kommunikation auf dem Wasser zwischen Bern und dem Oberlande, namentlich für die armere und für die gewerbtreibende Klasse. Die Aare hatte in den Jahren 1823—1825 ungeheure Berheerungen gemacht, und im Jahre 1825 giengen in einer einzigen Woche 4 Schisse zu Grunde, wobei 5 oder 6 Personen ertranken. Damals schrieen die obern Gegenden: wir können ohne Leibes = und Lebensgefahr diese Kommunifation nicht mehr brauchen. Die Kommunikation, Sit., ift keine Kleis nigfeit. Wir haben in frühern Sahren darüber Tabellen aufnehmen lassen, woraus sich ergeben hat, daß 12,000—13,000 Perfonen in Einem Sahre von Thun nach Bern fahren. Nun glaubte die alte Regierung, im Interesse Diefer fo bedeutenden Menschenmenge und des Waarenverkehrs einschreiten zu follen. Bu gleicher Zeit erklärten die Gemeinden lange dem Ufer, daß fie den Einbrüchen der Mare nicht mehr Meister werden können. Namentlich hatte die Gemeinde Rlein-Sochstetten ftart gelitten, welche, nachdem man ihr geholfen hat, nun die gemachten Av-beiten nicht mehr unterhalten will. Unter der alten Regierung find nun etwas über Fr. 300,000 für die Korrektionsarbeiten verbaut worden, und feit dem Eintritte der neuen Regierung Fr. 103,000. Nichtsdestoweniger ift die Arbeit nicht vollendet. Dem Vernehmen nach ist sie in den letten Sahren nach einem andern Systeme fortgefett worden, als wir sie begonnen hatten. Ich will über die Zweckmäßigkeit weder des frühern noch des spätern Systems hier urtheilen, fondern das den anwesenden Mitgliedern dieser Gegenden überlassen. Die Lage der Sache ist jest die, daß in Folge ihrer Nichtvollendung die ältern Werke im vorigen Sahre bei den großen Wassern sehr beschädigt wor-den sind. Ist aber einmal das Ganze vollendet, so habe ich, und andere Sachverständigere ebenfalls die Ueberzeugung, daß es sich halten wird, versteht sich, mit einiger Unterhaltung. Allein, wie gefagt, im Laufe des letzten Sahres sind fehr starte Ausbrüche der Nave erfolgt und haben bedeutende Verwüstungen angerichtet. Run fagen die Bewohner namentlich des linken Ufers, daß gevade die in den letzten Jahren gemachten aber nicht vollendeten Werke eine Hauptursache der angerichteten Ver= wüftungen feien, und verlangen baher vom Staate Entschädigung. Diese Reklamationen belaufen sich ungefähr auf Fr. 10,000. Nun fragt es sich, ob wir dieses Sahr die gleiche chance laufen wollen. Wenn diese hohe Berfammlung das für gut findet, fo wird das Baudepartement es zwar bedauern, aber froh fein, wenn ihm diese sehr bedeutende Last abgenommen wird, denn das sind um so unlustigere Arbeiten, als wir gegenwärtig keinen eigentlichen Wasserbaumeister zu unsver Disposition haben. Sie wissen, Dit., daß eine Societät von Belp dort eine Brücke über die Aare gebaut hat. Wenn wir nun die Sache gehen laffen, fo ift es fehr leicht möglich, daß bei der ersten Wassergröße die Aare einen andern Runs nimmt, und daß die Brucke auf das Trockene kommt. Eben fo ift es weiter oben gegangen. Die Gemeinden Riefen und Uttigen haben die fläglichsten Petitionen eingegeben, indem im vorigen Sahr die Nave dort einen gang neuen Runs genom= terung es erlaubt, werde ich mit dem Verfasser des Ihnen heute vorgelegten Devis hingehen. Darum schlägt man bloß vor, dem Uebel auf die zweckmäßigste Art zu helfen. Sch für meinen Theil bitte inständig, nicht einen Beschluß zu fassen, der unzussammenhängend und unaussührbar wäre. Es sei mir erlaubt, Ihnen, Tit., als Präsident des Departements zu erklären, daß der Antrag des Regierungsraths geradezu unaussührbar ist. Der aufgenommene Devis bezieht fich durchaus nur auf das Allernöthigfte, und für diefes Allernöthigfte bedürfen wir Fr. 45,000. Nun fagt der Regierungsrath: wir bewilligen für das Allernö-thigste bloß Fr. 20,000. Also sollen wir nicht einmal mit der halben Summe dasjenige machen, wofür wir Fr. 45,000 nöthig haben. Sollten also Sie, Tit., dem Antrage des Regierungs.

rathes beistimmen wollen, so mochte ich Sie bitten, lieber zu erkennen, es solle gar nichts geschehen. Die betreffenden Ge-meinden 2c. sollen, kraft ihrer Schwellenpflicht, die bereits vorhandenen Werke eigentlich ganz unterhalten, allein das Baude= partement halt dafür, daß in Folge der stattgehabten besondern Umftande diefe Arbeiten fo groß und fo schwer feien, daß der Staat zu Sulfe kommen muffe. Degwegen schlägt das Baudepartement vor, daß der Staat einen Drittel dazu beitrage. Für die noch nicht vollendeten Bauten schlägt man vor, der Staat folle zwei Drittel bezahlen, die Unftoger aber einen Drittel. Singegen die Neubauten foll der Staat gang übernehmen. Wollen Sie an der daherigen Repartition etwas ändern, so habe ich nichts dagegen. Diesem soll ich noch beifügen, daß man vom Baudes partement aus an die betreffenden Gemeinden u. f. w. Schreiben hat ergehen lassen mit der Anzeige, daß das Departement einen Antrag, wie er Ihnen heute vorliegt, an den Großen Rath stellen werde, und daß daher die Betreffenden sich erklären sollen, ob sie zu den quaftionirlichen Leiftungen erbotig feien. Die Gemeinden Belp, Munfingen und hungifen haben baraufhin ihre Bereitwilligfeit erflart; Rlein-höchstetten und der Besither des Märchligengutes haben hingegen erklärt, sie machen nichts. Davum steht in den Antragen des Baudepartements, daß man dasselbe bevollmächtige, diejenigen Parteien, welche unstreitig ju Beiträgen verpflichtet find und dieselben muthwilliger Weise oder aus Migverstand verweigern, zur Gebühr zu halten; denn wenn in dieser Sache ein Einziger seine Pflicht nicht thut, fo ristiren alle Undern, durch die Schuld dieses Einzigen unglücklich zu werden. Hiermit will ich meinen Bortrag schließen. Ich habe zwar dem Wunsche des Herrn Landammanns nicht ganz entsprechen können, aber gewiß und sicher glaube ich, es sei meine Pflicht gewesen, Ihnen, Dit., eine flave Unficht über die gegenwärtige Lage ber Sache zu geben. Ich bitte ehrerbietig, baß man ben Antragen bes Baubepartements beipflichten möge.

Kafthofer, Regierungsrath. Wenn Fr. 100,000 nöthia find, um die Anwohner der Nave und die daherige Schiffahrt zu sichern, so will ich gar gerne dazu helfen. Hingegen mußte ich mich sehr dagegen stemmen, daß gegen die anwohnenden Gemeinden Coercitiomaßregeln ergriffen werden. Es ist möglich, daß nach den alten Gefeten diefe Gemeinden zc. ju Beiträgen verbunden sind, — ich glaube es sogar. Aber wir haben noch viel alte "Rustig," welche nicht in Harmonie ist mit den Grundsätzen der Versassung; und wenn man es vermeiden kann, diese Geseitze zu exequiren, so halte ich das für Pflicht. Diese Gemeinden haben vor dem Sahre 1830 unendliche Beiträge geleistet, und da hat wahrhaftig eine wahre Menschenquälere= stattgefunden. Darum soll man sich wohl hüten, diese Gemeini den wiederum unzufrieden zu machen und daselbst eine Auf= regung hervorzubringen, welche bedenkliche Folgen haben könnte. Wenn die Gemeinden freiwillig beitragen wollen, — wohl und gut, aber nur foll man sie nicht zwingen. Es scheint nach den eingelangten Protestationen in einigen Gemeinden die Ueberzeugung da zu sein, dasi sie nicht zu Beiträgen angehalten wer-den können, dieweil sie schon so viel geleistet haben. Die alten Gesetze über die Schwellenpflichtigkeit stützen sich davauf, daß die Anwohner von Flüssen das nächste und unmittelbarste Interesse haben, ihr Eigenthum sicher zu stellen. Allein so wie der Staat die Straßen als eine Sache von allgemeiner und nicht blos von lokaler Wichtigkeit übernommen hat, so ist er auch verbunden, den Wasserbau im ganzen Kantone mehr oder weniger auf seine Rosten zu nehmen, indem die alten Gefetze in dieser hinsicht nicht mehr mit den heutigen Berhältnissen übereinstimmen. Daher stimme ich zwar zu den Anträgen des Baudepartementes, aber mit Ausschluß desjenigen, daß die schwellenpslichtigen Gemeinden ze. durch Zwang zu Veiträgen angehalten werden können.

v. Graffenried. Wenn ich hier etwas vermisse, so ist es nur das, daß ich bedaure, daß Zeit und Umstände weder dem Baudepartemente, noch seinen einzelnen Mitgliedern gestattet haben, sich durch eigene Anschauung von der Nothwensbigkeit der vorgeschlagenen Arbeiten zu überzeugen. So sind wir heute genöthigt, ein eigentliches Vertrauensvotum auszusprechen. Ich für meine Person nehme keinen Anstand, dasselbe auszusprechen. Von frühern Verhältnissen her ist mir von

diefer Sache etwas bekannt geworden, so daß ich es fehr bedauern mußte, wenn man jest hier um einige taufend Franken markten wollte. Durch Annahme des Antrages des Regierungs rathes würde der Zweck ganz verfehlt, und das von ihm Vorgeschlagene wäre weggeworfenes Geld, denn dem Schaden würde nicht vorgebeugt, und die Arbeiten könnten kein Resultat haben. Darum stimme ich mit voller Ueberzeugung zu den Fr. 45,000, damit die dringenosten Bauten wo möglich im Laufe dieses Jahres bewerkstelligt werden können. Nun ist aber da noch eine zweite Frage. Woher nämlich wollen Sie, Tit., das Geld nehmen, da wir ja aus dem Büdget gesehen haben, daß die disponibeln Fonds bereits sämmtlich in Anspruch genommen find? In diefer Beziehung mare es fehr gut gewesen, wenn das Finanzdepartement uns gefagt haben würde, wo man den neuen Kredit erheben konne. Herr Regierungsrath Rasthofer trägt darauf an, die betreffenden Gemeinden u. f. w. nicht zu Beiträgen anzuhalten. Wir sind aber heute nicht an der Schwellenpflicht der Uferbewohner; heute wird es in keinem Falle erkannt werden wollen, ob diefelben pflichtig sind oder nicht. Die Schwellenpflicht beruht auf speziellen Verpflichtungen und auf den allgemeinen Wasserbaupolizeiverordnungen. Auf jeden Fall besteht für die Betreffenden der Pfad Rochtens. Daß aber das Allgemeine unter dem Uebelwollen Einzelner leiden solle, das kann nicht in den Absichten des Herrn Präopinanten liegen. Im vorgelegten Gutachten wird übrigens die Frage der Schwellenpflichtigkeit keineswegs prajudicirt, indem ja nur angetragen wird, das Nothwendige "auf Unrecht habende Kosten" zu erequiren. Bis jest wird der Staat circa Fr. 300,000 bis 400,000, die Gemeinden und Privaten circa Fr. 30,000 beigetragen haben, so daß auf die berührte Menschenquälerei nichts zu erwidern ist. Einige Gemeinden u. s. w. mögen zwar jest noch vielleicht glauben, es überschehe ihnen; indessen bin ich überzeugt, daß wenn das Werk einmal gemacht ist, die Regie-rung eher Dank als Vorwürfe einernten wird. Ich stimme zum Antrage des Baudepartementes, indem ich unmöglich die Responsabilität für diejenigen Folgen auf mich nehmen könnte, welche der Untrag des Regierungsrathes unausweichlich nach sich ziehen würde.

Michel stimmt ebenfalls zum Antrage des Baudepartementes, indem mit der Korrektion der Aare auch die Tieferlegung des Thunersees und durch diese die Tieferlegung des Brienzersees zusammenhänge. Das Baudepartement möchte die daherigen Vorarbeiten und Pläne mit Beförderung vorlegen.

Ticharner, Schultheiß. Obichon es mir geht, wie einem Herrn Praopinanten, daß ich nämlich glaube, wir können heute ein bloffes Vertrauensvotum abgeben, dieweil man über die Sache noch nicht recht ädificirt ift, so will ich dennoch den Vortrag des Baudepartements in Betreff der Summe nicht bestreiten. Die Mar-korrektion ist schon unter der abgetretenen Regierung angefangen worden. Damals hat man, nach meinem unmaßgeblichen Ermessen, den großen Fehler begangen, daß man diese weitausfebende Arbeit begann, ohne bestimmt zu haben, wie es nachher mit der Bezahlung gehalten werden solle. Man sagte freilich, die Regierung werde fo und so viel und die betreffenden Gemein= den so und so viel bezahlen, je nachdem sie dabei interessirt seien. Dieses Verhältniß ist aber nie völlig reglirt worden. Unter der neuen Regierung nun erhoben diese Gemeinden Rekla= mationen für die gemachten Borfchuffe, wofür fie in Folge eines darüber abgestatteten Rapports im Sahr 1833 mit einer gewissen Summe befriedigt worden sind. Das Baudepartement wünschte damals zugleich, die Arbeit einmal zu beendigen, und der damalige Ingenieur für den Wafferbau machte einen Devis darüber, wonach Fr. 30,000-40,000 für die Beendigung gefordert wurden. Damals bewilligte der Große Rath diefen Devis des Ingenieurs ebenfalls aus Zutrauen; aber nunmehr hieß es, die alten Werke fangen an zu faulen und müffen in Stein gemacht werden. Das erschreckte natürlicher Weise, und das Baudepartement suchte der Sache feine Folge ju geben, fondern machte nur das Allernoth= wendigste. Auch sind seit dieser Zeit nur wenige Vorträge in Betreff der Aarkovrektion hieher gekommen. Allein im letten Jahre hat das Wasser großen Schaden angerichtet, und ich kann mir vorstellen, daß neue Arbeiten nunmehr nöthig sind. Sch bin fehr froh, daß der gegenwärtige Herr Präsident des Baudepartements, welcher die Sache gut versteht und schon früher damit zu thun gehabt hat, uns den Antrag bringt, die Werke auszubessen. Auch einer der Herven Präopinanten kennt die Sache gut, so daß man mit vollem Vertrauen die geforderte Summe bewilligen kann. Allein mit dem Artikel, welcher auf heutigen Tag die Gemeinden zur Bezahlung anhalten will, din ich nicht einverstanden. Die alte Regierung hätte za freilich vor allem aus gründlich untersuchen sollen, in welchem Verdätnisse die Gemeinden u. s. w. beizutragen haben. Vis das untersucht ist, könnte ich unmöglich durch einen Machtspruch befehlen, daß die Gemeinden so und so viel bezahlen sollen. Ich möchte mich also darauf beschränken, die Summe zu bewilligen und dem Vaubepartemente in Untersuchung zu geben, in welchem Verhältnisse die Kosten könnten und sollten bestritten werden.

Rernen, von Münfingen. 3ch febe, Tit., in dem Bortrage eint und andere Sachen, welche mir im höchsten Grade Mühe machen. Sch wäre das nach der geschehenen Ausmittelung nicht mehr erwarten gewesen. Die Gemeinden waren ja freilich befugt, von der Regierung ju fordern, daß fie einmal aus diefem Berhältnisse herauskommen, und unsere gegenwärtige Regierung hat auf die vielfältigen Berichte über diese Korrektionsarbeiten fich erfättigt und gefunden, daß es in der Billigfeit liege, Diefe Gemeinden mit dem Staate in Ausrechnung ju bringen. Die Gemeinden waren damit zufrieden und der Regierung dankbar. Was die Fr. 45,000 betrifft, so habe ich perfonlich nichts dage= gen; wohl aber muß ich einige Ginwendungen befonders gegen den vorgeschlagenen modus machen. Verschiedene Gemeinden, namentlich auch Münfingen, haben seit dem Jahre 1832 die Unterhaltung ihrer Schwellen übernommen. Lethtin befamen wir ein Schreiben, worin das Baudepartement anzeigte, daß es dem Großen Rathe antragen werde, den schwellenpflichtigen Gemeinden einen Drittel zu den dießjährigen Reparationskoften abzunehmen. Man beantwortete das Schreiben, daß uns ja freilich mit diesem Drittel gar wohl gedient sei, und daß wir im Frühlinge Alles thun werden, um unsere Schwellen wieder berzustellen. Im gleichen Sinne werden auch die andern Gemeinden geantwortet haben. Die Lage von Klein = Höchstetten fenne ich auch. Durch die Art, wie die Schwellenarbeiten in der dorfigen Gegend angefangen woden, hat die Gemeinde Höchstetten außerordentlich von den Ueberschwemmungen gelitten; und nun möchte man nach dem vorgeschlagenen Modus biefe Gemeinde anhalten, die Schwellen, welche durch nichts anders als durch die stattgehabte Leitung der Kovrektionsarbeiten vernichtet worden, wieder herzustellen! Sie feben, Tite, daß die Berhältnisse da fehr verschieden find. Bor Allem aus möchte ich daher den vorgeschlagenen Modus streichen. Wir missen gar wohl, was die Pflichten der Anstößer find, und da, wo die Arbeiten vollendet worden, hat man feine Pflicht erfüllt und geschwellet. Aber wenn man sieht, daß man diese Bauten in 3 Kathegorien theilen will, in Unterhaltungsbauten, Sicherungsbauten und Neubauten, und daß dann die Gemeinden gu den Sicherungsbauten zwei Drittel beitragen follen; - ja, Tit., Diese Sicherungsbauten verstehe ich nicht recht; denn man fann aus diesem Ausdrucke gar allerhand abstrahiren, und ich habe die Definitionen lieber ein wenig erakt. Gerade also diese Rathegorie bewegt mich dazu, von dem ganzen vorgeschlagenen Modus zu abstrahiren. Der Staat mache die Vauten und halte dann nachher die Gemeinden zum Unterhalte derfelben an; das ift das rechte Verhältniß. Ich gebe mir demnach die Ehre, folgenden Untrag zu stellen:

- 1) Der Große Rath ertheilt dem Regierungsrathe den Auftrag, ihm wo möglich die zur nächsten Sommersitzung durch sein Baudepartement einen vollständigen, umfassenden Bericht über den Stand der Korrektionsarbeiten an der Aure zwischen dem Schützenfahr und der Elsenau vorzulegen. In diesem Berichte sollen sowohl die Dertlichkeit als die noch mangelnden Schwellenwerke, um die Korrektion als ein zusammenhängendes, zur endlichen Bollendung gebrachtes Werk ansehen zu können, angegeben und sogenau möglich devisitrt werden.
- 2) Einstweilen aber wird dem Baudepartemente ein Kredit von Fr. bewilligt, um die erforderlichen Sicherungs- und allfällige Neubauten pornehmen zu lassen.

3) Rücksichtlich des obwaltenden Verhältnisses der schwellenpflichtigen Anstößer wird das Baudepartement, wo es nicht um den gewöhnlichen pflichtigen Unterhalt der Schwellen sondern um Neubauten zu thun ift, sich dann mit den Vetreffenden um allfällige Veiträge abzusinden suchen.

Für biefen letten Sat, Tit., braucht es fein Prozestverfahren, indem die betreffenden Gemeinden u. f. w. verständig genug fein werden, die Anlage folcher Bauten zu unterstützen.

E. Schnell, Regierungsrath. Ich bin kein Sydrauliker, auch nicht einmal Liebhaber dieses Faches, aber ich habe immer gehort, man konne ungeheure Summen im Wafferbaue ver= wenden, ohne doch je jum Ziele zu gelangen. Woran mir liegt, ist das, die Grundsätze zu bezeichnen, auf welche die Regierung nach meiner Unsicht einzugehen hat. Es ist ganz gewiß eine Erfahrungsfache, daß, wenn sich eine Regierung in der-gleichen Sachen einläßt, welche eigentlich den Uferbewohnern einzig zukommen, dann zuleht weder der Regierung noch den Unftößern damit gedient ift. Wenn die Regierung eine folche Unterneh= mung gang von sich aus bestreiten kann, so wird dies zwar für die Uferbewohner höchst wünschenswerth sein; aber, wie die abgetretene Regierung gemiß in der besten Absicht gethan hat, auf der einen Seite zu fagen: Wir wollen die große Arbeit ausführen, um die bortigen Liegenschaften zu sichern; und auf der andern Seite: Wir wollen dann die Gemeinden anhalten, das Ihrige beizutragen, und wir behalten uns vor, wie viel bann wir geben wollen; — das ist nicht die gute Manier. Was die Regierung thun foll, ift Beaufsichtigung, daß die Schwellen= pflichtigen ihre Pflicht gehörig thun, damit nicht durch ihre Nachlässigkeit Andern Schaden zukomme. Wie dann aber ein Jeder sein Land schüßen wolle, das soll die Regierung den Betreffenden überlassen. So werden alle Sicherungsmaßregeln gewiß auf weit zweckmäßigere Weise und mit wenigeren Roften ju Stande gebracht werden, felbft wenn man fich dabei aller Runft= ausdrücke, wie Streichschwellen, Reck- und Ueberlaufdamme, u. f. w., enthalten sollte. Die Regierung hatte also hiebei nicht weiter gehen sollen. Nun aber ist sie in guter Intention weiter gegangen, ohne daß jedoch der Erfolg den Erwartungen ent= sprochen hätte. Wenn der Plan ganz ausgeführt werden sollte, fo würde der noch Taufende und abermals Taufende koften; und wollte man dann die Betreffenden zu verhältnismäßigen Beitragen anhalten, so könnten sich diese Beitrage so hoch belaufen, daß diese Leute lieber ihr Land fahren laffen wurden. Man hat schon sehr oft weit mehr auf solche Werke verwendet, als der Nuken werth war. Sch erinnere mich gar wohl, wie es hierin früher gegangen ist. Sch habe damals in dieser Sache auch für einige Gemeinden schreiben mussen. Sobald man fpurte, wo zulest die Sache hinaus folle, gab es einen Rumor in diesen Gemeinden, daß ich glaubte, es gebe allerwenigstens eine halbe Revolution. Man sagte damals, die Korrektion habe mehr Fünffrankenstücke in die Nave geworfen, als Narplättlein auf dem Grunde seien u. f. w. Angefangen, Sit., hat man nun, und hat man durch das Angefangene irgend Jemandem Schaden zugefügt, fo liegt es in unserer Pflicht, dem wiederum vorzubeugen. Allein weiter möchte ich nicht gehen, als daß die Betreffenden durch die angefangenen Arbeiten nicht beschädigt werden. In Zukunft dann follen die Pflichtigen fo gut fein, felbst für ihre Güter zu forgen. Wenn man aber glaubt, etwa für den Verkehr auf der Nave zwischen Thun und Vern so gar viel Rücksicht nehmen zu muffen; so durfte es für den Staat ökonomischer und geeigneter sein, die Kälber, welche bisher auf der Nave nach Bern gebracht wurden, von nun an auf Staats= toften durch die Diligence ju spediren. Mein Antrag, Tit., geht dahin: Im Alligemeinen folle es den Pflichtigen überlaffen bleiben, die Schwellenarbeiten an der Mare vorzunehmen. Die Regierung habe lediglich dafür zu forgen, daß dieselben ihre Pflichten erfüllen, und daß nicht die Einen den Andern durch Rachlässigfeit in Erfüllung derfelben Schaden zufügen. Auf Berlangen der Pflichtigen könne die Regierung denselben Direktionen über zweckmäßige Vornahme der Arbeiten ertheilen. Da nun die Regierung in frühern Sahren bedeutende Arbeiten auf Rechnung der Pflichtigen vorgenommen und von Staats wegen Vorschüffe gemacht hat, und da diese bereits gemachten Arbeiten nicht in dem Zustande belaffen werden können, in welchem sie sich gegenwärtig befinden, ohne die Pflichtigen der Gefahr auszusehen; so werde der Regierungsrath autorisitt, die bereits ansgefangenen Arbeiten nur so weit fortzusehen, als absolut ersors derlich ist, damit dieselben in ihrem unvollendeten Zustande den Pflichtigen nicht Schaden zusügen, und solle zu diesem Zwecke ein Kredit von höchstens Fr. 20,000 ausgesetzt sein. Ferner wird der Regierungsrath beauftragt, den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit genau zu untersuchen und zu trachten, die Pflichtigen unter sich für's Künstige über ihre Schwellenspflicht in's Einvernehmen zu sehen, und dem Großen Rathe über das Resultat seiner Bemühungen Bericht zu erstatten.

v. Senner, Regierungsrath. heute will ich noch weniger poetisch sein, Tit., als irgend je. Die Güterbesitzer, welche an ein Wasser anstoßen, haben für sich die Pflicht, oder wenigstens ein Interesse, sich selbst vor den Verheerungen dieses Wassers zu schüßen. Daß der Staat die Pflicht habe, Zedermann vor Wasserverheerungen zu schüßen, habe ich nicht gewußt, und ich erkenne es nicht an, denn alsdann wären wir mit unsern Staatseinkunften bald am Ende. Zedermann soll sein Eigenthum selbst schützen, und es ist nicht am Staate, ihn für alls fällig erlittene Berheerungen zu entschädigen. Will aber der Staat es thun, so ist das Sache des freien Willens. Er hat es gethan mit der Nare. Was war der Erfolg? Daß man aus seinen großen Arbeiten argumentirte, erstens er solle die sämmtlichen Arbeiten unterhalten, er habe sie ja gemacht, es fei feine Sache (das, Tit., ift also der erfte Dank, den man dabei geerntet hat); zweitens: die Aare fei ausgebrochen und habe in Folge unserer Werke großen Schaden angerichtet, also sollen wir entschädigen. Also stellt man den Grundsat auf, daß unsere Werke obendrein noch an der Ueberschwemmung Schuld feien, und daß wir den entstandenen Schaden erfeten follen, weil Sedermann die Folgen seiner Sandlungen zu tragen habe. Das ist eine eigene Argumentation, Sit., und ich möchte dieselbe wenigstens für die Jukunft nicht mehr, sondern will aus dem Geschäfte stellen. Sobald die Werke uns schaden, sind sie mir nicht recht. An dem, was auf der Nave herabkömmt, ist nichts gelegen; das könnte auf den Rädern eben so wohlfeil kommen. Uebrigens hat diese Schifffahrt ben großen Nachtheil, daß die Ufer fehr leiden und angegriffen werden, dadurch nämlich, daß man den Thunersee anschwellen läßt, das mit dann zwei Tage in der Woche besto mehr Schiffwasser in die Nave gelassen werden könne. Worin man im Anfange gefehlt hat, ift das, daß man in die Sache hineinsprang, ohne die Berhältnisse wohl ausgemittelt zu haben; und man kann sich nur hüten, daß man nicht bei der Entsumpfung des Seclandes in ben gleichen Fehler verfalle, d. h. nicht hineinspringe, bevor man bestimmt weiß, wer den Nuten haben soll, und wer dazu beizutragen hat. Sch möchte auch den Güterbesitzern bis zu einem gewissen Grade helfen. Sind die gemachten Werke aber wirklich schadlich, so begreife ich die Schluffolgerung nicht, daß man diese Werke mit neuen Fr. 45,000 ergänzen müsse. Ich möchte da auf ganz andere Manier dazwischen. Man wird freilich sagen, das sei nicht ganz philanthropisch; Est., ich habe mich nie bafür ausgegeben. Sie wollen mir nun erlauben, ba bie paar Noten abzulefen, die ich aufgefetzt habe; Sie können dann davon durchstreichen, mas Sie wollen:

"Der Staat hatte bei Erbauung der Schwellenarbeiten an der Acre und Gürbe, zwischen Thun und Bern, keine andere Absticht, als den dortigen Schwellenpflichtigen durch größere und festere, nach einem zweckmäßigen, allgemeinen Plane angelegte und wo möglich bleibend sichernde Werke ihre dis dahin jährlich gehabten Schwelllasten sich die Zutunst zu erleichtern, und die dortigen Güterbesiger vor den kast jährlich mehr oder minder stattgesundenen Uederschwemmungen wo möglich sichern zu helsen. Zu diesem einzigen Zwecke ordnete er die gemachten Arbeiten an, die dis jest den Staat im Ganzen eine Summe von Kr. gekostet haben; eine Summe, die ganz ohne auschabende Verpflichtung und aus bloßer Sorgsalt für die dertessenden Gegenden aus dem Staatssschafte verwandt wurde. Dagegen Wernahm er aber keineswegs weder eine Verpflichtung zur Sicherung der dortigen Güter gegen die Verwüsstugen der Aare und Gürbe, noch die dortige Schwellenpflicht ans irgend einem Punkte, welche lestere den frühern Schwellenpflichtigen

verblieb. Da nun die Gemeinden und Güterbesitzer, zu deren Gunsten der Staat diese kostbaren Arbeiten ausgeführt hat, einerseits den Unterhalt dieser Werke nicht übernehmen wollen, und andrerseits sogar mit der Behauptung austreten, das diese Arbeiten ihnen nachtheilig seien, die Schwellenpflicht und die Verpflichtung zur Sicherung der User auf den Staat zu wälzen und ihn sogar um Entschädigung für die letzten erlittenen Uebersschwemmungen in Anspruch zu nehmen suchen; so beschließt der Große Rath:

1) Die schwellenpflichtigen Güterbesitzer und Gemeinden der Gegenden, in oder für welche gedachte Wasserbauten stattgefunden haben, sollen im Laufe dieses Jahres schriftlich und bestimmt diesenigen der vom Staate angelegten Werte bezeichnen, deren Beibehaltung sie wünschen, und deren Unterhaltung sie von nun an übernehmen wollen. Die daherigen Begehren und Erklärungen sind dem Regierungsrathe einzugeben.

2) Diese so bezeichneten Werke sollen dann unverzüglich, gegen Ausstellung förmlicher Uebergabs- und Uebernahmsurkunden, den Betreffenden in ihrem dannzumaligen Stande übergeben und von selbigen in Jukunft auf angemessen Weise

beforgt und unterhalten werden.

3) Alle andere seit Anno . . . zwischen dem Schützenfahr und Bern vom Staate erbauten Dämme und Schwellen sollen so weit weggeschafft werden, als sie nicht im Laufe dieses Jahres förmlich und schriftlich von den Schwellenpsslichtigen oder Interessirten für ein und alle Mal dem Staate in jeder Beziehung abgenommen worden sein sollten.

4) Der Staat tritt von nun an in feinerlei Art von Schwellensoder Wasserseiten an der Aare und Gürbe, oder deren Unterhaltung, noch Sicherung daheriger User und anstoßensder oder umliegender Güter zwischen Thun und Bern im geringsten mehr ein, und überläßt dieß hinsort den dortigen Schwellenpslichtigen und denjenigen, welche in Folge dieses Defrets diese Lasten übernehmen würden.

5) Die Schleußen zu Thun, durch welche die Wasser des Thunersees angeschwellt, und an einzelnen Tagen die Fahrwasser der Aare künstlich gehoben werden, wodurch die Sicherung der Aarufer bedeutend erschwert wird, sollen

fortgeschafft werden.

6) Die in §. 3 und 5 bezeichneten Arbeiten follen durch das Baudepartement spätestens im Laufe der drei Sahre 1839 bis 1841 ausgeführt werden."

Dieser Untrag, Dit., ist nicht philanthropisch aber zwedmäßig für die Sache, und ich denke, es wird nicht gar mancher Damm weggeschafft werden, denn vielleicht wird man die Werke, über deren Schädlichkeit man sich jeht beschwert, alsdann gar vortheilhaft finden.

Jaggi, Regierungsrath. Ich möchte diesem Antrage, wenn es damit Ernft wäre, noch beifügen, daß man dann die Schwelle hier bei Bern auch fortschaffe. Ich habe früher auch in einem der betheiligten Amtsbezirke gewohnt, und allerdings war damals Aufregung wegen diefer Sache. Wer sich noch an die Beit erinnert, wo diese Arbeiten gemacht worden find, wird fich davor hüten, wiederum zu einer Arbeit zu stimmen, von welcher noch Miemand behauptet hat, daß fie irgend einigen Mugen bringe. Es find da zweierlei Rücksichten zu nehmen, erstens auf die Kommunikation zwischen Thun und Bern und zweitens auf das anstoßende Grundeigenthum. Die alte Regierung batte geglaubt, daß die Städte Bern und Thun zunächst verpflichtet waren, Beiträge zu leisten. Aber das ift nicht geschehen, und überhaupt wurde die Beitragspflicht nicht ausgemittelt. Bevor man also wiederum so große Summen ausgiebt, follten wir wiffen, wer nachher die Werke unterhalten und fortsetzen wird. Will man die Schifffahrt in's Aluge faffen, fo waren noch gang andere Sachen zu machen. Rämlich hier in Bern muß allemal bei der Schwelle umgeladen werden, während man mit wenigen Roften einen Ranal durch's Schwellenmätteli graben fonnte. Das ware eine fehr nothwendige und nühliche Korreftion. Haupt- fachlich aber bin ich dafür aufgestanden, um zu zeigen, daß der Schaden, welcher durch die Marforreftion den Waldern jugefügt worden, den Nuten weit übersteigt. Wie viele Solaschelme und Frevler entstanden nicht, um Wedelen und Schwirren zu lie=

fern! Wenn man übrigens jährlich Fr. 45,000 geben will wegen der 12,000 Seelen, welche jährlich die Schifffahrt benuhen, so wäre es besser, diesen Leuten Postbillets auszutheilen, und die Kälber könnten sie dann auch noch dazu nehmen.

Stettler. Früher entstanden wegen der Schwellenpflich= tigkeit ungeheure Prozeffosten, wozu die Arbeiten dann noch binten drein kamen. Ferner flagte man, dag wenn jeder Schwellenpflichtige nur in feinem Interesse fcmelle, dann für die Undern nicht geforgt fei. Um nun dem Allem abzuhelfen, fagte die Regierung: Ein Theil der Roften foll von den Ge= meinden getragen werden, und ein Theil vom Staate. Man fagt, nur die Unftoffer haben ein Interesse bei dieser Korrektion. Allein, Tit., es ist da, wie bei den Strafen. Diese nüten zwar zunächst den Angrenzenden, aber auch allen denen, welche San-bel und Verkehr treiben. Man sagt: Diese Werke schaden ia nur. Das ift febr natürlich, Tit., weil fie nur noch Studwert und unvollkommen find. Bort man jest auf einmal damit auf, fo ift alles dafür gebrauchte Geld durchaus verloren und buchstäblich in die Aare geworfen. Vollenden wir aber die Arbeit, fo wird fie ohne Zweifel jum allgemeinen Ruten gereichen. Sch möchte nunmehr nicht von einem angefangenen Unternehmen wiederum zurückschreiten und Alles aufgeben. Darum habe ich mich über die Proposition des herrn Prafidenten des Finang departements höchlich verwundert. Ich ftand früher im Militär unter ihm, und da wolle er immer vorwärts, und ich gieng ihm gerne nach. Dießmal will er auf einmal rückwärts, und ich hingegen möchte fortfahren, vorwärts zu gehen. Sch stimme zum Bortrage des Baudepartements.

Straub. Bielen Rednern hort man es an, daß fie die Sache nie gefehen, denn fonft murden fie anders geredet haben. Ich beklarire jum Voraus: Die Gemeinde Belp hat keine Reklamationen gemacht, und ich bin keiner von denen, welche durch die Ueberschwemmungen gelitten haben. hingegen habe ich die Korrektionsarbeiten feit Sahren beobachtet. Der Standpunkt ift ber: Die alte Regierung hat etwas versprochen; jest fragt es sich nur: sind wir schuldig, das Versprechen zu halten? Was hat die Regierung versprochen? Die Aarkorvektion zwischen dem Schützenfahr und dem Auslaufe der Gurbe fertig zu machen, und hat dagegen die betreffenden Gemeinden und Partifularen um circa Fr. 100,000 in Anspruch genommen. Die gegenwär-tige Regierung fand, daß diese Gemeinden und Partikularen zu viel beigetragen haben, und gab daher etwas davon wiederum jurud. Zugleich beschlof fie, die Sache fertig zu machen, weil der damalige Ingenieur fagte, mit ungefahr Fr. 26,000 konne sie fertig gemacht werden. Die Regierung hat also die Pflicht übernommen, die Korreftion zwischen dem Schütenfahr und der Gürbe fertig zu machen. Hätte man nun in neuern Zeiten fortgefahren, wie angefangen worden, so ware die Sache jest beendigt. Die Korrektion war gut angefangen worden, und hatte schon gute Resultate gezeigt. Sebermann, der weiß, wo die Korrektion angefangen worden, wird bezeugen muffen, daß man am rechten Orte angefangen hat. Im Sahr 1832 nun, als die Korrektion in der obern Gegend beendigt war, hat man den Fehler begangen, daß man nicht die Werke den betreffenden Gemeinden und Partikularen übergab. Ferner schenkte man einem Ingenieur, der sich immer mit einem gar langen Namen unterschrieb, Glauben und baute mit Steinen auf den Sand, wo dann, als die Wassergröße fam, diese Arbeiten natürlich zerstört wurden. In den untern Gegenden ift dann namentlich jum Nachtheile der Unftößer gefehlt worden, indem die Werke nicht zweckmäßig angelegt wurden. Go ftanden im vorigen Sahre mehrere der schönsten Guter in der Gegend von Seelhofen einige Wochen lang unter Waffer. Wenn nun heute erkannt würde, das alles fein zu laffen; fo murden die Leute mit Recht eine Vergütung des Schadens reflamiren, besonders, da wir die Arbeiten nicht nach der alten und bewährten Manier fortgefett haben. Was die Schwellenpflichtigfeit betrifft, fo mochte ich lediglich bei dem Gefetze vom 31. Marg 1834 bleiben, wonach nicht der Staat, fondern die betreffenden Unftoper die Schwellen unterhalten follen. Man hat aber eben gefehlt, daß man die beendigten Schwellen noch nicht übergeben hat; im Gegentheil fagte man, man werde noch mehrere Bauten machen. Wir auf dem linken Ufer haben und dadurch nicht täuschen laffen, wir

LO

wußten, was von den Versprechungen eines gewissen Bafferbau-Ingenieurs zu halten war. Davum hatten wir auch feinen Ginbruch. Lettes Sahr aber faben wir, daß auf dem rechten Ufer Einige ihre Schwellen zu Grunde gehen ließen. Wir erfuchten daraufhin das Baudepartement, es mochte die Betreffenden zur Erfüllung ihrer Pflicht auffordern. Indessen ist nicht geschwellt worden, und es entstanden, wie wir es erwartet hatten, dort bedeutende Wassereinbrüche. Der heutige Kredit beträgt Fr. 45,000; davon find Fr. 15,000 für den Fall bestimmt, daß Einige ihre Pflicht nicht thun würden. Was ist ihre Pflicht? Sie sollen ihre Schwellen unterhalten. Go gut wir auf dem linten Ufer unsere Pflicht fennen, wiffen wir auch, was die auf dem andern Ufer zu thun haben. Ich glaube daher, daß wir ja freilich berechtigt find , die faumfeligen Gemeinden und Partikularen zu Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten, und diese Pflicht ift von den größern Gemeinden anerkannt worden. Was benn die Schiffsahrt betrifft, so habe ich eine Verechnung gesehen, woraus es sich ergiebt, daß der Unterschied der Transportkosten auf der Aure gegen die Kosten auf dem Lande weit mehr als den Jins abwift von dem, was die Aursorrektion je gekostet hat. Wem kömmt der Nuten davon zu, etwa nur den angrenzenden Ufern? Nein, Sit., dem ganzen Simmenthale, dem Oberlande und den Gegenden hier um die Stadt herum. Wenn alles Baumaterial von Thun aus auf Wagen hieher geführt werden follte, das würde wohl weit mehr kosten, als es jest kostet. Man projeftirt eine neue Brucke in der untern Stadt, wofür das Material wohl alles auf der Nave wird hergebracht werden muffen. Haltet Ihr die Nave nicht in ihren Schranken, so ist bann die Schifffahrt bald fertig. Es fann nicht in Ihrer Absicht liegen, Dit., diefes Wert, das unferer alten Regierung jur Ehre gereichte und auch und zur Ehre gereichen wird, nun auf einmal fallen zu laffen. Wollen Sie es aber nicht fallen laffen, fo muffen Sie auch eine Summe dafür bestimmen, womit es nicht bloß erhalten, fondern auch ausgemacht werden fann. Ich zweifle nicht davan, daß man es mit einer mäßigen Summe ausführen kann, besonders wenn man die Rathe der benachbarten Partikulaven befolgt, welche die Nave so gut kennen, als mancher Inspektor und Ingenieur, der scharmante Zeichnungen machen kann. Das Baudepartement foll nur beim bessern Wetter Die Sache genau untersuchen, aber nicht bis unter die Elfenau hinunter, was Niemand verlangt, indem dort hohe Ufer sind; fondern nur so weit, als es anfänglich versprochen worden. Der Devis wird dann nicht gar so hoch ausfallen. Wenn Ihr dieses Sahr den verlangten Kredit bewilligt, so könnt Ihr da= mit wahrscheinlich wenigstens die Hälfte der noch nöthigen Bau= ten machen, fo daß man in zwei Sahren den Arbeiten ein Ende fehen würde. Uebergebt aber den Gemeinden so bald als mög-lich die gemachten Schwellen zum Unterhalte. Dem Modus über die Kostenvertheilung könnte ich hingegen nicht beistimmen. Die Gemeinden follen den Unterhalt der gemachten Schwellen ganz auf sich nehmen, hingegen sollen sie auf keine Weise zu den Neubauten, wozu ich auch die Sicherungsbauten rechne, Freilich ist bei der Aarkorrektion manch' unvor= fontribuiren. hergeschenes Miggeschick eingetreten; aber und bei der Bieler= feeftraße, - hat es dort nichts diefer Art gegeben? Diefe Strafe toftet jest mehr, als die Aarforreftion nie fosten wird. Läßt man die Sache fallen, so werden Gemeinden und Parti-kularen mit Prozessen gegen die Regierung auftreten, und ebenso werden Prozesse unter den Partifularen und Gemeinden selbst entstehen. Dann haben wir da wieder, wie vorher, einen schonen Blumengarten für die Advokaten. Die Gemeinden Belp und Münfingen haben damals den Advokaten vielleicht eben so viel geben mussen, als sie nun die Schwellenpflicht kostet. Darum schritt endlich die Regierung ein. Die Gegend zwischen Thun und Bern hat wohl eben so gut Anspruch auf Hülfe als alle andere Gegenden, befonders, da man es ihr heilig versprochen hat, und da es höchstens noch um zwei Sahre ju thun ift. Sch stimme alfo jum Antrage, daß man das Bau-Departement autorifice, vom Staate aus Fr. 30,000 und dann Fr. 15,000 als Borfchuß für diejenigen, welche ihre Pflicht nicht erfüllen möchten, im Laufe des Jahres 1838 auf die Narforreftion zu verwenden, die nahere Ausführung aber dem Baudepartemente zu überlassen, da man beim Wasserbaue nicht Alles ppraussehen kann.

Roch, Regierungsrath. Ich will meinen Schlufbericht mit der Berichtigung einer Thatsache anfangen. Es scheint nämlich in Bergeffenheit gerathen ju fein, daß die Stadt Bern Fr. 6000 in baarem Gelde zu der Aarkorrektion beigetragen hat. Ein größerer Beitrag würde von ihr gefordert worden fein, wenn die Arbeit weiter herunter gekommen ware. Aehnlich verhalt es sich mit Thun und den oberen Gemeinden. Wenn die Arbeit in dieselben Gegenden gekommen wäre, so würde man sie namentlich für Fuhrungen u. f. w. in Anspruch genommen haben Die allgemeine Stimmung scheint doch so ziemlich da= bin ju geben, daß man das Werk nicht feinem Schickfale überlaffen will. Die Gegenantrage eines meiner Tit. herren Kollegen haben zwar die Hilarität der Versammlung wegen ihrer Geniali= tät und Radikalität ziemlich aufgeweckt; aber ich glaube, es fei ihm nicht gar Ernft damit gewefen. Die erste Frage ift: wie viel wollen Sie dieses Sahr darauf verwenden? Witterung die Sache begunftigt, fo konnen wir mit den geforberten Fr. 40,000-45,000 vorläufig bas Allernöthigfte machen und fünftigem Schaden zuvorkommen. Mit einer geringern Summe wäre das aber nicht möglich. Die zweite Frage ist: wer soll an der Bezahlung Theil nehmen? Einzig und allein die Uferbesitzer kann man nicht zu allem anhalten, denn ein unmittelbar am Ufer besindliches noch so kleines Grundstück fichert vielleicht weiter innen gange Quadratftunden, welche ohne jenes Stud gang unter Baffer famen. Das nennt man bas Inundationsgebiet eines Flusses. Also hat dieses Gebiet ein wesentliches Interesse, daß das Wasser gehörig eingedämmt werde. Wie nahe nun jedes zum Inundationsgebiet der Aare gehörige Grundstück dabei betheiligt fei, ift fehr schwer auszumitteln. Darum glaubte das Baudepartement einen Ausweg vorschlagen zu sollen. Was nun die Unterhaltungsbauten be-trifft, so schlägt man vor, daß der Staat einen Drittel als Unterftußung der betreffenden Gemeinden dazu beitrage, nament= lich weil die Schwellen noch nicht übergeben worden waren. Will man darin etwas andern, fo hat das feinen Bezug auf das Technische. Die Sicherungsbauten und die Neubauten kommen allerdings ziemlich nabe zusammen, benn die Sicherungsbauten find meistens Neubauten. Will man dem Antrage beipflichten, daß der Staat diese ganz übernehmen solle; so hätte ich für meine Person nichts dagegen. Wenn ich individuell urtheilen soll, so würde ich den Artikel 2 der Anträge des Bandepartements dahin abandern, daß der Staat an die Unter-haltungsbauten ein Drittel freiwillig beitragen und alle übrigen Bauten gang übernehmen wolle. Ich danke herrn Straub, daß er fich auch über die Bufunft geäußert hat. Geit feche Sahren war ich nie an Ort und Stelle, weil ich wußte, daß nicht nach meinem Sinne gebaut wurde; ich wollte mir nicht Aerger machen. Cobald aber jest die Witterung fich beffert, wird es mir außerft intereffant fein, ju feben, wie fich alles befindet. herr Straub, welcher das vollkommen kennt, macht und hoffnung, daß in zwei Sahren die Sache mit mäßigen Kosten beendigt werden tann. Allerdings mag es genügen, die Korreftion vom Schützen= fahr bis zum Bodenacker zu beendigen, denn so macht es dann ein Ganzes aus. Es sei mir noch erlaubt, Ihnen zu zeigen, wie viel bisher für die Korrektion ausgegeben worden ist. Die Totalsumme der Ausgaben bis ans Ende des Jahres 1831 stieg auf etwas mehr als Fr. 300,000, und von da bis jest sind auf etwas mehr als Fr. 300,000, und von da die sest sind Fr. 103,000 ausgegeben worden, so daß die Totalkosten etwas über Fr. 400,000 anstiegen. Ich trage kein Bedenken, dieses hier auszusprechen, weil ich die Ueberzeugung habe, daß viele von Ihnen um so mehr einsehen werden, daß man ein solches Werk nicht ausgeben darf, und weil es dazu beitragen kann, daß man sich in Zukunst wohl bedenken wird, ehe man neue Wasserbauten ansängt. Fängt man da einmal an, so muß man immer auf ungeheure Summen gesaßt sein. Ich stimme zum Untrage des Baudepartementes mit der angegebenen Modififation des zweiten Artikels.

Abstimmung.

3 Stimmen, Mehrheit. Vortrag der Sustigsektion über Ausstellung eines eigenen Sitten = und Untergerichtes für die Helferei Buchholeterberg.

Dem Vortrage wird durchs handmehr beigepflichtet.

Rapport der Bittschriftenkommission.

Lehmann, Doktor, zeigt als Rapporteur der Bittschriftenkommission an, daß derfelben folgende Bittschriften und Borstellungen zugewiesen worden seien.:

- 1) Vorstellung der Gemeinden Ober = und Niederstocken, Reflamation auf die Schindelbodenverwaltung.
- 2) Borstellung der Gemeinden Muri, Bolligen, Stettlen und Bechigen, gegen eine Trennung des Oberamts Bern, in Stadt und Land.
- 3) Vorstellung der Kirchgemeinden Köniz, Oberbalm, Bümpliz, Wohlen, Kirchlindach und Bremgarten, um Trengung des Amtsbezirks Bern in zwei Amtsbezirke.
- 4) Vorstellung der Gemeinden des Amtsbezirks Büren um Anslegung einer neuen Strafe zur Einmündung in die Lyfstrafe.
- 5) Vorstellung der Bewohner von Courtemaiche, Buir und Boncourt, um Eröffnung eines Aredites zu Verbesserung der Straße von Buir nach Voncourt.
- 6) Vorstellung ber Gemeinde Courrour, worin sie ihre frühere Vorstellung wegen Zuckung des Monopols in Bezug auf die Eisenerploitation in Erinnerung bringt.
- 7) Vorstellung von Herrn Beat von Lerber, gegen Erbauung einer neuen Kaferne.
- 8) Bittschrift ber Barbara, geb. Kaiser, Chefrau bes im Buchthaus zu Bern enthaltenen Samuel Mon von Leuzigen, um Erlassung bes letzten Drittheils seiner Strafzeit.
- 9) Begehren der Milizinstruktoren des VI. Kreifes, um Ershöhung der Besolbungen.
- 10) Anerbieten der Stadt Aarberg, unentgeldlich einen Platz zum Kafernenbau anzuweisen.
- 11) Bittschrift bes Sakob Bahler von Groben zu St. Stephan, um Begnadigung neuerdings ansuchend.
- 12) Vorstellung von Gemeinden aus dem Amtsbezirk Laupen, Anfuchen um beförderliche Erbauung einer neuen Straße von Vern nach Murten.
- 13) Vorstellung von deutschen Einwohnern von La Chaur-de-Fonds, um eine Beisteuer an die Kosten der Errichtung einer neuen Pfarrei.
- 14) Vorstellung von der Amtsgemeinde Trachselwald, um Aufbebung des bisherigen Tellgesehes und um Beitrag des Staates an die Last der Armenunterhaltung.
- 15) Vorstellung von der Amtsgemeinde Trachselwald, Ansuchen um Vereinfachung des Prozestganges.
- 16) Zuschrift des Obergerichtes, worin dasselbe darauf anträgt, daß der Große Rath öffentlich erkläre, es solle im reformirten Sura, bezüglich auf Che- und Paternitätssachen gleichgehalten werden, wie im alten Kanton.
- 17) Beschwerde des Sohann Senzer, Gastwirths, beim Röfli, ju Wangen, gegen den Regierungsrath.
- 18) Vorstellung der Instruktoren des I. Militärkreises, um Erhöhung ihrer Besoldungen ansuchend.
- 19) Borftellung der Instruktoren des V. Militärkreises über den nämlichen Gegenstand.

- 20) Vorstellung des Gemeindrathes von Bolligen, betreffend die Verbesserung der Pferdezucht im Kanton Bern.
- 21) Bittschrift ber Gemeinde Frutigen, bahin gehend, baf ihr zu Bezahlung von Schulden aus der Staatskasse ein Dar- lehen von Fr. 20,000 oder 25,000 gemacht werden möchte.
- 22) Sbehindernistispensationsbegehren des herrn Sam. Fried. Ludwig Dick von Bern und der Margaritha Dürig von Segenstorf.
- 23) Vorstellung von 18 Gemeinden bes Amtsbezirks Konolsfingen, um Abhülfe gegen ben Migbrauch gebrannter Wasser.
- 24) Zuschrift der bernerschen gemeinnützigen Gesellschaft über ben nämlichen Gegenstand.

Die Bittschriftenkommission trage nun barauf an, diese fämmtlichen Petitionen dem Regierungsrathe zu übermachen, mit Ausnahme dersenigen in Betreff des Misbrauchs geistiger Getränke, indem die Bittschriftenkommission im Laufe der Frühlingssihung darüber einen besondern Bericht zu erstatten gedenke.

Wahl eines Mitgliedes ins Finangdepartement.

Vorgeschlagen sind die Herren Schnyder Düfresne und Kernen von Münsingen.

(Der Letztere wünscht nicht gewählt zu werden.)

Von 108 Stimmen erhalten:

Herr	Schnyder-Düfresne im	1. Sfr.	54	im 2. Sfr.	
n	Kernen	39	34	>0	22
n	3. Seiler	n	5	n	10
n	von Graffenried	n	3	"	10
n	Bucher von Ortschwaben u. s. w.	n	2		

Ernannt ift alfo herr Schnyder Dufredne.

Bahl eines Mitgliedes ins Erziehungsdepartement an die Stelle des Herrn Professors Lut.

Vorgeschlagen sind die herren Staatsschreiber hünerwadel und Direttor hopf.

Von 104 Stimmen erhalten im 1. Strutinium:

Herr	Staatsschreiber	Hünerwadel	74
٠	Direktor hopf		15
,,	von Graffenried		4
n	Professor Zyro		3
n	projejior ageo		-

Ernannt ist somit im ersten Strutinium herr Staats= schreiber hunerwabel.

Wahl eines andern Mitgliedes ins Erziehungsbeparstement an die Stelle des heren Rathsschreibers Stapfer.

Vorgeschlagen sind die Herren Direktor Hopf und Klashelfer Walthard.

Mon 104 Stimmen erhalten:

		OUI 101 CUIIIII	im 1. Sfr.	im 2. Sfr.	im 3. Gfr.	im 4. Gfr.
S	Serv	Direktor Hopf	43	43	45	45
		Klaghelfer Walthan	d 40	3 9	40	44
	"	von Graffenried	3	5	4	
	22	Marfellar Burg	9	4		

"Bucher v. Ortschwaben 2 (3 Nullen.)

Ernannt ist somit durch relatives Stimmenmehr hr. Elementarschuldirektor hopf.

Auf den Vortrag des Militärde partementes wird dem Herrn Oberstlieutenant Wäber die verlangte Entlasstung als Mitglied dieser Behörde in der üblichen Form ertheilt.

Wahl eines Mitgliedes des Militardepartementes an die Stelle des herrn Oberftlieutenants Wäber.

Vorgeschlagen find die herren Oberstlieutenant Steinhauer und Major Graf.

Bon 105 Stimmen erhalten im 1. Sfrutinium: herr Oberstlieutenant Steinhauer Major Graf 27 Fr. Geiler Hänni in Thun von Graffenried u. f. w.

Ernannt ift fomit herr Dberftlieutenant Steinhauer.

herr Landammann. Es waren nun, Tit., noch einige fleine Gefchäfte abzuthun, nämlich die Wahl eines Suppleanten in's Sustizdepartement, die Behandlung einiger Anzüge und Mahnungen. Da die Zeit bereits so weit vorgerückt ist, so habe ich gedacht, die betreffenden Tit. Herren werden leicht einsehen, daß es sich jest nicht leicht thun ließe, diese Sachen noch vorzunehmen. Davunter gehört namentlich der Anzug bezüglich auf den §. 23 über das Verfahren bei Hauptuntersuchungen; ferner einige auf Strafensachen bezügliche, welche aber eigentlich beim Budget schon ihre Erörterung gefunden haben, indem man da deutlich ausgesprochen hat, daß es sowohl an der Beit, als an den Personen und am Gelde mangele, um allen Bunfchen sogleich zu entsprechen. Als Erinnerung werden indeffen diese Mahnungen und Anzüge immerhin dienen, und es wird in der nachsten Sitzung wohl etwas Zeit übrig bleiben, um fie ju behandeln.

Ueberblicken wir nun unsere Traktanden, so finden wir, daß wir in diefen 10 Tagen damit fertig gemacht haben, was Ihnen ohne Zweifel fehr angenehm fein wird. Ich schiebe den Grund davon hauptfächlich auf die Natur der auf den Eraktanden befindlich gewesenen Geschäfte, welche alle mehr oder weniger nicht von großer Erheblichkeit waren, und zugleich auf den Umstand, daß die erheblichsten Geschäfte davon, wie der Entwurf eines neuen Bollgesettes u. a. m. juruckgeschickt worden sind. So hat nun freilich die Diskussion nicht weit und

breit fein fonnen.

Es drangt fich hiebei der Umftand auf, daß drei Geschäfte auf den Traktanden stehen, welche nicht zur Behand= lung gefommen find, nämlich ber Vortrag über bas Billardfpielen, der Bortrag über den Berkauf der Mühle ju Wied-Lisbach und der Vortrag über das Ansuchen des Burgerrathes von Bern, um Bewilligung eines Jolles für die neu zu er-bauende Brücke beim untern Thore, und dann noch die Wahl eines Hochbauinspektors. Ueber den Vortrag in Betreff des Billardipielens habe ich anzuzeigen, daß man ihn zuruckgezogen hat als ein blopes Bruchftuck, indem nachstens eine neue Bearbeitung des ganzen Spielgesetzes ftatthaben wird. Ueber die andern Geschäfte bin ich nicht im Stande, Auskunft

zu geben. Sch weiß nicht, ob diese Geschäfte zu voreilig auf die Traktanden gekommen sind, oder ob irgend ein anderer Saken dieselben in ihrem Laufe bor diese Behorde gehemmt hat. Ich entschlage mich von daher jeder Verantwortlichkeit. 3ch bin der Meinung, daß Ihnen, Tit., nichts auf den Traftanden angezeigt werden soll, das dann nicht zur Behandlung kommen tann, weil das eine Täuschung ift. Auch foll auf der andern Seite nichts hier vorgebracht werden, wovon Sie nicht zur rechten Zeit in Kenntniß geseht worden wären. Ich muß daher die eben so hösliche als dringende Bitte an den Regierungsrath stellen, für die nächste Sigung zu handen bes herrn Staatsschreibers und meiner Wenigkeit bafür zu forgen, daß alle Geschäfte, welche zur Behandlung kommen sollen, wohl vorbereitet seien, und daß das, was nicht vorbereitet ift, auch nicht auf die Traftanden fomme, damit es dann nicht unerwartet hier vorgelegt werde.

Einen andern Wunsch möchte ich äußern. Von verschiedenen Seiten bin ich aufmerksam gemacht worden, daß cs wün= schanntlich findet immer im Mai eine Sitzung fatt, aber oft oder meistens im Juni auch noch eine, die Geschäfte der Tag-satzung betreffend. Wenn es sich nun thun ließe, so ist es mein Wunsch, daß durch ein etwas weiteres hinausschieben der Mais figung, die Junifigung damit verschmolzen werden könne.

Nun habe ich noch anzuzeigen, daß die Standesrechenung pro 1835 eingegangen ift. Ich möchte den herrn Regies rungsrath Jaggi, als neubestelltes und hier in Bern wohnendes Mitglied der Staatswirthschaftstommission ersuchen, diese Rech= nung einer vorläufigen Prufung ju wurdigen. Ferner ift eingegangen von Seite ber Gesetgebungsfommiffion der Entwurf eines Gesetzes über das Betreibungsversahren, und ebenso ein Bericht über die anzunehmenden Grundlagen für den neuen Kriminalprozeß. Das wird nun seinen Lauf haben, um seiner Zeit vor Sie, Tit., gebracht zu weeden.

Das ift, was ich über die Geschäfte zu berichten habe. Es bleibt mir nichts übrig, als Ihnen, Sit., zu banken für die Ausdauer und Aufmerksamkeit, welche Sie diesen Geschäften gewidmet haben. Ich hoffe und wunsche, daß diefelben jum Segen des Vaterlandes gedeihen und gereichen mögen. die Nachficht, die Gie mit mir und meinem Präfidium gehabt, bin ich Ihnen ebenfalls vielen Dank schuldig. Ich habe mich bestrebt, strenge nach den Reglementen zu leben. Wenn es mir unwissend gefchehen fein follte, daß ich irgend davon abgewichen, fo richte ich hiemit die dringende Aufforderung an Sie, mich darauf aufmerksam zu machen; denn ich bin der allergehor- famste Diener des Gesetzes.

Ich wünsche, daß Sie, Tit., zu Hause Alles wohl antreffen und im Mai wiederum gefund hier eintreffen mogen.

(Schluß der Sitzung um 3 Uhr.)